

**P. b. b.** Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

# Stenographisches Protokoll

10. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

**XIV. Gesetzgebungsperiode**

**Mittwoch, 10. Dezember 1975**

## Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1976

Beratungsgruppe III: Äußeres

Beratungsgruppe IV: Inneres

## Inhalt

### Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (2 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1976 (50 d. B.)

Beratungsgruppe III: Kapitel 20: Äußeres

Spezialberichterstatter: Prechtel (S. 674)

Redner: Dr. Fiedler (S. 675), Czernetz (S. 679), Dr. Scrinzi (S. 686), Dr. Karasek (S. 692), Luptowits (S. 698), Dr. Mock (S. 703), Peter (S. 709), Bundesminister Dr. Bielka (S. 712), Dr. Ermacora (S. 716), DDr. Hesele (S. 720) und Egg (S. 724)

Annahme der Beratungsgruppe III (S. 725)

Beratungsgruppe IV: Kapitel 11: Inneres

Spezialberichterstatter: Dr. Kapaun (S. 726)

Redner: Suppan (S. 727), Thalhammer (S. 732), Dr. Schmidt (S. 738), DDr. Hesele (S. 744), Zeillinger (S. 748), Dr. Erika Seda (S. 759), Dr. Eduard Moser (S. 761), Ing. Hobl (S. 765), Kraft (S. 768), Dr. Ermacora (S. 772), Bundesminister Rösch (S. 775) und Dr. Bauer (S. 780)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Zeillinger und Genossen betreffend Bericht über die innere Sicherheit Österreichs im Jahre 1974 (S. 749) – Ablehnung (S. 781)

Annahme der Beratungsgruppe IV (S. 781)

### Eingebracht wurden

#### Anfrage der Abgeordneten

Libal, Brauneis, Dr. Beatrix Eypeltauer und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Übergriffe von Polizeiorganen in Linz (32/J)

### Anfragebeantwortung

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Broesigke und Genossen (1/A.B. zu 1/J)

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Probst**.

**Präsident.** Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 8. Sitzung vom 5. Dezember 1975 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

**Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (2 und Zu 2 der Beilagen). Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1976 samt Anlagen (50 der Beilagen)**

### Spezialdebatte

#### Beratungsgruppe III

##### Kapitel 20: Äußeres

**Präsident:** Wir gehen in die Tagesordnung ein: Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1976 samt Anlagen.

Wir gelangen zur Verhandlung über die Beratungsgruppe III. Diese umfaßt das Kapitel 20 des Bundesvoranschlags.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Prechtl. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Prechtl:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 20 des Bundesvoranschlags für das Jahr 1976 am 24. November 1975 unter Vorsitz des Obmannstellvertreters Abgeordneten Sandmeier in Verhandlung gezogen.

Im vorliegenden Entwurf zum Bundesfinanzgesetz 1976 sind beim Kapitel 20 „Äußeres“ Gesamtausgaben in Höhe von 916,928 Millionen Schilling und Einnahmen von 23,579 Millionen Schilling vorgesehen. Dies bedeutet gegenüber den Ansätzen des Jahres 1975 eine Steigerung der Ausgaben um 56,435 Millionen Schilling oder 6,56 Prozent und der Einnahmen um 1,117 Millionen Schilling oder 4,97 Prozent.

Die Ausgabensteigerung verteilt sich auf die einzelnen Gebärungsgruppen wie folgt:

1. Für die gesetzlichen Verpflichtungen, und zwar für den Personalaufwand wurden um 11,025 Millionen Schilling oder 4,93 Prozent mehr veranschlagt, was auf die Auswirkungen der allgemeinen Bezugsregelung zurückzuführen

ist. Neue Dienstposten sind nicht veranschlagt.

Die gleichfalls unter die gesetzlichen Verpflichtungen fallenden „Internationalen Beitragszahlungen Österreichs“ mußten um 21,410 Millionen Schilling oder 18,37 Prozent erhöht werden. Diese Erhöhung ist mit 8,000 Millionen Schilling auf den erstmalig veranschlagten Beitrag zum UNDP-Sonderfonds (Suezkanalregion) zurückzuführen. Der übrige Mehraufwand von 13,410 Millionen Schilling entfällt auf Beitragserhöhungen für die übrigen internationalen Organisationen, wobei betragsmäßig folgende Beiträge zu erwähnen sind: Für die IAEO um 0,700 Millionen Schilling, zum Budget der UN um 3,300 Millionen Schilling, zum UNDP (Entwicklungshilfe) um 7,500 Millionen Schilling, zur UNESCO um 0,800 Millionen Schilling, zum Europarat um 2,100 Millionen Schilling.

Außer diesen Beiträgen mußten auch die meisten übrigen Beiträge geringfügig angehoben werden (zusammen 0,675 Millionen Schilling). Ein niedrigerer Beitrag wird 1976 für die UN-Sonderaktion (UN-Zypernkontingent = 0,475 Millionen Schilling) und für das UN-Nahostkontingent (UNEF und UNDOF = 1,000 Millionen Schilling) erwartet.

Bei den übrigen gesetzlichen Verpflichtungen konnten die Zahlungen gemäß § 58 B-KUVG und § 130 ASVG niedriger als 1975 veranschlagt werden, wodurch sich eine Nettoersparung von 0,433 Millionen Schilling ergibt.

2. Die im Sachaufwand bei den einzelnen finanzgesetzlichen Ansätzen des Kapitels 20 veranschlagten Ermessenskredite erfuhren eine Erhöhung um netto 24,433 Millionen Schilling oder 4,8 Prozent.

Über den für die Veranschlagung der Ermessenskredite festgesetzten Rahmen hinaus mußte für folgende Aufwendungen zusätzlich Vorsorge getroffen werden:

Für den eigentlichen Verwaltungsaufwand (Aufwendungen) der Zentrale des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (Ansatz 1/20008) wurden um 3,389 Millionen Schilling oder 13,5 Prozent mehr als 1975 veranschlagt. Vor allem ist dieser Mehrbedarf auf erhöhte Transportkosten (1,280 Millionen Schilling), intensivere Nachrichtenübermittlung an die Vertretungsbehörden (1,115 Millionen Schilling) und die mit rund 0,300 Millionen Schilling höheren Mieten zurückzuführen.

Der Mehrbedarf bei den Aufwendungen der Vertretungsbehörden (Ansatz 1/20108) beträgt

**Prechtl**

35,075 Millionen Schilling oder rund 10,7 Prozent. Hievon entfallen für die hier veranschlagten Auslandszulagen allein 11,400 Millionen Schilling. Weitere größere Unterschiede ergeben sich bei den Transportkosten (plus 1,200 Millionen Schilling), bei der Nachrichtenübermittlung (plus 1,800 Millionen Schilling), für die überaus stark ansteigenden Mieten im Ausland (plus 7,600 Millionen Schilling) und die Instandhaltung der bundeseigenen Gebäude sowie der für die Vertretungsbehörden angemieteten Objekte (plus 3,950 Millionen Schilling).

Entsprechend den Richtlinien über die Erstellung des Bundesvoranschlages 1976 wurden auch bei den Bezugsvorschüssen 1,987 Millionen Schilling mehr veranschlagt.

Den zuletzt angeführten drei bedeutenderen Mehrerfordernissen bei den Aufwendungen steht ein Mindererfordernis von 13,184 Millionen Schilling bei Ansatz 1/20016 für die fremdsprachige Schulversorgung der Internationalen Organisationen, die ihren Amtssitz in Wien haben, gegenüber, da die letzte Rate der seinerzeit zugesagten Subvention nur mehr 2,093 Millionen Schilling beträgt (1975 veranschlagt 15,277 Millionen Schilling).

Ein weiteres Mindererfordernis ist bei den Kosten für „Internationale Konferenzen in Wien“ (Ansatz 1/20048) von 7,215 Millionen Schilling gegeben, da im gegenwärtigen Zeitpunkt keine größeren außerordentlichen Konferenzen vorgesehen sind.

Die Erhöhung der Einnahmen um 1,117 Millionen Schilling ist auf Mehreinnahmen aus den Kostenersätzen für die MFRM-Konferenz (0,900 Millionen Schilling) und auf erhöhte Mietzinsersätze infolge der gestiegenen Mietkosten zurückzuführen.

An der Debatte über das Kapitel 20 beteiligten sich außer dem Spezialberichterstatter die Abgeordneten Dr. Fiedler, Czernetz, Dr. Scrinzi, Dr. Karasek, Egg, Dr. Mock, DDr. Hesele, Dr. Blenk, Dr. Schranz, Fachleutner, Heinz, Dr. Ermacora, Dr. Bauer und Kinzl.

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Bielka nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung am 28. November 1975 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe III unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 20: Äußeres des Bundesvoranschlages für das Jahr 1976 (2 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage, in die Debatte einzugehen.

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Fiedler. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Fiedler** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider sehen wir uns wieder einer typischen Situation gegenüber: typisch für die Überheblichkeit dieser Regierungspartei, typisch dafür, wie Sie die demokratischen Usancen mißachten.

Auf der heutigen Tagesordnung des Nationalrates steht Außenpolitik. Ich vermissen aber den Außenminister. (*Widerspruch bei der SPÖ.*) Ich vermissen den Außenminister ... (*Anhaltende Rufe bei der SPÖ: Er ist hier!*) Nicht so ungestüm, meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei! Ich vermissen den Außenminister, der hier in diesem Hause Außenpolitik zu vertreten hat. Ich vermissen den Außenminister, der hier Rede und Antwort zu stehen hätte. An sich ... (*Abg. Egg: Er sitzt hinter Ihnen!*) – Eben nicht, Herr Kollege Egg! Ich werde Sie gleich aufklären. – An sich eine Selbstverständlichkeit in jeder parlamentarischen Demokratie.

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite dieses Hauses, Herr Abgeordneter Egg! Ich vermissen nicht den „formellen“ Außenminister; der sitzt ja hier und läßt sich jetzt von einem Beamten beraten. Ich vermissen vielmehr jenen Mann in dieser Bundesregierung, der auf der Regierungsbank heute leider nicht sitzt, der aber die Außenpolitik de facto macht. (*Rufe bei der SPÖ: Dr. Fiedler!*) Ich meine, daß ich den „heimlichen“ Außenminister, den Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky, vermissen, der leider weder auf der Regierungsbank sitzt noch im Hause anwesend ist.

Es ist mit Demokratie einfach unvereinbar und für das Parlament geradezu brüskierend, wenn er sich, Hohes Haus, durch einen Platzhalter vertreten läßt, für Angelegenheiten, die er letztlich selbst zu verantworten hätte. Von der Art und Weise, wie der Bundeskanzler diesen Platzhalter dann noch in aller Öffentlichkeit bloßstellt, wollen wir gar nicht viel reden.

Meine Damen und Herren! Ich erinnere nur an die peinliche Debatte um das Südafrika-Projekt der VÖEST-Alpine hier in diesem Hause, wo der Bundeskanzler Dr. Kreisky Herrn Dr. Bielka nicht einmal informiert hat, sodaß der ohnehin parlamentarisch meist unglücklich agierende Außenminister einen völlig indisponierten Eindruck machte.

Damit wir uns richtig verstehen: Es geht uns nicht darum, wer die Außenpolitik macht, ob Dr. Kreisky oder Dr. Bielka. Schauen Sie: Uns ist das völlig gleichgültig. Meinetwegen könnte es auch jemand ganz anderer sein; wenn Sie

**Dr. Fiedler**

wollen, sogar die Frau Staatssekretär Elfriede Karl. Die Außenpolitik muß nur gut sein und dem neutralen Österreich und seiner Bevölkerung in jeder Weise und klar nützen.

Österreich braucht gerade heute viel mehr außenpolitischen Schwung, viel mehr Ideen, viel mehr Beweglichkeit, ja ich würde sogar sagen: einen Aufbruch zu einer neuen Außenpolitik.

Die ganze Welt ist in Bewegung geraten. Dieser Umstand eröffnet auch für ein kleines Land wie Österreich einmalige Chancen, die genutzt werden müssen. Ein völlig neuer außenpolitischer Kurs, meine Damen und Herren, ist aber auch in Anbetracht der sich abzeichnenden internationalen Krisenherde und politischen Katastrophen unerlässlich. Überall lodert es; ein Unruheherd löst den anderen ab, noch ehe die alten Brände gelöscht sind: Timor-Indonesien, Naher Osten, Angola, Portugal, Irland, um nur einige zu nennen. Und auch in den Vereinten Nationen herrscht leider mehr Ohnmacht als Einigkeit.

Die internationalen Spannungen nehmen von Tag zu Tag zu. Wir lesen es täglich in der Zeitung, hören es im Radio und sehen im Fernsehen die Toten, die täglich die Zahl der Opfer von willkürlich angezettelten Auseinandersetzungen und damit Kämpfen in aller Welt erhöhen. Und Österreich hat keine Garantie, von dieser Entwicklung unberührt zu bleiben. Wir sind schon einmal – und die meisten von Ihnen haben es erlebt –, wir sind schon einmal an ein anderes Land gebunden und in einen Weltkrieg hineingezogen worden, ohne daß es eine österreichische Regierung angestrebt hat.

Ich will hier keineswegs Gespenster heraufbeschwören. Aber ich will Sie doch an die Worte eines Mannes erinnern, der weltweit als Außenpolitiker nicht den schlechtesten Ruf hat und mit dem Sie, meine Damen und Herren zur Linken, den Bundeskanzler sehr gern vergleichen möchten. Dem amerikanischen Außenminister Henry Kissinger schreibt man nämlich den Ausspruch zu: Europa werde in zehn Jahren kommunistisch sein. Da er dies vor geraumer Zeit gesagt hat, wäre nach dieser These die Zeit nicht mehr fern, da der Kommunismus ganz Europa beherrscht. Kissinger, der Historiker und erfolgreiche Außenpolitiker mit Zukunftsblick, hat sich bei diesen Worten sicher etwas gedacht.

Denn es ist nun einmal das erklärte Ziel Moskaus – und das können Sie überall nachlesen und schon morgen wieder aus den Worten sowjetischer Politiker heraushören –, es ist nun einmal das erklärte Ziel Moskaus, Europa und die ganze Welt kommunistisch zu machen. Wer diese Absicht negiert, dem muß man jegliche Fähigkeit absprechen, Realitäten

zu erkennen. Kissinger hat sich etwas gedacht bei dieser Prognose. Nur ein Illusionist kann ihm hier widersprechen.

Meine Damen und Herren! Die Lage ist wirklich ernst. Man braucht sich nur umzusehen. Ein Drittel unserer Nachbarländer ist bereits fest in russischer Hand. Die sowjetischen Truppen haben 1956 und 1968 in Ungarn und in der Tschechoslowakei ganze Arbeit geleistet.

Zusammen mit Jugoslawien ist bereits die Hälfte der Nachbarn kommunistisch, wobei sich allerdings der greise Tito um Eigenständigkeit bemüht und gerade noch den Fuß zwischen sein Land und die russische Falltür setzt.

In Italien drängen die Kommunisten mit allen Mitteln zur Macht. Pessimisten meinen, vielleicht ist es nur mehr eine Frage der Zeit, ehe damit zwei Drittel unserer Nachbarländer kommunistisch regiert sind.

Die Schweiz ist ein kleines Land wie wir, allerdings um vieles abwehrbereiter. Aber sie macht nur einen ganz geringen Teil unserer Grenze aus.

Wie sieht die Situation in unserem größten Nachbarland, in Deutschland aus? – In der Bundesrepublik Deutschland hat Helmut Schmidt alle Hände voll zu tun, um die total fehlgeschlagene Ostpolitik seines Vorgängers Willy Brandt zu korrigieren. So ernst ist also die Situation!

Ich frage daher den Bundeskanzler der Republik Österreich: Wie stellen Sie sich vor, aus dieser schwierigen Situation herauszukommen? Haben Sie überhaupt eine Idee? Ist Ihnen nicht aufgefallen, welche Möglichkeiten sich allein durch eine offensive Interpretation des Ergebnisses der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa für unser Land Österreich ergeben?

Nach den Schlußprotokollen von Helsinki liegt es an den einzelnen Staaten, ihren Standpunkt durchzusetzen. Wie jedes westeuropäische Land ist auch Österreich imstande, das einzufordern, was bisher höchstens erbeten werden konnte.

Auch an Österreich liegt es, daß die Grundsätze der Verträge der Europäischen Sicherheitskonferenz tatsächlich verwirklicht werden. Das aggressive Verhalten Moskaus in der Auslegung dieser Verträge zeigt den Regierungen im Westen Europas, daß der Geist der Europäischen Sicherheitskonferenz mit allem Nachdruck, aller Intensität und aller Beharrlichkeit von Westeuropa vertreten werden muß. Von jedem anderen Land genauso wie von Österreich.

**Dr. Fiedler**

Lippenbekenntnisse allein, meine Damen und Herren, werden in Zukunft nicht mehr genügen, eine Insel der Seligen vorzutäuschen. Es sind ganz einfach Taten notwendig, um diese Insel überhaupt erst zu schaffen und auch zu erhalten und um zu verhindern, daß die Vision Kissingers sich erfüllt.

Damit sich Kissingers fatale Vision von einem kommunistisch beherrschten Europa nicht erfüllt, ist vor allem auch eine Tat unbedingt notwendig:

Österreich muß endlich aufhören, wie gebannt auf die Riesenschlange Sowjetunion zu starren, unfähig, sich zu rühren. Österreich muß endlich aufhören, am Fließband Verträge abzuschließen, die die Abhängigkeit von dieser Großmacht immer mehr erhöhen. Denken Sie nur an die diversen Energieverträge mit dem Ostblock: an den Erdgasvertrag mit Moskau, den Kohlevertrag mit Polen und an den letzten Vertrag mit dem Iran, der uns letztlich vom russischen Erdgas abhängig macht. Und was tut die Bundesregierung? Sie tut nichts, um diesem einseitigen Verhältnis durch intensive Beziehungen zu anderen Großmächten zu entkommen. Wir meinen hier nicht die USA, sondern China.

China ist heute nach allen Seiten offen – mit Ausnahme nach Rußland. China bietet sich heute geradezu an. Das haben wirklich maßgebliche Politiker rechtzeitig erkannt: Gerald Ford und Henry Kissinger, der Franzose Sauvagnargues und die Deutschen Franz Josef Strauß und Helmut Schmidt. Wir können es daher absolut nicht begreifen, warum es ausgerechnet der Bundeskanzler des neutralen Österreich bisher versäumt hat, die neue Rolle Chinas in die österreichische Außenpolitik miteinzubeziehen. Wir wollen jetzt nicht den Bundeskanzler etwa zu einer Vergnügungsreise animieren, ferne Länder auf Staatskosten kennenzulernen. Denn mit dem Reisen allein ist es keineswegs getan. Österreich muß echte Brücken zu China schlagen.

Zum besseren Verständnis sei hier einmal in aller Öffentlichkeit auf die gutgemeinten Gesten von chinesischer Seite hingewiesen.

Vor rund zwei Jahren wurde zum Beispiel ein österreichischer Wissenschaftler als Gastdozent an die Universität Peking berufen. Wenig später und unabhängig davon wurde ein anderer junger Österreicher ebenfalls nach Peking eingeladen, dort zu studieren. Das ist ein durchaus nicht übliches Verhalten der Chinesen, sondern höchst außergewöhnlich. Um allerdings Mißverständnissen zuvorzukommen, sei klar gesagt: Bei diesen Leuten handelte es sich weder um Kommunisten noch um Maoisten,

ja nicht einmal um Marxisten, sondern um Österreicher, die sich weder heute noch morgen politisch betätigen wollen. Und sie haben trotzdem die volle Achtung in diesem fernen Land genossen.

Und da erhebt sich die Frage, meine Damen und Herren: Wo ist die Initiative der österreichischen Bundesregierung? Wie lange will diese Bundesregierung die einmalige Chance, die sich durch Chinas internationale Öffnung anbietet, glatt ignorieren? Es ist einfach unfassbar, daß die Regierung eines 7-Millionen-Volkes von einem 800-Millionen-Volk und damit dem volkreichsten Land dieser Erde soviel wie keine Notiz nimmt.

Meine Damen und Herren! Inzwischen werden sogar Witze über diese traurige Tatsache gemacht, von denen ich Ihnen einen nicht vorenthalten möchte: Ein Klosterneuburger will per Bahn nach China reisen und eilt in Wien von Bahnhof zu Bahnhof, um sich eine Fahrkarte zu lösen. Er kann nirgends eine bekommen. Schließlich landet er in einem Reisebüro, wo man ihm klarmacht, nach Peking beziehungsweise China könne man nur fliegen. Nach einem Aufenthalt in Peking will er aber wenigstens mit dem Zug zurückfahren und geht zum Bahnschalter. Dort fragt er nach einer Fahrkarte und einem Zug nach Klosterneuburg. Da antwortet ihm der Chineser in tadellosem Deutsch: Wollen Sie nach Klosterneuburg-Kierling oder Klosterneuburg-Weidling?

Meine Damen und Herren! Ich wollte mit diesem humorvollen Beispiel durchaus nicht zum Ausdruck bringen, daß Österreich von sich aus keine Kontakte zu der Volksrepublik China aufgenommen hat.

Es wäre unrichtig, die bereits bestehenden wirtschaftlichen Kontakte zu leugnen. Es ist uns auch bekannt, daß Dr. Kirchschläger als Außenminister nach China gereist ist. Nur, wie gesagt, mit dem Reisen allein ist es keineswegs getan, und von seiten der Regierung ist bisher nichts geschehen.

Was die wirtschaftlichen Kontakte betrifft, so sind diese eindeutig Initiativen der österreichischen Wirtschaft gewesen. Daß diese Kontakte hergestellt, gepflegt und erweitert werden, ist ein ausschließliches Verdienst der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und deren hervorragender Außenhandelsorganisation.

Herr Bundeskanzler Kreisky, ich frage deshalb und stelle fest: Wir fordern Sie auf, künftig Maßnahmen zu setzen, die über die Enge Ihrer traditionellen Außenpolitik hinausgehen. Österreich befindet sich in einer anderen Lage als die Schweiz oder etwa Belgien. Wir können es uns einfach um unserer eigenen Sicherheit willen

**Dr. Fiedler**

nicht leisten, in Zukunft auf eine eigenständige Außenpolitik zu verzichten. Wir müssen unsere Außenpolitik selbst bestimmen, ehe andere diese Aufgabe entgegen unserem Willen besorgen. Es genügt nicht, auf die nächsten Konferenzen zu warten und dort zu unterschreiben, was andere ausgeheckt haben. Wir müssen uns durch eine handfeste und selbstbewußte Außenpolitik absichern. Und das haben Sie, Herr Bundeskanzler, der Sie leider abwesend sind, bisher eklatant versäumt. Denn Sie haben die Außenpolitik genauso wie die Innenpolitik zum Aufpolieren Ihres eigenen Image benutzt. Und dafür gibt es Beispiele genug.

Ich erinnere nur an die Reisen, die der Bundeskanzler nicht im Dienste Österreichs, sondern im Dienste der Sozialistischen Internationale absolviert hat, wie etwa die Reise nach Nordafrika, in die Maghrib-Staaten, oder an die wiederholten Besuche bei seinen Gesinnungsgenossen Willy Brandt, Helmut Schmidt und Olof Palme, und das alles zu einer Zeit, in der er verpflichtet war, alles daranzusetzen, Österreich politisch und wirtschaftlich in seiner Position zu festigen.

Diese good-will-tours des Bundeskanzlers an der Spitze der Sozialistischen Internationale haben jedenfalls dem Lande Österreich nichts, rein gar nichts gebracht. Ich erinnere mich lediglich, daß der Bundeskanzler nach einer dieser Reisen in seiner routinemäßigen Art in einem Interview erklärte, was für großartige Chancen die österreichische Wirtschaft beispielsweise in Libyen versäumt habe. Bis heute aber sind immer noch nicht jene Hindernisse, die diese Chancen nur beschränkt nützen lassen, beseitigt. Es sind dies Hindernisse, die nur durch außenpolitische Verhandlungen aus dem Weg geräumt werden können. Ich denke da etwa an die unterschiedlichen Rechtsauffassungen im Streitfall, die österreichische Geschäftsleute klar benachteiligen und von vornherein abschrecken. Oder an die mangelnden Garantien seitens Libyens und so weiter. Die Liste ließe sich beliebig fortführen und verfolgen.

Anstatt solche Hindernisse zu beseitigen, was Dr. Kreisky leider nicht tat, war er nur darauf bedacht, sich als Sozialist unter Gleichgesinnten einen internationalen Namen zu machen. Und das ist ihm – man muß das objektiv anerkennen – zweifellos gelungen. Darum nehmen Sie bitte, Herr Bundeskanzler, endlich zur Kenntnis, daß Ihre Aufgabe als Regierungschef nicht darin besteht, sich selber ins rechte Licht zu rücken. Sie haben vielmehr den ganz eindeutigen Auftrag des Volkes, das Land Österreich und seine Bevölkerung zu profilieren. Ich wiederhole: Sie haben die Chancen Österreichs in der Welt zu nützen und nicht Ihre eigenen!

Ich betone: Beschränken Sie Ihre Aktivitäten nicht nur auf jene Länder, in denen Ihre Gesinnungsgenossen regieren und die einen Bruno Kreisky als Staatsmann feiern. Hören Sie doch endlich auf, Österreichs Außenpolitik zum Kosmetiksalon zu degradieren! (*Beifall bei der ÖVP.*) Denn es hat noch keinem Staat gutgetan, meine Damen und Herren, wenn sich der Regierungschef der Außenpolitik bedient, um sich das jeweils passende innenpolitische Make-up aufzulegen. Das hält auf die Dauer kein Land aus. (*Abg. Dr. Tull: Sie müssen es ja auch nicht aushalten!*) Und die ersten Anzeichen hierfür sind bereits deutlich erkennbar, Herr Abgeordneter Tull: Wie sonst hätte es passieren können, daß an der kommenden Internationalen Konferenz über Energie und Rohstofffragen am 16. Dezember in Paris nicht Österreich als Vertreter der neutralen Staaten am Tisch sitzen wird, sondern die Schweiz und auch Schweden. Die Aktivitäten der österreichischen Bundesregierung waren eben in letzter Zeit nicht dazu geeignet, Österreich als vertrauenswürdig und prädestiniert in dieser Rolle erscheinen zu lassen.

Man hätte sich eben um diese Aufgaben stärker bemühen und auch andere Aktivitäten setzen müssen, die Österreich für eine derartige Aufgabe geradezu aufgedrängt hätten. Bedenken Sie bitte auch, meine Damen und Herren, daß es fraglich ist, ob Bern in dieser wichtigen, ich würde sagen in dieser so überaus wichtigen Konferenz den Standpunkt Wiens hinreichend vertreten wird.

Hohes Haus! Wir müssen feststellen, daß wir auf dem internationalen Parkett immer mehr an den Rand gedrängt werden und daher an Boden verlieren.

Meine Damen und Herren! Aus all diesen Gründen lehnt meine Fraktion das gegenständliche Budgetkapitel ab. Außerdem kündige ich jetzt schon an, daß wir in Anbetracht der brisanten Situation der Außenpolitik dieser Regierung im Rahmen des geplanten Rates für Auswärtige Angelegenheiten alle außenpolitischen Tätigkeiten künftig noch kritischer unter die Lupe nehmen werden.

Meine Damen und Herren! Österreichs Außenpolitik darf nicht länger nur darin bestehen abzuwarten, bis andere Staaten initiativ werden, um dann in aussichtsloser Position hinterherzuhumpeln. Wir verlangen eine offensive Außenpolitik! Und damit der Herr Bundeskanzler, der leider nicht erschienen ist, keine Schwierigkeiten hat, sich unsere Forderungen einzuprägen, lege ich ihm ein Exemplar meiner Rede auf seinen Platz. (*Heiterkeit.*) Dieses soll ihm nicht nur als Gedächtnisstütze dienen, sondern auch eine Orientierungshilfe sein für

**Dr. Fiedler**

den Aufbruch in eine neue Außenpolitik Österreichs. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Czernetz.

Abgeordneter **Czernetz** (SPÖ): Hohes Haus! Ich muß gestehen, daß es mir selten so schwergefallen ist, das Wort zu ergreifen, wie jetzt. Ich werde mit den sehr humorvollen Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Fiedler nicht Schritt halten können. *(Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.)* Ich glaube, er hat es nicht so humorvoll gemeint, aber es ist so herausgekommen; das ist bei „Humoristen“ immer das Schlimmste.

Ich möchte außerdem sagen, daß eine Zwischenfrage an den Bundesparteiobermann, nämlich die Frage, ob Dr. Fiedler der Bereichssprecher ist, wie Sie das nennen, hier in den Reihen einiges geklärt hat. Denn darauf haben Sie, Herr Dr. Taus, auf Dr. Karasek gezeigt. Ich weiß also nicht genau, wie das abgelaufen ist, aber bitte, das ist auch nicht die besondere Sache, um die es hier geht. *(Abg. Dr. Taus: Er ist es!)*

Es hat Dr. Fiedler von der Notwendigkeit eines neuen außenpolitischen Kurses gesprochen. Ich habe also sorgfältig darauf gehört, was der Inhalt dieses neuen außenpolitischen Kurses sein soll, und dann habe ich doch entdeckt, er hat gemeint, wir sollen uns stärker auf China orientieren.

Nun war das ja eine Frage, die vor einiger Zeit hier im Hause behandelt wurde. Und Sie von der Volkspartei haben einige Schwierigkeit gehabt, sie in den eigenen Reihen zu bewältigen. Das ist gelungen, wir haben darauf gewartet. Aber weshalb wir uns jetzt auf etwas orientieren sollen, was wir schon längst erreicht haben und wobei wir Sie mitziehen mußten, das ist absolut nicht ersichtlich.

Der Ruf nach dem Bundeskanzler ist für Dr. Kreisky sicher eine interessante Sache. Daß man bei jedem Kapitel so nach ihm ruft, das ist schon bemerkenswert. Beim Kapitel „Äußeres“ möchte meine Fraktion nicht nur den Beamten des Bundesministeriums und den Diplomaten, die den Dienst im Ausland versehen, aufrichtig für die Zusammenarbeit danken, sondern wir danken auch dem Herrn Bundesminister, der seine Aufgabe mit größtem Eifer und größtem Fleiß überall, wo er dazu aufzutreten hat, zu erfüllen bemüht ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist in der Regierungserklärung davon gesprochen worden – und es ist keine neue Erkenntnis –, daß die Basis der österreichischen Außenpolitik die Neutralität ist, das heißt: die Bündnislosigkeit, die Verteidigung der Unab-

hängigkeit und die internationale politische Unterstützung für alle möglichen Aktionen des Friedens, auch unsere Teilnahme an friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen, etwa mit den Kontingenten bei den Vereinten Nationen.

Wie sehr diese Neutralität, diese aktive Neutralität international positiv bewertet wird, dazu zwei Beispiele. Eines haben Sie wahrscheinlich alle selbst erlebt, nämlich die heurige Staatsvertragsfeier. In der Hofburg haben alle vier Redner der früheren Besatzungsmächte und jetzt die Signatarmächte des Staatsvertrags, unsere Freunde, sowohl der amerikanische Justizminister Levi als auch der britische Lordsiegelbewahrer Lord Shepherd wie der stellvertretende Außenminister der Sowjetunion Kusnezow und der französische Minister für wirtschaftliche Koordination Pierre Abelin, die Rolle Österreichs, besonders auch die Neutralität Österreichs, die Verlässlichkeit Österreichs, gewürdigt, anerkannt und die Freundschaft zu diesem Österreich betont.

Als zweites Beispiel möchte ich folgendes hervorheben: Es ist jetzt kürzlich in dem in Deutschland erscheinenden „Europa-Archiv“ in einem Artikel ausdrücklich die Arbeit der Neutralen behandelt worden. Es ist dabei besonders betont worden, daß es nicht eine einseitige Bindung der Neutralen an die eine oder die andere Seite ist, sondern daß es in dem breiten Zwischenfeld, zwischen den Militärblöcken, die Neutralen – Österreich ist einige Male besonders genannt – verstanden haben, ihre Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit unter Beweis zu stellen.

Kritiken sind hier etwas merkwürdig am Platz, das können wir außer Frage stellen. Zwischen Regierungspartei und Opposition bestehen ein paar echte Meinungsverschiedenheiten, Gegensätze. Warum wir falsche an den Haaren herbeiziehen müssen, ist mir nicht ganz klar ersichtlich.

Zu den entscheidenden Fragen auf dem Felde der internationalen Politik gehört die Auseinandersetzung über die Vereinten Nationen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Herr Waldheim, betont in der Einführung zu seinem Bericht an die Generalversammlung 1975, daß in den 30 Jahren ihres Bestehens die Vereinten Nationen von 51 auf 140 Mitglieder angewachsen sind, daß eigentlich der ganze Globus verwandelt wurde. Es geschieht wahrscheinlich jedem von Ihnen ebenso wie mir, daß man gelegentlich, wenn man den Namen eines Landes und einer Hauptstadt hört, rasch auf einem neuen Atlas nachschauen muß, wo das eigentlich ist, weil man den Namen aus der Vergangenheit gar nicht kennt, und man muß oft

**Czernetz**

erleben, daß es noch gar nicht eingezeichnet ist, weil diese Neuausgabe des Atlas nicht besteht.

Waldheim weist auch auf die ungeheuren Umwälzungen dieser 30 Jahre hin, Umwälzungen, die natürlich Unruhe und Unsicherheit in der Welt hervorgerufen haben.

Es gibt heute bei den Vereinten Nationen unter den zirka 140 Mitgliedern eine Mehrheit der jungen Entwicklungsländer, der befreiten Kolonialländer.

Wir erleben in der Gegenwart nicht nur überall in der Welt das Vordringen der dritten industriellen Revolution, einer Revolution des Urbanismus und der Entwicklung des Städtelebens, die die Städtebauer vor neue Aufgaben stellt und zu Revisionen der Auffassungen führt, die sie noch vor zehn Jahren hatten. Wir haben in diesen 30 Jahren auch eine große Zahl lokaler und regionaler Kriege gehabt, Befreiungskriege, Unabhängigkeitskriege, ferngesteuerte Kriege der Großmächte oder eine Mischung dieser Elemente, Bürgerkriege, und wir haben in den letzten Jahren die Wellen der Gewalttätigkeit und des Terrors erlebt, die immer noch kein Ende gefunden haben.

Wir haben eine Rezession, deren Ende nicht abzusehen ist und die auch Wirkung hat. Dazu kommt, daß man in den Vereinten Nationen den angehäuften politischen und wirtschaftlichen Druck, den tatsächlichen Hunger in der Welt, die Arbeitslosigkeit erlebt. Allein die Tatsache, daß 70 Prozent der Weltbevölkerung nur 30 Prozent des Welteinkommens zur Verfügung haben, zeigt die krassen Gegensätze, die zu Reibungen und Störungen führen müssen. Die Dritte Welt erhebt Forderungen nach einer neuen Weltordnung, und die Entwicklungshilfe, soviel sie da und dort zustande gebracht hat, macht jährlich nicht mehr aus als ein Dreißigstel der jährlichen Militärausgaben. Das zeigt die krassen Widersprüche der Welt, die wir heute vor uns haben.

Dabei ist die Generalversammlung ein Zerrspiegel der Welt, denn sie verzerrt die Größen- und Machtverhältnisse, sie schafft numerische Majoritäten, die nicht den tatsächlichen Machtverhältnissen entsprechen.

Das Korrektiv dazu ist der Sicherheitsrat, in dem die fünf ständigen Mitglieder ein Vetorecht haben. Das Vetorecht ist keine besonders sympathische Einrichtung in einer internationalen Organisation, aber der Zerrspiegel Sicherheitsrat mit seinem Vetorecht ist die einzige Möglichkeit, den Zerrspiegel der Generalversammlung zu korrigieren.

In wachsendem Maße steht in den letzten Jahren der Nahostkonflikt im Brennpunkt. Wie

kürzlich festgestellt wurde, wird ein Drittel der Zeit der Vereinten Nationen mit Diskussionen über den Nahostkonflikt verbracht. Dabei gibt es eine Unzahl von Wiederholungen. So haben wir erst vor wenigen Wochen einen Tiefpunkt dieser Entwicklung mit der Resolution erlebt, in der die Generalversammlung mit einer großen Mehrheit beschlossen hat, daß der Zionismus dem mörderischen Rassismus gleichzusetzen ist, den die meisten – wenigstens die Älteren – von uns mitgemacht und erlebt haben und den man heute in manchen der neuen Staaten schauernd aufs neue erlebt. Ich möchte dabei bemerken, daß ich persönlich in der schärfsten Weise im Europarat auch gegen jene drei Mitglieder des Europarates, die dafür gestimmt haben, Stellung genommen habe. Bei den letzten Sitzungen in Paris ist von keinem dieser drei Länder auch nur der leiseste Protest gegen meine Erklärung der Empörung über diesen Beschluß zum Ausdruck gekommen. Sie sind nicht sehr glücklich mit ihrem Beschluß.

Daß in dieser Zeit in den Vereinigten Staaten – ich war vergangene Woche bei einem sehr kurzen Besuch in der Generalversammlung – die populäre Formel entsteht – ich übersetze das jetzt –: „Die US heraus aus der UN, die UN hinaus aus den Vereinigten Staaten!“, ist falsch und gefährlich, aber auch verständlich. Dennoch muß man sehr ernsthaft gerade bei uns in dieser Lage, bei diesen Stimmungen, das Pro und Kontra ruhig und nüchtern überlegen.

Sicherlich, es gibt ein Kontra, nämlich die deutlich sichtbaren Tendenzen zur Diskriminierung bestimmter Länder, der Erzfeinde der Entwicklungsländer, der Kolonialisten, der Imperialisten, der Neokolonialisten, und da herausgegriffen Südafrika, Rhodesien und jetzt Israel. Wir haben eine Ideologisierung aller Fragen vor uns, auch aller Sonderorganisationen. Das bringt eine Gefahr für die Universalität der Vereinten Nationen mit sich und damit eine Lebensgefahr für die Vereinten Nationen selbst.

Ich glaube, wir müssen die Gefahr, dieses Kontra, sehen, aber auch das Pro erkennen, damit wir wissen, wie wir uns zu verhalten haben.

Es ist zuerst einmal notwendig festzustellen, daß die Vereinten Nationen einen Dauerkontakt aller Staaten der Welt herstellen und damit im Konfliktfall von größter Bedeutung sein können. Darf ich das Hohe Haus darauf hinweisen, wie schwer es im Ersten Weltkrieg noch war, Friedensfühler überhaupt auszustrecken, welche Schwierigkeiten jedem da entgegenstanden. Dazu ist die Organisation der Vereinten Nationen mit all ihren Schwächen vorhanden, da kann sie durchaus wirksam funktionieren.



**Czernetz**

Unterschätzen wir auch nicht, daß bei allen Mängeln bei den Vereinten Nationen eine Beschwerdestelle besonders für die kleinen Staaten vorhanden ist. Wir Österreicher haben bereits Gelegenheit gehabt, die Beschwerdestelle zu benützen, und zwar in der Frage Südtirol. Das ist von sehr großer Bedeutung.

Die Sonderorganisationen, deren Fülle ich gar nicht aufzählen will, leisten gute Arbeit, wenn sie nicht durch eine Ideologisierung und eine falsche Majorisierung in politischem Sinne in ihrer Arbeit gestört werden.

Zuletzt nur einen Punkt, den ich besonders betonen möchte: Die Aufstellung und das Funktionieren der friedenserhaltenden Truppen ist ein von niemandem vorausgeahntes wirksames Instrument geworden. Einige Kollegen waren dort und haben es erlebt – ob es jetzt in Zypern war, auf Sinai oder auf den Golan-Höhen –: Diese Handvoll von Soldaten aus kleinen Staaten leisten Wunder in der Vermeidung von bewaffneten Zusammenstößen, der Vermittlung zwischen den Konfliktparteien und der Erreichung eines Zustandes, der eine Überbrückung für die Zukunft bringen kann.

Ich habe vor ein paar Tagen mit dem ägyptischen Botschafter bei den Vereinten Nationen gesprochen und ihn gefragt, wie seine Stellung zu der schrittweisen Diplomatie, der schrittweisen Entflechtung ist, und er sagte, er halte das für die einzige Möglichkeit und sei davon überzeugt, daß man auch Syrien für diesen Weg gewinnen könne. Es gibt keinen anderen Weg für den Frieden. Aber das geht nicht ohne die friedenserhaltenden Truppen.

Ich glaube, daß alle in diesem Hause dieser Handvoll österreichischer Soldaten und Polizisten, die bei den friedenserhaltenden Truppen im Nahen Osten, in Zypern oder an den Fronten Sinai oder Golan sind, aufrichtigen Dank für ihre opferbereite Arbeit auszusprechen haben. *(Allgemeiner Beifall.)*

Schon aus dem Bericht des Generalsekretärs Waldheim ist einiges ersichtlich, das deutlich zeigt, wie alle Bemühungen um eine Abrüstung im Rahmen der Vereinten Nationen stagnieren. Die Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen bringt nichts zustande. Waldheim gibt die Rüstungszahlen für 1975 bekannt, die er mit zirka 300 Milliarden Dollar berechnet. Im Vergleich dazu betrugen sie 1970 200 Milliarden Dollar. Also in fünf Jahren war eine Steigerung von 50 Prozent zu verzeichnen, freilich reduziert durch die Inflationsrate.

Ich möchte dabei sehr deutlich sagen, daß wir über das mangelhafte Ergebnis der SALT-Gespräche und den ersten SALT-Vertrag tief enttäuscht sind, daß wir über den Verlauf der

Gipfelgespräche der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in Wladiwostok im vorigen Jahr erschüttert sind und daß wir jetzt deutlich eine Stagnation bei SALT II vor uns sehen.

Kissinger hat gestern schon seine Hoffnung darüber ausgesprochen, daß er glaubt in vier bis fünf Wochen nach Moskau reisen zu können und die Schwierigkeiten zu überwinden. Wir haben zuletzt gehört, daß Präsident Ford den sowjetischen Botschafter Dobrynin empfangen und über diese Dinge gesprochen hat. Man hofft also, zu einer gewissen Einigung über ein Minimum kommen zu können.

Aber, Hohes Haus, täuschen wir uns nicht: Es geht um eine Einigung über ein entsetzlich hoch angesetztes Minimum, eine Parität im Rüstungsstand, die bedeutet, daß alle aufrüsten müssen, um den neuen Plafond zu erreichen. Ob es tatsächlich gelingen wird, die beiden neuen Waffen, den russischen Back-fire-Bomber und die amerikanischen Cruiser-missiles, Kreuzer-Bomben – eine Version der V 1 mit besonderen Fähigkeiten der Zerstörung und der Treffsicherheit –, ob es also gelingen wird, sie auszuklamern oder einzubeziehen und auszugleichen? Sie sind keine Beruhigung in dem ganzen Prozeß, denn in Wahrheit erleben wir den Rüstungswettlauf auch im Rahmen der Vereinbarungen zwischen den beiden Supermächten.

Hohes Haus! Der Einfluß, den die Innenpolitik und die Wahltaktik bei SALT I darauf genommen hat und, wie ich fürchte, auch bei SALT II jetzt nehmen wird, ist keineswegs beruhigend. Ford braucht einen Wahlschlager, und Breschnew braucht einen Schlager für den kommunistischen Parteikongreß im Februar des nächsten Jahres. Ich kann nicht sagen, daß ich darüber besonders beruhigt bin, denn die qualitative und die quantitative Aufrüstung geht weiter.

Auch im Jahre der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gibt es Unsicherheit. Helsinki hat mit der Schlußakte das Ende einer mehrjährigen Verhandlungsperiode gebracht. Ich weiß nicht, wieweit es für alle Parteien des Hauses gilt, sicher für die Regierungspartei: Wir betrachten die Schlußakte mit allen ihren Mängeln als für uns gültig. Wir werden uns daran halten. Aber wir werden doch Kritik daran üben dürfen.

Man spricht so viel von Entspannung. Interessant, daß das Wort „Entspannung“ vor ein paar Jahren im sowjetischen Lexikon der Diplomatie nicht einmal vorhanden war; es wurde erst aus dem Westen übernommen. Aber gibt es denn wirklich Entspannung? Was wir erleben, ist das Funktionieren der Koexistenz, des Nebeneinanderlebens der Supermächte, die einander nicht umbringen wollen, weil sie wissen, daß sie dabei selbst untergehen müßten.

**Czernetz**

Das Eisenhower-Wort gilt immer noch, daß die einzige Alternative zur Koexistenz die No-existence ist, keine Existenz, der Untergang. Aber Entspannung? Ich kann feststellen, daß es in all den Jahren der Koexistenz immer wieder Spannungen gegeben hat.

Kann es denn überhaupt Entspannung ohne eine ideologische Koexistenz geben?

Wir treffen hier auf einen Widerspruch der kommunistischen Politik, der kommunistischen Theorie und Praxis. Sie bejaht die militärische Koexistenz der Staaten mit verschiedener Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie will damit eine militärische Konfrontation verhindern. Sie lehnt aber leidenschaftlich die ideologische Koexistenz ab. Sie sagt: Der soziale, der ideologische Kampf muß ungehindert überall weitergehen; nicht überall: nur in den demokratischen Ländern, nicht in den kommunistischen Ländern, dort ist er ja verboten.

Es ist interessant, daß die Grundlage der Demokratie darin besteht, daß alle wirtschaftlichen, sozialen und ideologischen Gegensätze weiter bestehen bleiben und ausgetragen werden, daß Kämpfe geführt werden, aber in friedlichen Formen und nach den Regeln der Demokratie. Wenn man „ideologische Existenz“ sagt, dann meint man damit Kampf der Ideologien und der Interessengegensätze unter Wahrung der Regeln der Demokratie. Das heißt: Vermeidung des Bürgerkriegs, also wirkliche Entspannung. Wir sind für die Koexistenz und für die Entspannung, aber wer gegen die ideologische Existenz ist, schafft immer wieder neue Spannungen.

Helsinki und seine „Schlußakte“ stellen keinen Friedensvertrag dar, keinen Entspannungsvertrag, überhaupt keinen völkerrechtlich bindenden Vertrag. Ich würde sagen: einen Ersatzfrieden. Aber ein Ersatzfrieden ist besser als gar kein Frieden. Es ist eine Absichtserklärung der Mächte Europas, aller Staaten Europas, mit Ausnahme Albaniens.

Es ist unerhört interessant, wenn wir als Bejager von Helsinki – ich betone das noch einmal – staunend die willkürliche Interpretation der „Schlußakte“ von Helsinki von kommunistischer Seite sehen, wenn wir sehen, welche Punkte von den Sowjets und den Kommunisten als bindend angesehen werden.

Besonders in dem sogenannten Korb 1 betrachten sie als self-executing, also als sofort in Wirksamkeit sich umsetzend, zum Beispiel „Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte“ – da ist auch unter a) unter diesem Punkt I: inklusive „Recht auf Neutralität“, was die Schweizer noch durchgesetzt haben –, weiter „Enthaltung von

der Androhung der Anwendung von Gewalt“, „Unverletzlichkeit der Grenzen“. Die Sowjets wollten erst die Unveränderbarkeit der Grenzen, sie besitzen jetzt nur die Unverletzlichkeit im Hinblick auf Gewalt. Weiters wollten sie „Territoriale Integrität der Staaten“, „Friedliche Regelung von Streitfällen“, „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“, „Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker“, „Zusammenarbeit zwischen den Staaten“, „Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben“. Das hat in der Vergangenheit nicht immer ganz funktioniert. Die Auslegung, was „Treu und Glauben“ wirklich bedeutet, kann man, glaube ich, nicht einmal beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag anwenden und als Klagegrund betonen.

Von sowjetischer und kommunistischer Seite wird betont, daß natürlich der Korb 2 über die „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ von bilateralen Verhandlungen und Verträgen abhängt, aber auch daß Korb 3, nämlich „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“, erst von bilateralen Verhandlungen und von bilateralen Abkommen abhängen wird.

Aber ich möchte nicht nur darauf aufmerksam machen, daß diese Interpretation eine völlig willkürliche ist und durch nichts in der „Schlußakte“ begründet werden kann, sondern möchte auch auf eine andere höchst merkwürdige Sache hinweisen.

Ich habe bei der Verlesung der zehn Prinzipien ein Prinzip ausgelassen, nämlich den Punkt VII im ersten Korb: „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit.“ Das ist nach ihrer Interpretation offenbar auch bereits bindend und self-executing.

Mit Staunen habe ich in der illustrierten Wochenschrift der Sowjetunion „Sowjetunion heute“ vom 1. November in einem Artikel „Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und die Menschenrechte“ einiges darüber gelesen, immer mit der Schlagzeile „Aus Moskauer Sicht“. Ich lese in diesem Artikel insbesondere:

„Die unmittelbare Gewährleistung der Rechte des Individuums ist aber einzig und allein das Vorrecht des Staates und nicht der internationalen Gemeinschaft.“

Es gibt eine weltweite Universal Declaration of Human Rights, es gibt die internationalen Covenants der Menschenrechte. Das alles sind Akten, Dokumente der internationalen Gemeinschaft. Aber die haben nach kommunistischer

**Czernetz**

Ansicht nicht das Recht, dem einzelnen Individuum die Menschenrechte zu gewähren. Das ist dem einzelnen Staat vorbehalten. Ich möchte wissen, ob das in den zweijährigen Genfer Verhandlungen über den Punkt VII aus dem Korb 1 deutlich war.

Ich darf erwähnen, daß wir im Europarat die einzige Stelle haben, wo wir mit der Europäischen Konvention der Menschenrechte die Menschenrechte in klagbares Recht verwandelt haben. Das ist der einzige Platz auf der ganzen Welt.

Interessant ist es in diesem Zusammenhang, beispielsweise das „Marxistisch-Leninistische Wörterbuch der Philosophie“ zur Hand zu nehmen, im Original erschienen im Bibliographischen Institut, Leipzig 1964, 1969, 1970, wiederabgedruckt im Westen im Rowohlt Verlag 1972. Der Beitrag über Menschenrechte enthält einen Verweis auf Grundrechte; diese sind in einem langen historischen Artikel von ungefähr sechs Seiten dargestellt. Da ist alles von der Magna Charta bis zu den Covenants der Vereinten Nationen von 1966 enthalten. Nur eines ist vergessen: die Europäische Konvention der Menschenrechte; die wurde einfach nicht zur Kenntnis genommen.

Meine Damen und Herren! Das ist kein Zufall, denn wenn man im kommunistischen Ostdeutschland ein solches Lexikon herausgibt – ich weiß nicht, ob es auch in andere Sprachen des Ostblocks übersetzt worden ist – und diesen Beitrag über Menschenrechte wegläßt, dann ist das ein Beweis, daß sie es nicht wagen, gegen die Europäische Konvention der Menschenrechte, die die Menschenrechte zu direkt klagbarem Recht in den Mitgliedstaaten macht, auch nur zu polemisieren! Sie haben kein Argument dagegen. Sie haben sie nur vergessen; und dort bemerkt man's nicht.

Und wes Geistes diese Politik ist, haben wir leider gerade im Zusammenhang mit den menschlichen Beziehungen schon verhältnismäßig früh, im Januar 1975, in der Zeitschrift „Einheit“, der Zeitschrift der sogenannten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, erfahren können. Dort wird ein Beitrag gebracht, der höchstes Erstaunen auslösen muß.

Sie sprechen dort über den 25. Jahrestag der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit. Man findet bei der Darstellung der Arbeit dieses Ministeriums für Staatssicherheit – man erinnert sich offenbar an George Orwells „Ministerium der Liebe“ – eine Reihe von Hinweisen, die völlig neu sind.

Es heißt dort: „Im Kampf“ – das ist Jänner 1975 – „gegen alle feindlichen Pläne, Absichten und Umtriebe des Imperialismus wächst die

Bedeutung der Tätigkeit sozialistischer Kundschafter an der unsichtbaren Front.“

Ich bitte die Damen und Herren der rechten Seite, bei „sozialistisch“ nicht hämisch zu lachen. In der DDR gibt es ja auch eine christ-demokratische Partei, die ebensoviele „wert“ ist. Das ist eine Neusprache im Orwell'schen Sinn.

Da ist also die Rede von „Kundschaftern“ – früher hat man diese „Spitzel“, „Denunzianten“, „Spione“ genannt –. Sie haben eine ganz hohe Aufgabe in ihrem „selbstlosen und mutigen Einsatz zur Erkundung und Aufdeckung der aggressiven, gegen Entspannung und gesellschaftlichen Fortschritt gerichteten Pläne“.

Und das Interessanteste: In diesem Artikel des Ministers Mielke heißt es dann: „Besonders beachten wir dabei die Bestrebungen des Gegners, die sich erweiternden Beziehungen und Kontakte zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten auf den verschiedensten Gebieten sowie die Kontakte zwischen den Menschen zur feindlichen ideologischen Beeinflussung, für systematische und zielgerichtete subversive Tätigkeit zu mißbrauchen und Bürger der DDR und anderer sozialistischer Länder zu staatsfeindlichen Handlungen anzustiften.“

Hier kann man sagen: Es lebe der humanitäre Bereich! So kann man ihn sich vorstellen. So sind sie an diesen Vertragsabschluß herangegangen.

Ich möchte noch einmal sagen: Unsererseits werden wir uns peinlichst genau an die Bestimmungen der „Schlußakte“ halten. Wir werden auch darauf drängen, daß sie, so unvollkommen sie vorhanden sind, von den anderen eingehalten werden, aber wir werden uns nicht darüber täuschen, daß sie unzureichend sind, daß wir nach Helsinki das zu sagen haben, was wir vor Helsinki auch im Europarat sehr deutlich gesagt haben: Keine Illusionen, Helsinki ja, aber weiter für die Menschenrechte und für wirkliche Entspannung!

Die österreichische Bundesregierung hat schon 1970 eine Initiative für eine Konferenz und ein Abkommen über die Verdünnung der Streitkräfte in Europa ergriffen. Wir wissen, daß die kleinen osteuropäischen Staaten im Ostblock sehr dafür waren. Wir wissen, daß diese Truppenverminderungsgespräche, die in Wien stattfinden, nicht einen Schritt weitergekommen sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, daß die neun Staaten der EG in Helsinki – wie übrigens auch bei den Vereinten Nationen – einheitlich aufgetreten sind. Wir haben immer beklagt, daß nicht alle 18 Staaten des Europara-

**Czernetz**

tes zusammengefaßt und konsultiert werden. Aber im Zusammenhang mit den Neun müssen wir sagen, daß uns die europäische Einheit und die europäische Integration heute vor viele Probleme der Ungewißheit und Unsicherheit stellt.

Wenn Dr. Fiedler vorhin Kissinger zitiert hat, der sagte – ich habe es nicht gelesen, aber ich glaube ihm aufs Wort –, Europa werde in zehn Jahren kommunistisch sein, dann kann ich nur freundlich die Lektüre der letzten Nummer des „Economist“ empfehlen – das ist die Nummer vom 29. November bis 5. Dezember –, der einen ausführlichen Artikel oder eine Analyse unter dem Titel „Wer wird Europa in Hinkunft regieren?“ enthält. Dieser Artikel spricht nicht in diesem Sinn, sondern er zeigt die sehr starke Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegungen. Nach der Konferenz des Ministerkomitees des Europarates in Paris hat mir der französische Außenminister Sauvagnargues gesagt: Wir haben eigentlich festgestellt, daß die meisten Mitgliedstaaten Regierungen haben, in denen die Sozialisten maßgeblich vertreten sind. Ganz so ist das nicht, und es führt sicherlich zu der Frage, was mit den umstrittenen, den gefährdeten Gebieten werden wird.

Zur Frage Portugal würde ich sagen, daß sich dort zum Glück auf Grund der Entschiedenheit der demokratischen Parteien, sowohl der Sozialistischen Partei als auch der PPD, der volksdemokratischen Partei oder wie immer man das übersetzen will, auch bei den Offizieren eine vernünftige und gemäßigte Linie durchgesetzt hat. Es hat sich gezeigt, daß in Portugal eine geringe Neigung zu blutigen Kämpfen besteht; wahrscheinlich hätte eine solche Lage in Spanien längst zu den schwersten und blutigsten Auseinandersetzungen geführt. Man hat den letzten kommunistischen Putschversuch der extremen Linken mit sehr geringen Opfern überwinden können, und es besteht jetzt begründete Hoffnung darauf, daß die Konstituante noch im Januar die neue Verfassung vorlegen wird, daß diese in Kraft gesetzt wird und daß es noch Anfang des Jahres ordentliche Wahlen zu einem Parlament geben wird.

Es wird weiterhin die komplizierte Verbindung zwischen der Bewegung der Streitkräfte und der Regierung geben, und zwar auf Grund des merkwürdigen Vertrages zwischen den Parteien und den Streitkräften. Aber das Auftreten des Präsidenten der Konstituante und einer von ihm geleiteten Delegation im Oktober dieses Jahres vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zeigten, daß der politische Optimismus, den sie bekundeten, berechtigt war.

Wirtschaftlich steht das Land vor einem Abgrund, darüber gibt es gar keine Zweifel. Die

Wirtschaftsprobleme sind enorm, es ist aber zu hoffen, daß man den Weg zur Demokratie finden wird.

Wie sich die Situation in Spanien entwickeln wird, weiß im Moment kein Mensch. Entgegen den vielen optimistischen Hinweisen auf den neuen König möchte ich darauf aufmerksam machen, daß man in der oben zitierten Nummer des „Economist“ – und es handelt sich um kein linkes Blatt – den Lesern folgendes sehr deutlich vor Augen führt: Der neue König mag vielleicht nicht die Macht haben, das zu tun, was er möchte – wir wissen nicht, was er will –, aber man nimmt an, daß er ein reformfreudiger, demokratischer Mensch ist. Aber er ist eingeschworen auf die faschistische Verfassung von Franco. Vielleicht hat er nicht die Macht, aber der „Economist“ drängt und sagt: Wenn er die Politik Caetanos betreibt, dann besteht die größte Gefahr für Spanien auf schwere blutige Auseinandersetzungen. Der König muß rasch handeln, um eine Radikalisierung zu vermeiden. Die Hoffnungen, auch in Spanien zu einer demokratischen Lösung zu kommen, bestehen, wenn ich auch nicht wage, diese im Augenblick so positiv zu beurteilen wie in Portugal.

Wenn ich von der Ungewißheit und Unsicherheit in bezug auf die europäische Einheit spreche, dann möchte ich sagen: Die Europäischen Gemeinschaften sind eine prachtvoll erfolgreiche industrielle Zollunion, eine wirtschaftliche Großmacht ersten Ranges, der größte Exporteur, den es auf der ganzen Welt gibt. Aber es hat jemand gesagt: Eine Zollunion ist noch kein Vaterland! Das ist nicht ganz unrichtig. Auf allen Gebieten hat die EWG kaum Erfolge verzeichnet.

Die gemeinsame Agrarpolitik ist protektionistisch, und erst vor kurzem, als ich bei einer Konferenz des Europarates in Innsbruck war, hat der Landeshauptmann Tirols in der schärfsten Weise gegen die Politik der Zerstörung der kleinen Bauernwirtschaften gesprochen. Besonders hat er hervorgehoben, daß wir aufpassen müssen, daß diese EG-Landwirtschaftspolitik gegen die kleinen Bauern nicht im Europarat überhand nehme.

Außerdem ist die ganze sogenannte gemeinsame Agrarpolitik abhängig von den deutschen Zahlungen, bei denen man heute weniger als je zuvor weiß, ob sie weiter erfolgen werden.

Daß es keine gemeinsame Energiepolitik gibt, muß ich nicht besonders betonen, keine gemeinsame Währungspolitik, keine gemeinsame Verkehrspolitik, keine gemeinsame Regionalpolitik, keine gemeinsame Außenpolitik bis auf wenige Einzelfälle, wie etwa in Helsinki und manchmal – nicht immer! – bei den Vereinten

**Czernetz**

Nationen, und keine gemeinsame Verteidigungspolitik.

Es sind große Zielsetzungen aufgestellt worden, die mit großen Hoffnungen in den Gemeinschaften begleitet werden. Das ist die Schaffung der politischen Union bis 1980 und die Direktwahl des Europäischen Parlaments bis 1978.

Ich möchte klar und deutlich sagen, daß wir, die Nicht-Neun – wir drei Neutralen gehören zu den sogenannten Nicht-Neun –, das größte Interesse an einem Erfolg der Europäischen Gemeinschaften haben. Wir wünschen den Europäischen Gemeinschaften jeden nur möglichen Erfolg. Sie haben nicht nur unser loses Vertragsverhältnis, sondern sie sind ein wesentlicher Faktor Westeuropas. Man muß nur gewisse Sorgen und Zweifel haben, wenn man die Erosion des Vertrags von Rom im Laufe der Jahre sieht, mit de Gaulle beginnend die Einschränkung der supranationalen Europäischen Kommission, die Beseitigung einer Chance von Mehrheitsbeschlüssen in absehbarer Zeit, zuletzt – darüber habe ich hier schon einmal gesprochen – die Enthauptung der Europäischen Gemeinschaften durch den Conseil Européen des französischen Staatspräsidenten, der seinen Conseil anstelle des Rates der Minister nach dem Vertrag von Rom gestellt hat.

Die allgemeinen Tendenzen in Europa sind widerspruchsvoll. Wir erleben überall die deutlichen Zeichen, daß großräumige, übernationale wirtschaftliche und politische Bindungen notwendig sind. Gleichzeitig aber sehen wir einen wachsenden Wunsch nach Selbstbestimmung und Selbstregierung in überschaubaren Einheiten. Denn was die Menschen heute vielfach bedrückt, das ist, daß sie manchmal den eigenen Staat nicht überschauen können, geschweige denn Staatsgemeinschaften.

Entgegen allen Vorhersagen haben sich seit dem Ende des Krieges die Nationen Europas gegen einen Verlust ihrer Identität gewehrt, und es gibt heute überall den Wunsch nach Selbstbestimmung und Selbstregierung in den Regionen, den Provinzen, den Gemeinden, bis zum Extremismus der Separatisten.

In der Regierungserklärung hat der Herr Bundeskanzler auch über den Europarat gesprochen. Sie werden alle bemerkt haben, daß es zwar nicht aus dem vorgelegten Text war, aber sehr wohl im gesprochenen Text. Und ich bin sehr glücklich über diese Unterstützung, die die Bundesregierung dem Europarat zusagt.

Ich glaube, daß es insbesondere notwendig sein wird – und ich möchte das an den Herrn Bundesminister richten, der ja selber daran in höchstem Maße funktionell interessiert ist –, daß

das Ministerkomitee des Europarates politisch aktiviert wird. Sie wissen, Herr Bundesminister, wie oft wir das von der Versammlung einstimmig gefordert haben und wie wir gedrängt haben – aber eine Mehrheit der Minister war dagegen –, das Ministerkomitee soll auch im Sinne der Regierungserklärung der politischen Information und Konsultation dienen.

Und ich darf bei der Gelegenheit das wiederholen, was ich im Finanz- und Budgetausschuß zur Überraschung der nicht gelernten Europäer gesagt habe: Das Budget des Europarates ist ein Symbol für die Behandlung durch die großen Staaten in Europa. Das Budget des Europarates macht für das Jahr 1975 450 Millionen österreichische Schilling aus. Das entspricht genau dem Budget der Stadt St. Pölten. Wieviel man damit bei 18 Mitgliedstaaten in einer Parlamentarischen Versammlung, in einer intergouvernementalen Aktivität anfangen kann, das können Sie sich vorstellen.

Natürlich liegt das nicht an den Kleinststaaten wie Österreich, sondern es liegt bei den großen Vier: das sind Frankreich, die Bundesrepublik, Großbritannien und Italien. Wir hoffen, daß es gelingen wird, gerade im Sinne der Regierungserklärung, diese Länder davon zu überzeugen, daß diese Behandlung des Europarates schädlich ist. Wir haben immer schon dagegen angekämpft, daß der Europarat gerade genug bekommt, um nicht zu sterben, aber nicht genug bekommt, um zu leben und anständig zu arbeiten. Es ist eine widerspruchsvolle Politik des Westens. Denn wenn man mit den Außenministern und dem Parlamentspräsidenten darüber spricht – und ich habe jetzt in meiner Funktion Gelegenheit, ein Land nach dem anderen zu besuchen und Gespräche zu führen –, dann betonen alle ihre positive Haltung zum Europarat und zu seiner Notwendigkeit. Aber irgendwie muß sich das auch in der Behandlung der finanziellen Angelegenheiten auswirken.

Ich habe noch eine Vergleichszahl genannt: Das Europäische Parlament der Neun hat 1400 Beamte zu seiner Verfügung! Das ist auch verständlich. Wir haben für die Parlamentarische Versammlung des Europarates mit 18 Ländern 40 Beamte – es sind ausgezeichnete Beamte – zur Verfügung, und wir kommen damit aus. Das allein zeigt, wie das ungleiche Verhalten der Staaten zu den europäischen Organisationen zu Resultaten führt, die einfach grotesk sind.

Der amerikanische Chefdelegierte bei den Vereinten Nationen hat kürzlich gesagt – und damit in Amerika riesige Aufregung und Erstaunen ausgelöst –: In der Welt gibt es nicht mehr als zwei Dutzend Demokratien. Ich hatte während eines kurzen Aufenthaltes Gelegen-

**Czernetz**

heit, Moynihan gemeinsam mit unserem alten Freund Richard, der früher Delegierter zum Europarat war und jetzt britischer Botschafter ist, zu treffen und ihm zu erklären: Ich habe mit großem Interesse gelesen, daß Sie gesagt haben, daß es in der Welt nur zwei Dutzend Demokratien gibt. Wissen Sie, daß von den zwei Dutzend Demokratien 18 im Europarat sind? – Er hat erstaunt geschaut, und der britische Chefdelegierte Richard hat gesagt, diese Feststellung sei fair gewesen.

Ich habe von der Menschenrechtskonvention gesprochen, ich habe von der Parlamentarischen Versammlung gesprochen. Ich möchte betonen, daß wir in dieser Parlamentarischen Versammlung ein umfassendes politisches Forum haben, und wir hoffen, daß wir nach der Rückkehr Griechenlands, nach Überwindung der Militärdiktatur, doch auch in absehbarer Zeit Portugal und Spanien als parlamentarische Demokratien begrüßen können.

Vielleicht noch ein Hinweis: Der Europarat hat in der Zwischenzeit eine Seite entwickelt, die kaum in der Welt bekannt ist, auch nicht in unserem Parlament. Einmal im Jahr beraten wir den Bericht der OECD, also des Pariser Wirtschaftsrates. Der OECD gehören jetzt auch außer den europäischen Staaten, die früher schon dabei waren, die Vereinigten Staaten, Kanada, Japan, Australien und Neuseeland an. Und diese entsenden zu den Oktobersessionen des Europarates parlamentarische Delegationen, um mit uns den OECD-Bericht zu diskutieren, weil das der einzige Boden ist, wo man die OECD-Fragen international diskutieren kann. Wir sind de facto eine Ad-hoc-Versammlung der OECD geworden, ohne daß das in irgendeinem Vertrag niedergelegt ist.

Ich möchte noch betonen, daß wir bei all dem nicht nach innen gerichtet sind, nicht nur auf uns, sondern nach außen schauen, daß wir uns daher sehr wohl mit der Europäischen Konvention der Menschenrechte und möglichen Verbesserungen befassen, daß wir bei der 4. Europäischen Konferenz „Wissenschaft und Parlament“ in Florenz auch auf die Gefahren für die Demokratie durch die wissenschaftlich-technologische Entwicklung hingewiesen haben, daß wir im April des nächsten Jahres in einer Konferenz über die Zukunft der demokratischen Institutionen sprechen werden und daß dabei der Hauptreferent der belgische Parlamentspräsident Harmel sein wird, was für uns von sehr großer Bedeutung ist.

Wir wollen darüber hinaus den Dialog mit den Oststaaten, wenn sie dazu bereit sind, und wir wollen den Dialog, den wir schon begonnen haben, durch Sonderreferate zwischen Nord und Süd, den Industriestaaten und den Entwicklungsländern.

Ich möchte keine Prophezeiungen über die Zukunft Europas und die europäische Einheit anstellen. Wir sollten aber deutlich vor uns sehen: Ein supranationaler Einheitsstaat Europas, wie er im Vertrag von Rom idealistisch vorgezeichnet war, rückt immer mehr in den Bereich des Unwahrscheinlichen!

Man wird überlegen müssen, ob nicht auf lange Sicht die Tendenz in Richtung einer Konföderation der parlamentarischen Demokratien Europas geht. Jedenfalls wird die Parlamentarische Versammlung des Europarates – wir Österreicher hoffen: mit entsprechender Unterstützung der Bundesregierung auch im Ministerkomitee – erkennen, daß der Europarat eine große historische Rolle als Rahmen der demokratischen Einigung Europas spielen kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Freiheitliche Partei hat im letzten Wahlkampf von sich aus die Außenpolitik von der Wahlkampfauseinandersetzung ausgeklammert. Das ist die Haltung, die wir in den letzten Jahren im Hinblick auf die Außenpolitik konstant eingenommen haben, und das ist jene Haltung, die von dem Wunsch geprägt ist, die gemeinsame Basis, die ich selbst jetzt noch immer – auch nach den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Fiedler – sehe, nicht zu zerbrechen. Denn ich glaube, daß uns die von meinem Vorredner entworfene Situation in der Welt, die gar nicht ermutigend ist, verpflichtet, uns im Rahmen des Möglichen und über ideologische sowie innenpolitische Auseinandersetzungen hinaus doch gemeinsam im Interesse Österreichs zu bemühen.

Auf Grund dieser Haltung haben wir auch in den letzten Jahren dem Kapitel Äußeres zugestimmt, nicht daß wir zufrieden wären mit dem, was wir in Österreich für die Außenpolitik aufwenden, ganz im Gegenteil, sondern um auch damit zu demonstrieren, daß wir uns bemühen, eine gemeinsame Sprachregelung in den fundamentalen Fragen der österreichischen Außenpolitik weiter zu erhalten.

Wir stimmen auch heuer zu, obwohl wir mit Bedauern feststellen, daß im jahrelangen Wettlauf zwischen Bundestheaterverwaltung und Außenministerium nunmehr der Siegespreis endgültig an die Bundestheaterverwaltung gegangen ist. Herr Bundesminister! Um glatte 120 Millionen Schilling sind Sie nun distanziert. Aber ich möchte trotz einiger kritischer Anmerkungen, die ich zu machen habe, doch sagen, daß Gott sei Dank die österreichische Außenpo-

**Dr. Scrinzi**

litik besser ist als die vorgestrige Inszenierung des „Zigeunerbarons“. Das beruhigt mich.

Obwohl in einer Reihe von Sachfragen auch im außenpolitischen Bereich Akzentunterschiede vorliegen, so besteht doch über die Grundlagen, über den Operationsraum, der der österreichischen Außenpolitik überhaupt zugemessen ist, im großen und ganzen zwischen den drei Parteien des Hauses Einvernehmen.

Eine wesentliche Grundlage ist die aktive Neutralitätspolitik, obwohl ich mit Kritikern darin übereinstimme, daß hier in den letzten Jahren vom freiheitlichen Standpunkt aus betrachtet mancher Ausrutscher passiert ist. Wir bekennen uns natürlich in Konsequenz dieser Haltung zu einer Politik der Blockfreiheit, und zwar nicht nur im Hinblick auf die sogenannten blockfreien Staatsgruppen. Wir bekennen uns ferner vorbehaltlos zur Verteidigung der freien demokratischen Gesellschaftsordnung Österreichs.

Ich glaube, diese Fundamente sind ausreichend, um eine gemeinsame Außenpolitik zu betreiben.

In diesem Zusammenhang darf ich es heuer als einen im Interesse Österreichs liegenden Fortschritt bezeichnen, daß dem von uns wiederholt gemachten Vorschlag zur Schaffung eines, wie wir es genannt haben, Außenpolitischen Beirates – das Kind hat jetzt einen etwas anderen Namen bekommen; vielleicht um die Vaterschaft ein wenig zu verschleiern – entsprochen wurde. Wir haben immer die Auffassung vertreten, daß wir ein solches Organ des fortgesetzten Gedankenaustausches in der Außenpolitik unabhängig von den Zyklen der gesetzgebenden Körperschaft brauchen, weil sich ja die Außenpolitik als ein Kontinuum von Ereignissen, von manchmal sehr dramatischen Ereignissen, erweist und wir Gelegenheit haben sollen und haben müßten, als Volksvertretung im engen Kontakt mit dem zuständigen Ressort akute Situationen beraten und besprechen zu können.

Ich hoffe, Herr Bundesminister, daß dann, wenn dieses Organ institutionalisiert wird – ein Entwurf ist ins Begutachtungsverfahren gegangen –, die außenpolitischen Kontakte, wobei ich wiederum leidenschaftslos und mit Genugtuung feststelle, daß sie sich jedenfalls für unsere Bedürfnisse befriedigend entwickelt haben, noch weiter intensiviert werden.

Wenn ich wie meine Vorredner – heute ist eine Gelegenheit, bei der das im Hinblick auf die österreichische Öffentlichkeit einfach geschehen soll und muß – gleichfalls einen Blick in die weltpolitische Szene werfe, so ist das Resultat eines solchen Tour d'horizon nicht

optimistischer als bei meinen beiden Vorrednern. Ich weiß schon, daß derjenige, der sich heutzutage nicht unkritisch den gängigen Schlagworten, unter denen heute die Weltpolitik gesehen wird, beugt, sehr rasch Gefahr läuft, verdächtigt zu werden.

Ich möchte dazu ein Wort von Chamfort anbringen – ich bin darauf vor einigen Tagen gestoßen –, das er am Vorabend der französischen Revolution ausgesprochen hat. Er hat nämlich damals im Zusammenhang mit einem ganz konkreten Ereignis gemeint: In Frankreich läßt man die Brandstifter in Ruhe und verfolgt jene, welche die Sturmglocken läuten.

Wer also heute zu einer kritischen Analyse und Betrachtung der gängigen Vokabeln, mit denen weltpolitische Ereignisse kategorisiert werden, aufruft, der wird sehr leicht zum Brandstifter umfunktioniert.

Darum geht es uns nicht. Es geht uns auch nicht darum, etwa gar vom Standpunkt der Opposition, weil man damit zugleich auch der Bundesregierung oder dem Außenminister indirekt eines auswaschen kann, ein überzeichnet düsteres Bild zu malen. Ich glaube, dessen bedarf es gar nicht, und ich stimme hier durchaus mit dem überein, was sowohl im vergangenen Jahr wie auch heuer meine beiden Vorredner zur Weltlage gesagt haben.

Herr Kollege Czernetz! Ihre heutige Rede war von Ihrer gegenwärtigen Funktion als Präsident des Europarates sehr stark geprägt, was ich nur begrüße. Sie haben in der vorigen Gelbte das Wort geprägt, daß es noch einmal gelbte ist, den gemeinsamen Selbstmord der beiden Supermächte zu verhindern.

Wenn man die Entwicklung seit Wladiwostok ins Auge faßt, dann kann man nur bei sehr optimistischer Beurteilung sagen: Es ist weiterhin gelungen, diesen gemeinsamen Selbstmord hinauszuschieben. Hoffen wir, ihn auf einen nicht mehr realisierbaren Zeitpunkt hinauszuschieben. Das wäre natürlich unser aller Wunsch.

Aber sehr viel mehr hat ja Wladiwostok und die Entwicklung seither nicht gebracht, denn ich stimme mit allen Kritikern hier im Haus, außerhalb des Hauses und in der ganzen Welt überein, daß Entspannung ohne das Korrelat einer wirksamen redlichen Abrüstung nach wie vor natürlich nur einen Zustand kennzeichnet – auch hier darf ich Sie noch einmal plagieren, Herr Kollege Czernetz –, der einem Auf und Ab mehr oder weniger großer Spannung entspricht. Und daß in diesem Zustand der Détente der zollfreie Export der ideologischen Revolution und auch der Revolution mit Mitteln der Gewalt zum Umsturz der freien Welt fortgeschritten ist,

**Dr. Sclinzi**

kann man einfach nicht bestreiten; auch nicht mit etwa selbstmörderischer Genugtuung, weil ja letzten Endes in diesem Prozeß wir die Gefährdeten und die Bedrohten sind.

Man kann auch nicht leugnen, daß das Gleichgewicht des Schreckens, auf dem dieser Zustand schwankender Spannung beruht, sich gerade im letzten Jahr, wenn die Zahlen und die Mitteilungen der hiefür Berufenen richtig sind, zugunsten des Ostens verschoben hat. Wenn vor wenigen Stunden oder Tagen der bundesdeutsche Verteidigungsminister Leber darauf hingewiesen hat, daß gegenwärtig eine fünffache Überlegenheit des östlichen Rüstungspotentials gegenüber dem westlichen vorliegt, so ist das für uns ein Grund höchster Beunruhigung. Man könnte wiederum die Zahlen des Londoner Institutes für militärstrategische Studien zitieren, die gleichfalls nicht beruhigend sind. Und wenn jetzt immer mehr das Problem auftaucht, daß eine Untergrenze von Rüstung gar nicht mehr unterschritten werden darf, ohne daß nicht selbst das delitäre Folgen nach sich zieht, so zeigt das insgesamt den labilen Sicherheitszustand, in dem sich die Welt befindet.

Es wäre auch unrichtig und hieße die Augen vor Fakten verschließen, wollte man behaupten, daß in dieser Periode fortgesetzter und immer wieder beschworener Entspannung etwa die Krisenanfälligkeit insgesamt in der Welt abgenommen hätte, daß die echten Krisenherde sich vermindert oder daß die bestehenden Krisenherde wenigstens an Brisanz verloren hätten. Das Gegenteil ist leider wahr.

Die vielbelächelte Dominotheorie über die südostasiatische Entwicklung hat ja inzwischen ihre Bestätigung gefunden. Laos war, wenn Sie wollen, der vorletzte Stein in diesem südöstlichen Gebäude, der vor wenigen Tagen durch einen, soweit wir es beurteilen können, unblutigen kommunistischen Umsturz zerbrochen ist, die Lage Thailands ist damit mehr als prekär geworden, mit der Entwicklung, die die SEATO nach der Kapitulation Südvietsnams genommen hat, hat sich in diesem südostasiatischen Raum ein weiteres Feld der Vakanz, einer gefährlichen Vakanz ergeben, und bei der Timor-Krise ist zu befürchten, daß sich dort ein neuer Krisenherd aufbaut.

Daß zur gleichen Zeit – das hat bereits mein Vorredner gesagt – die Abrüstungsverhandlungen als solche generell weiterhin auf Eis liegen und daß die SAL-Gespräche wahrscheinlich nur zu einem wiederum stark von innenpolitischen und wahlpolitischen Überlegungen der beiden Hauptbeteiligten beeinflussten Pseudoerfolg kommen werden, ist sehr zu befürchten. Auch die MBFR-Gespräche drehen sich im Grunde genommen im Kreise.

Dazu kommt, daß die Skeptiker des Atomsperrvertrages gerade im Laufe des letzten Jahres nicht nur die faktische Unwirksamkeit dieses Atomsperrvertrages, der den beiden Supermächten ein Monopol verschaffen sollte, erfahren mußten, sondern daß wir im Laufe dieses Jahres – nicht von Politikern, sondern von Wissenschaftlern, von kundigen Fachleuten – zur Kenntnis bekommen haben, daß bereits so viel spaltbares Material den Weg in die verschiedensten dunklen Kanäle gefunden hat, daß man kleinere Atombomben schon in der heimischen Bastelstube erzeugen kann. Die Herstellungsanweisungen für solche Basteleien werden von selbstmörderischen Verlagen des freien Westens gratis ins Haus geliefert.

Alles das ist in einer Zeit, in der uns das unbewältigte Terrorismusproblem bedroht und gerade wiederum in den letzten Tagen und Wochen dramatische und tragische Akzente gesetzt wurden, mehr als beunruhigend.

Wenn ich gesagt habe, keiner der wirklichen Krisenherde ist in dieser Phase der Détente befriedet oder gar beseitigt worden, so wäre das im einzelnen für alle nachzuweisen. Die Zypernkrise sozusagen vor den Toren ist ungelöst. Der israelisch-arabische Konflikt hat unter den besonderen Ereignissen, die sich heuer bei der XXX. Generalversammlung abgespielt haben, eine psychologische, aber auch eine politische Verschärfung erfahren.

Portugal ist vor zwei Wochen dem Schicksal Ungarns und der Tschechoslowakei der Jahre 1948 und 1956 mit Mühe entgangen, aber ich bin gar nicht so optimistisch – oder vielleicht habe ich Sie nur falsch verstanden, Herr Kollege Czernetz –, daß damit der Weg zu einer friedlichen demokratischen Entwicklung schon frei ist. Ich bin nicht sehr optimistisch in diesem Zusammenhang, und zwar dann nicht, wenn ich die langfristige Strategie kommunistischer revolutionärer Politik betrachte. Aber wollen wir hoffen, daß es gelingt, in diesem wesentlichen Eckpfeiler des NATO-Bündnisses eine kommunistische Machtübernahme zu vermeiden. Mir ist schon unbehaglich, wenn ich in Anbetracht der Gesamtsituation erfahre, daß die demokratischen Parteien Portugals keine andere Möglichkeit sehen, als diese kommunistische Minderheit mit in die Regierung einzubinden. Ich glaube nicht, daß das der Weg ist, die grundlegenden Ziele der portugiesischen kommunistischen Partei zu ändern. Ich glaube es einfach nicht.

Über die Entwicklung in Spanien traut sich niemand eine Vorhersage zu machen. Wenn Spanien gegenüber Portugal das Plus zu haben scheint, daß die Unterwanderung der Armee durch linke, extrem linke Kräfte nicht das



**Dr. Scrinzi**

Ausmaß der portugiesischen Unterwanderung angenommen hat, so ist doch eine Entwicklung, die sich in erster Linie sozusagen auf die Stärke des Militärs stützen muß, immer kritisch und ambivalent.

Dazu kommt die innenpolitische Situation in Italien, wo der *compromesso storico* vor der Tür zu stehen scheint, ein Kompromiß, der vielleicht vorübergehend innenpolitische Probleme Italiens lösen mag, aber langfristig gesehen jedenfalls unserer Meinung nicht zur Festigung der europäischen Sicherheit beitragen wird.

Das Volksfrontbündnis in Frankreich scheint in den letzten Monaten an Boden zu gewinnen, und auch hier ist noch offen, ob wir uns dort nicht in absehbarer Zeit einer Regierung und einem Staatspräsidenten gegenübersehen werden, der, vorsichtig formuliert, von den Kommunisten nicht unabhängig sein wird.

Es ist heute mit Recht darauf hingewiesen worden, daß das zu Ende gehende Jahr 1975 das Jahr der Schlußakte von Helsinki ist. Helsinki war ja kein Abschluß der KSZE-Konferenz mit vertragsähnlichem Charakter – das ist schon betont worden –, und ich würde sagen: Bestenfalls handelt es sich um Verwendungszusagen, die in den uns besonders wesentlichen Bereichen gegeben wurden, Verwendungszusagen, von denen schon jetzt gesagt werden kann, ohne daß man sich auf das kritische Gebiet der Prognose begibt, daß sie in einer ganzen Reihe von Gebieten durch die seitherige Entwicklung bereits widerlegt sind. Denn das, was wir einigen Artikeln der „Prawda“ im Laufe des heurigen Jahres und nach Helsinki entnehmen konnten, kann doch nicht ausgelegt werden als ein Bekenntnis zur Anwendung und zur Vollziehung der in den drei Körben – besonders in eins und drei – festgelegten Grundsätze und Verwendungszusagen.

Im Gegenteil: Wenn man die Begleitmusik aus Anlaß des UdSSR-DDR-Freundschaftsvertrages sich vor Augen ruft, so war das nicht ermutigend im Sinne eines Geistes der Entspannung, eines Geistes, der mehr Humanität in die Beziehungen zwischen die beiden Systeme Ost und West bringen könnte.

In dem Zusammenhang hat der Abgeordnete Dr. Fiedler Kritik an der mangelnden Aktivität Österreichs im Hinblick auf die neue Situation, wie sie sich in China darstellt, geübt. Nun, ich bekenne ein, daß ich vor acht, neun Jahren hier im Hause und von dieser Stelle aus einer derjenigen war, die vor übereilten Schritten im Hinblick auf die damals sich abzeichnende Spannung und Spaltung im chinesisch-sowjetischen Block hingewiesen haben. Ich glaube, es war richtig, daß Österreich sich etwas Zeit

gelassen hat und daß Österreich erst dann in Richtung China außenpolitisch aktiv geworden ist, als alle kritischen Prüfer der Entwicklung zur Einsicht kamen, daß sich hier etwas Neues vollzieht. Wir haben dann eigentlich auch einvernehmlich – das ist auch schon gesagt worden – die Konsequenz gezogen, daß es nach Klärung dieser Situation an der Zeit war, unmittelbare diplomatische Beziehungen mit China aufzunehmen.

Ich habe gar nichts dagegen, wenn Sie in dem Zusammenhang, Herr Kollege Fiedler, die Aktivitäten der Bundeswirtschaftskammer lobend erwähnt haben. Ich habe mich selber drüben in China davon überzeugen können, daß sehr gute – und zwar unabhängig von der Entwicklung der diplomatischen Beziehungen – Vorarbeit geleistet wurde, aber bei allem Lob: Wenn Sie das Resultat dieser Bemühungen – womit sie nicht herabgesetzt werden sollen – in nüchternen Zahlen betrachten, so ist bisher der Erfolg leider ausgeblieben. Aber das liegt nicht daran – das will ich damit nicht sagen –, daß man sich dort nicht ausreichend angestrengt habe. Das sind, wie wir wissen, ganz andere Probleme, die wir von uns aus nicht zu steuern vermögen.

Ich begrüße es aber insgesamt, daß die Beziehungen zu China sich entwickelt haben, und ich begrüße es ganz besonders, möchte ich sagen, als Europäer, denn in den letzten Jahren hat man öfters den Eindruck gewonnen, daß die einzigen wirklich überzeugten Europäer in Peking sitzen.

Welche Motive die Chinesen haben mögen, sich nun europäischer als die Europäer zu gebärden, das steht auf einem anderen Blatt. Aber ich glaube, daß auch hier eine kritische Analyse einfach ergibt, daß eine gewisse Interessenübereinstimmung mit dem freien Europa besteht, das die Chinesen als einen leider, wie sie meinen, nicht überzeugenden Widerpart des sowjetischen Blocks empfinden, und ich glaube, daß man diesem Umstand auch von seiten des Außenressorts in den nächsten Jahren Rechnung tragen sollte; freilich nicht etwa um den Preis, daß wir damit gegen andere und große Nachbarländer einen Zuwachs an Spannung provozieren. Allerdings wäre ich sehr dankbar, wenn bei den weiteren Wortmeldungen die Kritiker einer Inaktivität der österreichischen Außenpolitik gerade in dem Bereich konkrete Vorschläge machen würden, was zusätzlich geschehen sollte.

Das, was uns alle in diesem ablaufenden Jahr mit ganz besonderer Sorge erfüllt hat, war die kritische Entwicklung bei den Vereinten Nationen. Da meine beiden Vorredner dazu eine Menge gesagt haben und da sich auch der

**Dr. Scrinzi**

Abgeordnete Dr. Karasek, wie ich weiß, als sehr Kundiger dazu noch verbreitern will, werde ich mich darauf beschränken, ein paar grundsätzliche Dinge festzuhalten.

Die Freiheitliche Partei und ich selbst gehören zu den kritischen Beobachtern der Entwicklung am East River. Auch diese Kritik ist nicht von dem Wunsche getragen, bestätigt zu bekommen, daß diese vor 30 Jahren mit so viel Hoffnung als Weltfriedensinstrument geschaffene Institution scheitern möge. Ganz im Gegenteil: Sosehr wir viele Vorgänge kritisieren, sosehr wir wissen, daß die UNO bei weitem die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt hat, sosehr wir aus der Beobachtung in Nahdistanz sagen müssen, daß die UNO fast alle Fehler, die der Völkerbund gemacht hat, nicht nur wiederholt, sondern sogar neue dazu begangen hat, müssen wir doch eingestehen, daß ein Zusammenbruch dieser Organisation ein gefährliches Vakuum in der Welt schaffen könnte.

Denn immerhin haben wir festzustellen, daß von den fünf Gründungsmitgliedern der UNO eines, und zwar Taiwan, wegen der bekannten Fakten inzwischen ausgeschieden wurde und ein zweites, nämlich Südafrika, gerade der heurigen XXX. Sitzung freiwillig – mehr weniger freiwillig, muß ich sagen – ferngeblieben ist.

Das muß zu Bedenken Anlaß geben, wenn auf der anderen Seite, wie Sie, Herr Kollege Czernetz, das auch karikiert haben, eine ganze Reihe von neuen Mitgliedern in die UNO – ich glaube, sie ist jetzt auf 144 angewachsen – eingetreten ist, die man auf einem Weltatlas, wenn er auch einen sehr großen Maßstab hat, nur mit Mühe und Not findet. Uns Europäern geht es ja wirklich so, daß wir gelegentlich verlegen werden, wenn wir bei der UNO neue Delegationen auftauchen sehen und uns eingestehen müssen, daß wir sie geographisch nicht einmal annähernd einordnen können. Man muß mit verschiedenen Tricks herausbringen: Wo existiert denn dieser Staat, der nach dem Prinzip „one state, one vote“ dort nun mitmisch?

Daß die Blockbildung, die sich im afro-asiatischen Rahmen abgezeichnet hat – und es ist ein Block, der zugleich fast alle diktatorisch regierten Staaten umfaßt –, eine explosive Situation herbeiführte, war klar. Erstaunlich war nur, daß die VII. Sondertagung der UNO einen Umschlag zu signalisieren schien, der zu großen Hoffnungen Anlaß gab. Aber es hat sich sehr rasch dann bei der folgenden Generalversammlung herausgestellt, daß sie leider Illusion waren.

Die bekannten Vorgänge im Zusammenhang mit dem Nahost-Problem haben zu sehr massi-

ven Austrittsdrohungen der USA geführt. Wie immer sie im Hinblick auf die wahlpolitische inneramerikanische Szenerie zu werten waren, waren es doch recht beunruhigende Töne, die wir hier gehört haben.

Ein Erfreuliches hat die VII. UNO-Sondertagung für uns Europäer gehabt. Wenn ich es recht weiß, dann ist erstmals in diesem Forum die EWG mit einer Stimme aufgetreten. Das ist immerhin ein beachtlicher Fortschritt.

Meine Damen und Herren! In dieser pessimistischen Gesamteinschätzung der Weltsituation, glaube ich, herrscht zwischen den drei Parteien des Hauses weitgehende Übereinstimmung.

Erlauben Sie mir nun noch, daß ich im Schlußteil meiner Ausführungen auf zwei begrenztere Fragen zu sprechen komme, die uns bewegen und einen starken außenpolitischen Akzent haben.

Das ist die Situation in Südtirol. Wir haben im August 1973 vom damaligen Außenminister Dr. Kirchschräger in einem Gespräch die beruhigende Information erhalten, daß die Durchführungsgesetze zu den Verfassungsgesetzen nunmehr unmittelbar vor ihrer Verwirklichung stünden.

Zweieinhalb Jahre später müssen wir feststellen, daß leider bei der Paket-Durchführung und bei der Abwicklung des Operationskalenders eine sehr bedauerliche Stagnation eingetreten ist, eine Stagnation, die wir immer befürchtet, vor der wir gewarnt haben und die in der Zwischenzeit auch innerhalb der Südtiroler Volkspartei die überzeugtesten Befürworter – wir haben Paket und Operationskalender als Freiheitliche Partei hier im Hause 1969 abgelehnt – auf den Plan gerufen und veranlaßt hat, ganz ernstlich an die italienische Regierung und an das italienische Parlament zu appellieren, die Dinge nicht weiter hinauszuschieben und treiben zu lassen.

Ich weiß, daß das Außenministerium im ständigen Kontakt mit den Südtirolern und den Nordtirolern ist und daß man gemeinsam vorgeht. Herr Bundesminister! Ich darf aber von dieser Stelle aus – ich habe es schon im Ausschuß bei den Budgetberatungen getan – ernstlich an Sie appellieren, daß sich Österreich mit allen Mitteln trotz des Rechtsvorbehaltes, wonach die Paket-Durchführung eine reine innerstaatliche Angelegenheit Italiens war, im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür einsetzt, die Durchführung des Paketes zum Abschluß zu bringen.

Es geht nicht nur um die beiden noch offenen Punkte Senatswahlkreis – diesbezüglich scheint sich ja nun eine Lösung abzuzeichnen – und

**Dr. Scrinzi**

Energie, sondern es geht ja um die sehr viel wesentlicheren Punkte: Was ist mit der Durchführung der echten Zweisprachigkeit – diesbezüglich bekommen wir ja zunehmend Klagen – und was ist vor allem mit der Durchführung des ethnischen Proporz? Diesbezüglich haben sich im Laufe des Jahres eine ganze Reihe von Dingen in Südtirol ereignet. Zum Beispiel die Besetzung von leitenden Posten durch ganz junge italienische Beamte, obwohl gerade diese Positionen nach der Struktur, nach der ethnischen Struktur eindeutig in die Hand von Südtirolern gehören würden. *(Präsident Minikowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Ich glaube daher, im Jahr 1976 müssen in der Südtirol-Politik klare österreichische Akzente gesetzt werden.

Die zweite Frage, die auch Sie, Herr Bundesminister, tangiert, ist die Entwicklung der österreichisch-jugoslawischen Beziehungen, die Situation, die sich in diesem südlichen Nachbarstaat ergibt, und ihre Bedeutung für die Durchführung der noch offenen Fragen des Artikels 7 des Staatsvertrages.

Es ist nach einem sehr schmerzhaften, leicht vermeidbaren Prozeß nunmehr gelungen, in Kärnten – und ich hoffe, auch hier im Hause – die Frage des Artikels 7 des Staatsvertrages aus dem Parteienstreit herauszunehmen. Die Parteienverhandlungen und die Expertengespräche haben uns einen, wie ich glaube, für alle Parteien, aber auch für eine auf wirkliche Befriedigung bedachte Minderheitenführung erträglichen Kompromiß gebracht.

Ich hoffe daher, daß die Bundesregierung, daß der Herr Bundeskanzler in allernächster Zeit dem Hause – vorerst wird ja ein Begutachtungsverfahren durchzuführen sein – eine Regierungsvorlage zuleiten wird, die die Durchführung der Volkszählung besonderer Art möglich macht. Ich hoffe weiter, daß es trotz massiver offiziöser Angriffe Jugoslawiens und auch der Slowenenführung in Kärnten bei den bisher getroffenen Vereinbarungen zwischen den drei Parteien bleibt.

Ich möchte von dieser Stelle aus auch eine Besorgnis des sozialistischen Landeshauptmannes von Kärnten Wagner zerstreuen, die er in einem der Zeitung „Die Presse“ vor wenigen Tagen gegebenen Kommentar geäußert hat. Ich wäre froh gewesen, es wäre dieser Kommentar unterblieben.

Wir haben als Partei insgesamt und ich als Sprecher meiner Partei in dieser Frage nie einen Standpunkt des Extremismus eingenommen. Im Gegenteil; es wären Beweise dafür zu erbringen, daß wir es übernommen haben, gar nicht populäre Vorschläge zur Lösung dieser Frage zu

unterbreiten, die sogar bei vielen Kärntnern, die in dieser Frage unseren Auffassungen folgen, eine gewisse Besorgnis hervorgerufen haben.

Es wird also in dieser Frage kein Schwenken der Freiheitlichen Partei geben. Wir verfolgen den Kurs, den wir hier immer verfolgt haben: eine Lösung, deren Grundlage – wie wir sie immer vertreten haben – eine Minderheitenermittlung sein soll, wobei wir uns bereit erklärt haben, auch das Ergebnis einer Volkszählung besonderer Art als ein solches objektivierendes Verfahren zu werten; eine Lösung, die die Rechte der Mehrheit ebenso respektiert wie jene der Minderheit; eine Lösung, die getragen ist vom Geist, in diesem Lande einen dauernden Frieden herzustellen; eine Lösung, die damit einen Minikrisenherd, wenn Sie wollen, an einer durchaus nach wie vor kritischen Grenze beseitigen soll.

Wenn ich „kritische Grenze“ sage, so blende ich nicht mehr in jene Zeit zurück, zu der diese Karawankengrenze eine umstrittene und eine blutige war. Aber wir wissen sehr genau, daß die innenpolitischen Verhältnisse in Jugoslawien keineswegs von jener Stabilität sind, die wir uns als Nachbarland wünschen, ganz unabhängig von dem politischen und gesellschaftlichen System, das dort an der Macht ist.

Wir sind an spannungsfreien, korrekten nachbarschaftlichen Beziehungen zu Jugoslawien interessiert, wir sind aber nicht bereit, diese Beziehungen auch um den Preis aufrechtzuerhalten, daß wir auf fundamentale Interessen, die wir in Kärnten zu vertreten haben, verzichten müßten. Wollen wir annehmen, daß die gerade in den letzten Wochen wieder aufgeflamten offiziösen Angriffe eher als Rückzugsgefechte zu werten sind, denn es wäre im Interesse beider Länder, wenn wir Österreicher in direktem Wege mit den Vertretern der slowenischen Minderheit die offenen Fragen des Artikels 7 des Staatsvertrages bereinigen könnten.

Wir haben immer betont, daß dieses Problem einen bedeutsamen außenpolitischen Aspekt hat. Die Ereignisse nach dem Jahre 1972 haben das sehr dramatisch bekundet. Wir würden Sie, Herr Bundesminister, bitten, daß Sie von Ihrem Ressort aus Ihren Anteil dazu beitragen, daß wir dieses Kapitel in Kärnten abschließen können.

Alles in allem, meine Damen und Herren, hat sich die Freiheitliche Partei entschlossen, dem Kapitel Äußeres zuzustimmen, weil uns die jetzt auch von mir in groben Zügen skizzierte Gesamtlage in der Welt mehr denn je verpflichtet, das Interesse Österreichs nach außen hin gemeinsam und unabhängig von unseren innenpolitischen Auseinandersetzungen zu verteidigen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Karasek. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Karasek** (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Zunächst habe ich das Bedürfnis, so wie Kollege Czernetz, all den Kollegen im auswärtigen Dienst, denen wir im Laufe unserer vielfältigen Reisen in allen Kontinenten begegnen, unseren Dank auszusprechen und hier zu sagen, daß wir in ihnen immer wieder sachkundige Berater und sehr freudige Helfer bei der Erfüllung unserer Aufgaben finden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun möchte ich gleich in medias res gehen und einige der außenpolitischen Probleme, die im Zuge dieser außenpolitischen Debatte behandelt gehören, anschnitten.

Das erste sind zunächst gewisse Vorgänge im Vorjahr und heuer, die sich in den Vereinten Nationen abgespielt haben und die uns, glaube ich, doch dazu zwingen, gewisse grundsätzliche Bemerkungen zu den Vereinten Nationen zu machen.

Sie werden sich daran erinnern, meine Damen und Herren, daß die XXX. Generalkonferenz, die augenblicklich läuft, am 10. November 1975 mit 72 zu 35 Stimmen bei 32 Stimmenthaltungen den Zionismus als Form des Rassismus und der Rassendiskriminierung bezeichnete. Diese sogenannte Zionismus-Resolution ist inzwischen sehr berühmt und in der ganzen Welt weithin diskutiert und kommentiert worden. Wir Österreicher haben diesmal – ich betone: diesmal – dagegen gestimmt. Nicht immer haben wir uns so eindeutig zu gewissen Fragen der UNO in den letzten Jahren verhalten.

Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 19. Oktober 1975 schreibt dazu – und ich kann mich diesmal, obgleich anderer Gesinnung, mit den Ausführungen des Kommentators der „Arbeiter-Zeitung“ vollinhaltlich identifizieren –:

„Die Verurteilung des Zionismus als Rassismus in einer Resolution des UN-Sozialausschusses, der 70 Staaten zustimmten, muß in europäisch-amerikanischen Augen genau das sein, was sie zu verurteilen vorgibt: nämlich Rassismus ...“

Ich glaube, ähnlich hat es auch Kollege Czernetz als Präsident der Beratenden Versammlung in einem Kommuniqué zum Ausdruck gebracht; ich habe es nur leider nicht zur Hand.

Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt weiter: „Man muß befürchten, daß die öffentliche Meinung in den westlichen Ländern, vielleicht aber sogar deren Vertreter in der UNO, in Hinkunft jede Verurteilung wirklichen Rassismus als Farce ansehen werden.“

Der Artikel schließt: „Angesichts all der wirklichen rassistischen und chauvinistischen Untaten, zu denen die UN geschwiegen hat – etwa zur Inderaustreibung durch Idi Amin –, und angesichts der Unterschriften europäischer Länder darauf, ist sie ein Dokument der Schande.“

Ich kann dem, meine Damen und Herren, nichts hinzufügen. Diese Rassismus-Resolution ist ein Dokument der Schande gerade für uns, die wir in Europa leben. Wir empfinden es so.

Ich sagte soeben, daß uns die Vorgänge in den Vereinten Nationen voriges Jahr und heuer Anlaß zu einigen grundsätzlichen Gedanken geben sollten. Ich hoffe, Sie werden nicht enttäuscht darüber sein, daß ich heute sehr pessimistische Gedanken über das sage, was einem die Vereinten Nationen in diesem Moment einflößen können. Wir können beklagen, daß der europäische Westen in dieser Versammlung definitiv die Mehrheit verloren hat. Wir dürfen beklagen, uns aber keineswegs darüber wundern, daß die UNO kein Machtfaktor ist und in ihrem 30jährigen Bestand nie ein Machtfaktor war, um die Aufrechterhaltung des Friedens wirklich dann sicherzustellen, wenn die Interessen der Großmächte in die Auseinandersetzungen involviert wurden. Warum ich so kritisch gerade zu dieser Abstimmung in der UNO stehe und auch Sie, meine Damen und Herren, mir wahrscheinlich recht geben werden, ist der Umstand, daß die UNO mit einer solchen Abstimmung die Illusion endgültig zerstört hat, daß sie in der Welt als eine moralische Autorität empfunden werden könne. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir haben schon in früheren Jahren und gerade, weil eben die österreichische Regierungshaltung nicht immer einwandfrei oder nicht immer so gewesen ist, wie wir uns das vorgestellt haben, zu den sogenannten by all means-Erklärungen Stellung genommen. Die Damen und Herren, die die letztjährigen Debatten hier in Erinnerung haben, werden genau wissen, worum es geht. Wir haben zu diesen by all means-Erklärungen, wo man im Kampf um Befreiung und Unabhängigkeit alle Mittel, also auch das Mittel des Mordes, des Raubes, des Terrors, des Überfalls und ähnliches, als legitime Kampfmittel erklärt, schon immer darauf hingewiesen, daß die Wertvorstellungen der Länder, die diese by all means-Erklärungen akzeptieren, inkompatibel mit den Wertvorstellungen sind, denen wir uns verbunden fühlen. Es sind dies die Wertvorstellungen der afroasiatischen Welt und zum Teil der kommunistischen Welt.

Wenn die „Zürcher-Zeitung“ – Sie erlauben mir, zu zitieren, Herr Präsident – am 13. November in einem Kommentar schreibt „Die

**Dr. Karasek**

UNO auf abschüssigem Pfad", dann kann man nur sagen: Wie recht hat der Schreiber dieses Leitartikels!

Er führt aus: „Die Antizionismus-Resolution enthält Elemente, die in ihren Folgewirkungen weit über eine bloße Verdammung des Staates Israel – und das war ja wohl hauptsächlich beabsichtigt – hinausgehen. Der Entscheid bedeutet eine Ermutigung des Antisemitismus in der ganzen Welt.“

Aber er setzt richtigerweise noch fort: „Neben diesen düsteren Aspekten steht die mangelnde Aktivlegitimation einer Vielzahl von Staaten, die das Forum der Vereinten Nationen mißbrauchen, um sich zum Richter über andere aufzuwerfen. Wirklich eine erstaunliche Gemeinschaft, die sich da zur Verdammung eines angeblichen Rassismus zusammengefunden hat – vom Uganda des Idi Amin, dessen Haltung Andersdenkenden und Andersrassigen gegenüber für sich selbst spricht, bis zu jenen autoritären Regimes des ‚sozialistischen Lagers‘, die zwar, wenn es ihnen ins Konzept paßt, auch des kleinsten Splitters im Auge des Gegners gewahr werden, aber so tun, als ob es den Balken im eigenen nicht gäbe.“

Dieser Artikel sagt in seinen Schlußworten: „Nach dem letztjährigen antiisraelischen Beschluß der UNESCO ist die Resolution der Vollversammlung vom 10. November ein weiterer Markstein auf dem abschüssigen Weg, den die Vereinten Nationen und ihre Unterorganisationen unter dem Druck einer fragwürdigen Majorität eingeschlagen haben. Die UNO kann es sich zweifellos nicht mehr lange leisten, in dieser Weise ein makabres Grandguignol aufzuführen, um gegen Israel und die Judenheit, die sich zum jüdischen Staat bekennt, zu demonstrieren.“

Meine Damen und Herren! Wir sind ja heute in der UNO auch noch mit anderen Problemen als jenen des Zionismus konfrontiert, und wir wissen, daß die Lösungsmöglichkeiten in diesen anderen Fragen nicht besser sind.

Ich erinnere Sie an den Fall Zypern. Hier haben wir einen eklatanten Beweis für das Versagen der kollektiven Sicherheit, wenn ein wehrloser Kleinstaat von einer Aggression oder Invasion betroffen ist.

Die Fakten sind kurz nochmals die: Im Juli 1974 ist der Ausbruch der Zypern-Krise. Eine türkische Invasionsarmee, die sich auf Vertragsrechte zur Invasion beruft, rückt in den nördlichen Teil der Insel Zypern ein, 40 Prozent des Territoriums werden besetzt, 180.000 griechisch-zypriotische Personen müssen Hab und Gut zurücklassen und flüchten in den Süden.

Nun beginnt das diplomatische Spiel. Zypern und Griechenland setzen auf Karten der UNO. Wir haben es im Europarat bemerkt, und vielfältige Bemühungen unternommen, um den Türken, den Griechen und den Zyprioten zu sagen: Ihr seid doch drei Nationen, die der gleichen Gesinnungsgemeinschaft angehören, ihr seid doch drei Nationen, die durch gemeinsame Werte verbunden sind; versucht diesen Streit untereinander als einen Familienstreit zu lösen!

Zypern und Griechenland ziehen es aber vor, sich auf die Blockungebundenheit des Inselstaates Zypern zu berufen und diese Blockungebundenheit mit in das diplomatische Spiel zu bringen. Man verläßt sich daher auf die UNO. Dem UNO-Generalsekretär Dr. Waldheim gelingt es, Direktgespräche, die auch wir im Europarat immer als zielgänglich und zielführend empfunden haben, anzuregen. Es kommt in der vorjährigen Generalversammlung eine Resolution zustande, die von Verhandlungen spricht, welche stattfinden sollen „unter den Auspizien des Generalsekretärs“.

Auch die diesjährige Generalversammlung hat sich damit befaßt und nach vier, fünf Tagen Debatte mit einem Stimmenverhältnis von 117 zu einer bei neun Stimmenthaltungen neuerlich eine Resolution beschlossen. Ich zähle auf, was die wesentlichen Punkte dieser Resolution sind: die Implementation der bisherigen Resolutionen, die Respektierung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität, die Blockungebundenheit, der Rückzug und Abzug aller Truppen, die Anwendung des Prinzips der Nichteinmischung, schließlich die Rückführung aller Flüchtlinge und natürlich die Wiederaufnahme aller Gespräche.

Was ist geschehen, meine Damen und Herren? Welche Reaktion gibt es auf diese UNO-Resolution? Man kann die Frage in den Raum stellen: Wer respektiert UNO-Entscheidungen, selbst wenn sie mit so seltener Einmütigkeit wie in diesem Fall votiert wurden, wo 117 Stimmen nur eine Stimme entgegensteht? Und ich stelle mir die Frage: Kann Österreich daraus etwas lernen? Gibt es eine Lehre aus der Zypern-Frage für uns Österreicher? Wenn man alles kurz zusammenfaßt und ganz brutal ausdrückt, so kann man sagen: Ja, die Lehre gibt es, und sie heißt: im Fall des Falles ist auf die UNO auch für Österreich sicherlich kein Verlaß.

Am 24. Oktober 1975 hat Herr Außenminister Bielka in einer Rede vor den Vereinten Nationen – ich habe die Rede gelesen und sorgfältig studiert, wie ich übrigens immer Ihre Reden gerne und sorgfältig lese, Herr Bundesminister – im Schlußteil den Satz geprägt:

**Dr. Karasek**

„Die Zugehörigkeit zu einer solchen Organisation“ – damit ist die UNO gemeint – „bedeutet für einen Kleinstaat aber auch erhöhte Sicherheit, weil doch die Hoffnung begründet ist, sich bei Konfliktfällen Gehör zu schaffen und Unterstützung im Sinne der Grundsätze der Charta zu finden. Darin liegt auch für Österreich die Bedeutung dieser Weltorganisation, an deren Tätigkeit unser Land so aktiv wie nur möglich teilzunehmen bemüht ist.“

Soweit der Herr Außenminister Dr. Bielka. Er spricht im Schlußsatz seiner Rede noch davon, daß ein Kleinstaat eine realpolitische Beurteilung der internationalen Vorgänge vornehmen soll.

Herr Außenminister! Mit diesen Ihren Ausführungen bin ich nicht einverstanden. Ich glaube, daß Ihre Hoffnungen in diesem Fall unbegründet sind. Ich weiß schon, man sagt sehr gerne aus Anlaß solch 30jähriger Jubiläen ein paar gefällige Sachen an die Adresse der feiernden Gemeinde. Aber ich persönlich und, ich glaube, auch meine Fraktion sind der Meinung, daß solche Schlüsse eine sehr gefährliche Angelegenheit für Österreich sind. Unsere Konsequenz sollte nicht sein, sich auf die Beschlüsse der UNO zu verlassen, denn wir sehen es ja am Beispiel Zypern, wohin das führt: in das Nichts, in die völlige Immobilität.

Die Alternative einer österreichischen Außenpolitik zum Anhängen an die UNO wäre, daß wir uns bemühen, konfliktfreie Beziehungen zu den Großmächten zu unterhalten, ein Grundsatz, den wir seit einer Reihe von Jahren immer wieder gepredigt haben. Allerdings, Herr Bundesminister, im Gegensatz zur gegenwärtigen Regierung wurde er von den früheren Regierungen und insbesondere von der ÖVP-Regierung auch praktiziert, wenn ich an all die Besuchsdiplomatie und die guten Kontakte denke, die die österreichischen Regierungen früher mit den Amerikanern, den Engländern, den Franzosen und schließlich auch mit der Sowjetunion, also mit allen Signatarmächten des Staatsvertrages, hatten.

Das zweite wäre, daß wir uns einer guten Nachbarschaftspolitik hingeben. In diesem Sinne bin ich der Meinung des Sprechers der freiheitlichen Fraktion, des Abgeordneten Scrinzi, als er sagte, das Problem Jugoslawien sollte und müßte als ein dringendes Problem gelöst werden. Tun Sie Ihrerseits alles, um diesen Konfliktfall mit Jugoslawien aus der Welt zu schaffen! Wir von der Volkspartei werden jedenfalls mit dabei sein, um Ihnen zu helfen, wenn es darum geht.

Und drittens, aber es ist nicht letztes, Herr Bundesminister, muß es hier in diesem Lande

eine ernsthafte Landesverteidigung geben. Das erhöht die Sicherheit Österreichs! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gerade in diesem Punkt, Herr Bundesminister, hat meine Fraktion von diesem Pult aus in den letzten fünf Jahren unablässig gefragt: Wo bleibt die Stimme des Außenministers in der Frage der Sicherheitspolitik? Wir waren mit den Ausführungen Ihres Vorgängers zu diesem Punkt nicht einverstanden, wir haben das oft genug gesagt; und Sie haben bislang zu diesem Punkt geschwiegen, Sie haben es vorgezogen, sich in dieser Frage nicht zu exponieren. Aber ich kann Ihnen sagen, für uns ist Sicherheitspolitik Außenpolitik und Landesverteidigungspolitik! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Abschließend möchte ich zum Kapitel UNO auf einige widersprüchliche Abstimmungen hinweisen, ein Novum in der Geschichte der Vereinten Nationen und der Generalversammlungen, das aber in diesem Jahr bereits zweimal passiert ist. Man nimmt nur mit Verwunderung wahr, daß eine ernst zu nehmende und seriöse Institution es dazu kommen läßt und kein Mittel hat, um solche Pannen zu verhindern.

Vorerst zur Korea-Debatte. In der Korea-Debatte stimmten zunächst 59 Staaten für einen westlichen Entschließungsentwurf, in dem Verhandlungen aller betroffenen Parteien, also auch Südkoreas, über neue Arrangements zur Ablösung des koreanischen Waffenstillstandsvertrages aus dem Jahre 1953 befürwortet werden sollten. An diesen Verhandlungen sollte nach dem Wunsch dieser Staaten auch Südkorea beteiligt werden. 51 Staaten stimmten dagegen, 29 enthielten sich der Stimme.

In der gleichen Sitzung, unmittelbar nach Verabschiedung dieser Resolution, nahm die Versammlung mit 54 Stimmen bei 43 Gegenstimmen und 42 Enthaltungen auch einen von kommunistischen und blockfreien Ländern eingebrachten Entwurf an, in dem der Abzug aller ausländischer Truppen gefordert wird. In dieser zweiten Entschließung heißt es allerdings, die Waffenstillstandsvereinbarungen sollten von den „wirklichen“ Vertragspartnern – also nicht auch von Südkorea – vereinbart werden. Südkorea wurde hier als Partner abgelehnt.

Man könnte sich natürlich begnügen und meinen, na das war halt eine einmalige Panne, die kann passiert sein, vielleicht hat der Präsident nicht richtig aufgepaßt oder war er nicht ganz Herr der Lage. Ich kann jedoch sagen: Ich habe Gelegenheit gehabt, den Luxemburgischen Präsidenten, Herrn Thorn, bei seiner Amtsführung zu beobachten, er ist ein äußerst energischer Mann, er weiß sich sehr gut

**Dr. Karasek**

auszudrücken und er weiß auch bei den Dingen sehr gut, worum es geht. Es kann also nicht am Präsidenten liegen, es muß an anderem liegen.

Das zweite, das ich erst kürzlich – ich glaube übers Wochenende oder vor ein paar Tagen – in den Zeitungen gelesen habe, war die widersprüchliche Entscheidung der Vereinten Nationen in der Frage Spanisch-Sahara. Die Generalversammlung hat in einer Sitzung darüber eine Resolution angenommen, worin sie die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes fordert. In der gleichen Frage aber hat die Generalversammlung auch eine andere Resolution angenommen, worin sie das jüngste Abkommen zwischen Spanien, Mauretanien und Marokko billigt und damit die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes ausschließt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesen Hinweisen geht es mir gar nicht darum, die UNO in Bausch und Bogen abzulehnen. Man könnte sicherlich die Frage stellen, wozu hat es denn überhaupt noch einen Wert, einen eigenen Landsmann als UNO-Generalsekretär zu haben, wozu hat es noch einen Wert, für sie einen riesigen Palast jenseits der Donau zu bauen. Nein, darauf kommt es nicht an!

Die UNO ist sicherlich auf vielen Gebieten noch immer eine nützliche Einrichtung, und insbesondere im Sekundärbereich hat sie für viele Länder Dinge getan, die ohne sie nicht geschehen wären. Sie ist sicherlich auch ein sehr nützliches Forum für die Entwicklungsländer, die dieses Forum brauchen, um ihre Politik zu artikulieren, um sich zum Ausdruck zu bringen. Schließlich und endlich hat die UNO positive Dienste bei gewissen friedenserhaltenden Operationen geleistet, das wissen wir alle selber, die wir Truppenkontingente zur Verfügung stellen, und es liegt auch mir am Herzen, den österreichischen Truppen, die daran teilnehmen, den herzlichsten Dank des Parlaments zum Ausdruck zu bringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn ich all das jetzt aufgeführt habe, meine Damen und Herren, so deshalb, weil ich glaube, die Vorgänge um die UNO sollen uns eine Warnung sein. Wir können hier nicht den Kopf in den Sand stecken, und wir sollen damit beginnen – ich glaube, damit leisten wir einen Dienst an der UNO, damit leisten wir einen Dienst an gewissen Staaten –, eine bestimmte neue Sprache zu führen und nicht immer nur durch Lippenbekenntnisse und Leerformeln zu sagen, es sei ohnehin alles beim besten, die UNO sei eine großartige Einrichtung und ohne UNO gehe es nicht. Man muß beginnen, die Dinge beim Namen zu nennen, und man muß die Teilnehmer an der UNO auf den Ernst der Situation hinweisen.

In diesem Zusammenhang komme ich auch kurz auf ein anderes Kapitel zu sprechen. Ich persönlich glaube, Herr Bundesminister, daß eine der wesentlichsten außenpolitischen Fragen, die uns in den nächsten Monaten bewegen werden – alle drei Parteien dieses Hauses – die Beziehungen zwischen den Industrieländern einerseits und den Entwicklungsländern andererseits sein werden. Daher sollte der vielzitierte Außenpolitische Rat bald ins Leben gerufen werden. Das wäre eine der ersten Fragen, die dort intensiv beraten gehörte.

Ich beziehe mich als Anknüpfungspunkt auf die 7. Sondertagung der Vereinten Nationen, die vom 1. bis 16. September stattgefunden hat, und ich beziehe mich auf die am 15. Dezember in Paris beginnende Welt-Energiekonferenz.

Ich muß erinnern, meine Damen und Herren, daß die Gruppe der sogenannten 77 – der Name ist in dieser Art und Weise fast unrichtig, weil heute bereits 108 Länder dieser Gruppe angehören – sehr stürmisch und mit sehr großem Einsatz die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung verlangt. Ich zitiere den Außenminister Bouteflika, den Präsidenten der vorjährigen Generalversammlung, der meinte, „... daß der Wohlstand des Westens“ – wie er sich ausdrückte – „weitgehend vom Raub der Güter und der Ausbeutung der Arbeitskräfte der Völker der Dritten Welt hergeleitet wird“. Wenn man mit solchen Reden internationale Begegnungen einleitet, dann merkt man bereits, wem das Kind der Herr ist und wem der Sprachgebrauch er sich hier bedient. Aber bitte, das ist seine Sache.

Nun verlangt er namens der Dritten Welt neue Bedingungen für den internationalen Handel, die sogenannte Verbesserung der Terms of trade: Preisindexierung, das heißt, die Herstellung einer angemessenen Relation zwischen Rohstoffen und Industriegütern, Modifizierung der Leistungen auf dem Gebiet der Entwicklungsfinanzierung, besseren Zugang zu Wissenschaft und Technik, entsprechende Hilfe bei der Industrialisierung, Lösung der Fragen der Ernährung und der Landwirtschaft und schließlich eine Strukturreform des Systems der Vereinten Nationen.

Ich habe diese Tagesordnungspunkte so aufgezählt, damit Sie eine Vorstellung haben, worum es bei diesen Problemen, die jetzt so heiß diskutiert werden, geht.

Dazu möchte ich folgendes sagen: Ich glaube, es bestreitet niemand von uns die Kluft, die zwischen Industrieländern einerseits und Entwicklungsländern andererseits besteht. Niemand wird sich finden, der sagen würde, eine Konfrontation mit diesen Ländern wäre die

**Dr. Karasek**

bessere Lösung. Jedermann beschwört und jedermann glaubt an die Lösung der Probleme durch den Dialog. So weit, so gut!

Herr Bundesminister, konkret für Österreich: Ich glaube, wir dürfen uns in diesen Fragen, die ich eben berührt habe, nicht nur rezeptiv verhalten, nicht dazu verleiten lassen, bloß opportunistische Lippenbekenntnisse abzugeben, sondern wir sollten von der Notwendigkeit überzeugt sein, daß wir zu all diesen einzelnen Punkten eine festgelegte Politik haben. Ich werde heute nicht in Details eingehen, aber ich glaube, wir wären interessiert, wenn wir mit Ihnen darüber den notwendigen Dialog führen könnten, damit wir eine richtige Politik zustande bringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie wichtig diese Fragen sind, meine Damen und Herren, das zeigt ein Beispiel, das ich Ihnen geben kann, als wir einmal schon richtig reagiert haben: in der Frage der Souveränität über die Naturschätze. Als im Vorjahr der Artikel 3 der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten in den Vereinten Nationen zum Votum gestellt wurde, vertraten die Entwicklungsländer die Auffassung, daß jeder Staat berechtigt sei, die Entschädigung bei Enteignung, also bei Verstaatlichung, nach innerstaatlichem Recht zu leisten und die Streitfälle von nationalen Gerichten entscheiden zu lassen. Es ist Ihnen allen bekannt, meine Damen und Herren, daß bislang das Völkerrecht die Entscheidung solcher Fragen internationalen Gerichten vorbehält. Das war ja auch der Grund, warum wir dagegengestimmt haben, weil wir uns einfach nicht einverstanden erklären konnten, daß man einseitig, auf nationaler Ebene, würde man sagen, dem gesetzlichen Richter entzogen wird.

Ich komme nochmals auf die Hauptthematik zurück, Herr Bundesminister! Wenngleich wir keine Konfrontation anstreben, so wollen wir, daß bei der Debatte in klarer Weise die Grenzen gewisser Forderungen, die die Entwicklungsländer stellen, aufgezeigt werden. Wir müssen auch sagen, wo der Forderungskatalog unrealistisch ist. Schließlich müssen wir die Entwicklungsländer darauf hinweisen, daß gewisse ihrer Forderungen implizieren würden, daß wir uns alle mit einem welt-dirigistischen Wirtschaftssystem einverstanden erklärten.

Hingegen müßte doch unser Grundsatz sein, zumindest vertreten wir diese Auffassung, daß nur solche Lösungen in Frage kommen, die einen möglichst geringen Eingriff in die Freiheit der Grundordnung der Wirtschaft nach sich ziehen. Ich verlange daher, Herr Bundesminister, daß wir endlich auch darangehen, den Utopien einer geplanten Weltwirtschaft, wie diese von den Entwicklungsländern verlangt und gepredigt werden, eine Absage zu erteilen.

Herr Bundesminister! Ich habe Ihre Rede bei der Sondertagung der Vereinten Nationen vom 5. September genau durchgesehen. Was ich darin gefunden habe – sind Sie mir nicht böse, wenn ich das sage –, ist fast in jedem Punkt lediglich ein Katalog von Versicherungen österreichischen Verständnisses für die Forderungen der Entwicklungsländer. Aber es war keine klare außenpolitische Linie erkennbar, keine Linie, die auch die österreichische Interessenlage zu den einzelnen Punkten hervorgehoben, unterstrichen und ausgesprochen hätte. Darum geht es aber! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es wundert mich nicht, Herr Bundesminister, daß nicht Österreich die Neutralen bei der Pariser Weltkonferenz, die am 15. Dezember in Paris beginnt, vertreten wird, sondern die Schweiz, weil offenbar der Westen ein größeres Vertrauen bei der Vertretung solcher Grundsätze, die ich eben verlangt habe, in die Schweiz als zu Österreich hat. Und das tut mir leid.

Ich glaube, unsere Ängste, daß sich eine neutralistische Politik unseres Landes nicht bezahlt macht, kommen auch in diesem Zusammenhang wieder zum Vorschein.

Lassen Sie mich noch kurz, Herr Bundesminister, zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit ein paar Worte sagen.

Es ist heute wiederholt von diesem Pult bereits gesagt worden, die Schlußakte der Helsinki-Konferenz sind lediglich Intentionserklärungen der Regierungen, sie sind keine verbindlichen Texte. Daher, glaube ich, ist es besonders wichtig, daß der notwendige Follow-up bis zur Konferenz in Belgrad im Jahre 1977 sorgfältig betrachtet und beobachtet wird; so lange haben wir Zeit.

Man kann vielleicht den Standpunkt vertreten, vier, fünf Monate der Applikation sind nicht Zeit genug, um ein definitives Urteil zu fällen.

Ich stelle mich nicht dagegen, daß man hier noch zuwartet, nur glaube ich, es ist sehr, sehr wichtig, daß der Follow-up einer genauen Betrachtung unterzogen wird.

In dem Zusammenhang möchte ich sagen, daß unsere Delegation, die in Genf unter dem Gesandten Liedermann gearbeitet hat, ganz ausgezeichnete Arbeit leistete. Wir sind ihr sehr, sehr dankbar, sie hat Österreichs Standpunkt, anerkannt in Ost und West, würdig vertreten.

Jetzt stelle ich die Frage: Was sollte Österreichs Standpunkt im Zusammenhang mit dem Follow-up sein?

Erstens glaube ich, daß wesentliche Teile der Schlußakte unmittelbar anwendbar sind. Warum feilschte man 22 Monate in Genf, wenn man



**Dr. Karasek**

nachher die These akzeptieren soll, man müsse zuerst für jedes dieser dort ausgemachten Themen bilaterale Verträge haben? Das ist eine mir völlig undenkbbare Dimension des Denkens. Ich glaube, wir brauchen nur in solchen Fällen ergänzende bilaterale Verträge, wo dies eben schon aus der ganzen Formulierungssituation hervorgeht.

Ich betone, daß es keinen Geist von Helsinki gibt. Es gibt 100 Seiten bedruckten Papiers, 100 Seiten gedruckter Absichtserklärungen, aber diese Absichtserklärungen warten auf Verwirklichung und auf Anwendung. Das ist das einzige Maß, nach dem wir den Wert der Helsinki-Konferenz messen.

Zweitens möchte ich die Frage in den Raum stellen: Was bedeutet das mystische Wort „Entspannung“ in den Ost-West-Beziehungen? Mit dem Wort „Entspannung“, meine Damen und Herren, beginnt eine ähnliche Konfusion, wie es seinerzeit im Sprachgebrauch mit der „friedlichen Koexistenz“ gewesen ist. Ich glaube, mein Kollege Mock wird zur friedlichen Koexistenz etwas sagen, daher will ich mich jetzt darüber nicht verbreitern. Aber ich weise Sie nur darauf hin – Sie haben es sicherlich in den Zeitungen gelesen –: Giscard d'Estaing verlangt in Moskau einen Wettbewerb der ideologischen Systeme, vereinbar mit dem Geist – wie er sagt – der Entspannung. Und dann hören wir am selben Tag Breschnjews Gegenposition: Es gibt keine ideologische Entspannung, keine Détente im Kampf der Ideen.

Die „Times“ vom 16. Oktober schreibt dazu ganz gut und richtig: „Wir stellen fest, daß die Sowjetunion beides wünscht, sie besteht darauf, daß im Zustand der friedlichen Koexistenz der ideologische Kampf fortgesetzt oder sogar noch intensiver wird. Zur gleichen Zeit macht sie geltend, daß jeder Versuch des Westens, die eigenen Ideen zu propagieren oder sowjetische Verletzungen der Menschenrechte festzuhalten, irgendwie im Widerspruch zum Geist der friedlichen Koexistenz sind.“

Ich glaube, für uns gibt es nur diese Schlußfolgerungen: Keine illusorischen Schlüsse über die Bedeutung der Konferenz von Helsinki. Hier finde ich mich in einem Gegensatz zum Herrn Bundeskanzler Kreisky, der diese Schlußakte – wie Sie sich aus Zeitungsnotizen erinnern können – als das größte Ereignis seit dem Abschluß des österreichischen Staatsvertrages gefeiert hat. Ich glaube, der Bogen wird mit einer solchen Einschätzung der Vorgänge von Helsinki weit überspannt.

Weiters würde ich meinen, daß uns nur Nüchternheit in der Beurteilung dieses Entspan-

nungsprozesses vor Fehlschlüssen bewahren kann.

Schließlich und endlich schließe ich mich den Forderungen meines Vorredners, des Abgeordneten Czernetz an, daß man den Europarat dazu nützen sollte, um die Koordination der westlichen Beurteilung des Follow-up zu unterstützen. Es ist sehr bedauerlich, daß die Sowjetunion und die osteuropäischen Regierungen kein positives Echo auf unsere Idee eines Round table gegeben haben; auch das gehört in diesem Zusammenhang hervorgehoben.

Herr Bundesminister! Ganz wenige Worte noch zu einem ganz anderen Kapitel, und zwar zur kulturellen Außenpolitik. Seit dem Jahr 1970, Herr Bundesminister, wird an der kulturellen Außenpolitik herumgebastelt. Ich glaube, es ist nun höchste Zeit, mit den Umstrukturierungen, mit den Umstellungen zu beginnen. Man hat sich anfangs nicht getraut zu kritisieren, weil man gesagt hat, es wäre ja unfair, einer Behörde, die ihre Tätigkeit eben erst aufgenommen hat und die bisher nicht eingearbeitet war, mit kritischen Bemerkungen allzu nahe zu kommen. Ich glaube, es ist jetzt die Zeit gekommen, in der die neue Sektion im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten zeigen muß, was sie auf diesem Gebiet zusammenbringt, ob und welche Konzepte sie hat.

Sie muß die Fragen beantworten können, welche Ziele, welche Aufgaben und welche Mittel die Auslandskulturpolitik Österreichs hat. Sie muß die Fragen beantworten, wo Österreichs Schwerpunkte liegen. Wo liegen sie im geographischen Sinne: ist es die ganze Welt, ist es nur die Nachbarschaft, ist es auch die Dritte Welt? Das sind Fragen über Fragen, die klar und präzise beantwortet gehören.

Wir wollen auch gerne wissen, wo man die sachlichen Schwerpunkte setzt. Ist es – wie man so oft sagt – die Musik für Österreich, ist es die Literatur, weil wir aus dem Grazer Raum progressive neue und anerkannte Literaten im deutschen Sprachgebiet haben, ist es die Wissenschaft?

Und wir müssen uns schließlich die Frage stellen, Herr Bundesminister: Welches Österreichbild soll die offizielle österreichische Auslandskulturpolitik vermitteln? Ich wiederhole mich, glaube ich, in diesem Punkt, weil ich schon einmal vor ein paar Jahren die Frage gestellt habe: Hört Österreich bei Kaiser Franz Joseph auf? Ich habe einmal einen Fragebogen in die ganze Welt versendet und darin nach dem bekanntesten Österreicher gefragt. Ich habe das nur an Personen gehobenen Ranges, gehobener Bildung ausgeschickt. Zu unserem großen Erstaunen haben, glaube ich, mindestens 70

**Dr. Karasek**

Prozent der Leute als den bekanntesten österreichischer Kaiser Franz Joseph genannt. (*Ruf bei der SPÖ: Kreisky! – Abg. Dr. Wiesinger: Übertreiben Sie nicht!*) Kreisky vielleicht im negativen Sinn, bitte, von Kaiser Franz Joseph, glaube ich, war es im positiven Sinn gemeint.

Weiters: Welche Mittel wollen wir anwenden? Ist das Konzept der Kulturinstitute, wie wir sie heute haben, noch aktuell oder soll ein Übergang zu neueren Formen stattfinden? Soll das System der Kulturattachés in diese neueren Formen nicht integriert werden? Und schließlich: Wieviel Geld ist uns die Auslandskulturpolitik wert?

Ich habe in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 23. Oktober 1975 einen sehr interessanten Bericht über die Empfehlungen der deutschen Bundestags-Enquetekommission für auswärtige Kulturpolitik gefunden. Daraus ist mir bewußt geworden, daß dort offenbar zwischen den Stellen, die mit der auswärtigen Kulturpolitik befaßt sind, und dem Parlament ein sehr fruchtbarer Dialog besteht.

Sie, Herr Bundesminister, haben uns nun vor kurzem einen Bericht ins Haus geschickt, der uns dieser Tage zugesandt wurde. Dieser Bericht – ich konnte ihn im einzelnen noch nicht lesen und studieren – enthält sozusagen den Iststand dessen, was man im Augenblick wirklich tut und im abgelaufenen Jahr getan hat. Es wäre gut, wenn in einer nächsten Phase der Dialog, den ich mir erhoffe, übergehen kann in eine Diskussion über den Sollstand, über ein Ziel, das wir erreichen möchten, über ein Bild Österreichs, das wir gerne im Ausland propagieren wollen.

Ich glaube, es wäre sehr, sehr gut, Herr Bundesminister, wenn wir uns auf diesem Gebiet verständigen könnten. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Luptowits. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Luptowits** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich kann es heute doch nicht unterlassen, den Kollegen Fiedler an seine Ausführungen zu erinnern und einiges dazu zu sagen. Das darf nicht wahr sein, was er in einigen Passagen gesagt hat! Sie waren so bestürzend für mich, daß ich mich ernsthaft gefragt habe, ob er tatsächlich der erste Sprecher der ÖVP ist. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.*) Herr Kollege Gruber, haben Sie ihn gehört? Die Druckerschwärze – sie ist schon erfunden worden – wird aber all das, was er heute gesagt hat, für ewige Zeiten festhalten, und er wird

deshalb von der Geschichte bestraft werden. Ich glaube, ich kann es mir ersparen, hier noch mehr Worte dafür zu verwenden. (*Beifall bei der SPÖ.* – *Abg. Dr. Gruber: Warten Sie auch auf die Strafe?*) Kollege Gruber, Sie können dann ohne weiteres auch zu meinen Ausführungen Stellung nehmen. Ich freue mich, wenn Sie zum Rednerpult kommen. Ich stehe Ihnen dann gerne Rede und Antwort.

Herr Kollege Fiedler sprach von neuen außenpolitischen Konzepten, von einer offensiven Außenpolitik, er forderte sozusagen die Regierung auf, hier etwas zu tun, und hintergründig hat er auch die Ostpolitik der Bundesregierung kritisiert. Aber er hat überhaupt nicht gesagt, welche Vorstellungen er hat und wie diese Dinge konkret aussehen sollen.

Herr Kollege Fiedler, ich kann dazu nur eines sagen: Einäugigkeit in der Außenpolitik ist falsch am Platze. (*Abg. Dr. Fiedler: Eben!*)

Und Sie haben heute die Außenpolitik wirklich nur mit einem Auge gesehen. Ich würde doch hoffen, daß Sie die Möglichkeit bekommen, die Dinge nach eigener kritischer Überprüfung vielleicht doch anders zu sehen. (*Abg. Dr. Gruber: Aber die Blindheit ist noch schlechter als die Einäugigkeit! – Heiterkeit.*) Herr Kollege Gruber, wenn Sie in der Außenpolitik mit Blindheit geschlagen sind, kann Ihnen niemand helfen. Wir können Ihnen nur aufzeigen, wie sich die Dinge wirklich verhalten, denn Außenpolitik, Herr Kollege Gruber, ist doch . . . (*Abg. Graf: Fangen Sie damit an!*) Kollege Graf, gedulden Sie sich ein wenig, ich werde einige Dinge dazu sagen.

Sie müssen damit nicht einverstanden sein, Gott sei Dank gibt es hier kritische Betrachtungen. Das ist ja erfreulich – ich weiß nicht, Kollege Graf, ob Sie den Kollegen Fiedler in einigen Passagen gehört haben –, ich bin davon überzeugt, daß auch Sie einmal diese Dinge mit großer Distanz lesen würden. (*Abg. Dr. Gruber: Man kann anderer Meinung sein!*) Ja natürlich; selbstverständlich!

Aber, Herr Kollege, anderer Meinung sein und solche Dinge hier sagen, wie sie Kollege Fiedler gesagt hat – bitte, ich will keine Wertung mehr durchführen. Schließen wir das Kapitel Fiedler ab, lassen wir ihn fiedeln, vielleicht ist alles nach seiner Melodie und nach seiner Art in Ordnung. (*Abg. Graf: Sie zensurieren ihn ja schon die ganze Zeit, Herr Abgeordneter! Warum die Zensur?*) Aber nein, es ist keine Zensur. Ich muß aber feststellen, Herr Kollege Graf, daß einige Passagen seiner Rede jedenfalls für mich und für meine Fraktion . . . (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Graf.*) Herr Kollege Graf, lesen Sie die Passagen und sagen Sie mir

**Luptowitz**

dann unter vier Augen, ob Sie diese unterschreiben. Ich bin davon überzeugt, daß Sie sie nicht unterschreiben werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber lassen wir nun die Fiedelei und gehen wir zu einem anderen Problemkreis. Die Außenpolitik bedarf einer ständigen Anpassung an die Notwendigkeiten, und man kann dazu nicht postulieren, sondern man muß versuchen, die Dinge abzuschätzen, keine Ideologien zu predigen und die Realität zu erkennen.

Ich glaube, Herr Kollege Fiedler, ich habe Ihnen einmal empfohlen, Max Weber zu lesen. Max Weber verlangt nämlich in einem seiner Bücher vom Politiker folgende Qualitäten: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Sie schulmeistern ununterbrochen, Herr Kollege!)* Herr Kollege Kohlmaier, Sie haben das doch wirklich nicht notwendig! Vor allem Sie nicht, weil gerade Sie sich in einigen Passagen hier am Rednerpult in der Vergangenheit weit, weit übernommen haben. *(Zwischenruf des Abg. Staudinger.)* Herr Kollege Staudinger, ich habe genug Themen und Aufgaben hier zu erfüllen. Wenn Sie mich nicht dauernd stören, werde ich Ihnen noch einige Dinge sagen. *(Abg. Dr. Gruber: Reden Sie zum Thema, und wir hören Ihnen zu!)* Herr Kollege, ich höre Ihnen gerne zu, daher lassen auch Sie mich das sagen, was ich für notwendig erachte.

Ich möchte also sagen: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß haben heute beim Kollegen Fiedler im weitesten Maße gefehlt. Es ist notwendig, in der Außenpolitik diese Qualitäten in Kombination zu fordern.

Im großen und ganzen möchte ich damit meine Stellungnahme zu den Aussagen des Kollegen Fiedler abschließen, mich aber bei konkreten Fragen dann noch mit ihm auseinandersetzen.

Kollege Scrinzi hat erfreulicherweise gesagt, daß für ihn noch eine gemeinsame Basis gegeben ist, er werde deshalb dem Kapitel zustimmen.

Er sprach von der aktiven Neutralitätspolitik. Diese Auffassung haben wir immer vertreten. Wir glauben, daß diese Auffassung in den letzten Jahren von der Bundesregierung demonstriert wurde und daß diese aktive Neutralitätspolitik das Ansehen Österreichs in der Welt gestärkt hat.

Wenn man heute vom Ansehen in der Welt spricht und Österreich nennt, dann brauchen wir nur darauf hinzuweisen, daß der Präsident des Europarates ein Österreicher ist und der Generalsekretär der UNO ein Österreicher ist. Ich meine, gerade diese beiden Spitzenpositionen

demonstrieren, daß Österreich und seine Politiker in der Welt Ansehen genießen.

Zum Problem Spanien möchte ich nur sagen: Wir werden nächste Woche, und zwar am Montag nachmittag sowie am Dienstag, in Paris unter Leitung des Schweizer Professors Hofer im Rahmen des Ausschusses für Nichtmitgliedsländer einige Persönlichkeiten aus Spanien begrüßen können und dort mit ihnen über ihre Eindrücke sowie über ihre Auffassung betreffend die innenpolitische Situation sprechen. Ich bin der Ansicht, daß diese Aussprache im Rahmen des Europarates wieder demonstriert, wie stark der Europarat als Instrumentarium gerade für solche Fragen verwendbar ist.

Bezüglich Helsinki möchte ich sagen: Kollege Karasek kennt meine Stellungnahme; ich habe sie vor kurzem in Paris in der Politischen Kommission abgegeben. Ich teile nicht seine Auffassung. Sicherlich sind die Schlußakte von Helsinki ein Dokument, ich sage: ein erfreuliches Dokument. Natürlich unterliegen sie alle zusammen einer gewissen Zerreißprobe.

Aber wir dürfen nicht übersehen: Es wurde doch niemand gezwungen, diese Schlußakte zu unterzeichnen. Vor allem glaube ich, Kollege Karasek, wir müssen den Ländern, vor allem den Ländern des Ostens, Zeit geben. Wir sollten natürlich immer wieder auf die Erfüllung drängen. Aber es sind doch kaum einige Monate vergangen, und schon jetzt sollen sozusagen Blüten da sein und Erfolge unmittelbar festzustellen sein.

In zwei Jahren reden wir weiter: Wenn im Jahre 1977 in Belgrad ein Negativbericht vorliegen wird, wenn also auf diesem Gebiet überhaupt nichts geschehen ist, dann müssen wir wieder feststellen, daß es sicherlich ganz gut war, daß die Staatsmänner in Helsinki zusammengekommen sind und dort die Akte unterzeichnet haben. Aber ich glaube, daß dieses Dokument nicht spurlos vorübergehen wird.

Ich schließe mich der Feststellung des Kollegen Karasek an, daß es unmittelbar anwendbar sein sollte. Denn wozu ist man Jahre in Genf gesessen und hat verhandelt, wenn wir weiterhin bilateral verhandeln sollen? Denn das haben wir ja in den letzten Jahren in Wirklichkeit getan. Das heißt, dann hätte man die Schlußakte von Helsinki nicht gebraucht.

Aber wer ist denn mit schlechtem Beispiel vorangegangen, Herr Kollege Karasek? Das waren doch die Amerikaner und Herr Präsident Giscard d'Estaing. Jene haben dieses Prinzip durchbrochen, als ihnen Breschnjew den Vorschlag gemacht hat, über die Frage Dauervisa für die Presseleute ein Abkommen zu schließen. Ich glaube, das wäre nicht notwendig gewesen.

**Luptowits**

Denn aus den Schlußakten ist ersichtlich, daß diese Dinge unmittelbar angewendet werden sollten.

Ich sehe also die Schlußakte von Helsinki positiv.

Wenn Breschnjew gestern in Warschau erklärt hat, daß er nach wie vor dazu stehe, und er die Länder aufforderte, die Schlußakte tatsächlich zu verwirklichen, dann müssen wir ihn immer wieder beim Wort nehmen und ihm sagen: Erfüllen Sie auch in Ihren Bereichen!

Es war doch sehr bezeichnend, daß in der DDR die Schlußakte in vollem Wortlaut veröffentlicht wurden und daraufhin natürlich eine gewaltige Bewegung feststellbar war, die den dortigen verantwortlichen Politikern nicht sehr angenehm ins Ohr geklungen ist.

Das heißt: Erste Reaktionen sind vorhanden, aber wir sollten auch Geduld haben und die Menschen nicht überfordern. Denn diese Schlußakte müssen in Verwaltungsakte umgesetzt werden, sie müssen in Rechtsakte gegossen werden. Es ist nicht einfach, die Dinge, die in den Schlußakten enthalten sind, plötzlich von heute auf morgen umzusetzen.

Ich bin jedenfalls kein solch Pessimist, ich glaube, daß es möglich sein wird, einige Dinge daraus zu verwirklichen.

Ich kann auch nicht dem Pessimismus hinsichtlich der UNO huldigen. Sicherlich sind betrübliche Dinge passiert, und sie passieren jeden Tag. Aber, meine Damen und Herren, es gibt doch keine Alternative dazu. Es soll doch jemand aufstehen und der Welt sagen, welche Alternative es zu Helsinki, zur UNO, gibt. (*Abg. Dr. Gruber: Die bessere!*) Es gibt nur das Chaos. – Das sagt sich verbal sehr leicht: „die bessere“. Aber welche konkrete Form soll sie annehmen? Darüber haben sich auch schon andere Menschen den Kopf zerbrochen.

Vielleicht ist es utopisch, wenn ich sage: Ich glaube an die Verwirklichung der Schlußakte, ich glaube an die Aufgabe der UNO. Das mag utopisch sein. Ich meine jedoch auch die Utopie hat einen Platz in der Politik, denn die Utopie von heute kann die Realität von morgen sein. Oder, meine Damen und Herren, es gibt überhaupt keine Realität mehr. Das kann doch niemand von uns wollen. (*Abg. Dr. Gruber: Haben Sie Czernetz gehört?*) Herr Kollege Gruber! Ich habe sehr genau und sehr ... (*Abg. Dr. Gruber: Kritisieren wird man ja noch dürfen, hat Czernetz gesagt!*) Aber natürlich. Herr Kollege Gruber! In dieser Frage, gerade hinsichtlich der Akte von Helsinki und der UNO, gehen natürlich die Meinungen sehr stark auseinander, dies nicht nur hier im Parlament,

sondern auch bei verschiedenen internationalen Konferenzen. Aber solange die Menschen miteinander reden – Gott sei Dank ist dies noch der Fall –, ist es viel, viel besser, als wenn sie aufeinander schießen. Denn allein das Chaos wäre die Alternative, das Chaos, das auf die Menschheit hereinbrechen würde. Ich meine, daß diese Dinge jedenfalls von mir persönlich nicht so aufgefaßt werden können.

Über Südtirol möchte ich nichts sagen, weil Kollege Egg als Tiroler Abgeordneter darüber sprechen wird.

Zu Kärnten möchte ich Kollegen Scrinzi nur sagen, daß uns diese Frage sehr stark belastet; das wissen wir Kärntner am besten. Ich vertrete die Auffassung: Wenn das Restitutionsabkommen und das Archivabkommen abgeschlossen sind, Herr Bundesminister, gehen wir also das Problem der Minderheit in Erfüllung des Artikels 7 des Staatsvertrages wirklich an.

Ich sage dazu noch etwas. Ich halte es für notwendig, der Minderheit, paktiert mit der Volkszählung besonderer Art, ein großzügiges Angebot mit einer gesetzlichen Sicherung zu machen. Dann, wenn wir diese beiden Pole miteinander verbinden, kann auch die Minderheit, wenn sie ernst genommen werden will und wenn sie in ihrer Haltung betont, daß sie die Akte, die wir setzen werden, zwar nicht als sehr freundlich oder erfreulich, aber als akzeptabel ansieht, nichts dagegen haben. Denn Minderheitenfragen sind nicht so lösbar, daß alle Beteiligten zufrieden sind. Über dieses Problem habe ich schon einige Male hier in diesem Haus gesprochen. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Kollege Karasek! In vielen Dingen stimmen wir überein. Ich glaube, Kollege Karasek, daß sich Außenminister Kirchschräger und auch der Herr Bundeskanzler hier von der Regierungsbank immer wieder zur Sicherheitspolitik und zur Landesverteidigung als einem Teil dieser Sicherheitspolitik bekannt haben. Ich bin davon überzeugt, daß Herr Außenminister Bielka genau die gleiche Auffassung teilt, nämlich daß diese beiden Dinge untrennbar miteinander verbunden sind.

Zur Nord-Süd-Konferenz in Paris am 16. Dezember dieses Jahres möchte ich nur sagen, daß man bei der Auswahl Schwedens, der Schweiz und Spaniens sicherlich nicht nach dem Neutralitätscharakter, sondern mehr nach dem Regionalprinzip vorgegangen ist. Ich habe sogar beziehungsweise gelesen, daß hier einige besondere Kriterien Berücksichtigung gefunden haben: die Größe des Bruttonationalproduktes, die Erdölimporte. Weil wir selber Erdöl produzieren, hat man gesagt, es wäre sinnvoller, ein Land wie die Schweiz zu nehmen.

**Luptowitz**

Das waren also Überlegungen, die bei der Auswahl der drei Länder eine Rolle gespielt haben.

Ich muß noch etwas wegen der Entwicklungsländer sagen. Ich glaube, daß der Plan Kreiskys, eine Art Marshall-Plan für die Entwicklungsländer zu entwickeln und darüber zu diskutieren, von Brasilien aufgegriffen wurde. Wie ich höre, wird bei der nächsten OECD-Konferenz in Paris diese Frage einen Tagesordnungspunkt darstellen. Denn man muß doch wirklich versuchen, diese Dinge, die wir alle zusammen vielleicht sehr leichtfertig im Alltag des politischen Lebens übersehen und die doch auch die Überlebenschancen der Industrieländer sehr stark berühren werden, in den Griff zu bekommen.

Das sind einige Antworten auf die Beiträge, die meine Vorredner, zwei von der großen Oppositionspartei und der Herr Kollege Scrinzi von der FPÖ, vorgetragen haben.

Ich glaube, daß das Konzept unserer Außenpolitik der Lage von heute und den Problemen von morgen gerecht wird. Und ich glaube, daß die Bemühungen – und das ist eine dauernde Bemühung; es gibt kein Konzept, das starr ist, und das wäre ein Unglück gerade für eine Außenpolitik, denn jeder Tag bringt ja neue Probleme, jeder Tag erfordert oftmals eine sofortige Stellungnahme; manchmal hat man Zeit, Analysen zu machen und an Hand von gründlichen Analysen sich zu entscheiden –, daß die Politik, die wir als Österreicher und als neutrales Land hier bislang betrieben haben, nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland Anerkennung gefunden haben.

Wenn ich an die Kritik der ÖVP in den letzten Jahren denke: Was hat man damals gesagt, als wir Mitglied des Sicherheitsrates geworden sind, was hat man gesagt, als wir Beobachter zu der Gipfelkonferenz der Blockfreien gesandt haben! Was hat man über die Chinapolitik hier gesagt! Wenn man das alles nachliest, sagt man heute: Das war eben damals in der Auseinandersetzung so brennend heiß, jetzt, in einer gewissen Distanz, sieht man die Dinge doch anders, und zwar daß man Kompromisse schließen muß, daß man die Interessen gegen Glaubensartikel abwägen muß. Es ist nichts gefährlicher in der Außenpolitik, als Glaubensartikel zu produzieren. Man muß die abstrakten Ziele und die Gesetze der politischen Realität auseinanderhalten. Und wir müssen der Kluft eingedenk sein, die zwischen den Wünschen und ihrer Durchsetzungsmöglichkeit klafft. Denn es wird ja vielfach übersehen, daß man in der Außenpolitik und vor allem als neutraler Staat oft vorsichtig einen Schritt und den zweiten überlegen muß, bevor man den dritten tut.

Gerade die Verhandlungen in Genf zu den Schlußakten von Helsinki haben gezeigt, daß die österreichische Delegation in vielen Fällen – ich habe mir das vom Leiter der Delegation, Herr Gesandten Liedermann, erzählen lassen –, in vielen Dingen als Vermittler tätig war und diese Vermittlertätigkeit sowohl von den Russen als auch von den Vertretern der Weststaaten anerkannt wurde. Es waren tagelange, ja wochenlange Diskussionen, wie mir der österreichische Leiter der Delegation erklärt hat, bis man zur Wortfindung gekommen ist. Kollege Karasek als gelernter Diplomat weiß ja, wie schwierig gerade diese Dinge sind.

Ich glaube, wir sollten die Leistung, die die österreichischen Diplomaten in internationalen Gremien vollbringen, wirklich anerkennen. Ich meine, daß wir bei dieser Anerkennung nicht übersehen sollten, daß gerade auf einen neutralen Staat und auf seine Politik besonders geschaut wird. Jeder falsche Pendelschlag würde da natürlich nicht nur registriert, sondern wahrscheinlich auch nicht besonders freundlich aufgenommen werden.

Zu den Dingen, die hier im Zusammenhang mit der Konferenz von Helsinki erwähnt wurden, möchte ich noch eines sagen, was den kulturellen Bereich betrifft. Es war für mich sehr interessant, was auf Seite 56 zu lesen ist. Hier steht nämlich unter „Erweiterung der Beziehungen“: „Förderung unmittelbarer Kontakte und Verbindungen zwischen Personen, die auf dem Gebiet der Kultur tätig sind ...“

Es ist doch erstmalig, daß die Russen solch einer Formulierung überhaupt zugestimmt haben. Denn bis jetzt war es doch so, daß sie Kontakte nur über ihre staatlichen Organe und Organisationen gebilligt haben. Wenn es vielleicht manchmal nur verbal erscheinen mag, aber für mich ist das ein Durchbruch gewesen. Natürlich kommt es jetzt darauf an, was in der Praxis daraus wird. Ich gebe mich auch darüber keinen Täuschungen hin, daß es sehr schwierig sein wird. Aber wir müssen eben immer wieder bohren, und steter Tropfen höhlt den Stein. (*Abg. Dr. Prader: Dafür dürfen aber Nobelpreisträger nicht ausreisen!*) Herr Kollege Prader! Sicherlich ... (*Abg. Dr. Prader: Ich meine den unmittelbaren Kontakt mit den Personen!*) Ich sagte ja, es sind hier Widersprüche. (*Abg. Dr. Ermacora: Sie brauchen nichts verteidigen!*) Ich verteidige nicht, es sind Widersprüche vorhanden; selbstverständlich. Die Praktiken sprechen eine andere Sprache.

Aber, Herr Kollege Prader – und das unterscheidet mich vielleicht von manchen Kritikern dieser Schlußakte beziehungsweise dieser Politik –, ich glaube doch nach wie vor, daß eines Tages diese Schlußakte auch für die

**Luptowits**

Russen nicht nur Papier sein werden, denn ich meine, daß auch Herr Breschnjew, wenn er sagt und wenn er die Zustimmung gibt, daß diese Schlußakte so formuliert werden, sich doch auch darüber Gedanken macht, welche Wirkung und welches Echo das im Ausland und in den anderen Ländern finden wird.

Zum Abschluß komme ich nun zum kulturellen Bereich der Außenpolitik. Ich habe hier schon einige Male darüber gesprochen, denn ich halte die kulturelle Außenpolitik als die dritte Säule der Außenpolitik für sehr, sehr wichtig. Ich sage sogar, sie wird in Zukunft noch größere Bedeutung bekommen und, wenn ich mich ganz vermessen ausdrücken darf, sie wird eines Tages den Primat bekommen.

Dazu darf ich von Ludwig Börne etwas zitieren. Er schreibt in „Fragmente und Aphorismen“ über die Änderung und Ablösung einer Zeit durch eine andere – ich zitiere Ludwig Börne –: „Ehe eine Zeit aufbricht und weiterzieht, schickt sie immer fähige Menschen voraus, ihr das neue Lager abzustecken. Ließe man diese Boten ihre Weg gehen, folgte man ihnen und beobachtete man sie, erführe man bald, wo die Zeit hinauswill. Aber das tut man nicht, man nennt jene Vorläufer Unruhestifter, Verführer und Schwärmer und hält sie mit Gewalt zurück.“

Meine Damen und Herren! Ich glaube, das gilt gerade für Fragen der Außenpolitik.

Wir haben noch unter der Ministerschaft des heutigen Bundespräsidenten Kirchschläger damals eine Enquete durchgeführt. Ich frage, Herr Außenminister: Sind die Fragen, die dort diskutiert wurden, oder sind überhaupt alle Beiträge, die hier in diesem Hause bereits zur kulturellen Außenpolitik gebracht wurden, irgendwo registriert? Sind die aufgearbeitet worden? Es würde mich interessieren, was damit geschieht, wie der Durchlauf dieser Fragen, die diskutiert werden, seinen Niederschlag in der Verwaltung oder in der Praxis findet.

Wir sollten einige Wünsche im Zusammenhang mit der kulturellen Außenpolitik vortragen. Erstens einmal gebe ich zu überlegen, daß wir die Landesregierungen, die Städte, die Verbände und alle Gemeinden einladen sollten, in den Gremien der Auslandskulturpolitik mitzureden. Denn man sollte ja nicht isoliert, also die Länder allein, Auslandskulturpolitik betreiben, sondern man sollte koordinieren, man sollte vereinbaren.

Ich glaube, es ist auch notwendig, daß die Strukturen aller am Prozeß Beteiligten geändert werden.

Ich spreche auch von einer besseren Koordi-

nation aller Bestrebungen, zum Beispiel beim CCC, beim Rat für kulturelle Zusammenarbeit, und bei der UNESCO. Sie alle sollten, glaube ich, viel mehr zusammenarbeiten, oder ihre Arbeiten sollten mehr koordiniert werden, wie es bis jetzt vielleicht geschehen ist. Ich höre immer wieder: Die OECD arbeitet an Projekten, der CCC arbeitet an Projekten, und andere Gremien arbeiten auch an den gleichen Problemen. Das ist doch Zeitverschwendung, Potenzverschwendung, Geldverschwendung! Man sollte hier also eine bessere Koordination durchführen.

Ich glaube, Außenpolitik sollten wir auch besser verkaufen, mehr Öffentlichkeitsarbeit wäre hier wünschenswert. Der Hauptakzent – und hier unterscheide ich mich vielleicht von manchen, die in der Außenpolitik, in der Auslandskulturpolitik tätig sind – liegt bei mir auf dem partnerschaftlichen Austausch: Weg von der nationalen Selbstdarstellung und der eigenwerbenden Imagekosmetik! Man sollte doch diese Gedanken neu überlegen; auch in der Auslandskulturpolitik halte ich viel davon.

Herr Bundesminister! Wäre es möglich, im Rahmen des Europarates eine Zentrale für Kulturpolitik ins Leben zu rufen? Denn man kann heute eben Auslandskulturpolitik nicht mehr allein national machen. Ich habe bereits einmal diesen Vorschlag hier im Haus unterbreitet. Vielleicht könnte man auch in Ihrem Ministerium darüber nachdenken, wie oder ob eine Möglichkeit besteht.

Weiters würde ich vorschlagen, daß in gewissen Zeitabständen in einer Aussprache über die Auslandskulturpolitik mit Vertretern der einzelnen Fraktionen in diesem Hause, aber auch mit unmittelbar Beteiligten, also in einem etwas kleineren Gremium, grundsätzliche Fragen diskutiert werden.

Ich glaube, daß man auch im verstärkten Maße die Medien, also Hörfunk und Fernsehen, die Kurzwelle, in diesen Problemkreis miteinbauen sollte.

Schließlich und endlich glaube ich, daß der Informationsfluß für alle diese Beteiligten und für diese Bereiche verstärkt werden sollte.

Das, meine Damen und Herren, wäre über die Auslandskulturpolitik in Stichworten, weil ich mich ja an die Zeit halten möchte, dasjenige, was ich hier schon einige Male gesagt habe und hier auch noch einmal in etwas gedrängter Form sagen wollte.

Letzter Problemkreis: Ich möchte nur in Erinnerung rufen, weil das ja auch in Vergessenheit gerät, daß wir in diesem Jahr 15 Jahre EFTA begehen. Und ich glaube, gerade diese 15 Jahre

**Luptowits**

EFTA haben gezeigt, daß dieser Weg, den wir gegangen sind, der Weg, der damals eingeschlagen wurde, der richtige Weg ist. An die Debatten, die hier geführt wurden, können sich ja alle noch erinnern.

Am 13./14. Oktober haben in Genf die EFTA-Parlamentarier getagt, und Österreich hatte den Vorsitz durch meine Person. Dort haben sich alle beteiligten Staaten, alle Staaten, die dort waren, über die EFTA sehr, sehr positiv geäußert, wir haben auch über neue Entwicklungen gesprochen, die die EFTA in Zukunft zu erfüllen haben wird.

Es waren vor allem die portugiesischen Delegierten, die einen sehr ungeschminkten, ich muß sagen einen sehr, sehr bestürzenden Bericht gebracht haben. Ein Portugiese hat gesagt: Wenn wir die nächsten vier, fünf Monate überleben werden, dann können wir von Glück reden, weil die Wirtschaft völlig zerrüttet ist! Die Finanzen und die Reserven, die sie haben, schmelzen also immer jeden Tag zusammen.

Ich glaube, das wurde auch in Genf damals beschlossen, daß alle Regierungen – aber auch die EG macht es und auch die EFTA – den Portugiesen helfen sollten, diese schwierige Situation zu meistern.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die Außenpolitik eines neutralen Staates jeden Tag auf dem Prüfstand steht, und jeder Tag, der neue Probleme bringt, erfordert, daß diese Probleme neu überdacht und immer wieder neu entschieden werden müssen. Es gibt keine Rezepte für alle Zeiten, es gibt keine Modelle für alle Zeiten, Außenpolitik ist eben immer in Bewegung und muß immer wieder neu durchdacht, geübt und entschieden werden. Und ich glaube, daß die Bundesregierung und der Parlamentsklub der SPÖ diesen Anforderungen gerecht wird. – Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Mock. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Mock** (ÖVP): Meine Damen und Herren! Herr Bundesminister! Ich möchte nur auf einige Bemerkungen des Abgeordneten Luptowits eingehen. Er hat die Auffassung vertreten, man müsse doch sehr nachdrücklich vor Glaubensartikeln warnen. Ich möchte hier sagen: Noch viel gefährlicher als Glaubensartikel sind in der internationalen Politik Illusionen über allgemeinen Frieden, Freiheit, Abrüstung und ähnliche Dinge. Das ist, glaube ich, noch viel gefährlicher.

Und wenn Sie hier die Auffassung vertreten, man müsse Realitäten anerkennen: Ich bekenne

mich ausdrücklich dazu, daß auch die Moral eine Kategorie der internationalen Politik sein soll, auch unter dem Risiko, daß man vielleicht von Seite beruflich erfahrener Leute her etwas zynisch belächelt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wo wären wir hingekommen, wenn es in der internationalen Welt nie den moralischen Impuls gegeben hätte, wenn man nur Realitäten anerkannt hätte! Man müßte sich damit abfinden, daß in einer Vielzahl von Konventionen und Verträgen Grund- und Freiheitsrechte zuerkannt sind, die aber in der Praxis mit Füßen getreten werden. Man hätte sich mit dem Kolonialismus abfinden müssen, man müßte sich mit der enormen Diskrepanz zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern abfinden, wenn man nur Realitäten anerkennen sollte. Ich glaube, daß gerade die Moral ein sehr entscheidender Impuls zum Fortschritt unserer menschlichen Gesellschaft sein soll, und möchte mich hier ausdrücklich dazu bekennen.

Vielleicht habe ich einige Ihrer Bemerkungen falsch verstanden, und ich möchte wirklich, Herr Abgeordneter Luptowits, nicht beleidigend sein, aber ich habe mir so gedacht: Die politische Naivität einiger Ideen kann auch nicht durch persönliche Liebenswürdigkeit überdeckt werden. Der Herr Abgeordnete Czernetz hat in einer sehr beachtlichen Ausführung bei der außenpolitischen Debatte im Jahre 1967 oder 1968 darauf verwiesen, wie stark Machtüberlegungen eben noch immer im internationalen Bereich dominieren.

Damit komme ich, bevor ich zu einigen internationalen Fragen Stellung nehme, zu einigen Problemen des inneren Betriebes, Herr Bundesminister, wo sozusagen Außenpolitik gemacht wird.

Es wurde heute schon wiederholt der Dank des Nationalrates oder der Regierungsfraktion gegenüber der Kollegenschaft des Außenamtes für ihren schwierigen Dienst zum Ausdruck gebracht. Ich möchte mich dem anschließen. Ich bin auch davon überzeugt, daß diese Damen und Herren auf den ihnen hier zugewiesenen Plätzen das sicherlich zu schätzen wissen, daß ihre schwierige Arbeit auch im Parlament anerkannt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie würden es aber noch viel mehr schätzen, wenn sich das auch in der Vertretung ihrer Interessen niederschlagen würde, wenn sich das auch in Taten niederschlagen würde.

Herr Bundesminister! Es gibt ein Arbeitsprogramm der Personalvertretung, das die dienstlichen Interessen der Beamten des Außenamtes wahrnimmt. Ich möchte nur einige Anliegen davon herausheben: Den Wunsch, diesem

**Dr. Mock**

schwierigen Beruf durch ein eigenes Statut Rechnung zu tragen, das eben einfach in Rechnung stellt, daß hier ein ganzes Berufsleben lang immer wieder ein Ortswechsel stattfindet, daß etwa ein, vor allem von der Gesundheit der Person her, schwieriger Dienst in Tropen verlangt wird. Ich möchte gar nicht reden von den Schul- und Erziehungsproblemen für die Kinder, ich möchte nicht reden von dem heutigen Terrorismus zum Beispiel, der nicht nur eine physische, sondern auch eine psychische Belastung darstellt. Wie steht es mit dieser Möglichkeit, daß man so wie für andere wichtige Gruppen des öffentlichen Dienstes – ich erinnere zum Beispiel an die Exekutive – durch ganz bestimmte dienstrechtliche Bestimmungen auch diesem besonderen Dienst und seinen Anforderungen Rechnung trägt?

Sie wissen, Herr Bundesminister, daß die Frage der Mitbestimmung der Personalvertretung in Ihrem Haus leider eine sehr diskutierte Frage ist. Wir gehen davon aus, daß die Beziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, den Sie repräsentieren, sich partnerschaftlich fortzuentwickeln haben. Wir vertreten die Auffassung, daß unter Berücksichtigung der hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Hand die Personalvertreter des öffentlichen Dienstes die gleiche Stellung einnehmen sollen wie die Personalvertreter – sprich Betriebsräte – im wirtschaftlichen Bereich. Ich glaube, wir müssen das heutige System gerade auch auf Grund der Erfahrungen in Ihrem Haus überdenken.

Ein weiterer Punkt: bessere Aufstiegsmöglichkeiten. Wenn heute ein öffentlicher Dienstnehmer im Außenamt von D in C überstellt wird, bekommt er etwas mehr Gehalt und verliert seine Sprachenzulage, bekommt summa summarum weniger. Sie haben uns im Ausschuß erklärt, Herr Bundesminister, daß Sie diesbezüglich an den Herrn Bundeskanzler geschrieben haben. Ich wäre interessiert, die Antwort zu erfahren, vielleicht wären es die Kollegen im Außenamt noch viel mehr.

Und nur als letzten Punkt die Arbeitsräume im Bundeskanzleramt, wo ja das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten weitgehend untergebracht ist. Auch dort würde manches zugesperrt werden, wenn der Arbeitsinspektor Zutritt hätte. Es gibt entsprechende Verhandlungen der Gewerkschaft öffentlicher Dienst mit dem Bund als Arbeitgeber. Wenn diesbezüglich wieder gebremst wird, wird die Österreichische Volkspartei ein Dienstnehmerschutzgesetz auch für den öffentlichen Dienst vorschlagen, das sicherstellt, daß im öffentlichen Dienst die gleichen gesundheitspolitischen Vorkehrungen und die gleiche Kontrolle des

Arbeitsplatzes gegeben sind, wie es heute eine unbestrittene soziale Errungenschaft im Bereich der privaten und verstaatlichten Wirtschaft ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Czernetz! Sie haben sich hier auch bei den Kollegen des öffentlichen Dienstes bedankt. Wo blieb Ihr Gewicht als Obmann des Außenpolitischen Ausschusses in diesen Fragen? Wo blieb Ihr Gewicht als langjähriger außenpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion zur Unterstützung dieser legitimen Anliegen des Personals des Außenamtes? Wann haben Sie einmal mit dem Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten darüber gesprochen? Das würde Ihre Worte des Dankes, die ich hier nicht abqualifizieren möchte, erst auch wirklich glaubhaft machen.

Wir könnten ja auch gemeinsam agieren. Ich bin überzeugt, es würde dann bei den Beamten des Außenamtes weniger der Eindruck entstehen, daß es sich hier gelegentlich eher um eine jährliche Routineaussage handelt als um eine wirkliche, persönliche Verpflichtung, wie ich es verstanden haben will und auch Sie es meinen. – Ich bin gerne bereit, das zu akzeptieren. Aber hier leider habe ich von Ihnen noch keine Aktionen registriert. *(Abg. Czernetz: Lesen Sie in den Protokollen der vergangenen Jahre nach! Ich habe darüber gesprochen!)*

Herr Abgeordneter! Ich habe gefragt: Welche Schritte haben Sie beim Außenamt unternommen? Jetzt haben Sie ja die Mehrheit! Jetzt könnten Sie sogar, wenn wir nicht mitgehen, Beschlüsse gegen uns fassen. Ich habe noch keine Aktion gesehen; das muß ich hier ganz trocken unterstreichen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Stil, Herr Bundesminister. Ich bedanke mich dafür, daß Sie offensichtlich bemüht waren, noch vor der heutigen Debatte in einem Brief Fragen zu beantworten, die ich mir erlaubt habe, im Rahmen der Budgetberatung an Sie zu richten. Ich mußte damals den Ausschuß früher verlassen. Es tut mir leid, daß von den elf Fragen nur fünf beantwortet wurden. Auch wenn Sie, Herr Bundesminister, am Anfang dieses Briefes schreiben, Sie beantworten die Fragen, soweit sie dazu nicht schon im Ausschuß Stellung genommen haben, wäre es, glaube ich, eine kooperative Geste gewesen, wenn Sie sämtliche Fragen, die ich mir erlaubt habe, dort zu stellen, beantwortet hätten. Es gibt keine offiziellen Aufzeichnungen. Man kann also nicht sagen: Gehen Sie zu Personen, die im Ausschuß anwesend waren und fragen Sie, was ich zu diesem oder jenem Problem gesagt habe.

Was den Stil anbelangt, Herr Bundesminister, muß ich Sie an die Verhandlungen im Außenpolitischen Ausschuß am 24. November über eine



**Dr. Mock**

Vorlage betreffend ein Abkommen mit der EWG erinnern, zu der vom Abgeordneten Karasek grundsätzlich neutralitätsrechtliche Bedenken geäußert wurden. Ich anerkenne, Herr Bundesminister, daß Sie bereit waren, die Vorlage zurückzustellen. Ich bin aber davon überzeugt – man kann mir widersprechen –, daß selbst Kollegen wie der Obmann des Ausschusses und die Abgeordneten Radinger sowie Luptowits bereit gewesen wären, diese Vorlage zurückzustellen, weil es doch um die wesentliche Frage ging, ob wir damit ein Präjudiz in neutralitätsrechtlicher Hinsicht setzen. Ich muß weiters anerkennen, daß Ihr Spitzenexperte nicht rasch dem Ausschuß eine Auskunft gegeben hat, sondern verantwortungsbewußt gleichfalls erkennen ließ, er würde eine Zurückstellung der Vorlage begrüßen.

Was ist dann geschehen, obwohl man dazu im Plenum eine Zweidrittelmehrheit benötigt? Man hat uns einfach niedergestimmt. Der Einpeitscher, Abgeordneter Marsch, war da. Für diese Funktion war er anwesend, heute ist er nicht hier. (*Abg. Dr. Prader: Der kooperative Stil ist das!*) So kann man einen kooperativen Stil in der Außenpolitik nicht glaubhaft machen!

Daß Sie von Ihrer Fraktion desavouiert wurden, Herr Bundesminister, ist Ihre Sache. Aber das ist eine schlechte Einleitung für die Schaffung eines Außenpolitischen Rates, mit dem man die Kooperation mit der Opposition in außenpolitischen Fragen intensivieren will. Das sind eben die klimatischen Voraussetzungen, die wesentlich sind, wenn Regierungserklärungen oder Ihre eigenen immer wiederholten Gesten glaubhaft sein sollen.

Eine weitere Möglichkeit der Kooperation: Wir waren bereit, ökonomischerweise darauf zu verzichten, daß der Bericht über die 18. Generalkonferenz der IAEO, den sie zeitgerecht dem Hause vorgelegt haben, der aber durch den Ablauf der Legislaturperiode verfallen ist, nochmals vorgelegt wird, sondern in den 19. Bericht eingebaut wird.

Herr Bundesminister! Sie wissen, wie diese Dinge behandelt werden. Wir würden es aber auch als kooperative Geste begrüßen, wenn Unterlagen wie der UNO-City-Bericht der Vereinten Nationen – und ich darf Sie auch darum ersuchen – gleichfalls als Berichte dem Außenpolitischen Ausschuß übermittelt werden, damit sie dort eingehend behandelt werden könnten. Es würde nicht nur Redezeit, sondern auch die ganze Budgetdebatte und deren Fassungsvermögen übersteigen, wenn man sich damit eingehend auseinandersetzt.

Bekanntlich ist von der UNO bestätigt worden, daß die UNO-City bei ihrer Fertigstel-

lung um 1000 bis 1400 Büroplätze zu viel haben wird, daß 16 Stockwerke nicht besetzt sein werden und daß man sich nun in aller Welt bemüht, noch zusätzliche Organisationen zu bekommen, um diese Leerplätze tatsächlich besetzen zu können. Ich verstehe den Herrn Bundeskanzler, daß er sich um zusätzliche Organisationen bemüht. Ich würde ihn dabei, wenn ich die Möglichkeit hätte, jederzeit unterstützen.

Aber dazu, daß der Herr Bundeskanzler bei dieser Gelegenheit wieder einmal mit einem Nachbarstaat eine Sprache spricht, die im internationalen Verkehr beleidigend ist, kann die Opposition in keiner Weise schweigen. Der Herr Bundeskanzler meinte, „daß der Schweizerische Bundesrat gegen die Absicht, die ECE nach Wien zu bringen, in einer Weise Lobby-Politik betrieben hat, die hart an der Grenze des Vertretbaren steht“. Wir bemühen uns, auf Grund der falschen Kalkulation, der Planung und der schlecht geführten Verhandlungen zusätzliche Organisationen zu bekommen. Das ist durchaus legitim. Die Schweiz bemüht sich, keine zu verlieren. Das ist auch legitim. Deshalb braucht man eine Regierung, die ein besonderes Verhältnis zu Österreich hat, nicht mit dem Ausdruck Lobby-Politik abzuqualifizieren. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wir können doch, Herr Bundesminister, unsere Außenpolitik, die nachbarschaftlichen Beziehungen und ihre Qualität nicht von der notwendigen Deckung der Bedürfnisse nichtbesetzter Schreibtische in der UNO-City abhängig machen. Dazu sind doch die Außenpolitik und die Beziehungen insbesondere zur Schweiz zu wertvoll. Wenn Frau Bundesminister Leodolter vor zwei Jahren gemeint hat, die Schweiz gelte keineswegs als ein sehr fortschrittliches Land und auch der Föderalismus spiele eine große Rolle, dann möchte ich ihr diesen Satz bei den sonstigen Aussprüchen von der Regierungsbank her nicht übelnehmen. Aber vom Bundeskanzler erwarte ich mir schon eine andere Reaktion in einer diplomatisch verkraftbaren Sprache.

Herr Bundesminister! Damit komme ich zu einem mir besonders wesentlichen Thema der internationalen Beziehungen, nämlich zur Frage des Ost-West-Verhältnisses, einer zentralen Frage für die Sicherheit unseres Landes. In einem sehr interessanten, jüngst erschienenen Buch schreibt Kardinal Franz König, daß sicherlich für die Zukunft der Welt die Überwindung des Gegensatzes zwischen Nord und Süd wichtiger werden wird. Heute aber wird die Welt nach wie vor vom Ost-West-Gegensatz, von der Ost-West-Spannung beherrscht. Darüber kann uns wohl auch nicht die Tatsache hinwegtäuschen, daß aus der starren Frontstel-

**Dr. Mock**

lung von einst ein Geflecht sehr vielfältiger Beziehungen geworden ist, die den Gegensatz zwar nicht aufheben konnten, ihn aber in manchen, von einem gewissermaßen schicksalhaften Zwang zur Eskalation bis zur kriegerischen Konfrontation hin befreit haben.

Ich teile die Auffassung, daß eben die Ost-West-Spannung noch eindeutig im Vordergrund steht.

Bei der Behandlung dieses Problems taucht immer wieder ein Begriff auf, mit dem Politik gemacht wird: die friedliche Koexistenz. Meine Damen und Herren! Die Theorie der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen wurde im kommunistischen Bereich zwischen dem XX. und XXII. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion während der Jahre 1956 bis 1961 ausformuliert. Kurz zusammengefaßt: Unter friedlicher Koexistenz versteht man dort den Verzicht auf den Krieg als Mittel zur Entscheidung von Streitfragen, insbesondere zur Lösung der gesellschaftlichen Gegensätze. Wie heute auch der Abgeordnete Czernetz gesagt hat, soll gleichzeitig jedoch der Klassenkampf mit allen Mitteln fortgeführt werden.

Es handelt sich dabei keineswegs um ein Prinzip des friedlichen Nebeneinanders, wie es kommunistische Propagandisten gelegentlich bürgerlichen Illusionisten einreden können, sondern um die Fortsetzung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit allen Mitteln, mit Ausnahme des militärischen Instrumentariums.

Übrigens findet sich das auch in den offiziellen kommunistischen Dokumenten. Ich zitiere aus den Ergebnissen der internationalen Konferenz kommunistischer Parteien aus dem Jahre 1969, wo es unter anderem heißt:

„Die Volksmassen sollen“ – als Einschränkung zum Prinzip der friedlichen Koexistenz – „zu ‚einem ständigen und beharrlichen Kampf‘ gegen die westliche Gesellschaftsordnung angehalten werden.“

Der ‚antiimperialistische Kampf‘ in der Dritten Welt und den westlichen Industrieländern geht weiter.“

Wir wissen, was davon zu halten ist. Das ist die Definition des Ostens.

Bundeskanzler Dr. Josef Klaus hat am 25. März 1965 in einem Vortrag am Institut für Internationale Politik und Wirtschaft in Belgrad festgestellt:

„Für uns erscheint ein friedliches Nebeneinander zweier so entgegengesetzter Systeme wie die pluralistische Gesellschaftsform der westlichen Demokratie und die Gesellschaftsform des

Kommunismus nur möglich, wenn jede Art aggressiver Verbreitung der jeweiligen Ideologie aus den Beziehungen der Völker ausgeschaltet wird.“

Hier liegt ein wesentlicher Unterschied im Verständnis des Begriffes friedliche Koexistenz zwischen uns und den kommunistischen Ideologen.

Von wo kommt überhaupt die friedliche Koexistenz? Sie ist kein ideologisches Produkt des Marxismus und des Leninismus, auch wenn das in offiziellen Dokumenten immer wieder so herausgestellt wird, sondern sie ist meiner Auffassung nach einfach die sowjetische Antwort auf eine waffentechnische Entwicklung, die den Nuklearkrieg selbst für Großmächte mörderisch gemacht hat.

Daß sie kein Ergebnis, wie es so oft heißt, des Marxismus-Leninismus ist, geht wieder aus einem anderen Zitat der Werke Lenins hervor, wo er schreibt:

„Das Bestehen der Sowjetrepublik neben den imperialistischen Staaten ist auf die Dauer undenkbar. Am Ende wird der eine oder andere siegen. Und bis es zu diesem Ende kommt, ist eine Reihe furchtbarster Zusammenstöße zwischen der Sowjetrepublik und den bürgerlichen Staaten unvermeidlich.“

Das heißt: Die derzeitige Definition der friedlichen Koexistenz – nach dem Verständnis des Ostens – widerspiegelt eine Revision der leninistischen Auffassung. Diese Entwicklung, die sich in SALT/I und einigen anderen Abkommen niedergeschlagen hat, so gering sie auch ist, liegt zweifellos im Interesse der Völker.

Diese friedliche Koexistenz kann aber meiner Auffassung nach erst dann als wirklich tragbare und wirksame Realität genommen werden, wenn die militärische Abrüstung auch Wirklichkeit geworden ist. Und davon, meine Damen und Herren, sind wir weit entfernt. SALT/II – Verhandlungen über die Begrenzung strategisch-atomarer Rüstung – in der Sackgasse; MBFR-Verhandlungen in Wien über einen ausgewogenen beiderseitigen Truppenabbau – in der Sackgasse; von den Abrüstungsverhandlungen in Genf unter den Auspizien der UNO, die seit 14 Jahren laufen und, ich glaube, bei der 640. Sitzung angelangt sind, kann man wirklich eine verständnisvolle Analyse nicht mehr verlangen. Dazu wäre man nur versucht, einen zynischen Kommentar abzugeben.

Wie wird diese Abrüstung aber im Osten verstanden? Ich zitiere neuerdings das, was der Oberbefehlshaber des Warschauer Paktes sagt:

„Wir haben zur Zeit in den nächsten Jahren absolut keinen Grund, in diesem Streben“ –

**Dr. Mock**

nach Anhebung der Kampfkraft der Warschauer-Pakt-Organisation – „auch nur teilweise nachzulassen.“

Honecker und der DDR-Verteidigungsminister Hoffmann sagen:

„Es besteht keinerlei Veranlassung, in der militärischen Stärkung des Sozialismus nachzulassen.“

Sie sehen, wie weit wir noch von einer tatsächlichen Glaubhaftigkeit der friedlichen Koexistenz entfernt sind, wie weit wir davon entfernt sind, daß jene, die die friedliche Koexistenz zum ersten Mal formuliert haben, sich auch tatsächlich an dieses Prinzip und seine wesentlichen Konsequenzen halten.

Tatsache ist, daß in der traditionellen Rüstung die kommunistischen Länder dem Westen überlegen sind und daß im atomaren Bereich bestenfalls ein Patt besteht.

Und wie steht es nun mit der Auseinandersetzung im nichtmilitärischen Bereich? Wenn wir uns die Fünfjahrespläne und Planziele der osteuropäischen kommunistischen Staaten ansehen, so wächst eher die Diskrepanz bezüglich der Einführung neuer technischer Methoden und der Datenverarbeitung. Ich zitiere die Produktionsziele zum Beispiel in der Landwirtschaft und darf nur an die letzten Meldungen erinnern: statt 214 Millionen Tonnen Getreideproduktion in der Sowjetunion höchstens 140 bis 150 Millionen.

Die Ergebnisse im nichtmilitärischen Bereich, wo man den Westen überholen will, sind enttäuschend. Hier besteht zweifellos die latente Gefahr, daß allenfalls in der internen Auseinandersetzung jene die Oberhand erhalten können, die bei diesen Mißerfolgen geneigt sind, wieder auf die militärische Überlegenheit zurückzugreifen.

Ich glaube daher, daß es auch von diesem Gesichtspunkt aus in unserem Interesse liegen sollte, die wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern zu intensivieren.

Wie sieht in diesem Zusammenhang die friedliche Koexistenz und die europäische Sicherheitskonferenz aus? Nach unserer Auffassung handelt es sich bei den Ergebnissen der Europäischen Sicherheitskonferenz um unmittelbar anwendbare, politisch bindende Aussagen. Wenn die kommunistischen Länder darauf dringen, daß der Korb 1 und seine Bestimmungen – zum Beispiel gegenseitige Respektierung der Grenzen, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten – unmittelbar wirksam sind, so verlangen wir die Anerkennung, daß der Inhalt des Korbes 3 – Austausch von Informationen,

erleichterter Verkehr im menschlichen, familiären Bereich – gleichfalls unmittelbar bindend und anwendbar ist. Wir glauben sogar, daß sämtliche Prinzipien der Ergebnisse der Sicherheitskonferenz, die im Interesse der Fortführung einer zielführenden Entspannungspolitik mobilisiert werden sollen, Teil einer glaubhaften Entspannungspolitik sind.

Ein dritter Bereich. Wie sieht es mit der Geschlossenheit der kommunistischen Doktrin und der kommunistischen Parteien aus? Die Geschlossenheit der Doktrin, die *unité de doctrine*, wie sie der französische Kommunistenführer Thorez wiederholt beschworen hat, zerbröckelt immer mehr. Verbal haben sich die italienischen und französischen Kommunisten zum Mehrparteiensystem bekannt. Vor drei Monaten hat die „Prawda“ eine unmißverständliche Warnung an diese Kommunisten in Italien und Frankreich „vor unannehmbaren Kompromissen mit demokratischen Parteien“ gerichtet, was übrigens von diesen beiden Parteien sofort zurückgewiesen wurde. Und der spanische Kommunistenführer Santiago Carillo hat in der Publikation „Manifesto“ gemeint, es liege gar nicht im Interesse der Sowjetregierung, daß sich die italienischen und französischen Kommunisten an einer Regierung beteiligen, denn es könnten sich daraus andere Regierungsstrukturen ergeben, die auf die sogenannten Volksdemokratien attraktiv wirkten und dadurch das dortige System unterminierten.

Meine Damen und Herren! Ich bin weit weg von der Illusion zu sagen, diese kommunistischen Parteien seien schon auf dem Weg, demokratische Parteien zu werden. Es zeigt sich in Portugal, daß überall dort, wo eine kommunistische Partei glaubt, die Chance zu haben, sehr wohl wieder versucht wird, sich das Machtmonopol zu sichern. Und so lange die kommunistischen Parteien in der Theorie und in der Praxis das Mehrparteiensystem, die Grund- und Freiheitsrechte nicht anerkennen und sich von der Politik des Kommunismus in der Vergangenheit und seinen Ergebnissen nicht distanzieren, so lange können kommunistische Parteien nicht politische Koalitionspartner demokratischer Parteien sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bin in dem Zusammenhang auch sehr froh über die klare Feststellung des Generalsekretärs der italienischen christlich-demokratischen Partei Zaccagnini vom 4. Dezember, der den sogenannten historischen Kompromiß, das Angebot der italienischen Kommunisten auf eine Regierungskoalition, klar zurückgewiesen, abgelehnt und erklärt hat, der Kommunismus sei eine Straße ohne Rückkehr. Es zeigt jedoch, meine Damen und Herren, daß es kommunistische Parteien gibt, die sich offensichtlich bewußt

**Dr. Mock**

sind, daß sie eine demokratische Punze benötigen, um allenfalls mehr Stimmen zu erhalten. Es wird aber diese Verhaltensweise Mobilität in einen Bereich bringen, der sich bisher als ideologisch geschlossener Block dargestellt hat.

In dem Zusammenhang scheint auch ein Aufsatz von Kardinal König in der französischen Zeitung „Le Monde“ von der letzten Novemberwoche sehr interessant, wo er nicht nur auf die interne Opposition in kommunistischen Ländern, auf eine gewisse geistige Erneuerung durch die oppositionelle Zeitschrift „Samirdas“ in der Sowjetunion Bezug nimmt, sondern auch auf eine religiöse Erneuerung und überhaupt auf das Überleben der Religion, die in der Sowjetunion nach offizieller Theorie seit 58 Jahren zum Tode verurteilt ist.

Er verweist auf die Überlegung: Wenn es richtig ist, was ein Axiom des Marxismus besagt, daß die Religion nur das Ergebnis eines bestimmten sozio-ökonomischen Systems darstellt, dann könnte sie in der Sowjetunion, die seit 58 Jahren ein ganz anderes sozio-ökonomisches System hat, überhaupt nicht mehr existieren. Weiters weist er darauf hin, daß sich selbst kritische Marxisten mit diesem Phänomen in letzter Zeit auseinandergesetzt haben.

Man kann durchaus auch Schwächen des Westens und nicht nur diesen wachsenden auch ideologischen Polyzentrismus im Osten oder innerhalb des Kommunismus aufzeigen. Wir sollten nicht auf den ideologischen Opportunismus im Westen vergessen.

Ich habe vorhin gesagt, warum wir jede politische Koalition mit kommunistischen Parteien ablehnen. Ich erinnere nur an die politische Koalition des französischen Sozialistenführers Mitterand mit dem französischen Kommunistenführer Marchais, ich erinnere daran, daß sich der schwedische Ministerpräsident Palme, um eine Regierungsmehrheit zu haben, noch immer und immer wieder auf 17 kommunistische Abgeordnete stützen muß, und ich erinnere an die Erklärung Brandts über die Zusammenarbeit zwischen SPD und KPDSU, welches Kommuniqué dann später dementiert worden ist. Das sind nur einige Beispiele, die die Anfälligkeit auch manches sozialistischen Spitzenmannes für den ideologischen Opportunismus – wie ich das vorhin genannt habe – zeigen.

Es besteht die eminente Gefahr, daß wir in den Augen jener, die für Freiheit und Pluralismus in kommunistischen Ländern kämpfen, Schaden erleiden, wenn sie sehen, daß wir opportunistische Koalitionen abschließen, obwohl wir uns gleichzeitig als Demokraten bezeichnen. Daher wäre es sehr angebracht, wenn sich der Herr Bundeskanzler in seinen

zahlreichen Exkursen auch einmal mit diesem Problem auseinandersetzt. Denn das ist ja problematisch, Herr Abgeordneter Luptowitz, hier lautstarke Erklärungen, die ich ihm persönlich abnehme, gegen den Kommunismus abzugeben und sich dann zufrieden und selbstgerecht mit allen jenen Sozialisten zusammenzusetzen, die durchaus bereit sind, mit den Vertretern einer autoritären Ideologie politische Koalitionen abzuschließen. Diese Unwahrhaftigkeit werde ich hier immer wieder anprangern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu den Vereinten Nationen ist heute schon vieles gesagt worden, was uns gleichfalls zu denken geben soll und was gleichfalls zeigt, daß die Vereinten Nationen derzeit weit davon entfernt sind, stabilisierend zu wirken oder, sagen wir besser, die Unabhängigkeit und die Souveränität nur eines einzigen Mitgliedsstaates garantieren zu können. Das sollten vor allem wir als kleiner Staat sehr nachdrücklich beherzigen.

Ich teile auch die Auffassung des Abgeordneten Czernetz, man sollte nicht das Kind mit dem Bad ausschütten. Die Vereinten Nationen sind eine Einrichtung in die richtige Richtung. Aber ich hätte größte Bedenken – leider begegnet man sehr oft Illusionen – zu glauben, auch was Österreich anbelangt, daß uns eine einzige Resolution in einem Konfliktfall nur irgendwie helfen würde. In diesem Fall gebe ich mich überhaupt keiner Täuschung hin.

Meine Damen und Herren, ich kann kurz zusammenfassen: Welche Konsequenzen ziehen wir aus diesem Verständnis des Prinzips der friedlichen Koexistenz, der Tatsache der mangelnden Abrüstung, des Abbaues der ideologischen Einheit des Kommunismus und der Schwäche der Vereinten Nationen?

Ich würde sagen, es entspricht ja überhaupt schon unserer immerwährenden Neutralität, daß wir auf militärische Mittel zur Lösung internationaler Konflikte oder überhaupt gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen verzichtet haben. In dem Sinne praktizieren wir friedliche Koexistenz seit eh und je. Aber darüber hinaus streben wir eine ideologische Koexistenz an. Das heißt, daß wir den Wettbewerb zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Systemen nur mit friedlichen Mitteln akzeptieren. Wir lehnen jegliche Aggression ab, nicht nur die militärische, sondern auch jede andere Form der politischen, finanziellen Subversion. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte festhalten: Das Prinzip der friedlichen Koexistenz wird stufenweise erst dann voll wirksam, wenn es zu einer tatsächlichen internationalen Abrüstung kommt und die

**Dr. Mock**

Prinzipien der Europäischen Sicherheitskonferenz schrittweise verwirklicht werden. Bis zu diesem Zeitpunkt erscheint mir das Gleichgewicht, auch das militärische Gleichgewicht, zwischen Ost und West gerade in Europa nicht nur zur Sicherheit der immerwährenden neutralen Staaten wesentlich, sondern auch eine Vorbedingung der allgemeinen Friedenssicherung zu sein.

Ich möchte ferner feststellen: Die direkte beziehungsweise unmittelbare Anwendung der Prinzipien der Europäischen Sicherheitskonferenz ist für uns ein wesentlicher Bestandteil des Entspannungsprozesses. Die Anwendung der Prinzipien des Korbs 3, also freier Austausch von Informationen, Familienzusammenführung, Menschenzusammenführung, steht mit dem Prinzip der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes nicht im Widerspruch. Denn jede politische Bindung, nicht nur jede rechtliche, sondern auch jede politische Bindung, die man international eingeht, stellt eine freiwillige Selbstbeschränkung der Souveränität dar, an die man natürlich gebunden ist.

Schließlich möchte ich festhalten, daß die verschiedenen Systeme der kollektiven Sicherheit, insbesondere jenes der Vereinten Nationen, in keiner Weise in der Lage sind, die Unabhängigkeit und Sicherheit eines Mitgliedsstaates zu garantieren.

Die österreichische Sicherheitspolitik, Herr Bundesminister, beruht daher weiterhin auf einer kalkulierbaren, glaubhaften Außenpolitik auf der Basis besonders freundschaftlicher Beziehungen zu den vier Signatarmächten des Staatsvertrages, besonders guter Beziehungen zu den Nachbarstaaten und einer klaren außenpolitischen Linie in den internationalen Organisationen, aber – und hier beginnen sich unsere Wege zu trennen, Herr Abgeordneter Luptowits – auch auf einer glaubhaften umfassenden Landesverteidigung. *(Beifall bei der ÖVP.)* Bei diesem Punkt sind wir unterschiedlicher Auffassung.

Herr Abgeordneter Luptowits! Sie haben auf das Bekenntnis der Bundesregierung zur Landesverteidigung verwiesen. Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen: Im Jahre 1971, nach Ihrer sogenannten Bundesheerreform, hat es geheißen, es werde unverzüglich mit dem Aufbau der Bereitschaftstruppe begonnen. Dann lautete der Termin: 1. Jänner 1973. Selbst heute gibt es keine Bereitschaftstruppe von 15.000 Mann. Das Reserveheer ist ab 1976 nicht mehr einsetzbar. Es wurden keine umfassenden Maßnahmen zum Ausbau der geistigen und wirtschaftlichen Landesverteidigung ergriffen. Sie haben den zweiten Teil unserer Sicherheitspolitik, die

Umfassende Landesverteidigung, zwar in Worten und in Papieren, siehe die neue Verteidigungsdoktrin, aufgewertet, in der Tat aber abgewertet. Das ist unser Vorwurf, den ich Ihnen machen muß. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Auch in Ihren Aussagen und in den meisten anderen Aussagen – seit es eine sozialistische Alleinregierung gibt –, wird die Landesverteidigung als die zweite wesentliche Säule unserer Sicherheitspolitik immer wieder relativiert. Man spricht dauernd von der aktiven Neutralitätspolitik als Friedenspolitik. Durch Nichterwähnen gibt man der Landesverteidigungspolitik einen zweitrangigen Stellenwert.

Die Landesverteidigungspolitik ist doch ein wesentlicher Kern des Institutes „immerwährender Neutralität“. Hier ergibt sich langsam eine andere Neutralitätsdoktrin, bei der wir mit Ihnen einfach nicht mehr mitgehen.

Ich habe bewußt auch vorhin die geistige Landesverteidigung genannt, Herr Abgeordneter Luptowits, weil ich folgender Auffassung bin: Nur eine Landesverteidigung, die sich auf die Bereitschaft und die Überzeugung der Bürger stützt, ist auch eine Landesverteidigung, die wert ist, finanziert zu werden.

Ich muß auch Ihnen, Herr Bundesminister, so wie der sozialistischen Alleinregierung, folgenden Vorwurf machen – wie ich es übrigens auch dem Herrn Bundeskanzler einmal gesagt habe –: Man spekuliert international auf Hausse, das heißt auf Konfliktfreiheit. Ich gebe zu: Sie haben bisher mit Ihrer Spekulation recht behalten. Unsere innere Freiheit und unsere Unabhängigkeit nach außen hin ist mir aber zu wertvoll, um Gegenstand politischer Spekulationen zu sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute ist der Tag, an dem alle Fraktionen den Beamten des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten Lob spenden. Ich schließe mich dem von den Sprechern der beiden anderen Fraktionen Gesagten an und danke namens der freiheitlichen Fraktion für jene Arbeit und Leistung, die von den Beamten dieses Ministeriums im eigenen Land und in den Auslandsvertretungen erbracht wurde und wird.

Der Herr Abgeordnete Dr. Mock hat zweifelsohne recht, wenn er heute auf Versäumnisse verwies, die in den fünf Jahren der sozialistischen Alleinregierung entstanden sind. Das ist richtig. Man kann nicht dem Ministerium Jahre

**Peter**

hindurch vorenthaltene Kompetenzen zurückgeben, ohne daraus auch die entsprechenden budgetären Schlußfolgerungen zu ziehen.

Somit ist heute auch jener Tag, an dem wir alle wieder einmal feststellen, wie sehr die Bundestheater budgetär davongezogen sind und wie sehr das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten budgetär auf der Strecke geblieben ist. Aber wie sehr dieses Ministerium durch die Entwicklung in seiner Arbeit behindert wurde, hat überaus charakteristisch der derzeitige Außenminister vor einem Jahr von der Regierungsbank aus festgestellt. Zur Kompetenzübertragung der Auslandskulturpolitik vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten stellte damals Herr Bundesminister Dr. Bielka fest:

„Diese Kompetenzübertragung hat ungefähr dieselben Wirkungen gezeitigt, die eine Organverpflanzung beim Menschen zur Folge hat. Es dauert eine gewisse Zeit, bis sich der ganze Organismus daran gewöhnt hat.“

Ich hoffe, Herr Bundesminister, es war nicht so arg wie eine Organverpflanzung. Aber sicher haben Sie dahin gehend recht, daß mit dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten von den vorangegangenen Regierungen jahrelang herumexperimentiert wurde und daß es – ich möchte nicht sagen, zur Entmündigung dieses Ministeriums kam; das wäre überspitzt – zu schwerwiegenden „Amputationen“ kam, die erst im Laufe der Zeit, und hier wieder in den letzten fünf Jahren, bewältigt werden konnten, etwa in der Form, daß die Kompetenzen über die wirtschaftliche Integration Europas wieder dem Ministerium zurückgegeben wurden und daß in jüngster Zeit auch die Kompetenzen über die Auslandskulturpolitik wieder zum Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten zurückgekommen sind.

Das Verhältnis zwischen dem Aufwand, auf den ein Staat einfach nicht verzichten kann, wenn er außenpolitisch präsent sein will, auf der einen Seite und der tatsächlichen Effizienz dieses Aufwandes auf der anderen Seite, entzieht sich weitgehend einer objektiven Meßbarkeit. Viel zu umstritten – das ging ja auch aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Mock hervor – sind die subjektiven Kriterien, die herangezogen werden können, und viel zu sehr hängt alles von der Frage ab, aus welcher Sicht die Dinge beurteilt werden.

Gerade in bezug auf die Außenpolitik eines neutralen Staates können die Meinungen sehr weit auseinandergehen, kann es eine Polarisierung zwischen minimalen und maximalen Lösungen geben. Ich möchte aus dieser Sicht,

Herr Bundesminister, bei unserer gemeinsamen vorjährigen Diskussion anknüpfen, bei der ich der Meinung war, daß Sie auf dem Gebiet der Auslandskulturpolitik ein „Minimalist“ wären. Dieses Thema möchte ich heute fortsetzen, weil ich der Meinung bin, daß die Auslandskulturpolitik für einen kleinen und neutralen Staat wie Österreich eine besondere Bedeutung hat.

Von der Effizienz unserer Auslandsvertretungen soll hier wahrlich nicht die Rede sein. Wer nämlich die Arbeit der Auslandsvertretungen Österreichs kennt, weiß, mit welchem kleinem Beamten- und Personalstand beachtliche Leistungen erbracht werden. Hier ziehe ich alle unsere 62 diplomatischen Vertretungsbehörden in diese Beurteilung mit ein, stelle aber die nach wie vor bedauerliche Tatsache gegenüber, daß wir bis zur Stunde nur neun Kulturinstitute haben, und halte fest, daß das Problem der Kulturattachés noch sehr im argen liegt.

Natürlich werden es immer wieder budgetäre Rücksichten sein, die einer dynamischen Entwicklung der Auslandskulturpolitik entgegenstehen. Ich möchte bewußt nicht von der kulturellen „Großmacht“ Österreich reden, aber doch auf die kulturelle Potenz Österreichs verweisen und neuerlich die freiheitliche Forderung wiederholen, wonach der Auslandskulturpolitik von Seite des Ressortchefs mehr Bedeutung zugemessen werden müßte als es derzeit der Fall ist.

In Übersee, Herr Bundesminister, haben wir ein einziges Kulturinstitut.

Im fernöstlichen Raum, etwa in Tokio, haben wir bis zur Stunde noch keines!

Wenn man weiß, was die österreichische Musik gerade in Japan für eine Bedeutung hat, und wenn man bedenkt, wie sehr Japan in der Entwicklung des österreichischen Fremdenverkehrs eine Rolle spielt, dann sollte man dieses Problem in Ihrem Ministerium sehr eingehend prüfen.

Auf die unbefriedigende Situation unserer Kulturinstitute in Europa muß bei einer solchen Debatte verwiesen werden. Ich darf daran erinnern, daß wir noch immer über kein Kulturinstitut im skandinavischen Raum verfügen.

Warum erwähne ich das? – Weil gerade Ihr Vorgänger, Außenminister Dr. Kirchschläger, ein skandinavisches Kulturkonzept zu entwickeln beabsichtigte und weil diese Idee meiner Meinung nach bis zur Stunde steckengeblieben ist und daher nicht richtig entfaltet wurde.

Wie schaut es mit einem umfassenden Konzept einer Auslandskulturpolitik Österreichs aus?

**Peter**

Ich habe diese Frage vor einem Jahr vorgelegt. Sie blieb damals durch Sie, Herr Bundesminister, unbeantwortet. Bleibt die Frage nach einem Konzept einer Auslandskulturpolitik unseres Landes auch heute unbeantwortet, oder werden Sie mir eine entsprechende Antwort zuteil werden lassen?

Auslandskulturarbeit ist nichts anderes als die Selbstdarstellung Österreichs in kultureller Sicht.

Sie muß aber darüber hinaus partnerschaftlicher Austausch sein und

muß auch ein taugliches Instrument sein, das Österreich an der Kulturentwicklung der ganzen Welt und im besonderen an der kulturellen Entwicklung Europas Anteil nehmen läßt.

Daher muß österreichische Auslandskulturpolitik einen besonderen Initiativ- und Aktivbereich der österreichischen Außenpolitik darstellen, gerade aus der Sicht eines neutralen Landes.

Als im Juni 1974 die Enquete über Auslandskulturpolitik stattfand, hat der damalige Außenminister Dr. Kirchschläger den Stellenwert der Auslandskulturpolitik so formuliert:

„Der Stellenwert Österreichs in der Welt wird weitgehend von dessen kultureller Ausstrahlung bestimmt.“

Meines Erachtens kommt der Auslandskulturpolitik eine eminente Bedeutung zu, die man daher auch im Rahmen einer Budgetdebatte nicht übersehen soll.

Wie schauen nun die Fortschritte aus, die in Verfolgung der Konsequenzen aus der Enquete über die Auslandskulturpolitik gemacht worden sind? Sicher sind wir weit vom Fernziel eines Nationalinstitutes Austria nach schweizerischem oder schwedischem Vorbild entfernt. Wenn man nach London kommt, könnte man immer vor Neid erblassen, was die Schweiz in diesem Zusammenhang als kleines Land auf die Beine gestellt hat, wie hier alles in einem Haus konzentriert ist, was Schweiz bedeutet, und wie die Schweiz in allen Bereichen und Sparten gerade in London präsentiert und repräsentiert wird. Ein ähnliches Projekt sollte man aus österreichischer Sicht dort ins Auge fassen, wo das auf Grund der in Österreich gegebenen Möglichkeiten realisierbar ist. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Darf ich daher in diesem Zusammenhang heute konkret an Sie, Herr Bundesminister, einige Fragen richten. Wie schaut der bisherige Arbeitsertrag des Kontaktkomitees beziehungsweise der Kontaktstelle aus?

Ich möchte ganz bewußt dem Auslandskultur-

bericht vorgreifen, weil ich vergleichen möchte, welche Anreicherungen, Fortschritte und Weiterentwicklungen im Vergleich zum vorigen Jahr erzielt worden sind.

Wieweit ist der Aufbau der Servicestelle gediehen?

Und, Herr Bundesminister, wie schaut es mit dem Schicksal der Ständigen Kommission aus, die sich aus Vertretern der drei Parlamentsausschüsse: Äußeres, Unterricht und Kunst sowie Wissenschaft und Forschung zusammensetzen soll. Gibt es hier Kommunikationsschwierigkeiten zwischen dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und dem Nationalrat? Wenn ja, wird sicher eine Möglichkeit gegeben sein, diese zu beheben.

Wie schaut es im abgelaufenen Jahr mit der Heranziehung von Museumsgut für Ausstellungszwecke im Ausland aus? Ist eine Anreicherung erfolgt? Konnten Ausstellungen in vermehrtem Ausmaß gegenüber dem Vorjahr durchgeführt werden, und hat sich somit aus diesen Entwicklungen heraus ein positiver Ertrag ergeben?

Es gibt immer wieder Klagen aus den benachbarten Volksdemokratien, daß Österreich mit Kulturausstellungen unterrepräsentiert ist. Man hört das auch von den Botschaftern dieser Länder, nicht von unseren, sondern von den in Österreich akkreditierten. Zuwenig Ausstellungen Österreichs im Bereich der Nachbarstaaten ist eine der Klagen, auf die man immer wieder stößt.

Ist in Richtung der Bildung einer Kunst-AG schon etwas in die Wege geleitet worden, und hat diese Idee konkrete Gestalt angenommen?

Wie sieht es mit dem so oft gerühmten langfristigen Konzept für Theater, Musik und Ballett aus? Eine Thematik, die bei der Enquete über Auslandskulturpolitik im Juni 1974 eine besondere Rolle gespielt hat.

Ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit der einzelnen Germanistikinstitute möglich gewesen?

Sind Fortschritte in der Aktivierung der internationalen Kooperation und Mobilität auf dem Wissenschaftssektor erzielt worden?

Aus meiner Sicht würde das Ergebnis dieser Bestandsaufnahme etwa so aussehen:

Die Kontaktstelle ist im Sommer errichtet worden. Über die bisherigen Aktivitäten ist bis zur Stunde leider wenig bekannt. Das, was mir an Aussendungen vorliegt, ist eher dürftig.

Wie schaut es mit der Realisierung einer entsprechenden Möglichkeit aus, die Kontaktstelle zu aktivieren?

**Peter**

In den Beratungen des Finanz- und Budgetausschusses über das Kapitel Äußeres ist zu diesen Themen, aus Ihrer Sicht, Herr Bundesminister, wenig gesagt worden.

Ist durch die Kontaktstelle wirklich der rasche und wirkungsvolle Vermittlerdienst im kultur-administrativen Bereich in die Wege geleitet worden?

Ist die Klage der Beamten wie der Künstler und Kunschtchaffenden im Abklingen begriffen, daß alle Bemühungen durch bürokratische Hemmnisse erschwert würden?

Hat die Kontaktstelle bereits Initiativen für eine reichere und unbürokratischere Materialbeschaffung ergreifen können, wie das vom zuständigen Botschafter in Aussicht gestellt beziehungsweise gefordert wurde?

Inwieweit haben die Presseattachés im letzten Jahr eine Verbesserung ihrer Ausbildung erfahren können, damit sie wirksamer im Rahmen der Auslandskulturpolitik herangezogen werden können? Man unterliegt manchmal dem Eindruck, daß sich das Ministerium hier noch im Bereich der Alibimaßnahmen bewegt.

Ist es gelungen, im Ausbildungsprogramm der Diplomatischen Akademie der Auslandskulturpolitik einen höheren Stellenwert einzuräumen als das bisher der Fall war?

Zweifelsohne positiv zu vermerken ist die Herausgabe des Österreichmagazins.

Wissen möchte ich bitte noch, welche Erfahrungen mit dem temporären Wissenschaftsattaché bis jetzt gesammelt werden konnten. Sie selbst, Herr Bundesminister, haben diese Idee vor einem Jahr von diesem Platz aus vertreten, und ich glaube, ein erster Ansatz ist im Sommer dieses Jahres mit einer temporären Vertretung bei der OECD-Delegation in Paris geschaffen worden.

Ist meine Schlußfolgerung zutreffend, daß noch immer ein bedauerliches Mißverhältnis zwischen der Enquete für Auslandskulturpolitik im Juni 1974 und der Realität, wie wir sie heute auf dem Gebiet der Auslandskulturpolitik vorfinden, gegeben ist, oder ist diese Schlußfolgerung falsch?

Ich habe vor einem Jahr von diesem Platze aus gesagt, daß die Auslandskulturpolitik so etwas wie ein „ungeliebtes Kind“ der Ära Bielka ist. Ich bin damals der Meinung unterlegen, daß sie auf dem Gebiet der Auslandskulturpolitik ein „Minimalist“ seien. Habe ich übers Ziel geschossen, oder bestehen diese Vorwürfe zu Recht? Darf ich daher um einen entsprechenden Gedankenaustausch bitten.

Wir Freiheitlichen werden die Aktivitäten auf

dem Gebiet der Auslandskulturpolitik besonders aufmerksam, genau und auch kritisch verfolgen, weil wir meinen, daß hier ein besonderes Kapital der österreichischen Außenpolitik vorliegt, das auch entsprechend genützt und gemehrt werden soll.

Ich schließe, Herr Bundesminister, mit einem Gedanken, den Ihr Vorgänger bei der Auslandskulturpolitikenquete 1974 formuliert und von dem ich meine, daß er weiterhin Richtschnur für die österreichische Außenpolitik sein müßte.

Ihr Vorgänger Dr. Rudolf Kirchschläger sagte damals: „Eine österreichische Außenpolitik, welche die Auslandskulturpolitik vernachlässigt, kann keine gute Außenpolitik sein.“ – Je besser die Auslandskulturpolitik in Ihrer Ära sein wird, umso wirkungsvoller wird meines Erachtens auch die österreichische Außenpolitik sein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Bielka.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. **Bielka**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn auch der Herr Abgeordnete Dr. Fiedler vielleicht nicht anerkennen will, daß ich der Außenminister dieser Regierung bin, so halte ich es doch für angebracht, zu den hier vorgebrachten Darlegungen einige Bemerkungen zu machen.

Vor allem möchte ich gerade auf die Behauptung, daß sich der Herr Bundeskanzler auf außenpolitischem Gebiet im besonderen Maße betätigt, eingehen und auf das verweisen, was ich bereits im vergangenen Jahr in der Budgetdebatte hier in diesem Hohen Haus gesagt habe.

Erlauben Sie mir, daß ich diesbezüglich einen Passus aus dem damaligen Stenographischen Protokoll hier zur Verlesung bringe. „Seine“ – die des Herrn Bundeskanzlers – „außenpolitischen Aktivitäten spielen sich immer im engsten Einvernehmen mit mir ab, ebenso wie sie sich im engsten Einvernehmen mit meinem Vorgänger abgespielt haben. Ich erachte sie als ein großes Aktivum in unserer Außenpolitik, und soweit sie mein Ressort betreffen, trage ich die volle Verantwortung dafür. Einer Beschränkung dieser Aktivität das Wort zu reden hieße, sich für eine außenpolitische Selbstverstümmelung einzusetzen. Dafür könnte ich nicht die Verantwortung tragen.“

Diesen Worten, die ich im vergangenen Jahr zu diesem Thema abgegeben habe, habe ich weiter nichts hinzuzufügen.

Aber ich möchte darüber hinaus vielleicht gerade in diesem Zusammenhang eine Bemerkung



**Bundesminister Dr. Bielka**

kung machen, die mir angebracht erscheint. Außenpolitik kann nicht nur von einem Außenminister gemacht werden. Außenpolitik ist alles, was eine Regierung, was öffentliche Funktionäre an Aktivitäten im Verhältnis zum Ausland entwickeln. Als außenpolitische Tätigkeit ist es auch zu bewerten, wenn Regierungsmitglieder in ihren Ressortangelegenheiten mit dem Ausland Kontakte haben. Auch wenn Mitglieder des Hohen Hauses an internationalen Gremien teilnehmen, ist dies als außenpolitische Aktivität zu werten, für die ich nur dankbar bin. Ich bin insbesondere allen Abgeordneten dankbar, die sich im Rahmen des Europarates betätigen.

Ich möchte nun zu einigen Bemerkungen Stellung nehmen, die bisher im Laufe der heutigen Debatte gemacht worden sind, vor allem zum Thema der Sicherheitskonferenz.

Ich glaube, daß die Tatsache, daß im heurigen Sommer in Helsinki auf höchster Ebene die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit unterzeichnet wurden, als ein Ausdruck gewertet werden kann, daß alle diese Staaten den guten Willen haben, auf dem Wege der Entspannungspolitik fortzuschreiten. Allein die Tatsache, daß es zum Abschluß dieser Konferenz gekommen ist, nachdem man zwei Jahre hindurch nur über die Formulierungen debattiert hatte, kann als ein Positivum bewertet werden.

Jetzt, ungefähr vier Monate nach Unterzeichnung dieser Schlußakte, ein Urteil zu fällen, inwieweit sich die darin enthaltenen Richtlinien schon praktisch für die weiteren Ost-West-Beziehungen ausgewirkt haben, ist meiner Meinung nach verfrüht. Es ist ganz richtig, was Herr Abgeordneter Luptowits gesagt hat, daß ja all diese unzähligen Maßnahmen gerade auch dort, wo sie einseitig anzuwenden sind, gewisse verwaltungsmäßige Arbeiten erfordern und man nicht erwarten kann, daß in so kurzer Zeit alles schon so geht, wie es manche Leute erwarten.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es sich bei diesen Richtlinien – wie dies richtig vom Herrn Abgeordneten Dr. Mock bemerkt wurde – um Verwendungszusagen handelt und daß die meisten dieser Richtlinien einseitig und unmittelbar angewendet werden müssen. Wir haben schon jetzt in diesen abgelaufenen vier Monaten keine Gelegenheit in den Gesprächen mit Vertretern der östlichen Staaten vorübergehen lassen, ohne darauf hinzuweisen, daß ein Verhalten dieser Staaten erwartet wird, das den Schlußakten von Helsinki entspricht, und daß die Dauer, die Zeitspanne bis zur Konferenz von Belgrad, bei der dann eine Bilanz über die Ergebnisse der Sicherheitskonferenz gezogen werden soll, relativ kurz ist und daher genutzt werden muß. Diese Bilanz wird sehr wesentlich

für die weitere Beurteilung hinsichtlich des Wertes oder Unwertes der Entspannungspolitik sein.

Ich muß aber ganz offen gestehen, daß bereits in dieser kurzen Zeit einige Handlungen – gerade im Zusammenhang mit dem Korb 3 – seitens der Oststaaten gesetzt worden sind – etwa in Fällen von Familienzusammenführungen oder von Reise- und Ausreisegenehmigungen bei Eheschließungen –, die als ein gewisser Fortschritt gegenüber dem Verhalten in der Vergangenheit gewertet werden können.

Neben der einseitigen Anwendbarkeit der Bestimmungen der Richtlinien und der Verwendungszusagen der Schlußakte ist es allerdings auch erforderlich, daß über gewisse Bereiche bilaterale Abmachungen geschlossen werden.

Ich möchte zum Beispiel nur auf die Bemühungen zur Abschaffung der Visa oder auf Erleichterungen bei der Erteilung von Visa hinweisen, um den Reiseverkehr und den Kontakt der Menschen zwischen Ost und West zu fördern. Ich möchte zum Beispiel auf die Bemühungen Österreichs gegenüber der Tschechoslowakei erwähnen, zu neuen Grenzübergängen zu gelangen. All das ist im Gange. Darüber finden bereits teilweise Verhandlungen statt, und ich hoffe, daß sich in absehbarer Zeit auch auf diesem Gebiete nennenswerte Fortschritte ergeben werden.

Es besteht natürlich kein Zweifel darüber, daß es für die Beurteilung der Auswirkungen der Sicherheitskonferenz auf die Ost-West-Beziehungen sehr wesentlich sein wird, ob die Abrüstungsbestrebungen endlich wieder zu Ergebnissen führen. Ich teile die Ansicht, daß vor allem die vor zwei Jahren in Wien begonnenen Verhandlungen über die gegenseitige Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa bedauerlicherweise bisher überhaupt keine Ergebnisse gezeitigt haben. Es wäre dringendst notwendig, auch auf diesen Gebieten zu Fortschritten zu gelangen, wenn man im Jahre 1977 zum Urteil gelangen will, daß diese Sicherheitskonferenz doch ihren Sinn und ihren Wert gehabt hat.

Meine Damen und Herren! Zur Frage der Vereinten Nationen. Ich teile durchaus die kritischen Bemerkungen, die im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Vereinten Nationen auf gewissen Gebieten gemacht worden sind.

Aber ich glaube, wenn man sich wirklich ein Urteil über Sinn oder Unsinn dieser Organisation bilden will, dann muß man einerseits doch einen Rückblick auf diesen gesamten Tätigkeitsbereich werfen, der ja nicht nur auf politische Konflikte in der Welt beschränkt ist,

**Bundesminister Dr. Bielka**

und gleichzeitig auch etwas Phantasie aufbringen und sich vorstellen, was bei einigen Konflikten geschehen wäre, wenn es diese Organisation nicht gegeben hätte.

Gerade der Hinweis auf die friedenserhaltenden Aktionen der Vereinten Nationen beweist doch, daß man letzten Endes zu schätzen weiß, daß durch diese Aktionen bestehende Konflikte, wenn sie bedauerlicherweise auch noch nicht gelöst werden konnten, immerhin im Zaum gehalten worden sind und die bewaffneten Aktionen nicht fortgesetzt wurden.

Wenn man bei aller kritischen Einstellung zu den Vorgängen in den Vereinten Nationen die Worte in Erinnerung ruft, die vor kurzem der Generalsekretär dieser Organisation, Waldheim, zum Ausdruck gebracht hat – ich zitiere: „Es ist heute weithin anerkannt, daß es in den internationalen Beziehungen keine sinnvolle Alternative zu den Prinzipien und Verfahren der Vereinten Nationen gibt“ –, so ist das eine Stellungnahme, die ich für angebracht halte.

In letzter Zeit ereigneten sich bedauerlicherweise gerade nach den hoffnungsreichen Entwicklungen anlässlich der 7. Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, wo man den Eindruck einer Atmosphäre der Kooperation anstatt einer ständigen Konfrontation hatte, wieder Vorfälle, die einen ausgesprochenen Rückfall in die Vergangenheit darstellen. Diese Vorfälle muß man wahrscheinlich damit entschuldigen, daß es viele neue Mitgliedstaaten gibt, die sich der Realitäten der internationalen Politik noch nicht in genügendem Ausmaß bewußt sind. Es ist also eine Erziehungsaufgabe erforderlich, diese Staaten immer wieder aufmerksam zu machen, daß man in einem solchen Gremium nicht mit Emotionen und nicht mit Schlagworten Lösungen herbeiführen kann, sondern den Weg des Kompromisses, den Weg der richtigen Einschätzung der Realitäten gehen muß.

Es ist – und hier möchte ich auf die Bemerkung eines Vorredners eingehen – nicht richtig, daß wir in unserem Verhalten bei der 7. Sondertagung den Eindruck erweckt hätten, als ob wir den Forderungskatalog der Entwicklungsländer zur Gänze positiv bewerten. Wir haben ganz klar zu jenen Bestimmungen, die wir als unvereinbar mit unseren Auffassungen ansehen, Stellung genommen und auch in unserem Stimmverhalten Resolutionen nicht zugestimmt, die – wie etwa in der Frage der Nationalisierung von ausländischem Eigentum – Grundsätze aufgewiesen haben, die mit unseren Rechtsauffassungen nicht vereinbar sind.

Meine Damen und Herren! Es wurde ganz kurz auch auf die Frage Südtirols eingegangen

und hiebei mit Recht darauf hingewiesen, insbesondere vom Herrn Abgeordneten Dr. Scrinzi, daß die Durchführungsbestimmungen zu den Verfassungsgesetzen sehr schleppend beziehungsweise zum Teil eben noch nicht beschlossen worden sind. Es wurde österreichischerseits wiederholt eindringlich in Rom darauf hingewiesen, daß der Termin, den man sich zur Erfüllung des Operationskalenders gesetzt hat, schon längst abgelaufen ist und daß es an der Zeit wäre, diesen Operationskalender endlich voll und ganz durchzuführen.

Es sind aber gerade in letzter Zeit wieder Anzeichen vorhanden, die Anlaß geben zu einer etwas optimistischeren Beurteilung der Situation, als aus den Darlegungen des Herrn Abgeordneten Dr. Scrinzi entnommen werden konnte.

Ich möchte darauf hinweisen, daß laut „Presse“ vom 24. November 1975 Landeshauptmann Magnago in einem Interview zum Ausdruck gebracht hat, er rechne noch für das heurige Jahr mit der Regelung einiger für Südtirol wichtigen Fragen, und daß im „Volksboten“ vom 4. Dezember 1975 über eine Landtagssitzung, in der gerade über diese Durchführungsbestimmungen diskutiert werden sollte, über Ersuchen des Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Benedikter für eine Aufschiebung dieser Diskussion plädiert wurde, und zwar mit dem Hinweis – ich zitiere –: Es hat den Anschein, als ob die Durchführungsbestimmungen über den ethnischen Proporz von der Zwölferkommission noch innerhalb dieses Jahres auf zufriedenstellende Weise verabschiedet werden werden.

Sie haben ja auch erwähnt, Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi, daß jenes Gesetz, das eine Neuregelung der Aufteilung der Senatswahlkreise in Südtirol zum Inhalt hat, nunmehr mit den Südtirolern diskutiert wird. Der Entwurf, der von den Italienern vorgelegt wurde, ist weitgehend auf die Wünsche der Südtiroler eingegangen. Auch hier ist daher ein gewisser Optimismus am Platz. Ich glaube sagen zu können, daß wir im Laufe des nächsten Jahres, wenn auch mit großer Verspätung, doch immerhin zu einer völligen Abwicklung des Operationskalenders gelangen könnten.

Man ist, meine Damen und Herren, auch auf die Frage unserer Beziehungen zu Jugoslawien eingegangen, insbesondere im Zusammenhang mit der Frage der Verhältnisse in Kärnten und der Erfüllung des Artikels 7 des Staatsvertrages.

Ich habe wiederholt der Überzeugung Ausdruck verliehen, daß freundschaftliche und gutnachbarliche Beziehungen zwischen Österreich und Jugoslawien, Beziehungen, die sich

**Bundesminister Dr. Bielka**

auf gegenseitiges Vertrauen gründen, nicht nur den Interessen beider Länder, sondern auch der Zusammenarbeit in Europa sehr dienlich wären.

Bei der Gestaltung der Beziehungen zu Jugoslawien geht die Bundesregierung von dem Grundsatz aus, daß vertragliche Verpflichtungen zu erfüllen sind und, soweit sie da oder dort noch nicht restlos erfüllt wurden, möglichst bald erfüllt werden sollen. In diesem Sinne wurde im Sommer dieses Jahres eine Reihe von jugoslawischen Kulturgütern, die vor Kriegsende nach Österreich verschleppt worden waren und die sich seither hier befunden haben, die sogenannten Restitutionsgüter, an Jugoslawien zurückgestellt. Die viele Jahre unterbrochen gewesenen Verhandlungen über die Durchführung des Archivabkommens wurden wiederaufgenommen.

Auf innerstaatlicher Ebene wird die Bundesregierung um die weitere Durchführung der Bestimmungen des Staatsvertrages bezüglich der Minderheiten bemüht bleiben.

Die ernsthaften Bemühungen der Bundesregierung, Lösungen für jene Probleme zu finden, die das Verhältnis zu Jugoslawien in der Vergangenheit immer mehr belastet hatten, haben in letzter Zeit zu einer wesentlichen Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen geführt, und sowohl bei den Gesprächen des Herrn Bundeskanzlers mit Marschall Tito in Helsinki als auch bei meiner Aussprache im September mit Außenminister Minić in New York war der beiderseitige Wunsch klar erkennbar, Verhältnisse zu schaffen, die eine bessere Zusammenarbeit im gegenseitigen Interesse ermöglichen. Demnächst soll dies auch durch Begegnungen und Besprechungen von Ressortministern zum Ausdruck kommen.

Wenn ich die Beziehungen Österreichs zu Jugoslawien erwähnt habe, so möchte ich im Zusammenhang mit dem Hinweis, der von einigen Vorrednern gemacht worden ist, nämlich daß es ein Ziel der österreichischen Außenpolitik sein soll, zu den Signatarmächten des Staatsvertrages, vor allem aber auch zu den Nachbarstaaten möglichst gute Beziehungen zu haben, feststellen, daß es im abgelaufenen Jahr dank der abgeschlossenen Verträge über die Vermögensfrage und über die Sicherung der Grenzverhältnisse gelungen ist, mit der Tschechoslowakei zu wesentlich besseren Beziehungen zu gelangen, die sich in nächster Zeit sicher noch weiter ausbauen lassen werden.

Ich glaube doch, feststellen zu können, daß die Beziehungen zu den Großmächten – und da nicht nur zu den Signatarmächten, sondern auch zur Volksrepublik China – ausgezeichnet sind. Was China anbelangt, so wurde mir dies in New

York vom Außenminister der Volksrepublik China ausdrücklich bestätigt, der auch anerkannt hat, daß die österreichische Neutralitätspolitik durchaus glaubwürdig ist und im Rahmen der Gemeinschaft der Staaten einen wertvollen Beitrag leistet.

Es ist also nicht so, daß man von seiten der österreichischen Regierung oder von seiten des Außenministeriums die Rolle, die die Volksrepublik China im Konzert der Mächte spielt, irgendwie unterschätzt. Wenn nicht konstant Reisen von Regierungsmitgliedern dorthin stattfinden, so will das keineswegs bedeuten, daß die Beziehungen in irgendeiner Weise unterentwickelt sind, sondern das ist eher der Ausdruck einer gewissen Sparsamkeit hinsichtlich solcher Reisen, die in der Öffentlichkeit bekanntlich nicht immer richtig bewertet werden.

Ich möchte mich jetzt noch den Bemerkungen zuwenden, die im Zusammenhang mit unserer Auslandskulturpolitik, insbesondere vom Herrn Abgeordneten Peter, gemacht worden sind. Ich bin keineswegs ein „Minimalist“ hinsichtlich der Fragen betreffend die Auslandskulturpolitik, sondern ganz im Gegenteil: Ich habe mich in diesem Jahr bemüht, den Prozeß der Eingliederung eines Apparates, den wir von einem andern Ressort übernommen haben, entsprechend weiterzufördern und durch die Schaffung einer Kontaktstelle ein zusätzliches Mittel zu schaffen, das eine möglichst unbürokratische Handhabung der Auslandskulturpolitik ermöglicht.

Natürlich würde es von unserer Seite sehr begrüßt werden, wenn wir neue Kulturinstitute errichten könnten, aber es ist doch bekannt, daß neue Kulturinstitute die Schaffung neuer Dienstposten und zusätzliche Mittel erfordern. Auf der anderen Seite wird jede Ausweitung von Dienstposten einer Kritik unterzogen. Hier gibt es also gewisse Grenzen, an die wir uns halten müssen.

Wir versuchen daher, zwar nicht neue Kulturinstitute zu schaffen, aber in verschiedene Länder neue Kulturattachés, manchmal in Verbindung mit der Funktion eines Presseattachés, zu entsenden. So haben wir kürzlich nach Japan einen Kulturattaché entsandt, weil wir uns durchaus bewußt sind, daß dort auf kulturellem Gebiet von uns noch einiges geschehen könnte. Desgleichen auch nach Mexiko, um einen gewissen Schwerpunkt im lateinamerikanischen Gebiet zu schaffen, und nach Israel, wo gleichfalls ein besonderes Interesse bestanden hat.

Wenn man mir die Frage stellt: Was sind denn die Gedankengänge, von denen wir uns bei dieser Auslandskulturpolitik leiten lassen?, so möchte ich das kurz in einem Satz zusammenfas-

**Bundesminister Dr. Bielka**

sen: Wir wollen, daß das Österreichbild nicht so aussieht, daß man in der Welt glaubt, wir seien nur ein Museum oder bestenfalls noch ein Staat, der künstlerisch beachtliche reproduktive Leistungen hervorbringt, sondern wir wollen, daß es ein Österreichbild wird, das erkennen läßt, daß dieses Land unzählige äußerst begabte Kulturschaffende weiter hervorbringt.

Diesbezüglich Schwerpunkte zu setzen, ob man mehr auf dem Gebiet der Musik oder mehr auf dem Gebiet der Malerei oder der Literatur machen soll, halte ich nicht für zweckmäßig. Wir sollten versuchen, auf allen Gebieten dieses neue Österreichbild bekannt zu machen, und sollten uns hiebei nicht auf das Gebiet der Kunst beschränken, sondern ebenso versuchen, die Leistungen der österreichischen Wissenschaft im Ausland bekannter zu machen. Bedauerlicherweise ist es bisher nicht zur Entsendung von Wissenschaftsattachés gekommen. Ich werde mich ebenso wie Frau Bundesminister Firnberg weiterhin darum bemühen, aber vorläufig sind die Mittel hiezu noch nicht zur Verfügung gestellt worden.

Dem durchaus berechtigten Ersuchen, in Zusammenhang mit dieser ganzen Auslandskulturpolitik auch mit den Bundesländern mehr Fühlung aufzunehmen, ist sowohl durch die Schaffung der Kontaktstelle entsprochen worden als auch durch Besprechungen, die seitens der Zentralstellen mit den Vertretern der Bundesländer auf diesem Gebiet stattfinden. Ich bin der Ansicht, daß sich gerade diese Kontakte manchmal als sehr nützlich erwiesen haben.

Die Kontakt- oder Servicestelle, das ist ein und dasselbe, die im Sommer gegründet worden ist, soll vor allem eine Entbürokratisierung auf dem ganzen Gebiet der Veranstaltungen im Ausland, einschließlich von Ausstellungen, herbeiführen, also aller jener Aktivitäten, die dazu beitragen sollen, das Österreichbild im Ausland möglichst den Realitäten entsprechend zu gestalten.

In den wenigen Monaten des Bestehens dieser Stelle läßt sich schon feststellen, daß einige beachtliche Erfolge erzielt wurden. Ich habe mir kürzlich erlaubt, dem Hohen Haus wieder einen Tätigkeitsbericht über die Kulturinstitute und die Auslandskulturpolitik vorzulegen. Leider ist dieser Bericht, der im vergangenen Spätfrühling bereits vorgelegt worden war, nicht mehr zur Behandlung gekommen. Zu Beginn des nächsten Jahres werde ich einen solchen Tätigkeitsbericht dem Hohen Haus über diesbezügliche Aktivitäten im Jahre 1975 neuerdings vorlegen.

Es wurde, Hohes Haus, der Verwunderung Ausdruck gegeben, daß ich es bisher verabsäumt habe, ein Wort zu sagen über die

Bedeutung, die ich der Landesverteidigung im Rahmen der Bestrebungen um die Sicherheit Österreichs beimesse. Ich weiß nicht, ob ich es tatsächlich versäumt habe, aber für mich heißt das, Eulen nach Athen tragen, denn das ist völlig selbstverständlich und die Bundesregierung hat diesbezüglich nie einen Zweifel daran gelassen, daß eine richtige Außenpolitik, eine glaubwürdige Neutralitätspolitik für die Sicherheit Österreichs ebenso bedeutsam ist wie alle Maßnahmen in Zusammenhang mit der umfassenden Landesverteidigung. Das Außenministerium nimmt selbstverständlich auch an den diesbezüglichen Besprechungen immer teil.

Wenn man in Zusammenhang mit verschiedenen Kritiken, die hinsichtlich der österreichischen Außenpolitik geäußert wurden, quasi ein Eigenlob vermeiden will, ein Lob der Bundesregierung hinsichtlich ihrer Außenpolitik zum Ausdruck zu bringen, so glaube ich, kann man das am besten in der Form machen, wie dies auch der Herr Abgeordnete Czernetz getan hat. Jedem, der Zweifel hegt, ob diese Außenpolitik eine gute oder keine gute ist, kann man nur empfehlen zu lesen, was die Vertreter der vier großen Staaten, der Signatarstaaten anlässlich des 20. Jahrestages der Unterzeichnung des Staatsvertrages in Wien zum Ausdruck gebracht haben. Ich glaube, die Darlegungen dieser hohen Vertreter haben bewiesen, daß wir auf dem richtigen Wege sind und daß niemand an der Glaubwürdigkeit unserer Neutralitätspolitik im Ausland zweifelt. Diese Außenpolitik, diese aktive Neutralitätspolitik, wie sie diese Regierung verfolgt, kann somit als eine gute bezeichnet werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsident Probst:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Ermacora.

**Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Bundesminister! Der Beifall Ihrer Regierungsfraktion hat den Eindruck erweckt, als würde man hier einer ungemein aktiven Außenpolitik Beifall zollen, die Sie, Herr Bundesminister, betreiben. *(Rufe bei der SPÖ: Natürlich!)*

Aber was hat denn der Herr Bundesminister erklärt? Er hat zur KSZE besänftigend-optimistisch wie Herr Abgeordneter Luptowits gesprochen, er hat zur UNO einige realistische Ausführungen gemacht, er hat zur Südtirolpolitik zurückhaltend-optimistisch gesprochen, er hat zur Kärntner Politik vorausschauend-optimistisch gesprochen, er hat zur Kulturpolitik gesagt, daß es keine Schwerpunkte gebe, und zur Landesverteidigungspolitik hat er gesagt, er habe immer mitgesprochen.

Meine Damen und Herren! Da müssen Sie

**Dr. Ermacora**

sich anschauen, was dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten bei der Umfassenden Landesverteidigung zugewiesen ist. In der Abteilung M hat das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten Beobachterstatus. Das steht in der Schrift von Richard Bayer „Umfassende Landesverteidigung 1975“.

Herr Bundesminister, was haben Sie denn konkret zur Umfassenden Landesverteidigung von Ihrem Ressort aus beigetragen? Diese Frage möchte ich stellen.

Herr Bundesminister! Sie haben dann auf den 4. Dezember 1974 verwiesen und meinten unter Vorlesung, daß Sie, Herr Bundesminister, sich immer im engsten Einvernehmen mit dem Herrn Bundeskanzler die Außenpolitik zurechtgelegt hätten. „Seine außenpolitischen Aktivitäten“ – so hatten Sie vorgelesen; damit meinten Sie die des Herrn Bundeskanzlers –, „spielen sich immer im engsten Einvernehmen mit mir ab, ebenso wie sie sich im engsten Einvernehmen mit meinem Vorgänger abgespielt haben.“

Aber, man darf daran erinnern, daß es einmal einen Vortrag des Herrn Bundeskanzlers in Budapest gegeben hat, in dem er ohne Wissen des Herrn Außenministers über die verdünnte Zone zwischen den Blöcken gesprochen hat.

Es gab eine Erklärung des jetzigen Herrn Bundespräsidenten zur Europapolitik, die ohne Einvernehmen mit dem Herrn Bundeskanzler vor sich gegangen ist.

In der Schönau-Affaire ist der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten damals gar nicht nach Wien einberufen worden, sondern er ist am selben Tag vielmehr in die entgegengesetzte Richtung weiter nach Westen gefahren, nach Amerika.

Was die UNO-City betrifft, Herr Bundesminister, haben Sie die Frage des Herrn Abgeordneten Mock nicht beantwortet. Wie steht es denn mit diesem Bericht über die UNO-City? Kennen Sie noch diese Diskrepanzen in den Auffassungen zwischen Außenminister und Bundeskanzler in bezug auf die personelle Besetzung des UNO-City-Gebäudes?

Doch sicherlich keine echte Koordination in diesen Bereichen der Außenpolitik!

Herr Bundesminister! Sie sprechen von der Koordination. Der Herr Bundesminister für Inneres hat einen sehr merkwürdigen Bescheid an die Öffentlichkeit beziehungsweise an einen Vereinwerber ergehen lassen, die österreichisch-rhodesische Gesellschaft. Ich brauchte nicht den Hinweis eines Journalisten, und ich brauchte auch nicht den Hinweis mehrerer Journalisten, weil ich schon früher im Besitz dieses merkwürdigen Dokumentes gewesen bin.

Da wird ein Verein aufgelöst, und dann beruft man sich in der Begründung des Bescheides – wohl einzigartig im Vorgang – auf UNO-Sicherheitsratsresolutionen, um deutlich zu machen, daß dieser Verein staatsgefährlich ist.

Herr Bundesminister! Sie kennen ganz deutlich meine Einstellung zu der Rassenpolitik im südlichen Afrika, aber ich finde es doch als viel zu weitgehend, wenn man nun in einem Bescheid des österreichischen Innenministers, wohl offenbar auf Grund der Anregungen, die aus Ihrem Hause gekommen sind, den Verweis auf UNO-Sicherheitsratsresolutionen einbaut und unter dieser Begründung einen Verein als staatsgefährlich auflöst. Herr Bundesminister! Ich möchte auch hier interessiert fragen, wie die Kooperation und die Koordination vor sich gegangen sind.

Herr Bundesminister! Sie haben nun in Ihrer Äußerung in bezug auf die Dokumente der Europäischen Sicherheitskonferenz denselben Eindruck wie Herr Abgeordneter Luptowits erweckt. Es ist heute hier der Platz, gerade über den sogenannten Korb 3 zu sprechen.

Heute ist der 10. Dezember. Der 10. Dezember ist der Jahrestag der Beschlußfassung über die allgemeine Erklärung der Menschenrechte in den Vereinten Nationen. Herr Bundesminister! Ist Ihnen bewußt, daß man sich in der Dokumentation der Europäischen Sicherheitskonferenz auf diese allgemeine Erklärung der Menschenrechte bezieht, ist Ihnen aber auch bewußt, daß die UdSSR kein positives Votum zu dieser allgemeinen Erklärung der Menschenrechte abgegeben hat?

Da komme ich auf den Satz zurück, den Sie gerade gesprochen haben. In Ihrer liebenswürdigen Art haben Sie gesagt: KSZE ist Ausdruck des guten Willens. Natürlich. Aber eine vollkommen unterschiedliche Interpretation des Begriffes der Entspannung und eine vollkommen unterschiedliche Interpretation des Begriffes der Menschenrechte, wie sie hier in diesem Dokument festgehalten sind.

Ich bitte, hier den Grundsatz VII zu beachten, und bitte dann insbesondere, auch die ganze Phraseologie zu beachten, die in diesem Dokument unter diesem Grundsatz enthalten ist, eine Phraseologie, die wir von den Vereinten Nationen her kennen und von der wir klar wissen, daß sie ein offener Widerspruch zwischen Wort und Wirklichkeit ist. Das zeigt sich auch in diesem Dokument der Europäischen Sicherheitskonferenz.

Aber ich bleibe nicht bei diesem Schlagwort, Herr Bundesminister, sondern ich werde ein Stück tiefer gehen. Ich möchte Ihnen doch gewisse Punkte der menschlichen Kontakte

**Dr. Ermacora**

zeigen. Sie haben erklärt, man müsse nun die Zeit ins Land laufen lassen und abwarten, wie sich dies einseitig weiterentwickelt. Wissen Sie, daß nach der Europäischen Sicherheitskonferenz Fälle bekannt geworden sind, die sogenannten Dringlichkeitsfälle, wie ernste Erkrankung oder Todesfall von Österreichern, wo nicht die Möglichkeit gegeben wurde, bis zum Todesfall auszureisen, weil man dort bürokratisch wochenlang herumgedoktert hat, um einem Menschen die Ausreisegenehmigung zu geben? Wissen Sie, was die Familienzusammenführung bedeutet?

Herr Bundesminister! Sie hatten die Freundlichkeit, mir im Schreiben vom 1. Dezember Fälle der Familienzusammenführung, die Härtefälle humanitärer Fälle, zuzuleiten. Ich berühme mich nicht, ein Ombudsmann zu sein, wie das heute gang und gäbe ist, aber ich habe Tausende Fälle solcher Anträge.

Darf ich Ihnen, Herr Bundesminister, einen jüngsten Brief vom 2. Dezember 1975 vorlesen? Ich gebe den Namen hier nicht an, aber ich kann Ihnen den Namen zeigen.

„Unsere Familie, Tochter und Schwiegersohn“ und so weiter „bekommen bei der Miliz einfach keine Ausreiseformulare, trotzdem sie sich immer wieder darum bemüht haben und sich stundenlang angestellt haben. Bestünde die Möglichkeit, die Antragsformulare woanders zu bekommen beziehungsweise abzugeben, um die Miliz“ dort und dort „zu umgehen? Könnten vielleicht unsere Kinder und Enkelkinder doch noch zu uns kommen?“

Herr Bundesminister! Dieser Brief ist vom 2. Dezember. Ich habe eine ganze Reihe solcher Briefe. Und Sie erklären hier gelassen: Das wird sich schon einmal einspielen, diese Familienzusammenführung!

Meine Damen und Herren! Es sind Personen betroffen, die jetzt und heute die Familienzusammenführung haben wollen und nicht warten wollen, bis es uns oder ihnen gelingt, mühsam Behörden aufmerksam zu machen, daß sie nicht bürokratisch, sondern menschenwürdig handeln sollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Sie haben dann wieder in Ihrer so freundlichen Art von der Erweiterung der Kontakte gesprochen. Sie haben aber nicht erwähnt, daß diese Erweiterung der Kontakte nicht auf der Basis der Reziprozität gestaltet ist. Da wird wohl von Frauenorganisationen gesprochen und davon, daß die Teilnehmerstaaten die Einberufung von Zusammenkünften, Reisen, Delegationen, Gruppen erleichtern werden auf Grund der Reziprozität. Bei uns haben der Weltgewerkschaftsbund und der Weltbund demokratischer Jugend, der Internationale

demokratische Frauenbund eigene Mitgliederorganisationen. Nichts gegen diese. Natürlich in einer freien Demokratie. Aber glauben Sie, daß es möglich sein würde, etwa eine Pfadfinderorganisation oder eine Jungschar der christlichen Kirchen dorthin reisen zu lassen, damit sie dort ihre Thesen vertreten? Ich glaube das nicht, Herr Bundesminister. Ich kenne das Land und die Leute viel zu gut, und ich kenne die Organisation viel zu gut, aber das muß der Öffentlichkeit, meine Damen und Herren, einfach dargestellt werden.

Herr Bundesminister, wenn man von Entspannung spricht, so sollte man den Menschen meinen und nicht nur die Kabinette. Das möchte ich herausstellen.

Es gibt einen einzigen realen Zugang zu diesem Kapitel der Konferenzakte, das wäre der Beitritt Österreichs zu den Pakten der Vereinten Nationen über die Menschenrechte. Ich nehme an, es fehlt noch ein einziger Mitgliedstaat. Wenn man diesem Pakt beigetreten ist, Herr Bundesminister, dann gibt es keine Ausrede mehr hinsichtlich dieses Korbes 3 der Europäischen Sicherheitskonferenz. Denn dann wird Österreich auch die Möglichkeit haben, juristisch das anzumahnen – weil ja diese Dinge alle in irgendwelchen internationalen Dokumenten schon verbindlich festgelegt sind, und die UdSSR ist den Pakten beigetreten –, was Sie hier als eine moralische Verpflichtung bezeichnen.

Herr Bundesminister! Auch diese Konferenzakte enthalten einen Passus über die Minderheiten. Ich möchte die Kärntner Minderheitenpolitik gewiß nicht in den Mittelpunkt meiner Ausführungen stellen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß ich mit Interesse die „Neue Zürcher Zeitung“ gelesen habe, die herausstellt, man spricht über Wiesenthal und läßt das so wichtige Problem der Kärntner Minderheitenpolitik plötzlich ganz in der Versenkung verschwinden. Sie und der Herr Bundeskanzler haben im Ausschuß ja einige Erklärungen dazu abgegeben. Sie haben das auch heute getan.

Ich möchte nur in aller Ruhe auf ein Faktum aufmerksam machen, das Sie, Herr Bundesminister, wahrscheinlich kennen, aber aus dem man Schlußfolgerungen besonderer Art zu ziehen hätte. Darf ich Sie darauf aufmerksam machen – das ist heute übrigens im Rundfunk gekommen, obwohl es schon Tage vorher in der Weltpresse gestanden ist –, daß Jugoslawien in scharfer Weise gegen die Volkszählung in Mazedonien, das ist Bulgarien, die Stimme erhoben hat.

Herr Bundesminister! Muß man da nicht einen Schluß für die jugoslawische Minderheitenpolitik ziehen? Ich glaube, daß dieser Tatbestand umgemein bedeutsam ist, und zwar deshalb

**Dr. Ermacora**

bedeutsam ist, weil wir wünschen, den Artikel 7 des Staatsvertrages in Kombination mit einer geheimen Ermittlung einer Umgangssprache durchzuführen. Ich glaube, wir dürfen uns nicht von der jugoslawischen Erklärung oder den jugoslawischen Erklärungen schrecken lassen, weil Bedenken gegen Minderheitenermittlung offensichtlich ein Trend in der jugoslawischen Minderheitenpolitik zu sein scheinen.

Herr Bundesminister! Sie hatten über Südtirol gesprochen. Ich habe mir erlaubt, seit Jahren die Äußerungen der Ressortvertreter und des Herrn Bundeskanzlers mitzutenographieren, und füge, solange ich die Auszeichnung habe, in diesem Parlament zu sein, diesen Ausführungen Jahr für Jahr eine neue Seite hinzu.

Herr Bundesminister! Es ist jenen Problemen, die das Pariser Abkommen angehen – und das sage ich mit vollem Bewußtsein dieses Satzes –, nichts vorangegangen. Es ist in der Frage der Stellenbesetzung nichts vorangegangen. Herr Bundesminister, es ist in der Frage des ethnischen Proporz nichts vorangegangen, im Gegenteil, Herr Bundesminister, man hat hier – und das ist einfach das Faktum – eine Art Unterwanderungspraxis fortgesetzt. Herr Bundesminister! Sie mögen sich in allen Fragen auf das Problem des Paketes berufen, aber in diesem Punkte haben wir das Pariser Abkommen hinter uns und mit uns, auf das Sie sich berufen müßten.

Herr Bundesminister! Ich verstehe Ihre Politik. Sie sind in bezug auf Südtirol in ein Kräfteparallelogramm eingespannt, ein Kräfteparallelogramm, das es zumindest seit 1945 gibt: Wien, Innsbruck, Bozen, Rom. Aber nicht ein Parallelogramm der Kräfte im Hohen Hause. Denn ich könnte mir heute nicht mehr vorstellen, daß man unter dem Aufruf des seinerzeitigen Staatssekretärs Professor Gschnitzer hier aufsteht und singend für Südtirol protestiert. Diese Zeiten sind vorbei, so wie die Armee des Herrn Papa tot ist, das möchte ich herausstellen, diese Zeiten sind vorbei.

Es stehen nicht nur die Parlamente im Spiel, sondern die mächtigen Regierungen, und hier betreiben sie Kabinettpolitik, wobei ich natürlich auch das Kabinett in Bozen miteinschleße. Ich habe nichts dagegen, aber informiert muß man werden. Man muß deutlich gesagt bekommen, wie die Situation steht, man muß das Positive mit dem Negativen abwägen, man darf nicht illusionistisch sein, sondern muß der Realität in die Augen sehen. Und die Realität sind offene Punkte, mangelnder ethnischer Proporz, also jene Fragen, die so wesentlich im Sinne des Pariser Abkommens zu gestalten wären.

Die zu vergebenden Posten in der Provinz sind bis zu 72 Prozent von Italienern besetzt, von denen 6639 unter 45 Jahren sind. Dazu kommt die Klausel, daß diese Personen immovibel sind, das heißt, sie dürfen nicht versetzt werden. Wie wird also der Südtiroler Nachholbedarf aufgefüllt werden?

Herr Bundesminister! Das sind klare Fälle des Pariser Abkommens, und hier würde ich persönlich meinen, da kann man nicht in informellen Gesprächen das Problem aufwerfen, sondern hier muß einmal der Rechtsstandpunkt herausgestellt werden; und das bringt mich zur Frage Ihrer Initiative.

Sie haben uns vor wenigen Wochen den sogenannten IGH-Vertrag in das Parlament gereicht. Es wird die Frage des Hohen Hauses sein, ob und wann dieser IGH-Vertrag genehmigt wird. Ich habe den Eindruck, daß man unter dem Gesichtswinkel der Frage, welchen Wert der IGH-Vertrag im Zusammenhang mit dem Gesamtpaket hat, einen Zeitpunkt wird finden müssen, an dem dieser Vertrag in diesem Hause zu genehmigen ist.

Herr Bundesminister! Sie berichten immer wieder über Gespräche da und dort. Sie berufen sich auf die Geduld, die die Südtiroler von Ihnen erbitten. Herr Bundesminister! In der Kärntner Angelegenheit, würde ich sagen, haben Sie eine aktive Politik entfaltet, aber für Ihre Südtirolpolitik gilt ein Kärntner Satz, ein Kärntner Wort, und ich als gebürtiger Kärntner, aber als mich in Tirol beheimatet Fühlender darf hier sagen, hier stehen Sie auf dem Standpunkt: „lei lossn“, ich meine in bezug auf die Südtirolpolitik von Ihrer Warte her. Denn, Herr Bundesminister, was ich von Ihnen erwarte und, ich glaube, was wir erwarten, ist in allen jenen Fragen, die im Kontext mit dem Pariser Abkommen stehen, ein deutlicheres Auftreten hinsichtlich Anmahnung und umfassender Information.

Ein Satz aus Ihrem Munde ist ja bezeichnend für Ihre Vorstellung von den Südtirolangelegenheiten und der Südtirolpolitik. Ich bitte, diesen Satz noch einmal vorführen zu dürfen, den Sie im Ausschuß geprägt haben. Sie sagten auf Grund einer Bemerkung in den „Salzburger Nachrichten“: „Ich sehe keine besondere Veranlassung in der Durchführung des Operationskalenders eine Ursache für Spannungen zu sehen, vielleicht wenn Erklärungen abgegeben werden, wie die des Herrn Senator Brugger, so kann es sein, daß gewisse Unruhe und Spannungen entstehen. Sie dürfen eher innerparteilicher Art sein.“ Auch Landeshauptmann Wallnöfer hat eine ähnliche Erklärung abgegeben.

Aber, Herr Bundesminister, hier möchte ich, wenn Herr Abgeordneter Blecha im Hause wäre,

**Dr. Ermacora**

mit ihm sagen: Sie verwechseln Ursache und Wirkung. Wie können Sie sich über den Senator Brugger beschweren, wenn Sie nicht den Mut haben, italienische Verhältnisse in bezug auf die Innenpolitik und die Südtirolpolitik zu kritisieren. Das müssen Sie sagen, aber nicht den Senator Brugger, der von seinem legitimen Recht als freigewählter Abgeordneter Gebrauch gemacht hat, und Landeshauptmann Wallnöfer, der ebenso von diesem Recht Gebrauch gemacht hat, eine Erklärung abgegeben hat, kritisieren, Herr Bundesminister. Das, glaube ich, ist eine verfehlte Zielgruppe, die Sie angesprochen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Das mit der Sicherheitspolitik und der Umfassenden Landesverteidigung habe ich Ihnen ja schon an dem Beispiel der Umfassenden Landesverteidigung und dem Organogramm vorgeführt und dargestellt.

Herr Bundesminister! Ich möchte Sie abschließend darauf aufmerksam machen, daß in Ihre Legislaturperiode zwei Daten fallen, an denen mir deutlich wird, daß Sie nicht einfach sagen können: Die Außenpolitik ist ein Prozeß, hier verändern sich die Situationen, hier verändern sich vielleicht die Politiker, hier verändern sich die Außenpolitiker und die Parlamentarier, und dann kommt wieder ein neues Faktum, das man berücksichtigen muß. Das eine Datum heißt 6. 9. 1976. Und 6. 9. 1976 bedeutet dreißig Jahre Gruber-Degasperi-Abkommen! Herr Bundesminister! Ich bin überzeugt, ich sage dies im Einvernehmen zumindest meiner Tiroler Freunde; ich bin aber überzeugt, ich sage das im Einvernehmen meiner Freunde aus dem ÖVP-Klub, daß bis zu diesem Zeitpunkt von Ihnen eine Tat gesetzt werden muß, damit man sagen kann: das Paket ist erfüllt! Herr Bundesminister, das liegt mit in Ihrer Hand. Das möchte ich annehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Es ist ein zweites Datum von besonderem Interesse. Das ist das Jahr 1978, die Wahlen zum Europäischen Parlament. Nun werden Sie mir vielleicht mit dem Pessimismus des Herrn Abgeordneten Czernetz, der ja zu gewissen Fragen der Europapolitik ungemein pessimistische Erklärungen abgibt, sagen: Das Europäische Parlament, das ist die EWG, das geht uns nichts an, das wird eben über die Bühne gehen.

Merken Sie denn nicht, daß mit solchen Wahlen eine ungeheure Integrationskraft in Europa heranwächst? Glauben Sie nicht, Herr Bundesminister, daß man gewisse Reflexionen anstellen wird müssen, wie man bei Bewegungen, die sich in Österreich in bezug auf die Wahl zum Europarat, zur Konsultativversammlung anbahnen könnten, Politik machen sollte? Herr Bundesminister, ich glaube, das ist ein Datum,

das Sie nicht dem Prozeß überlassen dürfen, sondern bei dem Sie die Fakten beachten und danach Ihre Außenpolitik orientieren müssen.

Und das dritte Faktum: Es hängt heute an Österreich, die Pakte der Vereinten Nationen über die Menschenrechte zu ratifizieren, denn wenn Sie diese ratifiziert haben, treten sie in Geltung, und dann können sie den Korb 3 der Europäischen Sicherheitskonferenz realisieren lassen, und zwar auf einem rechtlich-politischen Wege. Sie haben also drei ganz konkrete terminisierte Aufgaben vor sich.

Herr Bundesminister! Wir wünschen von Ihnen in diesen Bereichen eine aktive Außenpolitik, wir wünschen eine koordinierte Außenpolitik mit dem Parlament, aber nicht nur mit dem Parlament, Herr Bundesminister, und nicht nur zwischen den Kabinetten und Ministerien, sondern wir wünschen eine koordinierte Außenpolitik auch mit dem österreichischen Volk, zumindest durch Ihre immer wiederkehrende klare Information und nicht durch die Weckung illusionistischer Vorstellungen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Hesele.

Abgeordneter **DDr. Hesele (SPÖ)**: Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich zu meinen eigentlichen Ausführungen komme, darf ich – und ich bin sehr dankbar, Herr Kollege Mock, daß du im Hause bist – auf einige Fragen, die von dir in Rede gestellt wurden und die das Personal des Außenministeriums betreffen, eingehen.

Nach den Ausführungen des Kollegen Dr. Mock hat man den Eindruck gewonnen, daß für die Bediensteten des Außenministeriums in den letzten fünf Jahren, seit es eine sozialistische Bundesregierung gibt, nichts geschehen ist. Ich behaupte: So viel wie in den letzten fünf Jahren, ist für die Bediensteten des Außenministeriums überhaupt noch nicht geschehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich muß feststellen, daß der Obmann des ÖAAB aber auch der Legationsrat des Außenministeriums sehr wenig von seiner Fraktion im Außenministerium informiert wird. Ich darf, obwohl es eine Fachfrage ist, aber eben weil das in den Raum gestellt wurde, doch einige Punkte sagen.

Eine neue Auslandsbezugsregelung zwischen dem Finanzministerium und dem Außenministerium ist erst in der Zeit des Außenministers Dr. Kirchschläger abgeschlossen worden, und es wurde seitens des Finanzministeriums ein Betrag von zirka 10 Millionen zusätzlich zur Verfügung gestellt. Stimmt das?



**DDR. Hesele**

Weiter sind in dieser neuen Auslandsbezugsregelung – das hat ja auch Dr. Karasek im Budgetausschuß zugegeben – die Auslandszulagen differenziert worden. Es gibt heute Härtezuschläge für Posten in den Tropen, es gibt differenzierte Funktionszuschläge, es gibt eine Neuregelung des Wohnungszuschlages, nicht nur für die zugeteilten A-Beamten, sondern auch für die Schreibkräfte, und es gibt auch – der Herr Gesandte hat im Budgetausschuß gesagt: – zu meiner Zeit hat es das nicht gegeben – den Ersatz der Schulkosten im Ausland. Es gibt heute eine Heimaturlaubsverordnung, die bereits einmal novelliert wurde, eine Heimaturlaubsverordnung, die tatsächlich auf die Kollegen in den Tropen Rücksicht nimmt.

Die Zimmerfrage – das ist richtig – im Bundeskanzleramt und im Außenministerium ist sicherlich sehr desolat, aber die erste Abhilfe, die geschaffen wurde, geschah vor drei Jahren, indem man das Palais Liechtenstein angemietet hat.

Und das letzte, was ich noch dazu sagen wollte, um hier öffentlich zu dementieren, daß nichts geschehen ist, das ist die Verbesserung der Krankenkassenkosten und der Krankenkassensätze im Ausland. Da kann man die Kollegen fragen, die gerade in New York Dienst versehen. Mir hat der Gesandte Dr. Weidinger einmal sehr deutlich gesagt, als er das erste Mal nach New York gekommen ist: Wenn man eine Zahnreparatur hat, bedeutet das für eine Familie den Ruin.

Meine verehrten Damen und Herren! Diese Frage wurde sehr, sehr großzügig geregelt. Aber die Freunde der ÖAAB-Fraktion werden dich sicher darüber aufklären können. Die 24. Gehaltsgesetz-Novelle hat auch für die Beamten des Außenministeriums sehr wesentliche Beträge im Inland, aber auch im Ausland gebracht.

Ohne wieder Kollegen Fiedler zu zitieren, habe ich heute aus seiner Rede notiert, daß die österreichische Außenpolitik erstarrt ist, Österreich international an die Wand gedrückt wird und daß eine offensive Außenpolitik notwendig ist, ein sogenannter Aufbruch.

Herr Professor Ermacora hat die gesamten Ausführungen des Herrn Außenministers dahingehend kritisiert, daß er zu keinem einzigen Punkt etwas aussagen kann.

Ich glaube, meine Damen und Herren, zwei Beispiele beweisen, daß es eine aktive Außenpolitik gegeben hat: Das ist die Mitwirkung Österreichs bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, wo über die Ziele, die Bedeutung und die Geltung und auch über die Zweifel heute sehr viel gesprochen wurde.

Seinerzeit ist beim außenpolitischen Gespräch über die Europäische Sicherheit auf Schloß Hernstein am 9. und 10. Juni 1972 im Grundsatzreferat des Dr. Bertram vom Institut für strategische Studien in London zum Ausdruck gekommen, wo er dann über die Rolle der Neutralen schreibt: „Mit der Entspannung in Europa ist, so paradox es klingt, die Rolle der Neutralen unwichtiger geworden.“ „... bescheidene Mittlerfunktion ... sind sie ... auf eine Beobachter- und Gastgeberrolle beschränkt.“

Die nachfolgenden Verhandlungen, schon in Helsinki, aber auch die Verhandlungen in Genf – heute wurde der Delegationsleiter Dr. Lieder-mann zitiert und erwähnt und auch gelobt – haben bewiesen, daß Österreich im Rahmen dieser multilateralen Konferenz weder auf eine Gastgeber- noch auf eine Beobachterrolle beschränkt gewesen ist.

Eines, meine verehrten Damen und Herren, muß ich feststellen: Wir sollen doch unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Österreich war prädestiniert, bei dieser Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf Grund von zwei Erfahrungen eine Mittlerrolle zu spielen, die von den Vertragspartnern neben der immerwährenden Neutralität sehr geschätzt wurden, sodaß nach allen Seiten hin eine Gesprächsbasis bestanden hat.

Aus zwei Gründen waren wir ganz besonders prädestiniert: Auf Grund unserer Nachbarschaftspolitik, da wir seit den sechziger Jahren die Erfahrung mitgebracht haben, mit Staaten, die ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem aufweisen, zu reden, weil wir geographisch dazu gezwungen sind, weil es geographisch notwendig ist, vorerst eine aktive Nachbarschaftspolitik zu betreiben. Zu dem Ergebnis kommen Sie auch in Ihrer Studie über die Außenpolitik, die der ÖVP-Klub im Rahmen Ihrer Politischen Akademie durchgeführt hat.

Der zweite Punkt, der uns sehr prädestiniert hat für eine Mittlerfunktion in dieser Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa war die Tatsache, daß Österreich eben das Land gewesen ist und auch noch immer ist, das in der Zusammenarbeit im humanitären Bereich und in anderen Bereichen einen sehr wesentlichen Teil einer gesamteuropäischen Entspannung sieht. Schon vor Beginn der Sicherheitskonferenz war es für Österreich so – und das hat ganz besonders der Außenminister Dr. Kirchschläger immer wieder in seinen Vorträgen erwähnt –, daß die Güte der Beziehungen zu einem anderen Staat auch danach bewertet wird, ob, wie und in welchem Zeitraum humanitäre Einzelfälle einer positiven Erledigung zugeführt wurden.

**DDr. Hesele**

In diesem Rahmen und aus dieser Politik heraus – Professor Ermacora hat hier von Kabinettspolitik geredet – war das eben nicht nur und ist das eben nicht nur eine Politik für den Staat oder zwischen Staaten, sondern eine Politik für den Menschen.

Aus diesen Gründen und weil wir diese Voraussetzungen und auch diese Erfahrungen mitgebracht haben, war es möglich, daß unser Delegationsleiter in den Verhandlungen in Genf, in der Beamtenrunde in Genf, die ja ungefähr zwei Jahre gedauert hat, eine sehr große Mittlerrolle gespielt hat, denn die Unterkommission, die sich mit der Redaktion der Texte, besonders was den Korb 3 betrifft, befaßt hat, ist mit ihrer Arbeit bei den Verhandlungen sehr bald in eine Sackgasse geraten.

Auf einstimmigen Wunsch sämtlicher Delegationen der Teilnehmerstaaten hat es daraufhin die österreichische Delegation unter Gesandten Dr. Liedermann übernommen, durch fast eineinhalb Jahre informelle Gespräche zu koordinieren, an denen Vertreter des Westens und des Ostens teilgenommen haben.

Der Zweck dieser informellen Gespräche, die in den Räumen der österreichischen Delegation in Genf stattgefunden haben, war es, eben nach Formulierungen zu suchen, die von allen Teilnehmerstaaten akzeptiert werden können.

Diese Gespräche, gerade über den Korb 3, konnten zu einem guten Abschluß gebracht werden. Sämtliche Texte in den Schlußakten der Konferenz, die die Schaffung besserer Kontakte zwischen den Menschen zum Ziele haben, wurden von der österreichischen Delegation eingebracht.

Meine Damen und Herren! Es ist ein weiterer Punkt, inwieweit – das wurde auch von Professor Ermacora gesagt – in Zukunft diese Schlußakte, insbesondere die Punkte über die menschlichen Beziehungen, über die Familienzusammenführungen, in der Praxis durchgesetzt werden können. An drei Beispielen will ich Ihnen zeigen, wie wesentlich es war, verschiedene Formulierungen in die Texte hineinzubringen.

Zum Beispiel steht auf Seite 48 „a) Kontakte und regelmäßige Begegnungen auf der Grundlage familiärer Bindungen“ drinnen: Die Vertragsstaaten „bestätigen, daß die Einreichung eines Gesuches betreffend Kontakte auf der Grundlage familiärer Bindungen zu keiner Veränderung der Rechte und Pflichten des Gesuchstellers ... führen wird.“ Das deshalb, weil die Damen und Herren, die im Osten zu tun gehabt haben, ja ganz genau wissen, daß jemand, der zum Beispiel, sei es in Ostberlin, in Rumänien oder sonstwo, ein Gesuch um Ausreise eingebracht hat, den Arbeitsplatz verloren hat.

Oder: „Gesuche betreffend Familienzusammenführungen ... können“ bei Ablehnung „erneut eingereicht werden“, und es wird in „angemessen kurzen Zeitabständen“ eine neue Prüfung zugesagt; „unter diesen Umständen werden Gebühren nur im Falle der Genehmigung des Gesuches erhoben“. Aus der Erfahrung – und die hat Gesandter Dr. Liedermann eben mitgebracht aus seiner Tätigkeit in Berlin und vor allem aus seiner Tätigkeit in Polen – hat er gewußt, daß man die Menschen mehrmals einreichen läßt, ihnen das Geld abnimmt und daß sie bei einer neuerlichen Einreichung dann wieder bezahlen müssen.

Auch einen letzten Punkt noch: Personen, denen die Familienzusammenführung stattgegeben wird, „können ihr Haushaltsgut und ihre persönliche Habe mitführen“.

Das sind unter vielen anderen die Leistungen der österreichischen Delegation, die im Interesse einer zukünftigen Abwicklung humanitärer Fälle in den Konferenztext, in die Schlußakte gebracht werden konnten.

Ich bin auch der Auffassung, die über die Wertung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa der Abgeordnete Czernetz hier gesagt, aber auch in einem sehr grundsätzlichen Artikel in der „Zukunft“ dargelegt hat, daß wir ja sagen zu Helsinki, nüchtern, ohne Wunschvorstellung und ohne Illusionen, aber trotzdem versuchen werden, diese Schlußakte, gerade was den humanitären Akt und die humanitären Fragen betrifft, in die Praxis umzusetzen.

Meine Damen und Herren! Ein zweiter Punkt einer aktiven Außenpolitik ist durch eine sehr zielbewußte Nachbarschaftspolitik gegeben, die bereits seit den sechziger Jahren unter dem Außenminister Dr. Kreisky begonnen wurde, die damals Neuland gewesen ist, der man in den westlichen Staaten damals in den sechziger Jahren kein Verständnis entgegengebracht hat, aber viel später haben sich alle dieser aktiven Nachbarschaftspolitik mit den Oststaaten angeschlossen.

Meine Damen und Herren! In der Kürze der Zeit ist es nicht möglich, alle bilateralen Ereignisse und Fragen zu besprechen. Aber gerade für die Abgeordneten von Niederösterreich sind die zielbewußten bilateralen Verhandlungen mit der Tschechoslowakei von sehr wesentlicher Bedeutung. Es ist heuer die erste Budgetdebatte, in der man in diesem Hause sagen kann, daß der große Bremsklotz, der gegen eine Normalisierung und eine Verbesserung der Beziehungen mit der Tschechoslowakei bestanden hat, aus dem Wege geräumt wurde. Denn am 19. Dezember 1974 wurde der

**DDr. Hesele**

Vermögensvertrag mit der Tschechoslowakei unterzeichnet, und er ist am 9. September 1975 zugleich mit dem Entschädigungsgesetz für die innerstaatliche Anwendung dieses Gesetzes in Kraft getreten.

Diese neue Phase im Verhältnis zwischen den beiden Staaten fand auch im Besuch des Außenministers in der ČSSR vom 23. bis 26. April 1975 und im Zusammentreffen zwischen dem Bundeskanzler und dem Präsidenten Husak in Helsinki am 30. Juli dieses Jahres ihren Ausdruck.

Es ist heuer dem Herrn Außenminister in New York gesagt worden, daß dieses Zusammentreffen zwischen Husak und Bundeskanzler Kreisky von historischer Bedeutung gewesen sein soll. Wir betrachten die Entwicklung dieser bilateralen Beziehungen nüchtern. Für die bilateralen Beziehungen mit der Tschechoslowakei sind nicht so sensationelle Erfolge zu vermelden, wie es zwischen Großstaaten ist. Aber es sind Ereignisse und es sind Erfolge, die im Interesse der Menschen geschaffen wurden.

Vom 3. bis 5. Dezember – das wurde vom Herrn Außenminister erwähnt – hat die Allgemeine Österreichisch-Tschechoslowakische Gemischte Kommission in Wien getagt. Es wurden zwei Abkommen unterzeichnet: Eines über die Aufhebung der Visa für die Dienstpässe und eines über die kriminalpolizeiliche Zusammenarbeit an den Grenzflüssen.

Die Tagesordnung, deren Titel hier nur zitiert werden können, gibt eine Bilanz über die Entwicklung der österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen: Über den Abschluß und über die Anregung für den Abschluß neuer Verträge.

Einen wesentlichen Raum in diesen Verhandlungen haben die Rechts-, Konsular- und Grenzfragen eingenommen, die Schaffung von neuen Grenzübergängen – weil sich auch der Personenverkehr von Österreich in die Tschechoslowakei und von der Tschechoslowakei nach Österreich erhöht hat –, die Frage der Familienzusammenführung und andere humanitäre Fragen, die im Geiste – das kommt aus den Protokollen sehr deutlich zum Ausdruck – der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit besprochen wurden, die Reiseerleichterungen, die Möglichkeit der Erteilung von Kurzvisa und Gratissichtvermerken, die Erleichterungen der Gewährung von Ein- und Durchreisesichtvermerken, der Abschluß des Abkommens über den erleichterten Grenzübertritt von Personen der Grenzzone und Grenzüberschreitungen an der Maltz sowie ein Konsularabkommen, das in der nächsten Zeit besprochen werden soll.

Neben Fragen der Wirtschaft, des Handels

und der Kultur wurde mit der Tschechoslowakei der Versuch unternommen, eine Verbesserung und eine Konsolidierung der Beziehungen zu erreichen.

Vielleicht den beredtesten Ausdruck über die Verbesserung der Beziehungen gibt die Haltung der tschechoslowakischen Presse gegenüber Österreich, da ja die Presse in Oststaaten nicht dieselbe Bedeutung hat wie die Presse in einer pluralistischen Demokratie. Es kommt die Normalisierung unseres Verhältnisses zur Tschechoslowakei in einer sachlicheren Presseberichterstattung zum Ausdruck.

Einen Beitrag leistete hiezu im Juni eine Einladung des österreichischen Außenministers an eine Gruppe von tschechoslowakischen Journalisten, die nach Österreich gekommen sind, einen sehr positiven Eindruck gewonnen und auch positiv und objektiv über ihre Eindrücke berichtet haben. Als Pendant hat im März auf Einladung des tschechoslowakischen Außenministeriums eine Reise österreichischer Journalisten nach Prag und Preßburg stattgefunden, die auch den gegenseitigen Beziehungen, der Anbahnung guter Beziehungen dienlich war.

Ich darf vielleicht noch ein Wort betreffend unsere Beziehungen zu Ungarn sagen, die in einer sehr freundschaftlichen gutnachbarlichen Atmosphäre verlaufen. Es tagt ja jährlich die Große Gemischte Österreichisch-Ungarische Kommission, die über Fragen aller Bereiche Besprechungen durchführt.

Es gibt gute Beziehungen zu Polen. Diese guten Beziehungen haben den Ausgang anläßlich eines Besuches des Bundeskanzlers genommen. Sie haben sich besonders in wirtschaftlichen Fragen und in sehr guter wirtschaftlicher Kooperation ausgewirkt.

Bzüglich Rumänien hat der Bundeskanzler anläßlich seines Aufenthaltes in Rumänien eine Liste mit 16 Härtefällen von Ansuchen um Heiratsgenehmigung überreicht. Von diesen konnten bereits fünf Fälle positiv erledigt werden. Elf sind noch offen.

Meine Damen und Herren! Der letzte Punkt, der uns noch in unseren Beziehungen zu den Oststaaten vielleicht Sorge macht, ist der Abschluß eines Vermögensvertrages mit der DDR. Es hat im Mai des heurigen Jahres eine zweite Verhandlungsrunde stattgefunden. Es wurde bei diesen Verhandlungen allerdings klar, daß mit einer sehr langen Verhandlungsdauer gerechnet werden muß. Umso mehr, als das Problem mit der DDR anders gestaltet ist, als das mit den übrigen Ostblockstaaten.

Meine Damen und Herren! In der Kürze der

**DDr. Hesele**

Zeit wollte ich an zwei Beispielen zeigen, daß Österreich eine sehr konstruktive Außenpolitik betreibt und zwar auf der multilateralen Ebene – wie das die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit beweist –, aber in ganz besonderem Maß auch auf der bilateralen Ebene, da ganz besonders mit den Nachbarstaaten. Die Entwicklung des guten Verhältnisses zur Tschechoslowakei zeigt, daß es durch zielbewußte Außenpolitik möglich ist, auch mit einem Staat einer anderen Gesellschaftsordnung Kontakte anzuknüpfen im Interesse der Wirtschaft, im Interesse des Staates, aber sicher auch im Interesse der Menschen in diesem Lande; denn eine moderne demokratische Außenpolitik hat nicht nur der höheren Ehre eines Staates zu dienen, sondern in erster Linie den Menschen, die in diesem Lande wohnen.

Wir sind der Auffassung, daß das Budget für das Jahr 1976, insbesondere im Kapitel Äußeres, dem Bundesministerium und dem Bundesminister die Möglichkeit gibt, diese Politik, diese aktive Außenpolitik in allen Bereichen fortzusetzen, daß aber auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Daher stimmen wir gern diesem Budgetkapitel zu. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Egg.

Abgeordneter **Egg** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Trotz der Kürze der Zeit, die mir jetzt zur Verfügung steht, möchte ich doch zu zwei Themen – das erste liegt mir sehr am Herzen –, nämlich zum Paket sowie zum Operationskalender einerseits und zum österreichisch-italienischen Sozialversicherungsabkommen andererseits einige Überlegungen anstellen.

Wenn auch bekannterweise das Paket im November 1969 nur mit knapper Mehrheit in der Südtiroler Volkspartei angenommen wurde, so kann man nun doch einigermaßen mit Befriedigung – und hier unterscheide ich mich von den Äußerungen meines Vorredners Kollegen Ermacora – feststellen, daß von 15 Maßnahmen immerhin schon 13 durch einfache Gesetze termingerecht zur Durchführung gelangt sind.

Sicher: Zwei Maßnahmen lassen noch auf sich warten. Das ist einmal die Paketmaßnahme 111, das heißt also die Chance der Südtiroler, statt zwei nunmehr drei – beziehungsweise nach den Vorschlägen der Südtiroler statt drei sogar vier – Senatoren stellen zu können. Darüber sind derzeit ja Verhandlungen in Vorbereitung. Und das ist zum zweiten das Paket 118, das unseren Südtirolern die Möglichkeit geben soll, in Hinkunft auch über kommunalisierte Betriebe

zu verfügen, um die Verteilung des Stroms im eigenen Bereich vornehmen zu können. Bis jetzt geschieht das durch die staatliche Gesellschaft; die Kommunalwerke wie etwa die Etsch-Werke gewähren derzeit den Südtirolern einen wesentlich günstigeren Strompreis.

Richtig ist, daß der ethnische Proporz nach wie vor größte Schwierigkeiten bereitet, schon allein deshalb, weil die entsprechenden Dienstposten von den italienisch Sprechenden in Südtirol nicht so schnell freigemacht werden können. Die Tatsache, daß 67 Prozent der Einwohner deutsch sprechen und nur 33 Prozent italienisch, ist noch nicht berücksichtigt, daß in der Besetzung der Posten derzeit genau das umgekehrte Verhältnis – und das sogar noch entsprechend verschärft – gegeben ist.

Andererseits kann man doch auch mit Befriedigung feststellen, daß die Unterwanderung in Südtirol dadurch schon einigermaßen eingeschränkt wurde, daß die Zuwanderer erst dann wahlberechtigt sind, wenn sie nachweisen können, daß sie vier Jahre hindurch ununterbrochen ihren Wohnsitz in der Provinz hatten.

Hinsichtlich der deutschen Sprache und deren Anwendung gibt es leider immer wieder Schwierigkeiten, es werden auch darüber derzeit in den römischen Kommissionen Verhandlungen geführt.

Positiv kann man aber auch feststellen, daß auf Grund der Durchführungsbestimmungen, die am 20. September 1975 abgeschlossen werden konnten, wiederum eine Reihe von Funktionen und Berechtigungen an die Südtiroler Landesregierung übergegangen ist.

Lediglich hinsichtlich des Sozialwesens konnte noch keine abschließende Bereinigung gefunden werden. Die Zwölferkommission hat sich noch mit einer Reihe von unbefriedigend geregelten Punkten auseinanderzusetzen.

Besonders bedauerlich ist, daß etwa 170 Milliarden Lire, die der Provinz Bozen zur Verfügung stehen sollten, bisher noch nicht in der vollen Höhe dieses Betrages ausbezahlt wurden, was zwangsläufig Verzögerungen in der Bereinigung der Strukturpolitik zur Folge hat.

Bei allem Verständnis für die anlässlich der Durchführung des Operationskalenders entstandenen Verzögerungen darf ich doch feststellen, daß schon vor mehr als einem Jahr der Operationskalender für das Paket in seinem Inhalt hätte erfüllt sein sollen.

Die Haltung bestimmter Südtiroler Kreise, die deren nicht unbegründete Ungeduld ausdrückt, ist daher zumindest verständlich. Aber gerade deshalb muß ich in aller Bescheidenheit in

**Egg**

Erinnerung rufen, daß der Operationskalender gegen unsere Auffassung allein von der damaligen Mehrheitspartei akzeptiert wurde. Er beinhaltet eben gewisse Mängel, weil er für eine Verzögerung keine Sanktionen vorsieht. Auch fehlen Bestimmungen, die eine Beschleunigung der Paketdurchführung erzwingen könnten.

Vor kurzem wurde bekannt, daß der Südtiroler Landtag nach dem 20. Jänner den Stand des Pakets und des Operationskalenders diskutieren wird; sicherlich nicht unter der Devise, man müsse dabei laut werden, weil auch unseren Südtiroler Kollegen klar ist, daß die Verhandlungen zweifellos das bessere Ergebnis bringen werden.

Äußerungen im Zusammenhang mit Zeitungsartikeln vor wenigen Wochen, wonach die politische Situation in Italien als wenig glücklich bezeichnet wird, sollten nicht gerade zu diesem Zeitpunkt gemacht werden, wenn es um solche Verhandlungen geht. (*Unruhe.*)

Präsident **Probst** (*das Glockenzeichen gebend*): Es wurtl ein bisserl zuviel da herinnen!

Abgeordneter **Egg** (*fortsetzend*): Ich möchte feststellen, daß der Hoffnung Ausdruck zu geben ist, daß die restlichen Probleme im Rahmen des Südtirol-Pakets doch im Jänner einer grundsätzlichen Bereinigung zugeführt werden können. Ich versichere, daß das Schicksal der Südtiroler auch weiterhin ein echtes Anliegen der österreichischen Außenpolitik bleiben wird, glaube aber, das nicht besonders betonen zu müssen.

Ich halte es auch diesmal wieder für angezeigt, darauf hinzuweisen, daß hinsichtlich der parlamentarischen Verabschiedung des IGH-Vertrages selbstverständlich entsprechende Geduld auch unsererseits aufgebracht werden wird, nämlich solange, das ist meine persönliche Meinung, bis der Operationskalender in seinem Inhalt auch erledigt ist.

Die Außenpolitik hat vor allem den Menschen in den Mittelpunkt der Überlegungen zu stellen, meine Damen und Herren, schon deshalb können wir sicher sein, daß die sozialistische Regierung in der Südtirol-Frage weitgehend nicht nur kooperieren wird, sondern auch auf entsprechende Erfolge im Laufe des nächsten Jahres in Kooperation mit den Südtiroler Kollegen verweisen wird können.

Abschließend, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, möchte ich unter Bedachtnahme auf die neue Kompetenzverteilung des Ministeriums noch einige wenige Bemerkungen zum österreichisch-italienischen Sozialversicherungsvertrag machen. Es ist der älteste derzeit in Kraft stehende Vertrag mit einem Vertragspart-

ner; er ist durch das ASVG im wesentlichen praktisch außer Kraft gesetzt. Trotz Expertenbesprechungen und Regierungsverhandlungen konnte ein neues Abkommen bisher noch nicht abgeschlossen werden, im wesentlichen deshalb, weil die Wünsche Italiens auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung über die internationale Übung hinausgehen. Es stehen also präjudizielle Gründe im Hinblick auf das Verhältnis zu anderen Vertragsstaaten diesen italienischen Wünschen entgegen.

Ebenso muß ich darauf verweisen, daß die Verfahren zur Feststellung der italienischen Renten für Anspruchsberechtigte in Österreich in Italien äußerst schleppend durchgeführt werden. Dies gilt auch für alle Bemühungen um eine Verkürzung der jahrelangen Wartezeiten, die zwischen der Zuerkennung der italienischen Pension und der Überweisung dieses Betrages nach Österreich liegen. Leider haben alle diesbezüglichen bisherigen Bemühungen noch nicht jenen Erfolg gebracht, den wir uns alle für die Betroffenen wünschen würden.

Ich habe heute leider nicht die Möglichkeit und die Zeit, die bittere Situation jener vielen Hundert Österreicher darzustellen, die durch diese Verzögerung der italienischen Behörden in Notsituationen geraten sind und manchmal vor Auszahlung des Betrages sogar absterben.

Wenn auch Vertreter der italienischen Behörden und Sozialversicherungsträger feststellen, daß ihnen die Probleme bekannt seien und eine Beschleunigung angestrebt wird, ist dies für die Betroffenen sicher kein Trost. Trotz dieser Zusagen bei den letzten Verhandlungen und trotz dieser direkten Interventionen waren abgesehen von Ausnahmefällen bisher leider keine Erfolge zu verzeichnen.

Unser dringendes Ersuchen an die italienischen Behörden geht daher in der Richtung, unverzüglich die Bearbeitung der rückständigen Pensionsanträge vorzunehmen und so bald als möglich die Auszahlung der Pensionsleistungen zu veranlassen, damit die Betroffenen endlich mit einem entsprechend positiven Ergebnis rechnen können.

Unsere verantwortlichen Minister ersuche ich in diesem Zusammenhang, alle Möglichkeiten der Intervention zu nützen, um den Leidensweg der vielen Betroffenen endlich zu beenden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? – Kein Schlußwort.

**Präsident Probst**

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe III des Bundesvoranschlages 1976.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Ich danke. Das ist die Mehrheit. **Angenommen.**

**Beratungsgruppe IV****Kapitel 11: Inneres (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)**

**Präsident Probst:** Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die Beratungsgruppe IV. Diese umfaßt das Kapitel 11 des Bundesvoranschlages.

Spezialberichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dr. Kapaun. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichtersteller Dr. **Kapaun:** Hohes Haus! Herr Präsident! Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 11 des Bundesvoranschlages für das Jahr 1976 in seiner Sitzung am 24. November 1975 unter Vorsitz des Obmannstellvertreters Abgeordneten Sandmeier in Verhandlung gezogen.

Bei Kapitel 11 sind im Bundesvoranschlag 1976 für das Bundesministerium für Inneres insgesamt

Ausgaben von 5.753,530.000 S vorgesehen. Hievon entfallen auf den Personalaufwand 4.455,369.000 S, also 77,4 Prozent, und auf den Sachaufwand insgesamt 1.298,161.000 S, somit 22,6 Prozent.

Die Personalkredite erfahren gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 378,529.000 S, die auf Bezugserhöhungen zurückzuführen ist. Der Gesamtpersonalstand des Ressorts bleibt gegenüber 1975 mit 28.146 Bediensteten unverändert.

Für den Sachaufwand stehen dem Bundesministerium für Inneres im Jahre 1976 1.298,161.000 S, das ist um 190,628.000 S mehr als 1975, zur Verfügung.

Beim Titel 110 sind 95,394.000 S für den Aufwand der Zentralleitung veranschlagt.

Beim Titel 111 sind für den Zweckaufwand des Bundesministeriums für Inneres 159,408.000 S vorgesehen. Hievon entfallen auf die Flugpolizei und den Flugrettungsdienst 18,155.000 S. Der Flugpolizei werden im Jahre 1976 insgesamt 11 Hubschrauber, 5 zweiseitige Einsatzflugzeuge und ein Schulflugzeug zur Verfügung stehen. Jeder der bestehenden 7 Flugeinsatzstellen (im Jahre 1975 wurde die Flugeinsatzstelle Linz-Hörsching neu eröffnet)

ist grundsätzlich mit einem Hubschrauber und fallweise auch mit einem Flächenflugzeug besetzt.

Für den Zivilschutz stehen im Jahre 1976 5,543.000 S zur Verfügung. Mit diesen Kreditmitteln sollen die Lehrgänge für alle mit Zivilschutzaufgaben betrauten Personen fortgesetzt, die Strahlenspürtruppe weiter ausgebildet und ausgerüstet, die Mietkosten für die Ringleitung für den Alarm- und Warndienst bestritten und Förderungsmittel für den Zivilschutzverband und für die Feuerwehren bereitgestellt werden.

Für das Wanderungswesen ist ein Kredit von 869.000 S veranschlagt, der vor allem für die Rückführung mittellos gewordener Österreicher aus dem Ausland vorgesehen ist.

Die Aufwendungen für die Anlagenkredite des Entminungsdienstes sind mit 1,222.000 S und die Aufwendungen für Grenzanlagen mit 250.000 S veranschlagt.

Der Sachaufwand für das Österreichische Polizeikontingent in Zypern ist mit 8,889.000 S veranschlagt. Der Personalstand des Kontingents wurde Ende Oktober 1975 über Ersuchen der Vereinten Nationen von 55 auf 32 Mann reduziert.

Für den Zivildienst sind Aufwendungen von 107,121.000 S vorgesehen. Dieser Voranschlag basiert auf der Annahme, daß im Jahre 1976 etwa 1500 Zivildienstpflichtige anerkannten Einrichtungen zur Ableistung des Zivildienstes zugewiesen werden.

Beim Titel 112 sind Ausgaben für die Kriegsgräberfürsorge in Höhe von 4,590.000 S veranschlagt.

Titel 113 enthält die sachlichen Aufwendungen für die Bundespolizei im Gesamtbetrag von 452,261.000 S. Gegenüber 1975 ergibt sich eine Erhöhung um 52,187.000 S.

Die um 4,175.000 S höheren Anlagenkredite dienen in erster Linie Anschaffungen auf dem Kraftfahrzeug- und Fernmeldesektor. Insgesamt werden 130 Kraftfahrzeuge ausgetauscht, weiters ist eine Vermehrung der Polizeifahrzeuge um zehn vorgesehen. Auf dem nachrichtentechnischen Sektor liegt die Hauptarbeit weiterhin in der Fortsetzung der Verbesserung, Modernisierung und Erweiterung der Anlagen für den Fernsprech-, Fernschreib- und Funkverkehr. Die Ausstattung von Rayonsposten mit Kleinstfunkgeräten wird fortgesetzt.

Bei der Bundespolizei erlitten im letzten Jahr in Dienstausbildung ein Beamter tödliche, 83 Beamte schwere und 500 leichte Verletzungen.

Beim Titel 114 ist der Sachaufwand der

**Dr. Kapaun**

Bundesgendarmerie mit 533,008.000 S veranschlagt.

Die Ausgabenbeiträge wurden gegenüber dem Vorjahr sowohl für die laufenden Aufwendungen als auch für Investitionen erhöht. Die Mehrausgaben bei den Aufwendungen treten unter anderem durch Gebührenerhöhungen, durch Verteuerungen von Betriebsmitteln, durch Anmietung neuer Diensträume und Naturalwohnungen, durch intensiveren Einsatz der Kraftfahrzeuge und durch verstärkte Verkehrsüberwachung ein. Die erhöhten Anlagenkredite dienen vor allem zur weiteren Verbesserung der Motorisierung der Bundesgendarmerie und zur technischen Ausstattung neuer Dienststellen.

Für das Fernmeldewesen sind im Budget 1976 rund 14,5 Millionen Schilling vorgesehen. Um diesen Betrag sollen etwa 80 Fahrzeugstationen zur Verdichtung des Funknetzes, 200 Taschenfunkgeräte und 10 Fernschreibmaschinen angekauft werden. Weiters sollen Richtfunkstrecken ausgebaut und Kurzwellenstationen ausgetauscht werden.

Für das Kraftfahrwesen sind im BVA 1976 rund 22,1 Millionen Schilling vorgesehen. Mit diesen Mitteln ist die Neuanschaffung von 20 Einsatzfahrzeugen sowie der Austausch von etwa 250 Kraftfahrzeugen geplant. Insgesamt werden der Gendarmerie im Jahre 1976 2429 Kraftfahrzeuge zur Verfügung stehen.

Vom 1. September 1974 bis 31. August 1975 wurden drei Gendarmeriebeamte im Dienst getötet und 63 schwer verletzt.

Die Bestrebungen zur Auflassung beziehungsweise Zusammenlegung personalschwacher, nicht dauernd erreichbarer und daher sicherheitsdienstlich nicht mehr befriedigender Gendarmerieposten werden weiter verfolgt.

Mit den für 1976 für Mietenvorauszahlungen vorgesehenen Krediten von 7 Millionen Schilling können neuerlich für etwa zehn Gendarmerieposten zweckentsprechende Unterkünfte angemietet werden.

An sachlichen Ausgaben für besondere Einrichtungen sind beim Titel 115 insgesamt 53,500.000 S veranschlagt. Gegenüber 1975 ergibt sich ein Mehraufwand von 22,1 Millionen Schilling, der durch die Betreuung, vor allem aber durch die Integration der Chile- und Vietnam-Flüchtlinge verursacht wird. Ansonsten ergeben sich die Mehrausgaben durch höhere Betriebs- und Instandhaltungskosten für die Flüchtlingslager.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß durch die Erhöhung der Anlagenkredite eine weitere Verbesserung der technischen Ausstattung der Sicherheitsexekutive möglich sein wird. Mit den

Krediten für Aufwendungen wird die Verwaltung im notwendigen und sparsamen Ausmaß weitergeführt werden können.

An der Debatte beteiligten sich außer dem Spezialberichterstatler die Abgeordneten Suppan, Thalhammer, Dr. Schmidt, Dr. Bauer, DDr. Hesele, Kraft, Ing. Hobl, Dr. Eduard Moser, Dr. Schranz, Dr. Gradenegger und Dr. Ermacora.

Der Bundesminister für Inneres Rösch nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung am 28. November 1975 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe IV unverändert angenommen.

Ein vom Abgeordneten Dr. Schmidt vorgelegter Entschließungsantrag fand nicht die Zustimmung der Mehrheit des Ausschusses.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 11: Inneres

samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1976 (2 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Präsident **Probst**: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Suppan.

Abgeordneter **Suppan** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Verhandlungen des Budgets 1976 sind nun ungefähr in der Mitte angelangt; die Sprecher der Regierungspartei stimmen jedem Kapitel mit Freude zu, es ist wirklich eine Freude, dieses Budget dann genauer zu durchleuchten. *(Ruf bei der SPÖ: Sie haben das auch gemacht!)* Wir haben bessere Budgets vorgelegt, Herr Kollege! Wir haben viel bessere Budgets vorgelegt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man hat den Eindruck, meine Damen und Herren, die Öffentlichkeit nimmt wenig Anteil an unseren heurigen Budgetberatungen. Anscheinend ist diese Öffentlichkeit mit anderen Dingen mehr beschäftigt als mit den Budgetberatungen des Parlaments. Aber ich muß sagen, auch die Regierungspartei nimmt ja an ihrem Budget kaum Anteil, wir vermissen die Wechselrede, wie sie sonst bei Budgetberatungen üblich war. Die Regierungspartei zieht sich zurück, beschränkt sich darauf, eben mit Freude festzustellen, daß sie dem Budget zustimmt.

Damit die Öffentlichkeit doch ein bisschen wachgehalten wird, werden ab und zu Erklärungen abgegeben in Richtung „die Neinsager-Partei“, in Richtung des Lizitierens, wie es der Abgeordnete Fischer bei der Generaldebatte

**Suppan**

gemeint hat, wo er verschiedene Abgeordnete der ÖVP namentlich angeführt hat.

Mir tut es leid, daß er nicht anwesend ist, ich möchte Dr. Fischer bitten, den Nachweis zu liefern, wo Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei zum Budget 1976 Abänderungsanträge in der Richtung gestellt hätten, daß sich dieses Budget nach oben verändern soll. Abgeordneter Dr. Fischer wird diesen Beweis wahrscheinlich schuldig bleiben müssen, weil er ihn nicht erbringen kann; aber es wird halt eine Behauptung in den Raum gestellt, damit es heißt, die Neinsager-Partei, die Lizitier-Partei.

Meine Damen und Herren! Von unseren Rednern wurde ja schon wiederholt ausgeführt, daß wir diesem Budget 1976 unsere Zustimmung aus verschiedenen Gründen nicht erteilen können. Dieses Budget 1976 der Regierung Kreisky III wird nicht zur Stabilisierung der Währung beitragen, dieses Budget 1976 ist kein Garant für eine tatkräftige Inflationsbekämpfung und dieses Budget 1976 ist vor allen Dingen nicht jenes Budget, das die Vollbeschäftigung in Österreich sicherstellen würde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben auf diesem Gebiet aus dem Munde des Sozialministers hören müssen, daß wir in Österreich leider Gottes schon über 80.000 Arbeitslose zu verzeichnen haben. *(Abg. Thahammer: Da haben Sie aber schlecht gehört! Da haben Sie wieder einmal falsche Zahlen! Es war nie von 80.000 die Rede! - Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)* Diese Zahl wird sich wahrscheinlich nicht verändern.

Im Lichte des Gesamtbudgets 1976 von 222,5 Milliarden Schilling und einem präliminierten Abgang von 43 Milliarden plus der Ermächtigung des Artikels 3, die Sie ja bei der Abstimmung über das Bundesfinanzgesetz freudig dem Herrn Finanzminister zugestehen werden - es wird sicherlich jemand mit Freude feststellen, daß er hier mitstimmen darf -, erscheint das Budget des Kapitels Inneres im Vergleich zu diesem Mammut von 222,5 Milliarden Schilling wie eine Mücke.

Dieses Budget des Kapitels Inneres wird bei weitem nicht dazu beitragen, die Sicherheitsbedürfnisse, die Sicherheitsverhältnisse in Österreich im kommenden Jahr zu verbessern. In diese Richtung zielt auch schon die Regierungserklärung auf Seite 99, wo der Herr Bundeskanzler verbal feststellt: „Die persönliche Sicherheit jedes Mitbürgers soll durch den personellen und technischen Ausbau von Kriminalpolizei, Polizei und Gendarmerie weiter gewährleistet werden.“

Meine Damen und Herren! Ich glaube schon, daß diese Regierungserklärung ein Lippenbekenntnis darstellt, denn wenn wir die einzelnen

Ansätze - meine nachfolgenden Redner werden ja dies sicherlich auch noch tun - des Kapitels Inneres durchleuchten, dann müssen wir feststellen, daß eben diesen Ansichten des Herrn Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung nicht Rechnung getragen wird.

Der Anteil des Kapitels Inneres am Gesamtbudget macht wirklich den mückenhaften Anteil von 2,67 Prozent aus, das ist gegenüber dem Jahre 1975 ein Rückgang, denn 1975 hatte man noch einen Anteil von 2,88 Prozent am Gesamtbudget. Wenn man dieses Budget auf die Einwohnerzahl in Österreich umlegt, so müssen wir feststellen, daß diese Regierung bereit ist, für die innere Sicherheit pro Kopf der Bevölkerung im Jahr 762 S auszugeben. Ich glaube, ich kann mit Recht feststellen, daß das im Vergleich zum Mammutbudget von 222 Milliarden Schilling wirklich nur einen Anteil, einen ganz geringfügigen Anteil darstellt.

Dies im Lichte, meine Damen und Herren, daß auf Grund der Kriminalstatistik für das Jahr 1974 feststellbar ist, daß in Österreich täglich 339 Verbrechen verübt werden. Aber wenn hier vielleicht die Meinung vorherrscht, die Verbrechenhäufigkeit würde zurückgehen, so müssen wir leider Gottes eben wieder auf Grund der Kriminalstatistik feststellen, daß im Jahre 1974 124.048 Verbrechen in Österreich begangen wurden und nur 43 Prozent dieser begangenen und bekannt gewordenen Verbrechen auch aufgeklärt werden konnten.

Meine Damen und Herren! Ich möchte jedem Mißverständnis vorbeugen und feststellen, daß die Sicherheitsbeamten Österreichs mehr als ihre Pflicht tun und mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln schon Menschenunmögliches leisten.

Ich glaube, gerade beim Kapitel Inneres soll man auch einmal andere Dinge aufzeigen. Wir sind der Meinung, daß die Organisationsform nicht mehr ganz in Ordnung ist. Alle verfügbaren Sicherheitskräfte werden in den ruhenden und in den fließenden Verkehr geworfen, mit Teilerfolgen, mit Mißerfolgen. „Zeit im Bild“ hat vor einigen Tagen festgestellt, daß von 34.000 Lenkerbeanstandungen beim Kommissariat Innere Stadt Wien 8000 Lenkerbeanstandungen gar nicht geahndet werden können, weil so ein enormer Personalmangel herrscht und diese Akte somit gar nicht bearbeitet werden können.

Ein zweites, meine Damen und Herren: Wir sind der Meinung, daß die Sicherheitsorgane Österreichs immer mehr mit fremden Aufgaben betraut werden und eigentlich ihrer ureigensten Aufgabe, der Aufrechterhaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit, immer mehr entzogen werden.



**Suppan**

Meine Damen und Herren! So begrüßenswert – ich habe festgestellt, daß kein Mißverständnis auftauchen möge – es ist, daß die Arbeitszeit allgemein verkürzt wird, so müssen wir doch feststellen, daß die Sicherheitsorgane in Form von Überstunden immer mehr belastet werden. Wenn ich mir die Mehrleistungsvergütungen der österreichischen Bundesgendarmerie für das Jahr 1976 vergegenwärtige, dann muß ich feststellen, daß diese Beamten um 26 Prozent mehr Dienst versehen müssen. Ich frage die Gewerkschafter: Welche Berufsgruppe ist bereit, in der Woche 8, 9 und 10 Stunden mehr Dienst zu versehen, als es eben die 40-Stunden-Woche vorschreibt?

Meine Damen und Herren! Sicherlich ein Organisationsfehler ist der Abzug des Rayonsposten, ist der Patrouillendienst mit Kraftfahrzeugen. Es geht hier zweifellos der Kontakt mit der Bevölkerung verloren, die Organe werden in eine ganz andere Richtung gedrängt, nämlich den fließenden und vor allen Dingen den ruhenden Verkehr zu überwachen. Hier kommt es natürlich mit der Bevölkerung zu Mißverständnissen, zu Verärgerungen, die Bevölkerung ist manchmal der Meinung, man würde hier kleinlich vorgehen. Dann, meine Damen und Herren, wenn große Kriminalfälle passieren, wird immer an die Öffentlichkeit appelliert, mitzuarbeiten, mitzuhelfen, aufzuklären. Hier zieht sich dann die Bevölkerung zurück. Wir sind der Meinung, der gute Kontakt, der einmal vorhanden war, ist verlorengegangen.

Im Lichte des Budgets 1976 steht uns ein Innenminister gegenüber, der mit dem Budget zufrieden ist – er hat nicht gesagt, daß er glücklich ist, er ist zufrieden, er wird das Auslangen finden –, der nach seinen Worten überhaupt oder fast keine Kompetenzen hat, weil er auf alle Fragen erklärt: Da bin ich nicht zuständig, da ist der Herr Landeshauptmann zuständig, da ist der Herr Staribacher zuständig, da ist der nächste zuständig; fragen Sie mich nicht, ich bin nicht zuständig. Das ist so der Stehsatz des Innenministers in den letzten Jahren, keine Kompetenzen zu besitzen. Er gibt zwar zu, daß er sich immer wieder bemüht, zu koordinieren, aber die Koordinierungserfolge bleiben eben aus.

Er sagt immer – und das hat er auch in den letzten Beratungen gesagt –, er versuche immer, bei neuen Gesetzen in der Begutachtung, wo es wieder um eine Mitwirkung der Sicherheitsorgane geht, diese Mitwirkung abzuwälzen. Herr Bundesminister Rösch, Sie sind uns den Beweis für diese Behauptung schuldig geblieben. Ich glaube, ich gehe nicht irr, daß alle Bundesgesetze, die dem Nationalrat zur Beschlußfassung zugeleitet werden, im Ministerrat einstimmig beschlossen werden.

Herr Bundesminister! Ich nehme nur zwei Gesetze der jüngsten Zeit, wo die Mitwirkung der Sicherheitsorgane wieder taxativ aufgezählt ist. Das sind die neue Gewerbeordnung und das neue Forstgesetz. Nicht das Parlament, Herr Bundesminister, hat diese Bestimmungen in diese Gesetze hineingebracht, sondern diese Bestimmungen waren bereits in der Regierungsvorlage enthalten. Da haben Sie im Ministerrat ihre Zustimmung gegeben.

Sie sollen daher in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck erwecken, Sie seien ohnehin gegen alles, was die Sicherheitsorgane mit zusätzlichen Aufgaben belastet, sondern Sie müssen eben zugeben, daß Sie hier aus Ministerdisziplin, aus Parteidisziplin, oder wie immer man das nennen mag, eben im Ministerrat diesen Entscheidungen Ihre Zustimmung gegeben haben.

Aber um echt bei den Kompetenzen dieses Innenministers zu bleiben, haben wir uns doch das Kompetenzgesetz herausgenommen; weil man bei diesem Innenminister Rösch immer Punkt für Punkt vorgehen muß. Man darf ihn nicht ent schlüpfen lassen. Man kann es nicht zulassen, daß er im Finanzausschuß sagt: Herr Kollege! Das habe ich Ihnen schon vor drei Jahren gesagt, aber ich sage es Ihnen halt heuer noch einmal. Und wenn Sie wollen, gebe ich es Ihnen noch schriftlich! Das ist so der Tenor in den Beratungen.

Ich stelle also fest, Herr Bundesminister, daß nach dem Kompetenzgesetz vom 7. August 1973 der Innenminister für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zuständig ist. Herr Bundesminister! Wenn in Österreich täglich 339 Verbrechen – davon 278 gegen das Vermögen der Staatsbürger – begangen werden, dann haben Sie Ihre Kompetenz in diesem Bereich nicht erfüllt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir von Aufrechterhaltung der Ordnung sprechen und jahrelang Sachbeschädigungen an verschiedenen Objekten – in Klammern (Ortsta-felschmiererei in Kärnten) – durchgeführt werden und nie eine Täterermittlung durchgeführt wird, dann muß ich feststellen, daß Sie, Herr Bundesminister, Ihre Kompetenzen auch hier mangelhaft wahrnehmen.

Herr Bundesminister! Der nächste Punkt: Laut Entschließungsantrag vom 17. Dezember 1970 wird die Bundesregierung ersucht, „jährlich einmal dem Nationalrat einen Bericht über die Sicherheitsverhältnisse im Lande vorzulegen“. Die Vorlage dieses Sicherheitsberichtes hat in den letzten Jahren geklappt. Heuer haben Sie sich wieder etwas Feines zurechtgelegt. Heuer stellen Sie fest, Sie hätten diesen Sicherheitsbe-

**Suppan**

richt dem Klubobmann der ÖVP zugemittelt. Ich muß aber im Namen des Klubobmanns sagen, daß dieser Sicherheitsbericht im August nicht eingetroffen ist. Er ist nach Urgenz erst jetzt, nachdem Sie uns das im Finanzausschuß mitgeteilt haben, endlich eingetroffen. Der Herr Justizminister hat sich dann am 27. 11. bemüht, gefühlt, seinerseits ebenfalls diesen Bericht vorzulegen.

In den vergangenen Jahren lag der Sicherheitsbericht im Juli des Jahres im Hause vor. Herr Bundesminister! Sie haben nicht die Kompetenz, diesen Bericht dem Klubobmann zuzuschicken, sondern Sie haben den Auftrag des Parlaments, diesen Sicherheitsbericht dem Parlament zuzusenden. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich stelle fest, daß er bis heute noch nicht eingetroffen ist.

Nun zu jenem Bericht, den Sie und der Herr Justizminister vorgelegt haben. Ich glaube, Herr Bundesminister, Sie schätzen die Situation falsch ein. Was Sie vorlegen, ist eine Kriminalstatistik, und was der Herr Bundesminister für Justiz vorlegt, ist eine Statistik über die Verurteilungen im vergangenen Jahr. Ob das ein Sicherheitsbericht ist, ob das jener Bericht ist, den das Parlament am 17. Dezember 1970 verlangt hat, weiß ich nicht. Sie werden sich noch an die Ursachen dafür erinnern, an den großen Euler-Fall in Österreich mit einer Monsterdebatte im Parlament.

Ich muß gestehen, daß der erste Sicherheitsbericht noch ein Sicherheitsbericht war; aber die folgenden waren nur mehr Kriminalstatistiken. Und die Kriminalstatistiken kann man im Jahrbuch lesen, die Kriminalstatistiken kann man in der „Öffentlichen Sicherheit“ lesen.

Was das Parlament als Kontrollorgan interessiert, sind doch die Schlußfolgerungen aus der Kriminalentwicklung im Lande, ist doch die Ankündigung des Ministers: Das werde ich machen und das werde ich machen und jenes werde ich tun!

Nur eine Kriminalstatistik vorzulegen, Herr Bundesminister, das hat das Parlament am 17. Dezember 1970 nicht gemeint. Ich stelle daher fest: Auch diese Kompetenz haben Sie nicht voll erfüllt.

Sie sind nach dem Kompetenzgesetz, Herr Bundesminister, auch für die Wahlen zuständig. Hier muß ich sagen, daß Sie scheinbar vor Ihrer eigenen Courage Angst bekommen haben. Sagen Sie jetzt nicht, das Parlament sei schuld. Sie sind selbst Angehöriger des Parlamentes.

Sie haben seinerzeit am 30. Oktober 1974 die Regierungsvorlage 1330 auf Herabsetzung des Wahlalters, Angleichung auf die Eigenberechti-

gung der Bürger mit Vollendung des 19. Lebensjahres vorgelegt. Ich weiß nun nicht, warum die Regierung die Regierungsfraktion diese Regierungsvorlage nicht zum Beschluß erheben hat lassen.

Anscheinend, Herr Bundesminister – und das möchte ich mit aller Offenheit aussprechen –, hat die Regierungsmehrheit oder die Regierungsfraktion vor diesen 110.456 Jungbürgern, die durch das Nichtaktivwerden der Vorlage vom Wahlrecht zum Nationalrat ausgeschlossen waren, politische Angst bekommen. Vielleicht hat die Meinungsumfrage ergeben, daß diese Jungbürger zum Unterschied von früher nun nicht mehr überwiegend SPÖ, sondern andere Parteien wählen. Das, Herr Bundesminister, war anscheinend die Triebfeder dafür, daß dieses an und für sich logische Gesetz noch nicht beschlossen wurde und daß 110.456 junge Bürger dieses Staates vom Wahlrecht, von der politischen Mitbestimmung in den nächsten vier Jahren ausgeschlossen wurden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese Jungbürger sind mit Vollendung des 19. Jahres eigenberechtigt. Diese Jungbürger sind auch verpflichtet, ihren Präsenzdienst abzuleisten. Aber Ihr unerforschlicher Entschluß hat dazu geführt, daß man sie vom Wahlrecht ausschließt.

Ich muß hier noch einmal wiederholen: Ich glaube, Sie haben vor diesen 110.456 Bürgern politische Angst gehabt. Sie haben Angst gehabt, dann, wenn diese Menschen zur Wahl gehen, die Mehrheit in diesem Lande nicht zu erreichen.

Ein zweites. Herr Bundesminister! Sie haben erklärt, Sie würden es sich überlegen, ob man gewissen Auslandsösterreichern – nämlich jenen Österreichern, die im Ausland Dienst versehen, die dienstlich im Ausland verpflichtet sind – nun doch das Briefwahlrecht einräumen soll.

Ich habe mir hinsichtlich des Briefwahlrechtes nun doch einige Unterlagen beschafft und möchte feststellen: Briefwahl in der Bundesrepublik Deutschland zulässig; Briefwahl in Finnland zulässig; Frankreich: Wahl durch Vollmacht und Briefwahl; Großbritannien für alle Angehörigen der Streitkräfte, ob sie im In- oder Ausland Dienst tun, und für alle Beamten Briefwahl; Irland Briefwahl sowohl beim Repräsentantenhaus als auch bei der Wahl in den Senat; Norwegen Briefwahl; Schweden Briefwahl ist zulässig; Schweiz Wahlrecht auf dem Weg der Korrespondenz ist zulässig.

Nur Sie, Herr Bundesminister, erklären kategorisch, daß Sie nicht daran denken, das Briefwahlrecht in Österreich einzuführen.

**Suppan**

Obwohl wir bei den Betriebsratswahlen das Briefwahlrecht schon lange haben, obwohl es hier nie zu Unstimmigkeiten kommt, obwohl wir bei den Personalvertretungswahlen das Briefwahlrecht haben, weigern Sie sich, eine derartige Vorlage vorzulegen. Sie wollen wohl die Zahl der Nichtwähler – und wir haben leider Gottes bei den Nationalratswahlen 356.596 Nichtwähler gehabt – durch so eine Maßnahme erhöhen.

Denken Sie daran, Herr Bundesminister, daß wir viele betagte Mitbürger haben, die gebrechlich sind, die krank sind, die aber gerade wegen ihres Gesundheitszustandes dokumentieren wollen, daß sie am öffentlichen Leben teilhaben wollen. Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal als Wahlschlepper eingeteilt waren, um zu sehen, zu welchen unangenehmen Situationen es kommt, wenn gerade diese kranken Mitbürger den Wunsch haben, zur Wahlurne gebracht zu werden, weil sie dokumentieren wollen, noch vollwertige Bürger dieses Staates zu sein. Sie sagen kategorisch nein zur Einführung des Briefwahlrechtes eben für betagte und kranke Mitbürger. Herr Bundesminister! Ich glaube, Sie sollten Ihren Standpunkt in dieser Richtung ebenfalls überprüfen.

Herr Bundesminister! Nach dem Kompetenzgesetz sind Sie für Volkszählungen zuständig. Auf meine Frage, was eine Volkszählung kostet, haben Sie geantwortet: Da müssen Sie das Bundeskanzleramt fragen.

Der Herr Bundeskanzler hat gestern nach dem Ministerrat erklärt – ich nehme an, daß es im Ministerrat besprochen wurde –, es kommt zu einer Volkszählung besonderer Art in Kärnten. Beantworten Sie mir meine Frage, was wird diese Volkszählung besonderer Art kosten, wann wird sie durchgeführt. Oder hat der Bundeskanzler gestern nach dem Ministerrat nur halt wieder einmal geplaudert? Ich möchte Ihren Standpunkt, ich möchte Ihre Meinung dazu hören.

Ich habe mir die Kosten der Volkszählung 1971 ausheben lassen, das macht 70 Millionen Schilling aus. Sie verweigern aber im Finanz- und Budgetausschuß eine Antwort darauf. Uns würde es interessieren, was eine Volkszählung besonderer Art kostet, weil der Herr Bundeskanzler halt auch einmal im Plauderton gemeint hat, diese Volkszählung besonderer Art wird sehr teuer sein.

Herr Bundesminister! Sie sind für den Dienstbetrieb der Wachkörper zuständig und hier können Sie sich auf niemanden ausreden. Ich wiederhole meine Frage, die ich hier, glaube ich, schon drei- oder viermal aufgeworfen habe. Bei den Gendarmeriebeamten ist die Ausschrei-

bung der dienstführenden Dienstposten eine Selbstverständlichkeit. Wieso weigern Sie sich beharrlich, die Dienstposten auch für leitende Beamte auszuschreiben? Wir haben ein Dienstpostenausschreibungsgesetz für höher rangierte Beamte, aber Sie weigern sich nach wie vor, bei der Gendarmerie die Dienstposten für leitende Beamte öffentlich, das heißt für den interessierten Kreis, auszuschreiben.

Über den Rösch-Plan haben wir uns ja schon unterhalten. Ich bin nur neugierig, wieviele Pläne Sie noch vorlegen werden, wenn Sie noch länger auf der Regierungsbank sitzen werden. Der erste Plan war der Heeresplan. Als Sie dann doch in die Regierung berufen wurden, haben Sie schnell in die Landesregierung müssen und schnell einen Heeresplan aufgestellt, weil Sie vorher keinen gehabt haben, obwohl Sie lange Staatssekretär im Landesverteidigungsministerium gewesen sind.

Anläßlich der Personalvertretungswahlen gibt die sozialistische Fraktion ein schönes Schreiben heraus, die begonnenen Strukturverbesserungen sollen nach dem Rösch-Plan fortgesetzt und zu Ende geführt werden. Herr Bundesminister! Wissen Sie, was das heißt, „zu Ende geführt werden“? – Daß alle Beamten, die das gelesen haben, der Meinung sind, dieser Rösch-Plan wird in unmittelbarer Nähe – Sie haben zwar im Finanzausschuß gesagt, er existiert nicht – verwirklicht werden. Es fehlen Ihnen zur Überleitung der W-3-Beamten in W-2 noch 3000 Dienstposten. Herr Bundesminister, bei dem Tempo, das Sie an den Tag gelegt haben – ich kritisiere es aber nicht, ich möchte es anerkennend vermerken, daß es überhaupt gemacht wurde –, brauchen Sie noch acht Jahre, brauchen Sie noch zwei Legislaturperioden, bis Sie diesen sogenannten Rösch-Plan verwirklichen. *(Zwischenruf des Abg. Mondl.)*

Herr Kollege Mondl! Daran glauben nicht einmal Sie, daß Sie noch acht Jahre auf der Regierungsbank sitzen. Nein, das glauben nicht einmal Sie. *(Abg. Dr. Bauer: Der kommt ja gar nicht hin!)*

Herr Bundesminister! Ich möchte vielleicht auf eine Kleinigkeit aufmerksam machen. Man spricht heute soviel von Verkehrssicherheit. Ich hoffe nicht, daß mich der Kollege Hobl hier korrigieren wird, aber ein bisserl für die Verkehrssicherheit ist er zuständig. Es ist unverständlich, Herr Bundesminister, daß Sie sich weigern, in die VW-Dienstfahrzeuge der Gendarmerie und Polizei Heckscheibenheizungen einbauen zu lassen. Es kostet eine im Forum, beim Konsum, bei der Quelle 125 S, diese kann jeder selber anbringen, es ist gar keine technische Voraussetzung notwendig, aber Sie weigern sich. Sie heben dadurch die

**Suppan**

Verkehrssicherheit der Dienstfahrzeuge nicht. Speziell in nebeligen Gebieten – und Kärnten ist ein sehr nebelreiches Gebiet – sind halt die Heckscheiben immer wieder vereist und behindern die Sicht der sich im Dienst befindlichen Beamten. *(Zwischenruf des Abg. Mondl.)* – Ich habe gesagt Detailfragen.

Ein letztes Problem. Als Dienstmotorrad wurde die Honda eingeführt, obwohl, wie ich höre, Fachleute der Gendarmerie und der Polizei erklärt haben sollen, dieses Fahrzeug sei für die Exekutive nicht geeignet. Man hat ihrerseits vorgeschlagen, die international bekannte Polizeimaschine Moto Guzzi auch in Österreich einzuführen. Nein, man hat in Österreich Hondas angekauft. Diese Hondas sind zu 50 Prozent noch nicht mit Funkgeräten ausgestattet, ich höre, das soll technisch sehr schwierig sein. Für diese Hondas muß man monatelang auf Ersatzteile warten, höre ich. Bitte, Herr Bundesminister, ich möchte auch dazu Ihre Meinung hören.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Mit dem Budget 1976 bringen Sie nicht diese viel gerühmte Transparenz in die Finanzpolitik des Staates. Im Gegenteil. Ich habe es schon ausgeführt, durch die freudige Beschlußfassung des Artikels 3 mit einer zusätzlichen Ermächtigung an den Herrn Finanzminister werden Sie das Kontrollrecht des Parlamentes weiterhin aushöhlen. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, Sie lieben Diskussionen nicht mehr, Sie wollen alles unter sich ausmachen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Ansätze für das Kapitel Inneres sind nicht geeignet, die Sicherheitsverhältnisse in Österreich zu verbessern. Sie sind nicht geeignet, die Ordnung in diesem Staate in vollem Umfang aufrecht zu erhalten, und sie sind schon gar nicht geeignet, die Ruhe in diesem Staate zu gewährleisten. Das sind die wesentlichen Gründe, warum unsere Fraktion dem Kapitel Inneres die Zustimmung nicht geben wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Thalhammer.

Abgeordneter **Thalhammer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Suppan hat zu Beginn sehr beredt beklagt, daß man der ÖVP vorwirft, eine Neinsager-Partei zu sein. Seine letzten Worte waren, wir können diesem Budget nicht zustimmen, ein Nein. *(Abg. Staudinger: Sie haben unserem Budget immer zugestimmt!)* Das steht heute ja nicht zur Debatte. Der Herr Kollege Suppan hat beklagt, daß wir Sie als Neinsager-Partei bezeichnen.

Das möchte ich noch hinzufügen. Nicht nur der Herr Klubobmann, der Herr Abgeordnete Fischer, sondern alle Abgeordneten der Sozialistischen Partei sind ja verpflichtet und gezwungen, das zu tun, weil Sie sich ja so verhalten, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun darf ich noch etwas zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Suppan sagen. Er hat gesagt und hier an uns die Frage gerichtet, wir sollen den Nachweis erbringen, wo Anträge hinsichtlich des Budgets gestellt worden wären. *(Abg. Suppan: Der Fischer soll es erbringen!)* Kollege Fischer ist nicht hier, Sie werden mir gestatten, wenn ich das hier bringe, Herr Kollege Suppan.

Natürlich, das ist doch genau die Situation, die wir auch voriges Jahr gehabt haben. Es hat sich ja nichts geändert, ich habe das schon anlässlich der Debatte zum Kapitel Bundeskanzleramt gesagt, es ist immer dasselbe. Auch voriges Jahr haben Sie keine Anträge gestellt, aber Sie begründen Ihre Ablehnung bei jedem Kapitel damit, daß die Kapitel zu gering dotiert sind. Herr Kollege Suppan! Ich möchte mir im Sinne einer Zeitökonomie ersparen, alles hier zu verlesen, was ich hier habe. Nur der Name Suppan scheint hier zweimal auf, wo er gesagt hat, ja dieses Kapitel oder diese Ansätze sind zu niedrig. Ja wenn Sie das behaupten, müssen Sie doch einen Sinn hinter Ihrer Behauptung haben. Sie werden doch nicht sagen, es ist zu gering, bleiben wir dabei, sondern Sie haben doch damit zum Ausdruck gebracht, daß Sie dieses Kapitel erhöht haben wollen, sonst hätte ja diese Kritik an der zu niedrigen Dotierung ja überhaupt keinen Sinn, Herr Kollege Suppan.

Hier habe ich eine ganze Reihe – es sind fast alle Namen hier verzeichnet –, die immer bei jedem Kapitel, wo sie gerade beschäftigt waren, sagten: Das ist doch nichts, das ist zuwenig. Wir haben heute wieder gehört, das Innenministerium oder das Kapitel Inneres wäre eine Mücke im Verhältnis zum Gesamtbudget. Wenn Sie die Mücke vergrößern wollen, wenn Sie etwas anderes daraus machen wollen, müssen Sie ja sagen, wir brauchen mehr Ansätze, aber gleichzeitig lehnt die ÖVP das Gesamtbudget ab, weil es zu groß ist, weil das Defizit nicht finanzierbar ist. Das ist doch das Dilemma, in dem Sie stecken. *(Abg. Kraft: Bei den Schulden ist doch nichts mehr drinnen!)*

Warum verlangen Sie dann immer auf Umwegen, daß die Ansätze höher sein sollen?

Wie man hier mit Zahlen umgeht, hat der Herr Kollege Suppan ja wieder gezeigt, er hat gesagt, der Herr Vizekanzler Häuser hätte gestern von 80.000 Arbeitslosen gesprochen. Von 80.000 war

**Thalhammer**

nie die Rede, es sind 68.000; das muß festgestellt werden.

Meine Damen und Herren! Vergessen Sie doch nicht – auch das habe ich vor wenigen Tagen hier gesagt –: Diese Arbeitslosenzahl in bezug zur Gesamtbeschäftigung ist doch immer noch besser als in den Jahren Ihrer Regierungstätigkeit. Wenn Sie auf das Vorjahr Bezug nehmen, leben Sie ja von unseren Zahlen, von unserer guten Tätigkeit in den Jahren 1970 bis 1975, in denen wir die Regierung gestellt haben. In keinem Jahr konnten Sie eine bessere Arbeitslosenrate aufweisen als wir. Wenn Sie wollen, können wir das sofort nachprüfen. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Kohlmaier: Die Statistik ist geändert!)*

Herr Dr. Kohlmaier, die Statistik ist nicht so stark geändert, daß sich das in ganzen Prozentpunkten auswirken würde. Sie vergessen dabei, daß wir noch immer über 250.000 Beschäftigte mehr haben *(Abg. Dr. Kohlmaier: Gemeldete Arbeitnehmer! Nicht Beschäftigte! – Abg. Kraft: Wie ist das mit den Gastarbeitern?)*, und heute sind 23.000 Inländer mehr beschäftigt als vor einem Jahr. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Kohlmaier: Nein, das stimmt nicht! Sie meinen zur Sozialversicherung gemeldet!)*

Das stimmt, Herr Kollege Kohlmaier, das ist doch nicht zu widerlegen. Das müßte man dazusagen, wenn man schon von Zahlen spricht, man müßte vor allen Dingen die Zahlen richtig nennen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Wenn sich die Hausfrau zur Sozialversicherung anmeldet, ist sie doch nicht beschäftigt!)* Ich möchte meine Zeit mit diesen allgemeinen Dingen nicht über Gebühr in Anspruch nehmen, die ja bei den verschiedenen Kapiteln immer wieder zum Ausdruck kommen. Ich möchte mich daher dem Innenressort zuwenden. *(Abg. Kraft: Reden wir von etwas anderem!)* Nein, gar nicht reden wir von etwas anderem, meine Damen und Herren. Wir sind sehr gerne dazu bereit, wenn es am Platz ist, und es ist ja über diese Dinge schon sehr viel gesprochen worden, Dinge, die Sie nicht widerlegen können. Die Debatte über das Kapitel Inneres ist – Kollege Suppan ist immer wieder darauf eingegangen – im wesentlichen eine Debatte über die innere Sicherheit unseres Staates. Diese innere Sicherheit unseres Staates wird im Bewußtsein der Staatsbürger verständlicherweise gleichgesetzt mit der persönlichen Sicherheit des einzelnen. Dieses Bewußtsein ist verständlich, der Begriff der Sicherheit muß aber doch – ich habe das schon einmal erwähnt – weitergespannt werden. Wir haben ja heute vormittag bei der Debatte über das Kapitel Äußeres gehört, was alles zu dieser Sicherheit gehört. Ich kann mir das daher ersparen.

Daß beim Kapitel Inneres vornehmlich über

die Sicherheit diskutiert wird, ist ja alleine schon in dem Umstand begründet, daß fast 91 Prozent des Gesamtansatzes für Bundespolizei und Bundesgendarmerie, also für die Organe, die für unsere Sicherheit zu sorgen haben, vorgesehen sind. Es ist das keine Mücke, ich möchte die Zahlen nennen. Wenn 5225 Millionen Schilling eine Mücke sind, dann weiß ich nicht, welche Größenordnungen man mit anderen Begriffen gleichsetzt.

Nur 9 Prozent der Kreditansätze sind anderweitig vorgesehen, wobei wiederum ein Teil, zum Beispiel die Flugpolizei – der Herr Berichterstatter hat das ja erwähnt –, der Sicherheit dient.

Herr Kollege Suppan! Sie werfen immer dem Herrn Innenminister seine Kompetenz *(Abg. Suppan: Unkompetenz!)*, seine Unkompetenz vor. Wenn Sie Fragen der Verkehrssicherheit, die wirklich nicht in seiner Kompetenz liegen, anschneiden, so muß er natürlich sagen, er hat hier keine Kompetenz. Er darf das Personal zur Verfügung stellen, aber er hat keine Kompetenz. *(Abg. Suppan: Ich habe mich mit den Kompetenzen des Herrn Ministers beschäftigt, nicht mit seinen Unkompetenzen!)*

Wenn Sie immer wieder – wie im Ausschuß – mit dem Zivilschutz kommen. Da hat er eben keine Kompetenz. Es war die Diskussion im Budgetausschuß mit Herrn Professor Dr. Ermacora sehr interessant, der sich ja auf Aussagen der Landeshauptleute berufen hätte. Das müßte man ja dann einmal genauer untersuchen. So ist es ja nicht, daß der Herr Minister sagt, er hat keine Kompetenz, wenn er eine hat, wo er keine hat, muß er das auch zugeben. Wenn Sie immer dort fragen, wo er keine Kompetenz hat, bitte sich das selbst zuzuschreiben.

Im Hohen Hause – dies ist auch heute passiert und geschehen – wird nun bei der Behandlung dieses Kapitels verschiedentlich so argumentiert, als ob dem elementaren Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit durch diese Regierung nicht Rechnung getragen würde, die Dinge werden so dargestellt, als wenn früher alles besser gewesen wäre.

Dadurch aber, meine Damen und Herren, besteht die Gefahr – wie ich das schon im Ausschuß sagte –, daß die sicher bestehende Kluft zwischen der tatsächlich bestehenden und nachzuweisenden Sicherheit und dem in manchen Kreisen vorhandenen Sicherheitsgefühl vergrößert wird.

Die Opposition sagt jedenfalls, daß die Sicherheit – und wir haben es heute wieder gehört – in unserem Staate besorgniserregend ist und daß diese Regierung gegen diesen Zustand zu wenig tut.

**Thalhammer**

Eine solche Behauptung muß aber unweigerlich die Frage nach sich ziehen, wie es denn nun wirklich um diese Sicherheit des Staatsbürgers steht, wie es denn wirklich um die Sicherheit unseres Staates steht. Ist es so, daß man sich abends nicht mehr auf die Straße wagen darf, ohne von einer kriminellen Handlung bedroht zu werden? Oder ist es so, daß alles in Ordnung ist und den heute zu behandelnden Fragen kein besonderes Augenmerk zugewendet werden muß?

Zur letzteren Frage ist zu sagen, daß in der Gesellschaft, vor allen Dingen in der modernen Gesellschaft, ständig alles in Fluß ist und sich die Gegebenheiten dauernd ändern. Es ändern sich damit auch die Methoden und die Praktiken der Gesetzesbrecher und -verletzer. Demzufolge müssen sich aber auch die Gesetzeshüter darauf einstellen. Hier findet ein ständiger Wettlauf, um einen sportlichen Ausdruck zu gebrauchen, statt.

Ich möchte damit zum Ausdruck bringen, daß es ein Genug, einen Endpunkt nicht geben kann, so wie es im übrigen bei allen gesellschaftlichen Fragen nie ein Genug und einen Endpunkt geben kann.

Daß das ständige Anpassen gerade auf dem Sicherheitssektor geschieht, daß man Schritte voraus ist, davon zeugen eine Reihe von Maßnahmen der Sicherheitsbehörden, erfolgreiche Maßnahmen, darf ich der Vollständigkeit halber hinzufügen, um nur die ständige Verbesserung der Ausrüstung der Sicherheitsorgane zu erwähnen, aber vor allen Dingen auch die elektronische Datenverarbeitung beziehungsweise das EKIS, das Elektronisch-Kriminalistische Informationssystem der Polizeidirektion Wien, das beispielgebend in ganz Europa ist. Es geschieht also etwas.

Nur eines: Zu verlangen, daß Verbrechen oder Gesetzesverletzungen im vorhinein beseitigt werden können, ist unreal, so schön es auch wäre, und den Eindruck zu erwecken, daß das möglich wäre, ist eine Illusion. Dieser Eindruck wird aber dadurch erweckt, wie schon gesagt, wenn man verlangt, daß Zustände hergestellt werden sollen, wie sie früher waren.

Ich habe schon im Vorjahr anhand einer Zeitungsnotiz aus dem Jahre 1873 nachgewiesen, daß es dieses „früher“ nicht gibt, daß es dieses „früher“ nicht geben kann.

Es gibt in der Zeitschrift „Wien aktuell“ eine sehr interessante Aussage des Herrn Bezirksvorstehers des 2. Bezirkes, der feststellte, daß man heute wohl in den Prater gehen kann, auch bei Nacht, aber daß man vor 40 Jahren auch bei Tage nicht in bestimmte Gegenden gehen konnte. Also dieses „früher“ ist doch nicht so, wie man den Anschein zu erwecken versucht.

Außerdem darf ich sagen, daß ja aus der Geschichte und aus der Überlieferung bekannt ist, daß es ja immer Verbrechen und Verbrecher gegeben hat. Ich brauche gar nicht bis zu Kain und Abel, wo ja angeblich der Ursprung des Verbrechens ist, zurückgehen.

In diese „Früher“-Vorstellung gehört ja auch immer wieder die Behauptung vom Handtascherl-Raub. Ich bedaure jeden einzelnen Fall, meine Damen und Herren, jeder einzelne Fall ist zu bedauern, aber bisher haben wir noch keine Ratschläge und keine Vorschläge bekommen, wie man so etwas von vornherein verhindert.

Ich darf etwas wiederholen, was ich auch im Vorjahr gesagt habe: Leider Gottes ist es noch immer so, daß Verbrechen nicht vorangemeldete Tatbestände sind und man in den meisten Fällen erst wirksam werden kann, wenn sie geschehen sind.

Es hat zu allen Zeiten und bei allen Völkern Verbrechen und Verbrechen gegeben. Ich weiß sehr genau, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß man sehr leicht Gefahr läuft, wenn man die Dinge so sagt und so darstellt, wie sie sind, der Schönfärberei bezichtigt zu werden, in Fragen der Sicherheit vielleicht noch mehr als in anderen Fragen. Schönfärberei wollen wir aber nicht. Das ist nicht beabsichtigt. Was wir aber auch nicht wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist, daß Sicherheitsfragen hier verpolitisiert werden. Das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen. Wir haben etwas dagegen, wenn da und dort versucht wird, den Eindruck zu erwecken, daß, wenn irgendwo in Österreich ein Fahrrad gestohlen wird, dann die Bundesregierung oder zumindest der Innenminister daran schuld ist. Dagegen werden wir uns zur Wehr setzen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Die Opposition wird schuld sein, wenn ein Radl gestohlen wird!)* Herr Kollege Kohlmaier, passen Sie noch ein bißchen auf, ich komme noch zu verschiedenen Dingen. Ich habe nicht gesagt, daß die Opposition daran schuld ist.

Es ist sehr leicht und einfach und auch bequem, die Behörde zu beschuldigen, wenn etwas nicht so geht, wie es sich der einzelne vorstellt. Der Herr Kollege Suppan hat auch gesagt, die Beamten seien in Ordnung, aber die Organisation und die Behörde wären schuld, wenn es nicht so ist, wie es sein könnte.

Aber eines sollte man bedenken, daß diese Vorwürfe ja auf alle Fälle auf die Beamten zurückfallen müssen, denn auch Beamte bilden die Behörde. Die Behörden sind ja nicht nur Schreibtische und Sessel, meine sehr geehrten Damen und Herren. Bei allem Verständnis, daß, wenn jemand arbeitet, auch etwas danebengehen kann: Vorwürfe haben sich unsere Beamten,

**Thalhammer**

die für die Sicherheit verantwortlich sind, nicht verdient. Die 24.000 Beamten der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie haben durch die Erfüllung ihrer Aufgaben bewirkt, daß unsere Sicherheitsverhältnisse besser als in vielen anderen Ländern Europas und auch darüber hinaus sind. Deshalb gebührt allen Beamten der Exekutive unser Dank für ihren Einsatz. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Daß dieser Einsatz oft ein totaler ist, meine Damen und Herren, sehen Sie aus dem schriftlich vorliegenden Bericht. Allein vier Beamte haben in Ausübung ihres Dienstes tödliche Verletzungen erlitten und 146 sind schwer verletzt worden. Daher ein Wort zum Verhältnis Bevölkerung–Exekutive überhaupt.

Ich glaube, es ist richtig, zu sagen, daß die Beamten der Polizei und der Gendarmerie Bürger in Uniform sind mit Rechten und mit Pflichten, wobei die Pflichten gemäß der Aufgabenstellung eben besondere sind. Beide, Bevölkerung und Exekutive, sind aufeinander angewiesen. Die Sicherheitsorgane haben für unseren Schutz zu sorgen, und wir, die Bevölkerung, haben ihnen dabei zu helfen.

„Keine Polizei der Welt kann ohne Mithilfe der Bevölkerung erfolgreich sein“, sagte der ehemalige Londoner Polizeipräsident Sir Harold Scott. Meine Damen und Herren, diesen Satz sollten wir uns sehr gut merken. Es gilt daher, eine echte Partnerschaft in unser aller Interesse herzustellen, und ich freue mich sehr, daß diese Erkenntnis sehr weit gediehen ist, ja daß sie schon praktiziert wird.

Ich darf eine Aussage eines sehr maßgebenden Polizeibeamten, eines hohen Polizeibeamten aus meinem Bundesland, aus Oberösterreich, zitieren, der da sagt: „Wir müssen wegkommen vom Minijuristen, hin zum Polizisten, der ein wirklicher Sohn seiner Stadt ist, der weder über noch unter der Bevölkerung steht, weder zum Amtsbüttel noch Prügelknaben deklariert wird. Das ist in groben Umrissen das Ausbildungsziel, das zum größten Teil bereits verwirklicht werden konnte ...“

Daß aber noch viel zu tun ist, meine Damen und Herren, zeigt eine Untersuchung, die sich mit diesen Problemen beschäftigt. Sie zeigt, daß die Bereitschaft der Bevölkerung, einem Polizisten, der in Not geraten ist, beizustehen, nicht allzu groß ist. Hier müßte noch ein bißchen Aufklärung betrieben werden, wenngleich auf der anderen Seite auch festgestellt wird, daß der Ruf und das Ansehen unserer Polizei- und Gendarmeriebeamten in der Bevölkerung sehr gut sind.

Ist aber, meine Damen und Herren – und das bitte ich nun zu berücksichtigen –, die Haltung

der Menschen wirklich so erstaunlich, wenn man hört – und selbst hier in diesem Hause wurde diese Meinung vertreten –, daß der Aufruf und die Einladung an die Bevölkerung zur Mitarbeit das Eingeständnis der Unfähigkeit der Behörden wäre? Aber so ist das doch nicht. Das Gegenteil ist der Fall. Es ist so, wie ich zuerst zitiert habe, was ein sehr prominenter Polizeimann gesagt hat.

Eine solche Mitarbeit hat sich im übrigen schon mannigfach bewährt, und es sind schon sehr schwierige und fast unlösbar erscheinende Fälle dadurch geklärt worden.

Ich lege mit aller Eindringlichkeit, meine Damen und Herren, aber den Schwerpunkt auf Mitarbeit und nicht auf Selbstjustiz. Ich habe auch im Vorjahr auf die Entwicklung hingewiesen, die es da und dort gibt bei der Installation und der Einrichtung von eigenen nichtbehördlichen Wachkörpern. Man muß das unter Kontrolle halten, damit wir hier nicht große Überraschungen erleben. Es wurde auch – ich habe das gelesen – gesagt, daß das unter Kontrolle gehalten wird.

Ich möchte aber sagen, daß eine Diskussion, wie sie hier anläßlich der Behandlung eines Tagesordnungspunktes stattgefunden hat, mit Ausdrücken, die man schon über 30 Jahre lang nicht gehört hat, nicht dazu beiträgt, von einer allfälligen Selbstjustiz abzulenken. Ganz im Gegenteil. Denn ich weiß nicht, wie lang der Weg ist von dem Begriff „Untermenschen“ bis zum „Hängt ihn auf!“ – nicht von mir, bitte sehr – und „Wir machen das selbst!“ Man muß also sehr, sehr vorsichtig sein. Ich sage nochmals: In Sicherheitsfragen ist die Bevölkerung und sind wir alle sehr sensibel.

Andererseits aber, meine Damen und Herren, hat sich für die Bevölkerung der Beratungsdienst der Exekutive äußerst vorteilhaft ausgewirkt. Oft genügt ja wirklich nur ein kleiner, aus der reichen Erfahrung gemachter Hinweis, um die Sicherheit des einzelnen oder sein Eigentum besser oder überhaupt schützen zu können. Es ist doch nicht so, daß der Diebstahl aus dem Auto infolge einer nicht versperrten Autotür ein Versagen der Sicherheitsorgane ist. Ein bißchen müssen wir schon selbst mitwirken und zumindest die Türen versperren, und wir dürfen dann nicht gleich die Sicherheitsorgane oder die Behörden damit belasten. Wir sollen uns nicht nur darauf verlassen, sondern eben diese Mitarbeit, diese Partnerschaft auch mit der Exekutive herstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Beratung ist Verbrechensvorbeugung im besten Sinne – ich habe zuerst schon davon gesprochen – und Verbrechensverhinderung. Ich erspare es

**Thalhammer**

mir, die guten Tips, die hier gemacht worden sind, sei es im Rahmen von eigens dafür abgehaltenen Sicherheitsveranstaltungen oder im Rahmen von Messen, hier aufzuzählen.

Zur Erleichterung der Inanspruchnahme dieser Einrichtung ist allerdings vorgesehen, daß die jetzt bei den Bundespolizeibehörden und Landesgendarmeriekommanden bestehenden kriminalpolizeilichen Beratungsstellen, um der Bevölkerung entgegenzukommen, auch auf die Bezirksebene ausgedehnt werden.

Dabei möchte ich nun noch bei dem Komplex Verhältnis Bevölkerung-Exekutive vor einem warnen, nämlich vor der Übertreibung beziehungsweise der Verallgemeinerung. Wir alle sind Menschen und können Fehler machen. Dafür sollte und muß der eintreten, der den Fehler machte, man sollte aber nicht einen ganzen Stand damit belasten.

Am Sonntag ist wieder in einer sehr reißerischen Aufmachung in einer Zeitung eine Notiz über einen Vorfall in Linz gestanden. Ich möchte darüber nicht viel reden, denn es ist eine Frage eingebracht worden, um den Sachverhalt zu klären, meine aber nur: Man sollte zuerst recherchieren und dann schreiben. Zumindest sollte man nicht solche Aufmachungen sozusagen hinwerfen, als ob so etwas ununterbrochen – solche Dinge sind vielleicht schon zwei- oder dreimal passiert – passieren würde.

Dazu gehört auch folgendes: Vor wenigen Monaten ist bedauerlicherweise ein Mord passiert, ebenfalls in Oberösterreich. Man hat dann auch in den Zeitungen eine lange Diskussion darüber geführt, warum man dem betreffenden Mann einen Waffenschein gegeben hat. Es hieß, er wäre nicht verlässlich, man hätte das nicht tun dürfen. Man fragte, wer denn daran schuld sei. Aber diese Diskussion war völlig überflüssig, denn der Mord ist nicht durch die Schußwaffe, sondern bedauerlicherweise durch Erwürgen passiert. Welchen Zweck hatte hier die Diskussion über die Schußwaffe? Es ging offenbar nur darum, wiederum ein gewisses Angstgefühl zu erzeugen. Ich möchte das mit aller Deutlichkeit sagen.

Dieses Kapitel abschließend, darf ich feststellen, daß es nicht so ist, daß hinter jeder Hausecke einer auf einen friedlichen Staatsbürger lauert, sondern daß es sich im Gegenteil so verhält, daß man sich auf die Straße wagen kann.

Wenn nun von der Freiheitlichen Partei verlangt wird, daß in der Organisation eine Änderung vorgenommen, eine Zentralstelle geschaffen werden soll, dann frage ich mich wirklich – diese Frage ist schon im Ausschuß beantwortet worden –, was denn das für einen

Zweck hätte. Wir haben ja diese Einrichtung in Form der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, die hinunter bis zu den letzten Dienststellen reicht. Dieses Modell hat man sich offensichtlich in der Deutschen Bundesrepublik abgeschaut; man war der Meinung, so etwas auch bei uns schaffen zu müssen. Allerdings ist dort die Behördenorganisation im Sicherheitswesen ganz anders. Wir haben also so etwas, es ist daher nicht notwendig, etwas Neues zu schaffen. Was sollte diese neue Einrichtung schon tun?

Die Opposition hat im Ausschuß zu erkennen gegeben, daß sie diesem Kapitel nicht zustimmen kann. Das wurde auch heute wieder erwähnt. Der Grund hierfür ist die zu geringe Dotation. Dies ist Ihre stereotype Behauptung bei jedem Kapitel, obwohl Sie das Gesamtbudget ablehnen, weil das Defizit nicht zu finanzieren wäre.

Andererseits aber – nun komme ich zu dem, was Herr Suppan gesagt hat – hätten Sie konsequenterweise, Herr Kollege Suppan, dem Budget, zumindest aber dem Kapitel Inneres, 1975 die Zustimmung geben können, denn dieses war, wenn auch geringfügig – ich gebe das zu –, größer als 1974. Aber Sie haben auch das abgelehnt. Sie sind also nicht konsequent, wenn Sie sagen, daß Sie nicht zustimmen können, weil das sozusagen nur eine Mücke ist, weil die Ansätze zu gering sind.

Daß Sie das Budget ablehnen, ist doch klar, dazu brauchen Sie nicht diese Wortakrobatik! Das ist eine politische Entscheidung. Gut, Sie lehnen es ab. Aber daß man das mit einer zu geringen Dotation begründet, ist nicht zulässig, weil, wie Sie sehr deutlich gesagt haben, der Herr Bundesminister erklärt hat, daß er mit diesen Mitteln das Auslangen findet. Vor allen Dingen sind die Anlagenkredite – das ist ja das Wesentliche; denn es geht nicht einmal so sehr um die Gesamtansätze, sondern um die Anlagenkredite – erheblich erhöht worden, wobei die Schwerpunkte auf dem Kraftfahrzeug- und auf dem Fernmeldesektor liegen. Das können Sie doch nicht in Abrede stellen. Herr Suppan! Das wissen Sie ganz genau.

Nun darf ich nur einige – ohne auf die Zahlen näher einzugehen – Hinweise auf die Sicherheit treffen. Ich bin sehr erstaunt darüber, daß heute hier kritisiert wird, daß die bisherigen Sicherheitsberichte nur Kriminalstatistiken gewesen sind. Ich kann mich nicht erinnern, daß auch bei der Behandlung dieser Berichte im Haus dieser Vorwurf erhoben worden ist, sondern wir haben hier sehr eingehend über diese Dinge diskutiert: alle, Sie und auch ich. Aber heute wird hier der Vorwurf erhoben, daß das nur eine Kriminalstatistik wäre und das in der „Öffentlichen



**Thalhammer**

Sicherheit" zu lesen sei. Warum auch nicht, meine Damen und Herren? Welchen Sinn hätte denn das Einbringen des Sicherheitsberichtes im August gehabt, zumal der Nationalrat nicht mehr tagte! Veröffentlicht wurden diese Zahlen in Form des Sicherheitsberichtes. Das zu kritisieren, halte ich nicht für richtig.

Das war übrigens so, meine Damen und Herren: Im Ausschuß habe ich ja die Anmerkung gemacht, daß man im Wahlkampf Sicherheitsfragen ziemlich hochgespielt und dazu verwendet hat, ein bißchen „Geschäft" zu machen. (*Abg. Suppan: Wo?*) Natürlich. Herr Kollege! Ich habe dort eine ganze Mappe; ich wollte Sie nicht ans Rednerpult bringen. Ich habe eine ganze Mappe mit Zeitungsausschnitten, die beweisen, was alles gesagt worden ist.

Von der Freiheitlichen Partei ist sogar in Erwägung gezogen worden, eine Sondersitzung des Nationalrates einberufen zu lassen, wenn in diesem Sicherheitsbericht irgend etwas stünde, was im Vergleich zum vorigen Sicherheitsbericht besonders schrecklich wäre.

Also zu sagen, daß im Wahlkampf, in der Wahlauseinandersetzung, die Sicherheit keine Rolle gespielt hätte, ist doch nicht richtig. Herr Kollege Kraft hat ein großes Interview über diese Fragen gegeben. (*Abg. Kraft: Das interessiert die Bevölkerung!*) Herr Kollege! Es geht ja nur darum, daß meine Behauptung im Ausschuß zurückgewiesen worden wäre, daß während des Wahlkampfes über Sicherheit gesprochen worden ist. Das möchte ich damit zum Ausdruck bringen.

Nun zur Sicherheit selbst. Wenn Sie die Zahlen, die veröffentlicht sind, mit dem vergleichen, was im Vorjahr passiert ist, stellen Sie fest, daß gar nichts passiert ist, ja daß verschiedentlich bessere Ergebnisse gezeitigt worden sind, als aufgezeigt worden ist. Noch eines aber ... (*Zwischenruf des Abg. Suppan.*) Ich habe Sie nicht verstanden, Herr Kollege! (*Abg. Suppan: „Gar nichts": 124.000 Verbrecher!*) Sehen Sie, meine Damen und Herren, von „gar nichts" ist überhaupt nicht die Rede.

Es hat sich gegenüber dem Sicherheitsbericht 1973 nicht viel geändert, was die echten Zahlen, die Belastungszahlen, betrifft. Mit solchen Zahlen, wie Sie sie bringen, kann man leicht Geschäft mit der Angst machen.

Sie haben erwähnt, wie viele Einbrüche beziehungsweise wie viele Delikte pro Tag oder in der Stunde vorkommen. Ich habe voriges Jahr auch eine Rechnung angestellt. Ich kann auch eine andere anstellen. Ich hätte dies nicht getan, wenn Sie mir nicht so gekommen wären.

Folgendes: In Wien wird einmal in zweiein-

halb Stunden in eine Wohnung eingebrochen. Das heißt anders dargestellt, daß ein Wohnungsbesitzer einmal in 238 Jahren zu Schaden kommt. So kann ich nämlich auch die Statistik verwenden. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Selbstverständlich, meine sehr geehrten Damen und Herren!

So sollten wir aber nicht argumentieren. Ich hätte dieses Beispiel nicht gebracht, wenn Sie nicht mit diesen Dingen gekommen wären.

Was zeigen die Zahlen der veröffentlichten Kriminalstatistik, die Sie nun kritisieren? Daß die Kriminalbelastungsziffer – nur das ist eine vergleichbare Zahl, nicht die anderen Zahlen – bei Blutverbrechen und bei Verbrechen gegen die Sittlichkeit gleich geblieben beziehungsweise bei der Sittlichkeit sogar um einiges verbessert worden ist, daß auch bei den Vermögensdelikten ein verhältnismäßig großer Aufklärungsgrad gegeben ist, soweit wir das mit internationalen Verhältnissen vergleichen können.

In der „Öffentlichen Sicherheit" ist auch die Statistik der Bundesrepublik Deutschland enthalten. Sie müssen sich nur die Mühe machen, die Zahlen ein bißchen zu vergleichen, und dann werden Sie sehen, daß wir gar nicht schlechter, ja zum Teil besser liegen, und zwar in der Kriminalbelastungsziffer und auch bei der Aufklärung.

Ich komme nun schon zum Schluß. Nochmals möchte ich betonen: Wir sollten die Dinge so sehen, wie sie sind, wir sollten sie realistisch sehen. Niemand sollte uns den Vorwurf machen können, Schönfärberei zu betreiben. Doch abermals sei gesagt: Wir wehren uns vehement gegen die Absicht, die Sicherheitsverhältnisse zu verpolitisieren.

Nun darf ich Ihnen ganz unverfänglich Aussagen zur Kenntnis bringen, die erst am Sonntag, dem 7. Dezember, also vor wenigen Tagen, gemacht worden sind. Hier heißt es unter anderem – ich lese nicht das Ganze vor –:

„Obwohl in anderen Staaten und Erdteilen die Sicherheitsverhältnisse viel ungünstiger als in Österreich sind ...“ So beginnt diese Rede, und es heißt dann weiter: „Dies vermittelt in uns ein Gefühl der Beruhigung“, wenn wir wissen, wie behütet wir von unseren Sicherheitsorganen sind. Es geht dann weiter: „Es ist selbstverständlich, daß alles getan wird, um die wichtige Arbeit der Exekutive durch die Beistellung von Kraftfahrzeugen, Funksprechanlagen und sonstigen technischen Hilfsmitteln zu erleichtern.“ Das sage ich deswegen, weil Sie ja das in Abrede stellen. Zum Schluß heißt es dann:

„Es hat zu allen Zeiten und bei allen Völkern

**Thalhammer**

und Staaten Verbrechen gegeben. Daß wir uns aber in Österreich sicher fühlen können, daß unser Leben, unsere Gesundheit, unser Eigentum besser geschützt wird als in vielen anderen Ländern, ist das Verdienst unserer Beamten der Sicherheitsdirektion, der Gendarmerie, Polizei, Gerichts- und Verwaltungsbehörden."

Wissen Sie, meine Damen und Herren, wer das gesagt hat: Das hat der Herr Landeshauptmann von Oberösterreich, der für Sie sicherlich nicht verdächtig ist, gesagt, auch angesichts der Tatsache – und das möchte ich jetzt mit aller Deutlichkeit sagen –, daß heuer in Oberösterreich schon 21 Mordfälle, Gott sei es geklagt, passiert sind, obwohl voriges Jahr im ganzen Jahr nur neun oder zehn gewesen sind. Es sind leider Gottes vorgestern und gestern schon wieder zwei in Oberösterreich passiert. Und das sagt der Landeshauptmann, der die Situation sehr realistisch sieht. Es wäre also sehr gut, wenn Sie sich auch da ein bißchen an der Haltung und den Aussagen Ihres Herrn Landeshauptmannes orientieren würden.

Meine Damen und Herren! Die Regierungserklärung gibt den Problemen der inneren Sicherheit den gebührenden Raum, und ich kann mich hier mit dem Herrn Kollegen Suppan nicht einverstanden erklären, der das in Abrede stellt. Diese Regierungserklärung geht da und dort in den Fragen sogar in die Details. Damit gibt diese Regierung zu verstehen, daß sie den Fragen der inneren Sicherheit in unserem Staate den richtigen Stellenwert beimißt.

Die Ansätze für die innere Sicherheit im Bundesfinanzgesetz tragen auch dieser Situation Rechnung, und es ist vorgesorgt, wie schon kurz gestreift wurde, daß die Einrichtungen, die für die Sicherheit zu sorgen haben, verstärkt und die notwendigen Mittel für den Betrieb dieser Einrichtungen bereitgestellt werden. Es ist ein realistisches Budget, dem wir Sozialisten aus Überzeugung die Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt.

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich befinde mich vielleicht ein bißchen im Gegensatz zu meinen beiden Vorrednern, wenn ich behaupte, daß die innere Sicherheit in unserem Lande nicht allein an den vorgelegten Budgetansätzen, an den Ausgabeansätzen gemessen werden kann.

Sicherheit ist ein zentrales Thema in der Welt, sie ist aber auch eine Frage, die den einzelnen Bürger in Österreich persönlich sehr berührt. Der Herr Kollege Thalhammer hat mit Recht

gesagt, die Bevölkerung ist sehr sensibel in dieser Frage. Es ist ein Thema, das dem einzelnen Bürger in unserem Staate sozusagen unter die Haut geht, weil es manchmal oder sehr oft sogar um seine eigene Haut dabei gehen kann. Alles, was mit den Fragen der persönlichen Sicherheit des einzelnen zusammenhängt, birgt daher nicht nur sehr viele reale, sondern auch sehr viele irrationale Komponenten in sich.

Sicherheit ist also vom Standpunkt des einzelnen Staatsbürgers aus nicht danach zu beurteilen, ob in diesem Budget nun etwa für die Bundespolizei um 200 Millionen Schilling mehr veranschlagt werden als im vergangenen Jahr oder ob die Steigerungsrate in den Aufwendungen etwa bei der Gendarmerie nun Schritt hält mit der Steigerungsrate des Gesamtbudgets. Ich glaube, darum geht es bei dem Kapitel nicht in erster Linie, obwohl natürlich auch diese Fragen in diesem Zusammenhang beleuchtet und erörtert werden sollen.

Aber Sicherheit läßt sich nicht allein aus dem Budget errechnen. Den Staatsbürger, den hier in diesem Lande wohnenden Menschen interessiert vor allem, inwieweit bei uns in Österreich diese innere Sicherheit gewährleistet ist und inwieweit er selbst auf Schutz durch die Behörden vor dem Verbrecher rechnen kann und welchen Beitrag er nötigenfalls natürlich selbst leisten muß, um diesen Schutz zu verbessern. Es ist selbstverständlich, und da hat mein Vorredner recht: Eine solche Sicherheitsbehörde gibt es nirgends, die den totalen Schutz gewährleistet, man muß schon selber ein bißchen mithelfen.

Daß diese Fragen den Menschen bedrängen, ist eigentlich verständlich, denn der Mensch von heute ist ganz allgemein erfüllt von Angst und Furcht, und er ist überdies auch voll von Mißtrauen. Das erklärt auch irgendwie die Erscheinung von der mangelhaften Mitarbeit, sei es bei der Aufklärung der Kärntner Anschläge, sei es sonstwie die Mithilfe bei der Aufklärung von Verbrechen. Die fehlt manchmal den Behörden sehr. Aber das ist ja kein Wunder, da der Mensch tagtäglich über den Bildschirm mit einer Welt voll Unruhe, Unsicherheit und einer Welt des Terrors und des Verbrechens konfrontiert wird. Es ist daher klar, daß der Mensch wissen will, wie es in seinem Lande, wo er lebt, um die Maßnahmen und Vorkehrungen bestellt ist, die seine Sicherheit gewährleisten sollen.

Was tun also die Regierung, die Behörden, die berufenen Organe, um diese Sicherheit aufrechtzuerhalten und womöglich die Verhältnisse noch zu verbessern? Dazu muß man nun sagen: Da erlebt der Mensch nicht viel Tröstliches und Zuversichtliches und Hoffnungsvolles.

**Dr. Schmidt**

Ich glaube, der Staatsbürger, wenn wir ihn jetzt von der Straße holen, wird sich keineswegs dieser Schönfärberei, die der Herr Kollege Thalhammer hier an den Tag gelegt hat, anschließen können. Der Staatsbürger erlebt nämlich eine steigende Kriminalität, immer geringer werdende Erfolge im Kampf gegen diese Kriminalität und, was sicherlich auch nicht von der Hand gewiesen werden kann, eine bedenkliche geistige Einstellung der Verantwortlichen zu dem gesamten Problem Ordnung und Sicherheit. Ich komme im einzelnen noch zu diesen Dingen.

Das führt dann so weit, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, daß eine interessante Erscheinung zu beobachten ist, nämlich daß es hierzulande zweifellos eine Diskrepanz gibt, von der heute schon gesprochen worden ist, eine Diskrepanz zwischen der Angst des einzelnen beziehungsweise dem Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung, vor allem der Bevölkerung in den Städten, und den tatsächlichen Gefahren der vorhandenen Kriminalität.

Nicht daß ich die gegebene Situation, die vorhandene Kriminalität in Österreich bagatellisieren möchte; dazu besteht weder Grund noch Anlaß. Vor allem besteht weder Grund noch Anlaß nach dem jüngsten Bericht über die Kriminalitätsentwicklung im Jahre 1974. Aber eines, glaube ich, muß man doch feststellen: Angst und Unsicherheitsgefühle in unserer Bevölkerung steigen stärker als die Kriminalität selbst.

Wieso kommt das? Wieso existiert eine derartige Kluft zwischen der tatsächlich vorhandenen Unsicherheit und dem Unsicherheitsgefühl der Menschen?

Ich glaube, dafür gibt es eine Reihe von Erklärungen, die zusammengenommen dieses interessante Phänomen verursachen. Es ist nur nicht so, wie der Herr Kollege Thalhammer gesagt hat, daß die Opposition daran schuld ist, weil sie immer wieder diese Tatsache aufrührt und Kritik übt.

Meine Damen und Herren! Wir üben ja auch nur Kritik, weil diese Kritik von der Bevölkerung an uns herangetragen wird. Es ist ja nicht so, daß wir in diesem Hohen Hause die einzigen sind, die ihre kritische Stimme erheben. Der Herr Bundesminister wird viel mehr kritische Stimmen hören, wenn er in die Bevölkerung hinausgeht, wenn er nach Ottakring, in die Leopoldstadt, in andere Bezirke Wiens zu Bürgerversammlungen geht. Ich glaube, da haben Sie, Herr Minister, in dieser Beziehung schon einiges erlebt. Da ist die Kritik, die wir hier üben, eigentlich noch maßvoll.

Aber die Leute, vor allem die Bewohner der

großen Städte, haben nun einmal den ganz bestimmten Eindruck, daß die Sicherheitsbehörden der Kriminalität ohnmächtig, ja ich möchte sagen fast hilflos gegenüberstehen.

Ich rede ja gar nicht von den großen Blutverbrechen, die erfreulicherweise, wie man aus dem Bericht sieht, fast immer zur Gänze aufgeklärt werden können. In dieser Hinsicht hat sich seit dem Verbrechen Kain – Abel nichts geändert; auch dieses erste Verbrechen ist bekanntlich aufgeklärt worden.

Ich rede vor allem von den vielen Hunderten, ja Tausenden, die Opfer eines Diebstahls, eines Einbruches oder Raubüberfalls geworden sind und die keine Chance haben, daß wenigstens die Tat aufgeklärt wird, von der Wiedererlangung der gestohlenen oder der geraubten Sache, von der Wiedergutmachung des Schadens ja gar nicht zu reden. Viele haben doch schon die Erfahrung machen müssen, daß es völlig zwecklos ist, überhaupt eine Anzeige bei den Sicherheitsbehörden zu machen, weil das gar keine Aussicht hat, positiv erledigt zu werden, und weil schon die Anzeige vom Journalbeamten mit resignierendem Achselzucken entgegengenommen wird.

Wenn der Kriminalitätsbericht des Bundesministeriums für Inneres für das Jahr 1974 von 101.586 bekanntgewordenen Verbrechen gegen das Vermögen – also vom Verbrechen des Diebstahls, des Raubes, des Betruges – spricht, so heißt das, daß in unserem Lande alle fünf Minuten – und ich kann auch so eine Rechnung anstellen, Herr Kollege Thalhammer – irgendwo etwas gestohlen, geraubt oder ein Betrugsdelikt, und zwar in der Größenordnung eines Verbrechens, verübt und bekannt wird. 101.586 Vermögensdelikte! Das sind, wie der Bericht sagt, um rund 10.000 Fälle mehr als im Jahre 1973, also im Vorjahr des Berichtsjahres.

Man kann das aber nicht allein damit begründen, wie es der Herr Innenminister immer so gern tut und als Argument so mit der linken Hand parat hat: Es gibt halt immer mehr Kraftfahrzeuge, es werden immer mehr zugelassen, und dort, wo es mehr Gelegenheiten gibt, dort gibt es bekanntlich auch mehr Diebe. Die Zunahme dieser Vermögensdelikte um rund 10.000 Fälle, meine Damen und Herren, entspricht einer Steigerung von 11 Prozent gegenüber dem Jahr zuvor. Davon entfällt nur ein relativ geringer Teil, nämlich rund 1500 Fälle, auf Diebstähle, die im Zusammenhang mit einem Kraftfahrzeug stehen. Alles andere sind Verbrechen des Diebstahls, die sich auf Einbrüche in Büros, Geschäftsräumlichkeiten, Wohnungen und so weiter erstrecken, oder Raubüberfälle und Betrügereien.

**Dr. Schmidt**

Und wenn ich hier lese, daß allein im Jahr 1974 61.276 Fälle eines versuchten oder vollendeten Einbruchs registriert wurden, so sagt mir das, daß alle neun Minuten in Österreich irgendwo ein Einbruch versucht oder durchgeführt wird.

Ich habe mir das vielleicht als Spielerei ausgerechnet, aufgeschlüsselt: Jede Viertelstunde wird ein Kfz gestohlen oder aufgebrochen, jede Stunde ein Büro oder eine Wohnung. Ich glaube, bei diesen ausgewerteten Statistiken haben wirklich die Verantwortlichen keinen Grund, die Kriminalität in Österreich zu bagatellisieren. 10.000 Verbrechen gegen fremdes Vermögen mehr in einem Jahr, von einem Jahr zum anderen, das ist doch schon ein Gradmesser für die Sicherheitsverhältnisse in einem Lande, oder nicht, Herr Kollege Thalhammer?

Dann kommt die andere Seite, die Verbrechensaufklärung. Sicherlich hat Kollege Thalhammer recht: Man kann kein Verbrechen verhindern. Keine Polizei der Welt kann das tun, und nirgends werden die Verbrechen vorangemeldet, wie er das so ein bisserl in einer lächerlichmachenden Weise gesagt hat. Das ist richtig, das kann nicht geschehen. Aber was ist nun mit der Aufklärung?

Die Aufklärungsquote ist in Österreich, international gesehen, sehr niedrig, sie ist erschreckend niedrig, Herr Kollege! (*Abg. Thalhammer: Das können Sie überhaupt nicht beweisen, weil es nicht so ist!*) Ich werde es Ihnen gleich sagen: Die Aufklärungsquote bei Diebstahlsverbrechen – also nicht bei kleinen Delikten, so Warenhausdiebstähle, wo einer von Kleptomanie erfaßt wird, sondern bei Verbrechen – liegt unter 30 Prozent. Also nicht einmal ein Drittel der bekanntgewordenen Diebstahlsverbrechen kann mehr aufgeklärt werden. Glauben Sie nicht, daß hier eine der Wurzeln zu suchen ist für das starke Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung?

Von den Einbrüchen können überhaupt nur 26 Prozent der bekanntgewordenen Delikte geklärt werden. Wie viele werden denn bekannt? Bekannt werden nur die, die die Polizei, die Behörde entdeckt oder die, die angezeigt werden. Wie viele gibt es, die gar nicht angezeigt werden, weil das Verbrechenopfer, weil der Geschädigte von vornherein wegen Aussichtslosigkeit auf eine Anzeige verzichtet!

Und jetzt die Vergleiche: Wie war es denn früher? Wenn man bedenkt, daß noch im Jahre 1953 75 Prozent aller Vermögensdelikte aufgeklärt werden konnten, im Jahre 1966 36 Prozent, im Jahre 1967 37 Prozent, im Jahre 1968 35 Prozent, im Jahre 1969 31 Prozent, im Jahre 1970 noch 34 Prozent, so ist das Absinken auf 26

Prozent im Jahre 1974 doch äußerst besorgniserregend. Wenn das so weitergeht, wird man sich ausrechnen, wann wir sozusagen den Null-Tarif in der Aufklärungstätigkeit erreicht haben werden.

Die Raubüberfälle konnten im Jahre 1974 immerhin noch zu einem Prozentsatz von 59 Prozent geklärt werden. 1966 hat man doch noch 70 Prozent aller bekanntgewordenen Raubüberfälle aufklären können. Von 549 Raubüberfällen im Jahre 1966 konnten immerhin 384 geklärt werden, die Täter ausfindig gemacht und hoffentlich einer Bestrafung zugeführt werden. 1974 erfolgten 817 Raubüberfälle – also ungefähr zweimal am Tag ist jemand überfallen worden –, und geklärt werden konnten nur mehr 482.

Was ergibt sich aus dem Gesamten hier, was ich gesagt habe, was ich so blitzlichtartig beleuchtet habe, aus den Details, die ich herausgezogen habe? Daß doch zweifellos ein Ansteigen der Kriminalität auf diesem Sektor verzeichnet werden muß, dem ein Absinken der Aufklärungstätigkeit gegenübersteht. Soll man sich dann wundern, wenn die Menschen, vor allem in der Großstadt, kein Zutrauen mehr zu den Sicherheitsbehörden besitzen, weil sie wissen, daß dieses Sicherheitsorgan gar nicht in der Lage ist, den Kampf gegen die Kriminalität erfolgreich zu bestehen? Nicht deswegen, weil vielleicht das einzelne Organ zu unfähig, zu unlustig ist oder zuwenig Zivilcourage besitzt, sondern, meine Damen und Herren, weil es doch im Laufe der Zeit glücklich gelungen ist, diese Polizei – und ich rede jetzt als Wiener Abgeordneter vor allem von den Wiener Verhältnissen –, die einmal unter einem Schober zur besten Polizei der Welt gehört hat, total zu verunsichern, sie durch eine falsche Personalpolitik und durch verfehlte Organisationsmaßnahmen ich möchte fast sagen an den Rand der Lächerlichkeit gebracht zu haben.

Was hat man denn gemacht? In einer Zeit, in der man in anderen Millionenstädten wieder zum System des zu Fuß patrouillierenden Polizisten zurückgekehrt ist, hat man bei uns das Allheilmittel in der Motorisierung der Polizei gesehen und die Ausrüstung der Polizei mit Funkstreifenwagen vorangetrieben. Man hat dafür immer mehr Wachzimmer, aber auch Gendarmerieposten eingespart, aufgelassen, weil man offenbar meinte, die Funkstreifenwagen würden so eine Art mobile Wachzimmer darstellen und die gleiche Wirkung erzielen.

Der Herr Innenminister sagte einmal in einer Diskussionsveranstaltung in Meidling, man müsse sich endlich von der Vorstellung lösen, daß die Sicherheit in einer Großstadt von der Zahl der Wachzimmer abhängt. Nun, die

**Dr. Schmidt**

Bevölkerung ist anscheinend nicht dieser Meinung. Ihr ist ein Wachzimmer in der Nähe lieber als eine Notrufsäule, deren Standort die wenigsten überhaupt kennen. Ihr ist der zu Fuß patrouillierende Inspektor, der Polizist, dessen Anwesenheit und Ortskundigkeit allein der Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit vermittelt, lieber als eine Funkstreife, die ab und zu in einer Gegend herumfährt, die die Insassen des Wagens selbst nicht kennen, wo sie ortsunkundig sind, wenn nicht überhaupt der Einsatz der Funkstreife wegen Personalmangels unterbleiben muß.

Wie ist denn die Situation heute? Von den 79 Funkstreifenwagen in Wien fallen bis zu 20 Funkstreifen des nachts aus, weil eben nicht genügend einsatzbereites Personal vorhanden ist, wie der Herr Innenminister selbst im Ausschuß zugeben mußte. So schauen doch die Verhältnisse aus.

Es hat sich gar zu bald herausgestellt, daß die ganze Umstellung auf die Motorisierung, die Auflassung der Wachzimmer, die völlige Vernachlässigung des Streifendienstes zu Fuß eine Fehlmaßnahme war. Zeitungen schreiben dann: Funkstreifen bieten zu wenig Sicherheit, Fußpatrouillen können nicht ersetzt werden!, und nach jahrelangem Herumexperimentieren kommt man dann auf Dinge, die man im Ausland, in ausländischen Großstädten schon viel früher erkannt hat.

Die Unsicherheit der Behörden, dieser Zick-Zack-Kurs der Maßnahmen, bleibt natürlich der Öffentlichkeit nicht verborgen. An diesem wachsenden Unsicherheitsgefühl unserer Bevölkerung konnten natürlich – vor allem vor Wahlzeiten – die verantwortlichen Politiker nicht achtlos vorbeigehen.

Nachdem man nun jahrelang die Dinge so treiben hat lassen, die Kriminalität bagatellisiert, verniedlicht hat und auf ausländische Beispiele hingewiesen hat, daß es im Ausland viel ärger sei als in Österreich und in Wien, haben sich der Herr Landeshauptmann und der Herr Polizeipräsident plötzlich vor der Nationalratswahl, weil die Beschwichtigungstour bei der Bevölkerung nicht angekommen ist, entschlossen, einen Sicherheitsplan für Wien zu entwickeln, da man das Gefühl hatte, man müßte etwas tun.

Wie schaut, meine Damen und Herren, dieser Sicherheitsplan aus? Der Herr Landeshauptmann hat im September 1975 an alle Wiener einen Brief geschrieben und hat ihnen versichert, daß alles getan wird, um die Sicherheit zu gewährleisten. Es kommt in diesem Brief der bezeichnende Satz vor: Vor allem geht es mir darum, daß der vertraute Rayonsposten wieder

seine Funktion übernimmt. Meine Damen und Herren! Das ist eine alte Weisheit.

Der Sicherheitsplan enthält in Punkt 1, daß in Zukunft mehr Polizisten zu Fuß durch die Stadt patrouillieren sollen und der gute alte Inspektor von der Ecke wieder in Mode kommen soll. Das ist doch nicht neu! Das ist das, was von dieser Stelle aus immer wieder verlangt worden ist.

Was sagen der Herr Landeshauptmann und der Herr Polizeipräsident weiter? – Derzeit wird an einem Wachzimmer-Ausbauprogramm gearbeitet, denn ein Wachzimmer in der Nähe gibt immer ein Gefühl der Sicherheit. Meine Damen und Herren! Das ist ziemlich das Gegenteil von dem, was der Herr Innenminister zwei Jahre zuvor meinte.

Und weiter: Um die Sicherheit in den Parkanlagen zu heben, werden vor allem am Abend Polizisten durch die Parks patrouillieren. Wien soll noch sicherer werden; es soll noch mehr Polizisten auf der Straße geben.

Hohes Haus! Wie schaut das in Wirklichkeit aus? Die „sicherste Stadt der Welt“, wie es immer so schön heißt, verfügt derzeit, wenn es hoch kommt, über sage und schreibe sechs Doppelposten, die während der Nacht Patrouillendienste zu Fuß durchführen. Aber die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt: Wien wird sicherer. Mehr Polizisten auf den Straßen.

Das neue Dienstsysteem der Wiener Polizei ist offenbar doch nicht so, daß mehr Polizisten in der Nacht dienstbereit zur Verfügung stehen, eher weniger. Wenn zum Beispiel im 2. Wiener Gemeindebezirk, der 102.000 Einwohner hat, von 19 Uhr abends bis 7 Uhr früh 18 Sicherheitswachebeamte Dienst machen, dann sind vier davon in zwei Streifenwagen; die Wachzimmer sind meistens nur mit einem Mann besetzt. Im 19. Bezirk mit 72.000 Einwohnern sind es zehn Beamte, im 21. Bezirk mit einer Einwohnerzahl von 105.000 Einwohnern sind ebenfalls nur zehn Polizisten des nachts im Dienst.

Kann man da wirklich noch von der „sichersten Stadt der Welt“ sprechen? Man hat uns immer erzählt, die Umstellung im Dienstsysteem der Polizei bringe mehr Polizisten auf die Straße. Die Tatsachen beweisen doch das Gegenteil.

Unter diesen Umständen, meine Damen und Herren, finden natürlich das starke Ansteigen der Vermögensdelikte und auch das steigende Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung eine plausible Erklärung. All dem Gerede von den künftigen Plänen und Reformen auf dem Gebiet der Sicherheit und Ordnung, vom vermehrten Einsatz, von Fußpatrouillen, vom Wachzimmer-Ausbauprogramm, von den nächtlichen Kontrol-

**Dr. Schmidt**

len in Parks und Fußgängerzonen sowie von der Überwachung anrühiger Lokale steht die nüchterne Wirklichkeit von sechs Doppelposten nachts auf den Straßen Wiens gegenüber.

Diese Situation scheint kaum besserungsfähig. Zwar hat die Personalwerbung in den letzten Jahren vorübergehende Erfolge gebracht. Aber wie ich höre, konnten damit nur die durch Pensionierung hervorgerufenen Personalabgänge ersetzt werden. Das Manko von 700 Polizeibeamten in Wien bleibt nach wie vor bestehen. Wir sind daher, meine Damen und Herren, was die Reformen im Sicherheitswesen betrifft, sehr skeptisch.

Dazu kommt nun ein weiterer Zustand: Es erhebt sich die Frage, ob unsere Exekutive heute noch auf junge Menschen die Zugkraft ausübt, den Beruf eines Polizisten, Gendarmen oder Kriminalbeamten, aber vor allem eines uniformierten Sicherheitsorgans zu ergreifen. Ist es heutzutage überhaupt erstrebenswert, eine Uniform zu tragen? – Auch das ist ein wesentlicher Punkt im gesamten Fragenkomplex, und das spielt irgendwie in das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung, das so im argen liegt, mit hinein. Die Bevölkerung hat nämlich ein sehr feines Gefühl dafür, sie weiß, daß im Grunde genommen sozialistische Parteien ein gestörtes Verhältnis zu allem und jedem haben, das Uniform trägt, ob das jetzt Bundesheer, Polizei, Gendarmerie und so weiter heißt. *(Zwischenruf.)*

Die Bevölkerung weiß auch, warum gerade in Staaten mit sozialistischen Regierungen, meine Damen und Herren, das Sozialprestige des uniformierten Sicherheitsorgans ein so niedriges ist. Das hängt mit der ständigen Aufweichung des Autoritätsbegriffes auf allen Gebieten, mit der ständigen Herabsetzung des Ordnungsgedankens zusammen. Der Polizist als Büttel des Systems gehört zum ständigen Sprachgebrauch einer gewissen Linkspresse, gewisser Massenmedien.

Letzten Endes waren auch die Ereignisse rund um die berüchtigte Anti-Spanien-Demonstration kurz vor den Wahlen irgendwie ein Ausfluß des gestörten Verhältnisses zu den Uniformträgern, auch wenn die Demonstration offiziell dem politischen System in Spanien galt. Der Anlaß, muß ich sagen, war reichlich unglücklich, denn am Anfang der Ereignisse stand immerhin ein Mord an Polizisten, an Sicherheitsorganen. Es gab kein Wort des Bedauerns, kein Mitleid mit den Hinterbliebenen, aber dafür Mitleid mit den Mördern und politische Demonstrationen.

Die Unruhe zu dieser Zeit der Demonstration innerhalb der Exekutivkörper war beträchtlich. Ein hoher Salzburger Polizeifunktionär hat sich damals zum Sprecher der empörten Polizeibe-

amten gemacht, wenn er meinte – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus einer Salzburger Zeitung –:

Mir sind alle diese Demonstrationen unverständlich. Es hat den Anschein, als schlage man sich nun nur mehr auf die Seite der Verbrecher. Die drei beziehungsweise vier spanischen Polizisten haben nur ihren Dienst vorschriftsmäßig versehen und sind wie Hasen abgeknallt worden. Da hat sich kaum jemand überlegt, daß sie Frauen und Kinder haben. Die Polizisten haben ja nicht einmal angegriffen. Die Öffentlichkeit wurde direkt zum Terror animiert.

Ich glaube, dieser hohe Salzburger Polizeifunktionär hat damit ausgesprochen, was der weitaus überwiegende Teil der österreichischen Bevölkerung auch gedacht hat.

Die Menschen merken darüber hinaus auch sehr gut, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird, auch seitens der verantwortlichen Stellen. Denn es ist kaum vorstellbar, daß eine ebensolche Demonstration mit diesen Auswirkungen hätte stattfinden können, wenn es sich zum Beispiel um Proteste gegen Todesurteile an Polizistenmördern sagen wir in Polen oder in Ungarn oder in Jugoslawien gehandelt hätte. Das würde längst keinen Menschen mehr in Österreich berühren. Schüsse an der Berliner Mauer oder am Eisernen Vorhang werden ja bei uns kaum mehr registriert.

Aber lassen Sie mich einmal die Gedanken weiterführen: Was wäre wirklich gewesen, wenn sich ein paar tausend Österreicher zusammengefunden hätten, um gegen das System in einem der genannten Staaten zu protestieren, weil dort einige Polizistenmörder zum Tod verurteilt worden sind? Sicherlich hätte man einer solchen Protestdemonstration zunächst die Bewilligung erteilt. Ebenso sicher ist aber auch, daß diese Demonstration gegen das kommunistische System nicht mit der Teilnahme dieser politischen Prominenz hätte rechnen können, wie sie bei der Spanien-Demonstration zugegen war, denn schließlich sind wir neutral, und es wäre sicherlich das Argument von der Nichteinmischung in interne Justizangelegenheiten fremder Staaten aufgetaucht. Wir kennen das. In Angelegenheiten kommunistischer Staaten sind manche, die sich oft und gerne für die Demokratie ereifern, plötzlich sehr neutral.

Aber verfolgen wir die Gedanken weiter: Was wäre gewesen, wenn –? Der Demonstrationzug, wenn es überhaupt zu einem solchen gekommen wäre und wenn die zunächst bewilligte Demonstration nicht doch auf Grund von angedrohten Gegendemonstrationen der Kommunisten oder anderer linksextremer Gruppen den Leuten im

**Dr. Schmidt**

Interesse der Ruhe und Ordnung in dieser Stadt ausgedrückt worden wäre, der Demonstrationzug hätte sich natürlich nur über Straßenzüge bewegen dürfen, in denen sich kein Reise- oder Flugbüro des betreffenden Oststaates befindet. Das Reisebüro des Oststaates wäre, obwohl es keinen diplomatischen Status besitzt, zweifellos durch einen dichten Polizeikordon und nicht nur durch 20 Kollegen, wie uns aus den Reihen der Exekutive versichert wird, gesichert gewesen.

Der Herr Innenminister schreibt zwar heute in Beantwortung unserer Anfrage, daß hier zu Beginn 120 und dann im Laufe der Auswüchse der Demonstration 200 am Ort gewesen sind, aber Augenzeugen berichten das Gegenteil.

Verfolgen wir aber den Gedanken einer Demonstration gegen einen Oststaat weiter. Wenn die Demonstranten während ihres Protestmarsches im Anschluß an die behördlich bewilligte Demonstration über den Lautsprecher zu einer wilden Demonstration aufgefordert worden wären, so wie das bei der Spanien-Demonstration der Fall war, bin ich sicher, daß der Demonstrationzug vorzeitig aufgelöst worden wäre; zumindest hätte die Lautsprecheraufforderung das Einschreiten der Sicherheitsorgane ausgelöst.

Hätte sich aber dennoch eine Gruppe vor dem betreffenden Reisebüro des Oststaates eingefunden, um Fensterscheiben zu zerschlagen, Auslagen zu zerstören oder sonstigen Sachschaden anzurichten, wäre es sicherlich gar nicht dazu gekommen, weil genügend starke Sicherheitskräfte, die vorsorglich auch mit Schilden und Helmen ausgerüstet gewesen wären, jeden Versuch einer ungesetzlichen Handlung im Keime erstickt hätten.

Vielleicht hätte man in einem solchen Falle doch ausnahmsweise Wasserwerfer mobil gemacht.

Selbstverständlich wäre der Herr Innenminister dabeigewesen und hätte mutig die Verantwortung für den Einsatz und das Vorgehen der Sicherheitsstreitkräfte auf sich genommen und sich nicht auf andere ausgedrückt.

Meine Damen und Herren! Ich habe das ein bißchen persiflierend dargestellt, aber es ist schon so. Die Bevölkerung und damit auch der an der Exekutive interessierte junge Mensch merken diese Geisteshaltung, die linksgerichtete Kreise den Begriffen Sicherheit und Ordnung entgegenbringen. Sie beobachten sehr aufmerksam, daß es zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland vor allem linksintellektuelle Gesellschaftskreise, Schriftsteller, Pastoren, Journalisten und Juristen, sind, die dem anarchistischen Treiben der Baader-Meinhof-Bande wohlwollend die Mauer machten und

heute noch machen. Sie bemerken die Unsicherheit und die Labilität sozialistischer Regierungen, wenn es um die Fragen der Sicherheit und Ordnung geht. Und sie merken, daß man lieber die eigenen Sicherheitskräfte ungeschützt dem Steinhagel linksextremer Radaubröder sich aussetzen läßt, 66 von ihnen verletzen läßt, vier davon schwer, bevor man sie mit der vorhandenen Schutzausrüstung versieht, um nicht, wie der Herr Polizeipräsident vermeint, die Demonstranten noch mehr zu reizen.

Meine Damen und Herren! Hat jemand jemals schon eine derart schwächliche Verantwortung eines Verantwortlichen gehört?

Und auch der Herr Innenminister sagt hier in seiner Antwort auf unsere Anfrage: Das Auftreten der Exekutive mit den Spezialausrüstungen, also mit Schilden und Helmen, ebenso wie das Bereitstellen von Wasserwerfern hätte voraussichtlich zu einer Verschärfung der Situation geführt.

Das ist eine Auffassung, die uns unverstündlich erscheint. (*Zwischenruf.*) Denn in erster Linie hat der Schutz der Sicherheitsorgane maßgebend zu sein und nicht eine gefühlsduseelige Rücksichtnahme auf die psychische Verfassung linksextremer Randalierer, die ohnehin nur die Unruhe wollen.

Als wir dann gefragt haben, warum der Einsatz der Wasserwerfer nicht zustande gekommen ist, hat man uns im Ausschuß gesagt, daß solche Wasserwerfer Ungetüme sind, die nicht eingesetzt werden konnten, weil dann die Straßen und die Kanaldeckel einbrechen würden. Bitte, man muß sich solchen technischen Überlegungen sicherlich beugen.

Aber zur weiteren Begründung, die in dieser Anfragebeantwortung gegeben wird, Steinwürfe – wobei die Steine von Demonstranten auf dem Weg vom Schwarzenbergplatz beziehungsweise von den Baustellen in der Umgebung des Angriffszieles aufgelesen wurden – können auch durch den Einsatz von Wasserwerfern nicht verhindert werden, muß ich sagen: Das ist schon eine sehr eigenartige Verantwortung! Wer die Praxis erlebt oder auf dem Fernsehschirm sieht, der weiß, daß beim Einsatz von Wasserwerfern der ganze Spuk vor der Iberia im Nu verfliegen wäre, und die Exekutive hätte keine Verletzten gehabt.

Was muß eigentlich noch geschehen? Ist man wirklich auf dem linken Auge blind, wie es der Herr Bundeskanzler sehr richtig in einem Fernsehauftritt einmal dargestellt hat? Die Bevölkerung hätte es begrüßt, wenn man mit diesen linksextremen Randalierern rasch Schluß gemacht hätte. Aber offensichtlich steckt die Angst, in einigen Gazetten als Prügelpolizisten

**Dr. Schmidt**

verleumdet zu werden – die „Arbeiter-Zeitung“ hat ja so etwas Ähnliches geschrieben, nur hat sie es dann rasch zurückgezogen –, noch zu tief in den Knochen, sodaß man die primitivsten Schutzmaßnahmen für die Sicherheitsorgane unterläßt.

Das alles merkt natürlich die Öffentlichkeit, und das merkt der junge Mensch, und er weiß auch, selbst wenn er ein Interesse hätte, diesen Beruf zu ergreifen, daß er im Ernstfall von dieser sozialistischen Regierung und ihrem Innenminister wenig, wenn nicht gar nichts zu erwarten hat. Er weiß zum Beispiel, daß dieser Minister nichts von Uniformen, militärischen Äußerlichkeiten, Rangabzeichen, Distinktionen hält, kurz von allem, was irgendwo mit der behördlichen Autorität nun einmal zusammenhängt oder als solches äußeres Zeichen einer solchen Autorität in allen Staaten der Welt gilt.

„Wächter in Filzpatschen“ ist das Ziel dieser Rösch-Reform in Rot, hat einmal der Herr Polizeipräsident spöttisch dazu gesagt, und hier hat er recht.

Glauben Sie wirklich, Herr Minister, daß Sie mit diesem ganzen Kleinkram, mit diesem Firlefanz der Abschaffung von Uniformen, der Vereinheitlichung, der Abschaffung der Distinktionen, das Ansehen unserer Exekutive als Ordnungsfaktor heben? Glauben Sie nicht, daß es besser wäre, Maßnahmen zu ergreifen, die das Selbstbewußtsein, das Image der Exekutive stärken und fördern könnten? Und glauben Sie wirklich, daß es für einen jungen Menschen einen Anreiz darstellt, sich dem Dienst in der Exekutive zuzuwenden, um dann am Ende ein „Wächter in Filzpatschen“ zu sein? Wenn Sie die Exekutive in einen zivilen Verein ummanipulieren wollen, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn sich die einzelnen Beamten dann auch geistig auf die Aufgaben einer Wach- und Schließgesellschaft einstellen.

Ich glaube, was wir brauchen, ist eine Exekutive, die in der Bevölkerung als Ordnungsfaktor wieder anerkannt wird und daher das Vertrauen der Bevölkerung genießen kann und die auch das äußere Erscheinungsbild eines solchen Ordnungsfaktors, eines solchen Sicherheitsfaktors bietet und auch die geistige Einstellung dafür hat; denn nur mit der entsprechenden geistigen Einstellung wird man auf die Dauer im Kampf gegen die Kriminalität und Unsicherheit bestehen können.

Da muß ich sagen: Der Objektivität halber ist im ganzen sozialistischen Lager vielleicht eine rühmliche Ausnahme zu erwähnen, und das ist der bundesdeutsche Kanzler Schmidt, der am 14. März 1975 sehr markante Worte zur inneren Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland

gesagt hat: Der Bürger erwartet von uns, daß wir den Kampf gegen den Terrorismus auch geistig und politisch führen.

Ähnliche Worte in bezug auf die Bekämpfung der Kriminalität hätte ich auch gern einmal vom österreichischen Innenminister hier im Hohen Hause gehört! Aber der Herr Minister beschäftigt sich lieber mit der Abschaffung von Rangabzeichen, der Vereinheitlichung von Uniformen, dem Abbau der Traditionsbegriffe, kurz, mit der Entmilitarisierung der Exekutive. In der Bevölkerung aber, auch innerhalb der Exekutive, spricht man deutlicher. Dort nennt man es die „Demontage der Exekutive“.

Das alles spüren die Menschen in unserem Land: die zunehmende Kriminalität, die wachsende Ohnmacht der Sicherheitsorgane, die Verunsicherung der Exekutive und die weltweite Aufweichung der Begriffe Ordnung und Autorität in der westlichen Welt.

Das ist vielleicht der Schlüssel zu der Frage: Warum diese Kluft zwischen Unsicherheitsgefühl auf der einen Seite und der tatsächlichen Unsicherheit?

Weil wir Freiheitlichen nicht das Vertrauen haben, daß die derzeitige Bundesregierung mit ihrem Innenminister hier eine entscheidende Besserung herbeiführen will, ja im Gegenteil, weil wir das Mißtrauen nicht loswerden, daß Sie gar nicht ernstlich gewillt sind, den Gefahren geistig und politisch entgegenzutreten, deswegen stimmen wir gegen Ihr Budget. *(Beifall bei der FPÖ.)*

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Hesele.

Abgeordneter DDr. **Hesele** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf, bevor ich zu einem anderen Gegenstand aus diesem Budgetkapitel einige Worte sage, doch dem Abgeordneten Schmidt zwei Dinge beantworten.

Erstens wird über die Frage der Wiener Sicherheit eine Wiener Abgeordnete sprechen, und zwar die Frau Abgeordnete Seda. *(Zwischenruf bei der ÖVP: Die wird sich aber hart tun!)*

Der zweite Punkt, den er zitiert hat, war rein hypothetisch: Was wäre gewesen, wenn eine Demonstration gegen einen Oststaat organisiert und ins Auge gefaßt worden wäre? – Da kann ich als niederösterreichischer Abgeordneter und als Vertreter der Stadt Baden, die am schwersten unter der Besatzungsmacht von 1945 bis 1955 gelitten hat, feststellen, daß der Vorgänger des Ministers Rösch, Innenminister Helmer, sehr wohl in Niederösterreich und im Burgenland beziehungsweise in der sowjetischen Besatzungszone



**DDr. Hesele**

gegen Übergriffe aufgetreten ist und diesen Mut besessen hat. Das will ich nur sagen.

Meine Damen und Herren! Es ist sicherlich im Bereich des Innenministeriums das wichtigste Aufgabengebiet die Sicherheit, die Polizei, die Gendarmerie und die Diskussion darüber, ob der Personalstand hoch genug ist und die Sicherheit gegeben ist.

Und weil Sie einen Oststaat zitiert haben: Bei einem Oststaat ist das wichtigste Ministerium ebenfalls das Innenministerium. Aber nicht deshalb ist es das wichtigste Ministerium, weil dort für die Sicherheit des einzelnen gesorgt wird, sondern deswegen, weil dort in erster Linie für die Sicherheit des Staates gesorgt wird, und im Mittelpunkt eines Innenministeriums in einem Ost- oder in einem Diktaturstaat steht die Frage des Staatssicherheitsdienstes. Ein demokratisches Innenministerium beziehungsweise ein Ministerium in einem demokratischen Staat hat sicherlich auch die sehr wesentliche Aufgabe der inneren Sicherheit, der Organisation der Gendarmerie und der Polizei, aber nur in einem demokratischen Staat kann dem Innenministerium eine Materie zugeteilt sein wie der Zivildienst oder das Flüchtlingswesen.

Das Zivildienstgesetz, das im März 1974 vom Parlament beschlossen wurde, ist mit Anfang des heurigen Jahres zur Gänze in Kraft getreten. Dieser Beschlußfassung sind sehr umfassende Beratungen im Unterausschuß vorangegangen: Es waren zwölf Unterausschußsitzungen. Zum Teil waren die Beratungen unterbrochen, weil die einzelnen Fraktionen sich mit ihren Klubs noch über den weiteren Fortgang beraten mußten, wie das eben die Schwierigkeit eines Zivildienstes, der auf einer Gewissensentscheidung des einzelnen aufbaut, mit sich bringt.

Nach elfmonatiger Geltungsdauer des Gesetzes ist es jetzt zumindest teilweise möglich, einige Überlegungen über die Handhabung dieses Gesetzes und auch hinsichtlich der praktischen Durchführung auszusagen, wenn es sicherlich auch noch einige Zeit dauern wird, bis man endgültige Aussagen über den Wert dieses Gesetzes treffen kann.

Das war auch der Grund, warum im Unterausschuß seinerzeit auch die Frage ventiliert wurde – sie wurde von der ÖVP entriert –, ob man das Gesetz befristen soll, um nach Ablauf des Gesetzes oder vor Ablauf des Gesetzes Überlegungen anstellen zu können, ob Mängel in diesem Zivildienstgesetz sind. Man ist aber dann zur Überzeugung gelangt, daß eine Befristung dieses Gesetzes nicht sehr zielführend ist, und hat sich dann im § 76 darauf geeinigt, daß die Bundesregierung innerhalb von vier Jahren nach Inkrafttreten dem Hohen

Hause einen zusammenfassenden Bericht über die bei der Vollziehung dieses Gesetzes gemachten Erfahrungen vorzulegen hat und auch Vorschläge betreffend eine Änderung beizufügen hat.

Man ist bei der Beratung und bei der Beschlußfassung dieses Zivildienstgesetzes von einigen Voraussetzungen ausgegangen. Ausgangspunkt für die Schaffung eines derartigen Gesetzes überhaupt waren die Forderungen der Jugendorganisationen. Es hat Entschlüsse des Bundesjugendringes gegeben, die sich darauf berufen haben, daß eine Staats- und Regierungsform beziehungsweise eine Gesellschaftsordnung, die von demokratischen, freiheitlichen Prinzipien beherrscht wird, dem einzelnen Menschen die Möglichkeit geben muß, Gewissensentscheidungen zu treffen, und daß diese Gewissensentscheidungen anzuerkennen sind, auch wenn es sich darum handelt, Waffengewalt gegen andere Menschen abzulehnen.

Man hat auch auf die Entschliebung des Europarates von 1967 verwiesen, der den Mitgliedstaaten empfohlen hat, die Waffendienstverweigerung aus Gewissensgründen in Gesetzesform anzuerkennen. Man hat aber auch auf demokratische Staaten verweisen können, wie zum Beispiel Großbritannien, das 1916 einen Zivildienst eingeführt hat, Dänemark im Jahre 1917, Schweden im Jahre 1920, Norwegen im Jahre 1922, und so fast alle demokratischen Staaten in Europa.

Es war zweitens eine der Grundvoraussetzungen – sie ist auch im Gesetz normiert –, daß durch die Anerkennung von solchen Gewissensentscheidungen und damit einer Schaffung einer größeren Anzahl von Zivildienern, die dem Bundesheer nicht zur Verfügung stehen werden, die Schlagkraft der Landesverteidigung nicht beeinträchtigt werden darf.

Drittens ist die Schaffung eines derartigen Gesetzes für Österreich ein vollkommen legistisches Neuland gewesen, weil die alten §§ 25 bis 27 des Wehrgesetzes ja nur den Präsenzdiener ohne Waffe, jedoch im Rahmen der Heeresverbände, gekannt hatten und nicht den Zivildienner außerhalb des Bundesheeres.

Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes war die Beurteilung in der Öffentlichkeit sehr widersprüchlich. Vor allem konnte man feststellen, obwohl man überhaupt keine Erfahrung gehabt hat, obwohl man gar nicht gewußt hat, um welchen Personenkreis es sich handeln wird, und vor allem nicht, wie groß dieser Personenkreis sein wird – obwohl man diesen Kreis also nicht gekannt hat –, daß man sehr emotionell diese Fragen behandelt hat. Dabei hat sicherlich

**DDr. Hesele**

auch das Unterbewußtsein mitgespielt, daß der Mensch, der den Dienst mit der Waffe im Bundesheer ablehnt, auch wenn dies aus Gewissensgründen erfolgt, ein Mensch zweiter Kategorie ist.

Ich habe mir einige Presseerzeugnisse ausheben lassen.

Zu einem Zeitpunkt, wo noch kein Zivildienner zugeteilt war, hat es in den „Vorarlberger Nachrichten“ vom 13. Feber 1975 geheißt: „Dumm ist der Brave ... Ein Hinaufschnellen der Zahl der Wehrdienstverweigerer von 1000 im Jahr auf 8000 scheint jedoch zu bestätigen, daß eine ordentliche Portion Unehrllichkeit seit 1. Jänner 1975 im Spiel ist ... und die verantwortlichen Politiker in die Rolle von Zauberlehrlingen gedrängt werden, welche die Geister, die sie riefen, nicht mehr zu bändigen vermögen ... Jetzt muß die Regierung recht betroffen auf ihr Werk blicken: 8000 Waffen-dienstverweigerern ...“ und so weiter.

Andere Zeitungsartikel lauten: „Zivildienst-Debakel droht“, „Zivildienst wenig gefragt“, „Förderung der Drückeberger“, „Zivildienner im Schußfeld – Vorarlberg: ÖVP und SPÖ streiten über Dienst mit der Waffe“.

Es muß zur Ehre der „Presse“ gesagt werden, daß sie ein sehr objektives Urteil abgegeben hat. In einem Artikel vom 28. Mai 1975 heißt es – ich darf mit Zustimmung des Herrn Präsidenten wörtlich zitieren –:

„Ein Gespräch mit den wartenden Jugendlichen hilft manche Vorurteile abzubauen. Politisch indoktrinierte Studenten sind hier kaum zu finden, vielmehr Burschen mit einer ganz persönlichen Einstellung, oft auch mit einem nachhaltigen Erlebnis, das sie in ihrer Wehrauffassung geprägt hat.“

Meine Damen und Herren! Seit 1. Jänner sind bereits 320 junge Menschen zum Zivildienst zugeteilt worden. Es sind auch die Emotionen abgebaut worden, die sich um diesen Dienst gerant haben. Der Herr Innenminister hat ja selbst festgestellt – ich werde mir erlauben, dann auch noch Aussagen von Vertretern der Rechtsträger hier zu sagen –, daß im Spitalsdienst und beim Roten Kreuz die Zivildienner sich sehr gut bewährt haben.

Was aber nun die Zahl betrifft, die mit 8000 prognostiziert wurde: Wie sieht es tatsächlich aus? – Ich habe vom Herrn Bundesminister über meine Anfrage im Budgetausschuß eine Statistik der Geschäftsstelle der Zivildienstkommission über die eingelangten Anträge bekommen. Ich kann die Zahlen für den Zeitraum vom 1. Jänner 1975 bis 31. Oktober 1975 vorlegen. Es sind insgesamt 2269 Anträge eingelangt. Wien hat

selbstverständlich entsprechend seiner Einwohnerzahl mit 606 die höchste Personenzahl. In der Steiermark sind es zum Beispiel aber auch 335, in Oberösterreich 475, in Niederösterreich 263, in Kärnten 111, im Burgenland 44, in Vorarlberg 144 und in Salzburg 105.

Es ging auch um die Frage der Anerkennung der Zivildienner aus den früheren Jahren. Von den Stellungspflichtigen 1975 haben sich 959 Zivildienner gemeldet beziehungsweise einen Antrag auf Anerkennung bei der Zivildienstkommission eingebracht. Nichterledigt von der Kommission beim Bundesministerium für Landesverteidigung – nach der alten Bestimmung – sind 386 Ansuchen, nach den Übergangsbestimmungen sind es 261 und auf Grund der Musterung in früheren Jahren sind es 663; das sind wieder derzeit 2269 Anträge.

Eine weitere Frage war die – denn es gab große Zweifel auch noch in den Beratungen des Unterausschusses –, ob für die Zivildienner überhaupt genügend Plätze zur Verfügung stehen werden. Dazu kann ich auch eine Statistik vorlegen mit Stichtag vom 19. November 1975, wonach insgesamt 1933 Plätze zur Verfügung stehen.

Als Beispiele: In Wien 1026, in der Steiermark 150, in Niederösterreich 388. Es ist, wie die Presse geschrieben hat, hier ein Ost-West-Gefälle festzustellen, daß eben, was natürlich ist, in Wien und in Niederösterreich die meisten Plätze zur Verfügung stehen.

Derzeit sind eingesetzt ab 1. April 1975 57 Zivildienner, und ab 1. Oktober 1975 sind neuerlich 270 Zivildienstpflichtige den Rechtsträgern zugeteilt worden.

Inzwischen ist auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Zivildienst in das Gesamtkonzept der Landesverteidigung eingebaut worden. Der Nationalrat hat bekanntlich im Juni eine Novelle zum Bundes-Verfassungsgesetz beschlossen. In dieser Novelle zum Bundes-Verfassungsgesetz wurde ein grundsätzliches Bekenntnis zur umfassenden Landesverteidigung abgelegt. Die allgemeine Wehrpflicht wurde als Verfassungsgrundsatz normiert. Allerdings ist auch die Bestimmung enthalten: „Wer aus Gewissensgründen die Erfüllung der Wehrpflicht verweigert und hievon befreit wird, hat einen Ersatzdienst zu leisten.“

Ich glaube, mit dieser Bestimmung und mit dem Einbau des Zivildienstes in das Gesamtkonzept der Landesverteidigung ist auch diese Frage etwas entemotionalisiert worden und wird im Rahmen der tatsächlichen Verhältnisse gesehen.

Eine sehr wichtige und entscheidende, aber

**DDr. Hesele**

auch sehr verantwortungsvolle Aufgabe bei der Behandlung dieses Zivildienstes oder der Zivildienstfragen hat die Zivildienstkommission, die ab 1. Jänner 1975 in den einzelnen Senaten bisher 77 Verhandlungstage aufzuweisen hat.

Auf der 23. Vollversammlung des Österreichischen Bundesjugendringes am 29. November war es sehr interessant, die Erfahrungen eines Senatsvorsitzenden einer derartigen Zivildienstkommission, der zum Zivildienst durchaus positiv eingestellt ist, zu hören. Es ist eben die wichtigste Frage dieser Kommission und der Senate, die objektive Prüfung des Gewissens und der Gewissensgründe durchzuführen. Das stellt sicherlich hohe Anforderungen an das Verantwortungsbewußtsein dieser Senatsmitglieder.

Es gibt eben, und das wurde sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, keine Definition des Gewissens, die Allgemeingültigkeit beanspruchen könnte. Man kann eben die Gewissensgründe nur durch Hilfsmittel eruieren, durch Befragen und Erhebungen über das Verhalten eines Menschen. Daß auch hier persönliche, sehr subjektive Einstellungen in die Entscheidung einfließen, ist eben – das kann man sagen – menschlich bedingt. Es gibt keinen Menschen, der vollkommen unbefangen und objektiv an diese Frage herangehen kann.

Daß diese Kommission sehr objektiv zu prüfen versucht, zeigen aber auch die Entscheidungen, die getroffen werden, daß – und das kann man, wie wir gehört haben, als Faustregel aufstellen, das hat auch der Herr Bundesminister im Budgetausschuß erklärt – von den eingelangten Ansuchen zirka zwei Drittel bewilligt und ein Drittel abgelehnt werden.

Nach elf Monaten hat man bereits die *Erfahrung gewinnen können, daß es sich bei den jungen Menschen, die sich als Zivildienstler melden, keineswegs um Drückeberger handelt, sondern um Menschen, die es sich nicht sehr leicht machen. Der Großteil dieser Menschen, die sich um die Anerkennung als Zivildienstler bewerben, sind von sehr großen Idealen getragen. Selbstverständlich gibt es auch, wie bei jeder soziologischen menschlichen Gruppe, Außenseiter. Es gibt aber auch Randerscheinungen, die auch in dieser Frage nur eine Ausnahme bilden. Interessant war auch die Aussage eines Zivildienstlers zu hören, der in Linz im Zivildienst eingesetzt ist, der nicht aus der Gewerkschaftsjugend oder sozialistischen Jugend, sondern aus der katholischen Jugend kommt und der in sehr nüchterner Form geschildert hat, um wieviel schwieriger, um wieviel schwerer der Dienst beim Roten Kreuz gegenüber dem Dienst in der Kaserne ist.*

Wir haben auch die Aussage eines Einsatzleiters, der im Rahmen der Vollversammlung des Bundesjugendringes gesprochen hat. Dieser Einsatzleiter des Roten Kreuzes Wien hat sehr positive Aussagen über die Zivildienstler getroffen. Ursprünglich – hat er erklärt – bestanden große Bedenken, Zivildienstler überhaupt in den Verband des Roten Kreuzes aufzunehmen, weil man sich ganz falsche Vorstellungen über diesen Personenkreis gemacht hat. Aber er ist der Auffassung, es ist die Frage, wie man eben an diese Dinge herangeht und welche Einstellung man zu den Zivildienstlern hat. Er hat erklärt, beim Roten Kreuz haben sich die Zivildienstler sehr gut bewährt. Die Erfahrungen der anderen Rechtsträger gehen ebenfalls in diese Richtung.

Ich habe bereits den Herrn Bundesminister zitiert, der im Ausschuß gesagt hat – er hat ja den Überblick über die gesamte Tätigkeit der Zivildienstler –, daß sie sich auch in anderen Bereichen, wie in Krankenhäusern und so weiter, sehr gut bewährt haben.

Es war daher – und das muß man nach elf Monaten Geltungsdauer dieses Gesetzes sagen – sehr wichtig, vom Hohen Haus vier Jahre als Zeitraum zu verlangen, innerhalb dessen die Bundesregierung einen Bericht vorzulegen hat, weil man sich erst nach diesem Zeitpunkt ein abschließendes Urteil über diese Frage erlauben kann.

Die Frage des Zivildienstes, meine Damen und Herren, vor allem aber die Frage der Gewissensprüfung wird sicher immer in einem Spannungsverhältnis zwischen den Jugendorganisationen, den Vertretern der Landesverteidigung und letztlich auch der Administration stehen, weil jeder den Fragenkomplex der Verweigerung des Waffendienstes von seiner Seite aus betrachtet. Es ist die Aufgabe und wird auch in Zukunft unsere Aufgabe im Hohen Haus sein, nach Vorliegen dieses Berichtes eine Abstimmung aller Interessen zu treffen, die sowohl dem einzelnen Menschen, der einzelnen Persönlichkeit als auch den Interessen des Staates Rechnung tragen wird. (*Präsident Min-kowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Ich darf noch eine letzte Frage, die auch zum Innenministerium ressortiert, besprechen. Mir scheint der Zeitpunkt sehr günstig zu sein, weil Österreich im Jahre 1975 den Feiertag der Republik gefeiert hat: 30 Jahre Zweite Republik, 20 Jahre Staatsvertrag. Österreich hat sich nach dem Abschluß des Staatsvertrages am 26. Oktober 1955 zur immerwährenden Neutralität bekannt und ist – und das wurde heute schon erwähnt, weil es auch in das Kapitel „Äußeres“ gehört – durch eine aktive Neutralitätspolitik zu internationaler Entspannung und Verständigung beizutragen verpflichtet.

**DDr. Hesele**

Aber zu den humanitären Aufgaben, von denen vormittag im Rahmen der Außenpolitik gesprochen wurde, gehört auch die Hilfestellung für Flüchtlinge und für Emigranten. Das ist in Österreich durch die geographische Lage, durch die historischen Gegebenheiten bedingt. Man soll aus Anlaß dieser Feiern, die im heurigen Jahr stattgefunden haben, feststellen, daß die Bundesregierung bei all den Vorgängen, die in den östlichen Ländern geschehen sind, niemals jemanden zur Flucht aus seinem Heimatland animiert hat, denn es wissen viele Österreicher, wie schwierig das Leben im Exil ist. Österreich hat aber auch noch nie jemanden zurückgewiesen, wenn er an der Grenze Österreichs versucht hat, in Österreich Asyl zu bekommen.

Im Zusammenhang mit internationalen Organisationen sorgt man für Unterkunft, für Versorgung und Vorbereitung der Weiterwanderung oder der Integrierung der Flüchtlinge in Österreich. Aber das ist in den letzten 30 Jahren nicht nur eine idealistische Handlung gewesen, sondern hat auch, wie eine Dokumentation des Bundespressedienstes zeigt, sehr viel Geld gekostet. Es sind dem Staat sehr große Kosten erwachsen, die von allen Österreichern im Wege der Steuern und Abgaben aufgebracht wurden. Daher gebührt für dieses humanitäre Wirken nicht nur dem österreichischen Staat, sondern auch der gesamten österreichischen Bevölkerung der Dank für diese Hilfsbereitschaft.

Seit 1945 wurden 1,650.000 Menschen durch Österreich geschleust, zum Teil weitergegeben, zum Teil eingebürgert, wofür ein Betrag von 3,6 Milliarden Schilling aufgebracht wurde. Eine gleich hohe Summe wurde von den internationalen Organisationen aufgebracht, sodaß ein Gesamtbetrag für Flüchtlinge und Durchwanderer von 7 Milliarden Schilling entstanden ist.

Diese Ziffern und diese Kosten sollen auch hier erwähnt werden, weil das eine humanitäre Aufgabe Österreichs ist.

Die Durchwanderer sind die jüdischen Staatsbürger, die aus den osteuropäischen Staaten, in erster Linie und zum größten Teil aus der Sowjetunion, nach Israel auswandern und ihren Weg über Österreich nehmen. Bis 1973 sind in Österreich 208.785 Menschen durchgewandert, davon allein 86.447 Menschen aus der Sowjetunion.

Auch das, meine Damen und Herren, auch wenn der Innenminister dafür zuständig ist, ist ein Teil dieser aktiven humanitären Außenpolitik, von der heute vormittag gesprochen wurde.

Wir Sozialisten glauben, daß beim Kapitel „Inneres“ alle Mittel – das hat der Abgeordnete Thalhammer als Hauptsprecher hier gesagt – für

die Aufrechterhaltung der Sicherheit, der Ordnung in diesem Budget vorhanden sind. Wir sind aber auch der Auffassung, daß für die humanitären Aufgaben, für die Zivildienstaufgaben die notwendigen Mittel in diesem Budget gegeben sind, sodaß der Innenminister befähigt ist, im nächsten Jahr die öffentlichen Sicherheitsaufgaben durchzuführen, aber auch die Aufgaben des Zivildienstes und die humanitären Aufgaben der Flüchtlingsbetreuung. Daher stimmen wir gerne diesem Budgetkapitel „Inneres“ zu. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Minkowitsch:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Zeillinger (FPÖ):** Herr Präsident! Herr Bundesminister für Inneres! Hohes Haus! Der sozialistische Sprecher vor mir hat gesagt, daß die sozialistische Fraktion dem Budget gerne zustimmt, weil sie die Sicherheitsverhältnisse in Österreich für ausreichend und die dafür vorgesehenen Mittel ebenfalls für ausreichend hält. Ich darf einleitend feststellen, daß wir Freiheitlichen ungern, aber doch ablehnen, weil wir genau der gegenteiligen Ansicht sind, und es wird meine Aufgabe sein, das zu beweisen.

Herr Bundesminister für Inneres! Sie sind nach dem Kompetenzgesetz für die Angelegenheiten des Sicherheitswesens, und dabei insbesondere für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, der Ordnung und Sicherheit zuständig, soweit nicht Kompetenzschwierigkeiten bestehen. Das ist ja jener Fluchtweg, auf den sich die Innenminister der Koalition, der ÖVP und vor allem auch jetzt der SPÖ-Regierung immer wieder zurückgezogen haben.

Herr Minister! Wir würden uns wesentlich leichter reden, wenn wir jenen Bericht hätten, den Sie als Sozialisten mit uns Freiheitlichen gemeinsam beschlossen haben. Das war damals einstimmig, aber das war die Initiative. Wir Freiheitlichen haben seit jeher ein besonderes Augenmerk der Sicherheit im Staate – wir glauben, daß es im Interesse der Bürger immer notwendig war –, der Sicherheit unserer Bürger zugewendet. Zu jener Zeit, als die Sozialisten keine Mehrheit hatten, haben sie – anders wäre das damals gar nicht möglich gewesen – gemeinsam mit uns beschlossen, daß der Innenminister jährlich einen Bericht über die Lage der Sicherheit in diesem Staate zu geben hat. Ich darf gleich sagen: Der erste Sicherheitsbericht – er war auch ein Sicherheitsbericht – und auch die weiteren Sicherheitsberichte wurden erstattet, nur heuer im Wahljahr ist auffallenderweise plötzlich kein Sicherheitsbericht gegeben worden.

**Zeillinger**

Die Begründung dafür ist bis zur Stunde ausgeblieben. Wir haben heute gehört, daß Sie bei der Spanien-Demonstration keine Schutzschilder ausgegeben haben, um die Demonstranten nicht zu provozieren. Haben Sie vielleicht den Sicherheitsbericht nicht vorgelegt, um die Opposition nicht zu provozieren oder die Bevölkerung nicht zu beunruhigen?

Herr Bundesminister! Nehmen Sie die Sache etwas ernster! Der Beschluß, den Ihre Fraktion mit den anderen Fraktionen gemeinsam gefaßt hat, lautet nach dem Sprachgebrauch des Parlaments: Der Minister wird ersucht . . . – Aber Sie haben diesem Auftrag nachzukommen. Sie haben bis zur Stunde diesen Sicherheitsbericht dem Parlament nicht vorgelegt. Ich darf gleich sagen: Wir Freiheitlichen haben eine Pressekonferenz abgehalten und haben sogar ein Ultimatum gestellt und gesagt: Bis zum 25. August müssen Sie den Bericht vorlegen! Dann haben Sie schon etwas vorgelegt: eine Statistik haben Sie uns gegeben, eine Kriminalstatistik. Jetzt vor einigen Tagen hat uns dann der Justizminister ebenfalls eine Statistik gegeben.

Herr Minister! Diese Art von Statistiken ist uralte. Die hat es immer gegeben. Trotzdem hatte die sozialistische Fraktion seinerzeit das Gefühl, ein Sicherheitsbericht muß her, weil die Statistiken nicht genügen, um der Bevölkerung Aufklärung über die Sicherheit in diesem Staate zu geben.

Sie haben jedes Jahr bis zum Juli den Sicherheitsbericht gegeben und Sie weigern sich in diesem Jahr beharrlich, den Bericht über die Sicherheit in diesem Staate zu erstatten. Da müßten Sie nämlich eine Stellungnahme dazu abgeben, eine eigene Meinung äußern. Da müßten Sie Ihre Vorschläge machen, da müßten Sie mitteilen, was Sie beabsichtigen.

Sehen Sie, Herr Minister, und Sie haben uns den Bericht bis zu diesem Augenblick noch immer nicht gegeben. Sie haben nicht das Konzept, das seinerzeit die Sozialisten als Opposition vehement mit uns Freiheitlichen gemeinsam von der Volkspartei gefordert haben. Weil Sie als Sozialisten genauso wie die Volkspartei ebenfalls kein Konzept haben, weil die Sicherheitsverhältnisse schlechter geworden sind, sagen Sie: Dann mißachten wir einfach den einstimmigen Beschluß des Parlamentes! Wir haben ja die Mehrheit! – Hinter Ihnen steht ja eine solide Mehrheit von 50,4 Prozent, die alles deckt.

Sie legen den Sicherheitsbericht nicht vor. Sie wissen, heute wird das Kapitel Innenministerium behandelt. Sie lassen es auf die Kraftprobe ankommen. Sie sagen: Und ich lege diesen Bericht auch heute nicht vor!

Herr Minister, das ist eine glatte Provokation dieses Parlaments. Ich hoffe, daß Sie sich zu Wort melden, und ich hoffe, daß Sie beantworten, warum Sie sich weigern, den Sicherheitsbericht wie jedes Jahr bis zum Juli vorzulegen, damit die Abgeordneten darüber diskutieren können.

Denn noch einmal darf ich sagen: Die Statistiken, die Sie und auch der Justizminister uns gegeben haben, sind interessant, aber die kriegen wir seit 20 Jahren. Trotzdem hat die sozialistische Fraktion gemeinsam mit Freiheitlichen und Volkspartei gesagt: Die Innenminister dieses Landes haben jährlich einen Bericht über die Sicherheit im Staate zu geben!

Herr Minister! Ich darf also hoffen, daß Sie uns noch eine Antwort zukommen lassen werden. Aber weil ich möglicherweise dann wieder von Ihnen hören werde, Sie seien nicht kompetent, Sie haben Schwierigkeiten, Sie seien unzuständig, Sie wissen nichts, erlaube ich mir einen Entschließungsantrag einzubringen, der lautet:

**Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Zeillinger, Dr. Schmidt.

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Unter Bezugnahme auf die Entschließung des Nationalrates vom 18. Dezember 1970 (E-35 – NR/XII. GP) wird die Bundesregierung aufgefordert, den Bericht über die innere Sicherheit Österreichs im Jahre 1974 bis spätestens 19. Dezember dieses Jahres dem Nationalrat vorzulegen.“

So lange sind wir nämlich beisammen. Wir wollen Ihre Wege nicht zu Weihnachten auch noch hiersitzen und wir wollen den Bericht nicht dann bekommen, wenn das Parlament nicht da ist und nicht darüber diskutieren kann. Denn diese Flucht aus dem Parlament, dieses Sich-nicht-der-Diskussion-stellen-Wollen, Herr Minister, muß ein Ende haben!

Es gibt keine Begründung, warum Sie den einstimmigen Beschluß, auch den Beschluß Ihrer Fraktion mißachten, warum Sie den Sicherheitsbericht nicht vorlegen. Im Namen der freiheitlichen Fraktion darf ich den Entschließungsantrag einbringen und ich darf gleichzeitig die beiden anderen Fraktionen bitten, die gemeinsam mit uns Freiheitlichen seinerzeit den Innenminister beauftragt haben, diesen Sicherheitsbericht vorzulegen, mit uns diesen Beschluß zu fassen. Denn fertig ist natürlich der Bericht. Das ist ja selbstverständlich. Er muß ja auch fertig sein. Die statistischen Unterlagen sind ja lang genug vorhanden, wir haben die Statistik im wesentlichen seit August, eine Statistik, wie wir sie seit 20 Jahren bekommen. Nur die Meinung des

**Zeillinger**

Ministers dazu haben wir bisher noch nicht. Und wir würden sehr, sehr gerne darüber reden, bevor wir auseinandergehen, und ich darf Sie daher einladen, die einstimmigen Beschlüsse des Parlaments zu achten, auch wenn die sozialistische Fraktion eine hauchdünne Mehrheit hat, auch wenn Sie heute beschließen können, daß das, was Sie seinerzeit beantragt haben, nicht mehr vom Minister durchgeführt werden muß.

Die Bevölkerung von Österreich hat ein Interesse zu erfahren, ob und wie sicher es ist, zumal ja ein Sprecher der Regierungsfraktion heute ungefähr so gesagt hat: Den Sicherheitsbericht brauchen wir gar nicht, es ist sowieso alles beim alten, es gibt nichts Neues.

Darf ich ein bißchen zurückblicken. Sie waren ja auch einmal in der Opposition, Herr Minister. Sie werden sich daran erinnern. Da hat die schwarze Seite dieses Hauses regiert. (*Zwischenruf.*) Sie waren in Opposition, und es ist sehr interessant, wie Sie damals gedacht haben, meine Herren von der sozialistischen Seite.

Ich darf also hier auf eine Rede eines Innenministers zurückgreifen, und zwar habe ich mir deswegen den Innenminister herausgesucht, weil ein ehemaliger Innenminister weiß, was notwendig ist, und weiß, was in einem Ressort geschehen könnte. Darf ich einen Ihrer Amtsvorgänger - es ist der heutige Landeshauptmann-Stellvertreter Czettel - vom 3. Dezember 1968 zitieren. Er sagte unter anderem:

„Wir haben in Österreich im Jahre 1966 49 Morde gehabt, 72 Mordversuche, 18 Kindesmorde und 14 Totschläge. An leichten und schweren körperlichen Beschädigungen weist die Statistik für 1966 mehr als 31.000 aus. Einbruchsdiebstähle, Kraftfahrzeugdiebstähle und andere Diebstähle wurden rund 51.000 begangen; auch über 461 Raubfälle, 205 Brandstiftungen . . .“, und so weiter, „... rund 2000 Tote, die jährlich der Straßenverkehr mit sich bringt.

Diese paar Zahlen . . .“ - das sage ich nicht, das sagt der sozialistische Abgeordnete - „beleuchten doch die Notwendigkeit, das Gebiet der öffentlichen Sicherheit ernst zu nehmen.“

Herr Minister! Das hat damals Ihr Fraktionskollege, der sozialistische Abgeordnete Czettel, heutiger Landeshauptmann-Stellvertreter, gesagt!

„Andererseits dürfen wir aber nicht zulassen, daß unser Land jetzt ein kleiner Polizeistaat wird.“ Völlig einer Meinung, meine Herren von der Sozialistischen Partei, das wollen wir Freiheitlichen bei Gott auch nicht.

„Es ist notwendig, unentwegt“ - unentwegt! - „an echten Reformen der Sicherheitsorganisation zu arbeiten, die den neuen Erfordernissen der Sicherheitsverwaltung entsprechen.“ Ich hoffe, daß Sie seit fünf Jahren unentwegt daran arbeiten. Jetzt sagen Sie uns aber einmal, was dabei herausgekommen ist, wenn Sie unentwegt daran arbeiten. Denn stellen Sie sich vor, Ihr Fraktionskollege, der Sozialist Czettel, hat damals die ÖVP festgenagelt, weil es 49 Morde gab! Wissen Sie, wieviel Morde voriges Jahr unter Innenminister Rösch waren? - 79! (*Zwischenruf.*) So ist es.

Oder: Der Sozialist Czettel hat seinerzeit erklärt: 72 Mordversuche! Wissen Sie, wieviel es jetzt unter dem sozialistischen Innenminister Rösch sind? - 96!

Oder: 14 Totschläge waren Anlaß für den Sozialisten Czettel zu sagen, Reformen müssen her, Konzepte müssen her! Wissen Sie, wieviel Totschläge es jetzt sind? Statt 14 sind es 35!

Oder: 461 Raubüberfälle hat damals der Sozialist Czettel mit Recht kritisiert. Wissen Sie, wie viele es unter dem Sozialisten Rösch geworden sind? - 817! Verdoppelt haben sie sich im Vorjahr!

Das ist ja der Grund, Herr Minister, warum Sie keinen Sicherheitsbericht vorlegen, weil Sie all das, was Sie seinerzeit in der Opposition gefordert haben, in fünf Jahren sozialistischer Arbeit nicht geleistet haben. Die Raubüberfälle in Österreich haben sich im Vorjahr seit der Kritik, die die Sozialisten geübt haben, verdoppelt. Darum legen Sie keinen Sicherheitsbericht vor, weil Sie nicht haben wollen, daß die Öffentlichkeit darüber informiert wird.

Ich könnte das jetzt weiter aufzählen: Delikte nach dem Waffengesetz von 926 auf 1401. So ist die Kriminalität in diesem Staate angestiegen. Das können wir uns alles aus der Statistik herausuchen, Herr Minister, das konnten wir immer.

Aber die Sozialisten waren so wie wir Freiheitlichen und die ÖVP der Ansicht, die Innenminister sollen einen Bericht darüber geben und Konzepte, jene Konzepte, die der Sozialist Czettel beantragt hat, vorlegen. Nicht sagen, daß sie unzuständig sind! Sie sind nach dem Kompetenzgesetz für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit in diesem Staate verantwortlich!

Wo ist der Sicherheitsbericht? - Das ist mit einer der Gründe, warum Sie keinen Sicherheitsbericht vorlegen.

Wir hatten in einer vergangenen Debatte schon einmal eine Auseinandersetzung. Wir haben heute beispielsweise verschiedene Auf-

**Zeillinger**

fassungen über die Entwicklung der Jugend, wobei ich zum Beispiel eine übrigens zum Teil auch von Sozialisten vertretene Meinung teile, daß nicht die Jugendlichen schuld sind, wenn sie sich manchmal fehlentwickeln, sondern vielfach die Erwachsenen, die sie so erzogen haben. Wir sollen uns nicht von der Verantwortung drücken. Die Jugend ist ja das Produkt unserer Erziehung.

Ich darf Ihnen hier wieder vorlesen – nicht meine Worte –, was der ehemalige sozialistische Minister Czettel gesagt hat: „Ich“ – Czettel – „bin persönlich der Meinung, daß angesichts dieser Zahlen, angesichts dieser Fakten vor allem auf dem Gebiet des Erziehungswesens mehr als bisher geschehen müßte. Ein Kind, das zu Hause oder in der Schule nicht lernt, vor dem anderen Menschen Achtung zu haben, wird später zwischen Dein und Mein nicht unterscheiden können ...“

Und von Jahr zu Jahr können weniger junge Menschen zwischen Dein und Mein unterscheiden, meine Herren. Seit fünf Jahren, Herr Minister Rösch, tragen Sie die Verantwortung!

Und Czettel sagt weiter: „... und der Weg vom kleinen Diebstahl zum Raub und von der kleinen Gewalttätigkeit zum Mord ist oft ein viel kürzerer, als viele von uns annehmen.“

Wie hellseherisch war der Sozialist Czettel, der das gesagt hat bei 461 Raubfällen, und Sie schweigen jetzt bei 817 Raubfällen im Jahr!

Herr Minister! Derjenige, der überfallen wird, der bestohlen wird, die Frau, die vergewaltigt wird, die interessiert nicht, wer zuständig ist, ob der Justizminister, der Handelsminister, der Innenminister, sondern der fragt, ob die Regierung den Auftrag, die Sicherheit im Staate zu wahren, erfüllt hat.

Sehen Sie, und da wissen Sie keine Antwort. Darum verschweigen Sie den Sicherheitsbericht.

Es sagt der Sozialist Czettel, Ihr Vorgänger im Amt: „Ich möchte jetzt keinen Moralapostel spielen, aber ich meine: Solange der Playboy“ – bitte, das ist nicht die Zeitung „Playboy“, die jetzt das Organ des Bundeskanzlers geworden ist (*Heiterkeit*), sondern der Playboy, der Snob –, „das arbeitsscheue und verhätschelte Gespenst einer Jugendwelt, in den Illustrierten als das Idol der jungen Generation dargestellt wird, soll man sich nicht wundern, daß es in vielen Familien, in denen junge Menschen leben, zu Spannungen kommt, deren Entartungen unter Umständen Verbrechen sein könnten.“

Das hat der Sozialist Czettel gesagt, und ich unterschreibe jedes Wort. Vielleicht werden Sie am Schluß meiner Ausführungen verstehen, wenn ich sage: Der Sozialist Czettel müßte heute

in den freiheitlichen Abgeordnetenbanken sitzen, denn all das, was er gefordert hat, was Sie seit fünf Jahren und seit vier Jahren mit absoluter Mehrheit verwirklichen könnten, haben Sie nicht verwirklicht! Denn wir stehen heute genauso vor der erschütternden Tatsache, daß die Jugend gefährdet ist und auch weiterhin – ich möchte wieder sagen – durch Verschulden der Erwachsenen gefährdet wird.

Nicht sagen: Ich als Innenminister ...! Das haben Sie uns nämlich interessanterweise auf eine Anfrage als Antwort gegeben, daß Sie nicht zuständig sind.

Sie haben die Kompetenz, für die Sicherheit, für die Ruhe und Ordnung zu sorgen, Sie müssen sich mit den anderen Ministern ins Einvernehmen setzen, Sie müssen halt einmal initiativ werden, Herr Bundesminister!

Am 28. April haben wir eine Anfrage gestellt – ich zitiere –:

„Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei der hohe Anteil, den die Altersgruppen der Jugendlichen (14 bis 18 Jahre) und Heranwachsenden (18 bis 21 Jahre) an den Verbrechen gegen Leib und Leben aufzuweisen haben ...“ Was hier zutage tritt, ist eine zunehmende Verrohung, der Richter, Staatsanwälte und Psychologen nicht selten fassungslos gegenüberstehen.

Es sollte nicht länger übersehen werden, daß diese in der Öffentlichkeit viel diskutierte Erscheinung von den Fachleuten warnend mit einer ganz bestimmten Art von Spielfilmen in Verbindung gebracht wird, die brutale Gewalt verherrlichen.

Darf ich Ihnen gleich sagen, meine Damen und Herren: Das ist meine persönliche Meinung.

Die Arbeit hier hindert uns meistens, das Fernsehen zu sehen, aber wir brauchen ja nur einen Blick in das Fernsehen zu werfen.

Die Kriminalfilme bestehen doch meistens darin, daß der Polizist oder der Kriminalbeamte der Trottel ist, derjenige, der nicht alle fünf Sinne beisammen hat. Der Verbrecher ist ein wenn auch fehlgeleitetes Idol, letzten Endes hat er einfach Pech gehabt, aber im Prinzip ist er der sympathische Mensch gewesen.

Das sind die Filme, mit denen systematisch die Jugend berieselt wird. Bei den Älteren kommt es vielleicht nicht so an, aber bei der Jugend fällt es auf einen leider fruchtbaren Boden.

„Alles in allem handelt es sich hier um eine Problematik, die jedenfalls noch einer genauen Untersuchung durch Experten ... bedarf, ...“

**Zeillinger**

dessenungeachtet wäre es nach Auffassung der unterzeichneten Abgeordneten sehr wohl Sache des Bundesministers für Inneres, den causalen Zusammenhang zwischen der Jugendkriminalität mit ihren heutigen Begleiterscheinungen und dem Überhandnehmen solcher Filme, in denen das Verbrechen und die Anwendung brutaler Gewalt glorifiziert werden, näher untersuchen zu lassen."

Herr Minister! Es war ein Ersuchen, das zu tun, denn auch Sie müssen interessiert daran sein, daß die Jugendkriminalität eingeeengt wird, ein Ersuchen, über das Sie uns im Sicherheitsbericht berichten hätten können und sollen. Aber Sie haben es ja nicht untersucht, daher haben Sie auch keinen Sicherheitsbericht vorgelegt. Sie haben dazu nichts auszusagen.

Ich brauche ja nur darauf zu verweisen, welche Antwort gegeben wurde. Die Antwort ist vom 25. Juni, also knapp zwei Monate später:

„Der mengenmäßige Schwerpunkt der Jugendkriminalität liegt bei den Vermögensdelikten und nicht bei den Verbrechen gegen Leib und Leben."

Na ja, man fängt ja nicht gleich als Mörder an – das ist meistens das Ende einer „Karriere“ – oder mit Vergewaltigung und Raub. Wer ein bißerl was von Kriminalität und Strafrecht versteht, weiß, daß man mit den kleinen Eigentumsdelikten anfängt, mit der Mißachtung des Rechtes, und dann irgendwo einmal beim Raub endet.

Und dann heißt es: Es „zeigt“ sich „deutlich, daß der altersmäßige Schwerpunkt der wegen Verbrechen gegen Leib und Leben ermittelten Täter nicht bei den Jugendlichen, sondern bei den Heranwachsenden (über 18 bis 21 Jahre) und vor allem bei den jungen Erwachsenen (über 21 bis 25 Jahre) liegt“.

Selbstverständlich: das ist ja die Folge. Die 14- bis 18jährigen werden damit berieselt, dem wird nichts bewußt entgegengesetzt, und mit 18 Jahren sind sie dann Kriminelle. Das haben wir gefragt, und darauf wurde uns gesagt: Nicht die 14- bis 18jährigen, sondern die 18- bis 21jährigen sind es! Das ist die einzige Antwort, die gegeben wurde.

Aber das Konzept zur Bekämpfung, das der Ex-Minister Czettel gefordert hat, über das Sie hätten berichten sollen im Sicherheitsbericht, das Konzept haben Sie wahrscheinlich nicht, denn wenn Sie es hätten, dann hätten Sie einen Sicherheitsbericht vorgelegt.

Ich glaube also, daß hier der Innenminister Czettel, der Initiativen forderte, völlig recht hatte.

Ex-Innenminister Czettel, damals sozialistisch-oppositioneller Abgeordneter, sagte am 3. Dezember 1968: „Weil wir Sozialisten nachweisen können, daß wir auch als Opposition, immer dann, wenn wir überzeugt worden sind, daß Maßnahmen beabsichtigt wurden, die zur Bekämpfung dieser großen Gefahren auf dem Sektor der öffentlichen Sicherheit notwendig waren, nicht nur mitgestimmt, sondern auch selber eine Reihe von Initiativen ergriffen haben."

Richtig, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei. Darf ich es jenen Kollegen sagen, die erst kurz im Parlament sind: Sie haben einmal Initiativen mitergriffen. Aber jetzt sind Sie in der Regierung. Wo sind jetzt die Initiativen, wo ist das Konzept? Wir stellen nur mehr ein Ansteigen der Kriminalität fest, vor allem der Heranwachsenden von 21 bis 25 Jahren. Daß die 18jährigen hauptsächlich Vermögensdelikte begehen, das wird Ihnen in der ganzen Welt jeder sagen, das ist eine völlig natürliche Entwicklung. Mit 25 Jahren sind diese dann die Räuber, die sich verdoppelt haben seit der Rede des Ministers Czettel.

Hier hat das Parlament gesagt: Berichten Sie darüber, und was ist Ihr Konzept? Czettel sagte: Wir Sozialisten sind initiativ und wir haben Konzepte. Herr Minister, wo ist Ihr Konzept? Wo ist Ihre Initiative geblieben, wo ist Ihr Konzept? (*Zwischenruf.*) Herr Minister! Gilt das alles, was Sie als Sozialisten in der Opposition gegen die ÖVP gesagt haben, nicht mehr? Hat sich Ihr Standort als Sozialisten geändert? Keiner von Ihnen, meine Damen und Herren, redet so, wie seinerzeit der Sozialist Czettel hier gesprochen hat.

Herr Minister! Nun haben wir ein zweites Kapitel: Es wird immer risikoloser, Krimineller zu sein. Das Risiko wird immer geringer, weil die Aufklärungsquote immer kleiner wird; das heißt, damit wird auch die Versuchung, die Verführung auf der einen Seite immer größer und die Abschreckung auf der anderen Seite, eventuell von der Gesellschaft erfaßt und irgendwo zur Verantwortung gezogen, resozialisiert zu werden, immer geringer.

Herr Minister! Sie sagen: Amtskollege Justizminister Dr. Broda vertritt mit den Sprechern aller Fraktionen gemeinsam das Konzept: Es ist wichtig, die Kriminellen rechtzeitig zu erfassen, damit man sie resozialisieren kann. Aber resozialisieren kann ich nur einen, den ich zuerst erwische. Aber, Herr Innenminister, Sie und die Kompetenzschwierigkeiten, auf die Sie sich berufen, verhindern ja, daß man die Leute erwischt! Wie soll man jetzt resozialisieren, wenn man die Leute nicht mehr erwischt? Und die, die zuständig wären, die Verbrecher



**Zeillinger**

dingfest zu machen, Herr Minister, die decken Sie doch mit einer Verwaltungsarbeit ein, das ist unvorstellbar.

Sie haben mich einmal eingeladen, mit Ihnen zu gehen. Jetzt lade ich Sie einmal ein: Gehen wir einmal miteinander zu einem Wiener Kommissariat und schauen wir uns dort die Verhältnisse an. Ich habe mir erlaubt, zur Vorbereitung in einem Wiener Kommissariat nachzusehen, nachdem mir aufgefallen ist, daß Sie sich so weigern, den Sicherheitsbericht trotz einstimmigen Beschlusses des Parlaments vorzulegen. Der Fall, daß ein Minister den einstimmigen Beschluß des Parlaments mißachtet, bei dem die eigene Partei und er selbst einmal initiativ waren und wo er selbst auch als Abgeordneter zugestimmt hat, war mir verdächtig.

Das Gespräch mit den Beamten des Wiener Kommissariats war äußerst interessant. Dieses Kommissariat verfügt über 30 Kriminalbeamte, die in vier Gruppen aufgeteilt sind. Diese vier Gruppen haben im November einen Aktenanfall von 3000 Akten zu erledigen gehabt.

Jetzt kommt das Interessante: 3000! – Nun gut, es gibt ja viele Tascheldiebe; die werden ohnedies oft nicht angezeigt. Aber es gibt ja viel, was der Kriminalbeamte dingfest machen soll. Ja wissen Sie, was die zu tun haben? – Von 3000 Akten 1400 Lenkererhebungen!

Wissen Sie, was das ist? – Wenn Sie mit 70 Stundenkilometer auf der Straße fahren oder wenn einer bei Rot über die Kreuzung fährt, dann wird die Nummer aufgeschrieben, dann wird eine Anzeige erstattet, dann ein Akt gemacht; damit beginnt in Österreich bekanntlich alles. Dann ist der Akt da, und dann kriegen den Akt jene Leute, die die Kriminellen dingfest machen sollen, zur Eruiierung der Täter, des Fahrers. Und nun muß der Kriminalbeamte feststellen, wer gefahren ist; denn man kann nicht den Fahrzeugbesitzer bestrafen, sondern man kann ja nur den bestrafen, der gefahren ist. Und nun müssen die Kriminalbeamten eines einzigen Bezirkes in 1400 Fällen allein im November nachforschen, wer am 27. August um 17.30 Uhr am Getreidemarkt vor dem Theater mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren ist.

Sagen Sie, das ist doch auf der ganzen Welt nicht Aufgabe der Kriminalbeamten, Herr Minister! Das sagen wir Ihnen seit Jahren.

Sie haben die Verwaltungsarbeit dieser Beamten sogar noch vermehrt. Ich habe Ihnen schon einige Male die Beispiele angeführt. Schauen Sie doch ein bisserl über die Grenzen, seien Sie doch nicht so engstirnig! Schauen Sie, wie es in anderen Staaten geschieht. Sie berufen sich gerne auf andere neutrale Staaten. Sie

waren ja sicher auch viel im Ausland. Aber wissen Sie, wie es in der Schweiz gemacht wird? Ich darf es kurz wiederholen, die meisten Kollegen werden es schon wissen:

In der Schweiz wird die Nummer aufgeschrieben. Die Anzeige, die der Polizist schreiben muß, wird gleich in Kopie dem Fahrzeughalter zugestellt, und da steht drauf: Entweder Sie zahlen oder Sie geben uns binnen acht Tagen bekannt, wer gefahren ist. Aus. Kein Kriminalbeamter wird eingeschaltet.

Aber allein in dem einen Bezirk 1400 Akten in einem Monat, im November! Statt daß wir die Kriminellen suchen: 1400 Erhebungen, Akten, wo Kriminalbeamte eingesetzt waren, um die Fahrzeughalter oder Lenker zu erheben.

Dann kommen Strafen, die zwischen 100 und 500 S liegen, wobei in den meisten Fällen der Verwaltungsaufwand viel größer ist als die Strafe, die dann der Betreffende bekommt, wobei ohnehin ein erheblicher Teil überhaupt danebengeht; denn wenn oft drei Wochen später gefragt wird, wer gefahren ist, kann der, der kein Fahrtenbuch führt, wo jeden Tag genau eingetragen wird, zu welcher Stunde wer fährt, diese Auskunft gar nimmer geben.

Wenn nun die Fahrzeuge zum Beispiel in zweiter Spur – ich darf zum fließenden Verkehr noch ein Wort sagen – abgestellt werden, so hat früher – ich komme auf das Kapitel jetzt gleich zu sprechen – der Rayonsinspektor gewußt: Da ist eine Möbelfirma, die laden ein Stockerl im ersten Stock ab. Er ist hinaufgegangen und hat gesagt: Burschen, in drei Minuten seid ihr weg, oder 500 S! Das ist nicht mehr so. Jetzt wird die Nummer aufgeschrieben, dann wird eine Anzeige geschrieben, dann wird ein Akt angelegt, dann wird der Akt von der Polizei den Kriminalbeamten zugeleitet, dann müssen die Kriminalbeamten feststellen, daß der Ferdl Woprschalek gefahren ist, und dann wird eine Strafe verfügt.

Verstehen Sie nun, warum wir wieder sagen: Wo ist der alte Rayonsinspektor? Der hat den Verkehr in Fluß gehalten. Den haben Sie beseitigt und Sie haben kein Konzept an dessen Stelle gestellt.

Die Folge davon ist, daß uns die Kriminalbeamten ganz offen sagen: Wir können doch nicht die Verbrecher suchen! Sagen Sie dem Herrn Rösch zuerst einmal, er soll uns von der Verwaltungsarbeit befreien!

Ich erzähle Ihnen jetzt nur noch zum Abschluß dieses Kapitels zwei Beispiele, die bei meinen Erhebungen herausgekommen sind. Da ist ein psychisch labiler Mann, der eine Psychose hatte, nach Steinhof gebracht worden. Dort in Steinhof

**Zeillinger**

ist ihm plötzlich eingefallen, er hat in der Wohnung eine Katze. (*Ruf bei der ÖVP: Welche?*) Eine vierbeinige Katze. Wissen Sie, was geschehen ist? – Ein Akt ist angelegt worden, und der Akt ist der Kriminalpolizei zugeleitet worden. Die Tierfreunde werden sich sehr freuen, das ist völlig richtig. Die Kriminalpolizisten haben dann auf Grund dieses Aktes die Katze aus der Wohnung geholt. Sehen Sie, Herr Minister, das ist wirklich nicht Aufgabe der Kriminalbeamten! Dazu haben wir wirklich andere Institutionen, die sich damit beschäftigen sollen.

In Wiener Neustadt ist ein Wiener von einem Hamster gebissen worden. Das Spital hat die Anzeige erstattet, weil möglicherweise Fremdverschulden vorgelegen ist. Der Akt ist sofort nach Wien gegangen, und dort mußte dann die Kriminalpolizei Erhebungen anstellen, ob das, was den Wiener gebissen hat, tatsächlich ein Hamster war oder etwas anderes.

Sehen Sie, Herr Minister, das ist eine Fülle von Aufgaben, und ich lade Sie ein: Gehen wir einmal in ein Kommissariat und reden wir mit den Beamten und schauen Sie sich die dort liegenden Stöße an – lauter Erhebungsakten, lauter Verwaltungsbeamte. Das sind aber die Kriminalbeamten, jenes Zivilkorps, das dazu da ist, die Verbrecher dingfest zu machen. Die halten Sie mit Verwaltungsarbeit davon ab.

Da hat mit Recht der Czettel schon seinerzeit gesagt: Ein Konzept muß her! Fünf Jahre sind Sie jetzt im Amt, aber Konzept haben Sie noch immer keines. O ja, Titel; aber ich glaube, diese militärischen Titel hat die Volkspartei eingeführt. Da gibt es einen Kriminaloberst, da gibt es einen Oberstleutnant, einen Kriminalleutnant. Das wäre für Sie noch ein Betätigungsfeld. Sie könnten noch den Kriminalkorporal und den Kriminalgefreiten einführen, um die Liste voll zu machen.

In dem Wiener Bezirk, den ich da besucht habe – es ist einer der großen –, gibt es vier Wachzimmer. Diese vier Wachzimmer verfügen ab 19 Uhr über 11 bis 13 Wachebeamte; von diesen 13 sind aber 5 an den Innendienst gebunden. In diesem Wiener Bezirk, der so groß ist wie eine kleine Stadt, sind also in der Nacht praktisch 7 oder 8 Leute zur Verfügung.

Darf ich Ihnen jetzt hier einen Brief vorlesen, der sehr interessant ist, weil er nämlich zeigt, wohin das führt. Man glaubt nämlich, wenn man eine Alarmanlage hat, dann hat man auch eine gewisse Sicherheit, dann kommt die Polizei. Hier schrieb mir eine Frau aus der Praterstraße – es ist leicht überprüfbar, ich habe es selbst überprüft und habe übrigens festgestellt, daß der Kollege Schnell gleich um die Ecke wohnt, er weiß es sicher auch –:

Sehr geehrter Herr Nationalrat! Sie haben im Parlament oft Fragen der öffentlichen Sicherheit zur Sprache gebracht. Ich wende mich heute an Sie mit einer Beschwerde. In der Praterstraße ist in meiner Nähe ein Radio- und Elektrogeschäft, das eine automatische Alarmanlage hat. Kürzlich – der Brief ist vor ungefähr einer Woche gekommen – war diese Alarmanlage schadhaft, angeblich durch Kälteeinwirkung, und schaltete sich während der Nacht alle 15 bis 30 Minuten von selbst ein.

Ich habe mich in der Umgebung erkundigt, die Leute sagten, es war entsetzlich. Ab 10 Uhr abends ist alle 15 Minuten die Alarmanlage auf zwei Minuten gegangen. Durch den schrecklichen Lärm dieser Alarmanlage wurden zwar alle Bewohner der Umgebung aus ihrem Schlaf gestört, wer aber nicht kam, das war die Polizei.

Die ganze Nacht, stellen Sie sich vor, hat das kein Polizist in der Praterstraße gehört! Die Alarmanlage ist bis in der Früh gegangen, bis der gekommen ist, sein Geschäft aufgesperrt und diese durch den Kälteeinbruch schadhaft gewordene Alarmanlage abgestellt hat.

Die Frau schreibt weiter: Die Polizei erfuhr davon erst durch Telefonanrufe, mit denen sich die Anrainer beschwerten. Das Beispiel zeigt Ihnen, Herr Nationalrat, wie unsicher die Verhältnisse bei uns sind. Ein Einbrecher hätte ganz ruhig das Geschäft ausräumen können, ohne daß die Polizei gekommen wäre. Die Alarmanlage war übrigens auch noch in den zwei folgenden Nächten schadhaft, sodaß die Bewohner weiterhin schwer gestört wurden. Ich bitte Sie, daß Sie sich dieses Falles annehmen.

Der alte Rayonsinspektor ist also weg, und Sicherheitsbericht geben Sie uns auch keinen. Die Beantwortung dieser Frage gehört hier hinein. Sie können in Wien bei einer Bank eine Alarmanlage gehen lassen, es kommt niemand. Herr Minister, das ist das Ergebnis Ihrer fünfjährigen Regierungstätigkeit!

Verstehen Sie aber nun, warum der Kollege Czettel gesagt hat: Die Sicherheitsverhältnisse 1968 – wo die ÖVP regiert hat – sind so, daß sie geändert gehören! Ein Konzept muß her! – Wo ist das Konzept, Herr Minister? Wo ist der Sicherheitsbericht, wo Sie von einem Konzept schreiben?

Früher mußten die Verbrecher die Alarmanlage ausschalten. Das ist gar nicht mehr notwendig. Heute brauchen sie sie gar nicht mehr auszuschalten, es kommt ohnehin kein Polizist. Denn Sie haben dafür gesorgt, daß der Rayonsinspektor weg ist, Sie haben dafür gesorgt, daß keiner mehr kommt, wenn die Alarmanlage geht, und Sie sorgen dafür, daß das

**Zeillinger**

Parlament nichts erfährt, weil Sie keinen Sicherheitsbericht geben.

Sehen Sie, Herr Minister, das sind die Sicherheitsverhältnisse. Wo ist der Geist eines Ex-Innenministers Czettel – eines Sozialisten –, wo ist der Geist dieses Mannes, der damals von der ÖVP all das gefordert hat, was der Herr Innenminister Rösch heute nicht tut?

Meine Damen und Herren, der Bevölkerung ist es doch gleichgültig, ob der Innenminister blau, rot, schwarz, grün oder gelb ist. Der Bevölkerung ist es gleichgültig, ob der Bezirkshauptmann oder der Landeshauptmann zuständig ist. Wenn eine Frau sich bedroht fühlen kann, dann will sie die Sicherheit bekommen, daß das eben nicht geschieht. Aber wer eventuell kompetent ist, das ist bestimmt nicht dasjenige, was sie dabei interessiert.

Wenn zuvor die Kollegen auch das Beispiel der Demonstrationen gebracht haben: Herr Minister! Zur Ruhe und Ordnung gehört auch die Sicherheit bei Demonstrationen. Sie haben bei der Polizei Wasserwerfer, die, wenn sie mit Wasser gefüllt sind, nicht fahren können, oder wenn sie fahren können, dann müssen sie das Wasser vorher auslassen. Dann kommt man ohne Wasser zur Demonstration hin.

Ich nehme an, Sie werden als junger Mensch genauso an Demonstrationen teilgenommen haben wie ich. Stellen Sie sich vor, daß man in dieser brodelnden Menge mit einem Schlauch dann zum Hydranten gehen und sagen muß: Moment, meine Herren Demonstranten, gleich werden wir euch verscheuchen, wir müssen nur zuerst Wasser auftanken (*Heiterkeit*), weil mit vollgeladenem Wassertank die Wasserwerfer des Herrn Innenministers Rösch nicht zur Demonstration fahren können! (*Zwischenruf*.) Sie können entweder nur mit Wasser gefüllt in der Kaserne stehen, Herr Kollege, oder wenn sie zum Einsatz fahren, muß man das Wasser ablassen.

Herr Minister, glauben Sie nicht, daß man darüber erstens einmal ein Wort im Sicherheitsbericht verlieren sollte und – man muß ja eine Idee haben – einen Vorschlag machen sollte, wie es anders sein könnte? Aber weil Sie diese Idee, dieses Konzept, wie es der Sozialist Czettel von der ÖVP verlangt hat, eben auch nicht haben, deswegen bekommen wir keinen Sicherheitsbericht.

So sicher, Herr Kollege Thalhammer, wie Sie sagen, sind die Verhältnisse in Österreich nicht. Wenn man dieser Tage die Zeitung aufgemacht hat, so konnte man hier lesen, daß die Flucht aus „löchriger Strafanstalt Stein“ gelang. Der Justizminister hat Glück gehabt. Am 4. Dezember war das Kapitel Justiz hier dran, da hätten wir

natürlich darüber gesprochen. Da haben die beiden italienischen Schwerverbrecher ohnehin schon an dem Loch gebohrt, aus dem sie ausbrechen. (*Heiterkeit*.) Aber die haben gesagt: Wir wollen den armen Broda schonen, das tun wir lieber dem Rösch an!, und sie sind also in Ruhe, wie schon etliche Vorgänger, aus der Strafanstalt Stein entwichen. Und jetzt sind sie in Ihrer Kompetenz, Herr Minister. Jetzt gehören sie Ihnen (*Heiterkeit*), denn jetzt sind sie flüchtig, und jetzt müssen Sie sie suchen.

Und jetzt darf ich Sie gleich einmal fragen – Sie werden sich ja heute, hoffe ich, zum Wort melden –: Was ist geschehen?

Die haben sich ein Auto gemietet, das heißt ein Auto aufgebrochen, sind eingestiegen und fahren irgendwo in Österreich spazieren. Denn ich nehme nicht an, daß sie in Stein stehen und warten werden, bis die Polizei sie erwischt. Also sind die tatsächlich mit dem gestohlenen Auto, von dem man eine Stunde später wußte, daß es gestohlen war, bis nach Italien gefahren. Oder sind die zu Fuß nach Italien? Was war das Ergebnis der Untersuchungen?

Da habe ich in diesem Zusammenhang eine konkrete Frage: Sind in diesen vier Tagen, wo zwei italienische Schwerverbrecher entflohen sind, wo die Gefahr bestanden hat, daß sie natürlich, um heimzukommen, wieder in die Sicherheit ihrer Kreise heimzukommen, auch Verbrechen begehen werden, Kriminalbeamte ebenfalls mit Lenkererhebungen befaßt gewesen, oder haben Sie gesagt: Sofort alle Mann an die Front, diese Schwerverbrecher müssen wir suchen!

Ich kann Ihnen jetzt schon die Antwort sagen: Auch in diesen vier Tagen sind Hunderte Kriminalbeamte, anstatt die Verbrecher zu fangen, von Tür zu Tür gegangen und haben gesagt: Guten Tag, ich möchte Sie gerne fragen, wer ist am 27. August um 18.30 Uhr am Getreidemarkt mit dem PKW sowieso gefahren? (*Heiterkeit*.) – Denn das ist Ihnen wichtiger als das Ergreifen von zwei Schwerverbrechern!

Sagen Sie nicht, der Herr Justizminister Broda ist schuld, der das Glück hatte, daß die erst vier Tage nach seinem Kapitel ausgebrochen sind! Der war zuständig dafür, daß sie ausgebrochen sind, aber jetzt sind sie in Ihrer Kompetenz, in der der Polizei.

Sie werden jetzt wieder sagen: Nein, nein, bei der Polizei sind sie nicht, die sind bei der Gendarmerie, und bei der Gendarmerie bin ich als Innenminister nicht zuständig, da sind die Landeshauptleute und die Bezirkshauptleute zuständig!

Herr Minister! Haben Sie das Auto gefunden,

**Zeillinger**

oder sind die mit dem Auto über die Grenze gefahren? Wie ist der Stand der Fahndung, und waren Kriminalbeamte anstatt zum Wiederergreifen der beiden italienischen Schwerverbrecher in diesen drei kritischen Tagen, in denen diese Italiener geflüchtet sind, für Verwaltungsarbeiten eingesetzt?

Der Herr Ex-Innenminister Czettel hat sich auch mit Fragen der Sicherheit allgemein befaßt. Die Sozialisten haben einmal wirklich ein phantastisches Konzept gehabt, und wir haben ja wirklich geglaubt: Wenn Sie einmal die Verantwortung tragen, wird sich etwas ändern.

Da hat also der Ex-Innenminister Czettel aufgefordert: „So haben wir“ – die Sozialisten – „die Bundesregierung aufgefordert, ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung des Verkehrstodes auszuarbeiten.“ Er hat das im Jahre 1968 gesagt. Die ÖVP hat es nicht getan. Jetzt sind Sie fünf Jahre an der Macht. Haben Sie oder haben Sie im Einvernehmen mit Kollegen irgendein umfassendes Konzept, so wie Sie es von der ÖVP gefordert haben, zur Bekämpfung des Verkehrstodes verfaßt? „Wir warten auf das Konzept der Regierung“ – das sage nicht ich, bitte, das hat der Sozialist Czettel gesagt –. „Wir warten auf das Konzept der Regierung, das dem Parlament vorgelegt werden soll. Das geschah nicht aus parteipolitischen Hader, sondern angesichts 2000 Verkehrstoten im Jahr – das ist ein kleiner Kriegsschauplatz in Europa, über den man viel zuwenig redet.“

So sprach Czettel 1968 als sozialistischer Abgeordneter, als ein ÖVP-Innenminister war, weil die nichts getan haben. Jetzt sind Sie fünf Jahre dran, und ich darf Sie jetzt fragen: Sind Sie bereit, der Forderung des sozialistischen Ex-Ministers und Abgeordneten Czettel nachzukommen, das Konzept über die Sicherheit im Verkehr vorzulegen, um die Zahl der Verkehrstoten somit zu verringern? *(Zwischenruf.)* Wir warten vergebens, Herr Minister, auf dieses und auf vieles andere.

Ich muß Ihnen offen gestehen: Ich bin durch die Verkehrssendung „Stop“ des ORF auf die mir bis dahin gar nicht so bewußt gewesene Situation aufmerksam geworden, daß in Österreich täglich viele Hunderte Kraftfahrzeuge ohne Versicherung fahren, daß dann, wenn die in einen Unfall verwickelt sind, das Unfallopfer natürlich besonders draufzahlt. Damals ist in der Sendung „Stop“ eine junge Frau gezeigt worden, deren Gesicht zerschnitten und entstellt war, der niemand eine Operation bezahlte, damit sie sich einigermaßen wieder – ich möchte sagen – als ein gleichwertiges Mitglied unserer Gesellschaft fühlen kann.

Herr Minister! Ich habe damals – um Ihnen Denkanstöße zu geben – vier zum Teil im Ausland bewährte Varianten vorgelegt und habe gesagt: Was immer Sie tun – Sie können auch eine fünfte Variante machen –, aber irgend etwas muß geschehen!

Mittlerweile habe ich festgestellt, ohne Ihren Sicherheitsbericht abzuwarten, daß durch die vielen Gastarbeiter, aber auch durch Österreicher, die – ich möchte sagen – in verbrecherischer Weise ohne Versicherung fahren, diese Zahl wesentlich größer ist, als damals mit 200 bis 300 angenommen wurde, daß diese Zahl wahrscheinlich die Tausender-Grenze übersteigt. Es wäre auch interessant gewesen, im Sicherheitsbericht darüber etwas zu erfahren.

Herr Minister, darf ich Sie noch einmal fragen: Was haben Sie seit damals veranlaßt? Sie haben damals – Ihre Antwort war ja auch sehr interessant – gesagt: „Ich weiß schon, Sie meinen das Ministerium, dem ich sozusagen als Ressortleiter vorstehe. Ich kenne nämlich die Stellungnahme überhaupt nicht, ich weiß nicht, was da drinnen gestanden ist.“ – Es ist damals um einen Prozeß gegangen.

Nun, mittlerweile kennen Sie die ganze Tragödie, mittlerweile wissen Sie alles. Darf ich Sie fragen: Was haben Sie seit damals getan, um diese unschuldigen Opfer vor weiteren Schäden zu bewahren? Es ist ohnehin schon tragisch, Opfer eines Verkehrsunfalles zu sein, aber dann noch alles zahlen zu müssen! Das sind Leute, deren Versicherung abgelaufen ist und die lustig weiter drauflosfahren. Die Versicherung ist nach einem Monat frei und teilt das der Polizei mit. Und die Polizei soll nun unter Millionen Kraftfahrzeugen jene ausforschen, die ohne Versicherung fahren.

In anderen Ländern hat man diese Möglichkeit, daß man – was weiß ich – im Jahr 1975 kleine rote viereckige Pickerl, im Jahr 1976 grüne runde Pickerl hinpickt. Jeder, der vorbeigeht, sieht: Die Versicherung ist abgelaufen, das Auto ist nicht versichert. Dann würde keiner fahren.

Entschuldigung: Was haben Sie getan? – Nichts haben Sie getan!

Die Zahl der Opfer steigt weiter. Wir haben damals gesagt: Es gibt eine Möglichkeit, da muß der Staat einspringen, man muß ein Pickerl machen. Man kann alles machen, nur folgendes nicht: nichts machen, das, was nämlich Sie getan haben!

Wir freiheitlichen Abgeordneten haben uns erlaubt, Herr Minister, an Sie eine Anfrage betreffend Maßnahmen im Zusammenhang mit nichtthaftplichtversicherten Kraftfahrzeugen

**Zeillinger**

einzubringen, weil wir der Ansicht sind, daß Ihre Untätigkeit, Ihre ständige Berufung auf Nichtkompetenz für die Betroffenen einfach nicht tragbar ist und, daß hier dringend Abhilfe geschaffen werden muß.

Sozialistische Abgeordnete haben im Jahre 1968 eine dringliche Anfrage eingebracht, in der es unter anderem heißt:

„Es ist anzunehmen, daß im Jahre 1968 die schreckliche Bilanz von 2108 Verkehrstoten des Jahres 1967 noch übertroffen werden wird.“

Sie verlangen ein „umfassendes Konzept zur Bekämpfung der Gefahren im Straßenverkehr“.

Die ÖVP hat den Forderungen der dringlichen Anfrage nicht entsprochen. Ich darf fragen, Herr Minister: Wo ist das „umfassende Konzept“, das Sie selber damals mit den sozialistischen Abgeordneten gemeinsam beantragt haben? Wo ist dieses „umfassende Konzept“ zur Erhöhung der Straßensicherheit?

Sie verlangten eine „Intensivierung und Koordinierung aller Maßnahmen des Bundes, der Länder und Gemeinden“.

Richtig. Haben Sie eine Initiative in dieser Hinsicht ergriffen?

Sie verlangten „gesetzgeberische Maßnahmen“. Auch Sie, Herr Minister Rösch, haben „gesetzgeberische Maßnahmen zur Angleichung der Rechtsvorschriften an die heutigen Bedingungen des Straßenverkehrs sowie zur Vereinfachung der Kompetenzlage“ beantragt.

„Die zerrissene Kompetenzlage auf dem Gebiete der Vollziehung des Verkehrs- und Sicherheitssektors und immer wieder auftretende Kompetenzstreitigkeiten unter Bundesbehörden beziehungsweise zwischen Bundes- und Landesbehörden haben bisher jeden koordinierten Einsatz aller Kräfte und die Erreichung eines optimal möglichen Erfolges bei der Bekämpfung der Gefahren im Straßenverkehr fast unmöglich gemacht!

Ich habe wieder den sozialistischen Kollegen Czettel zitiert, der damals Abgeordneter war, der diese Zustände zur Zeit der ÖVP-Regierung mit Recht kritisiert hat.

Herr Minister! Ich darf Sie also fragen: Was haben Sie getan?

Der sozialistische Abgeordnete und heutige Bundesminister Dr. Broda brachte gemeinsam mit anderen Abgeordneten folgenden Antrag ein:

„Die Bundesregierung wird ersucht, ein Konzept zur systematischen Bekämpfung des Verkehrstodes auf den Straßen zu erarbeiten und die gesamte Bevölkerung, vor allem aber

alle zuständigen Dienststellen des Bundes, der Länder und Gemeinden, Fernsehen, Rundfunk und Presse sowie private Organisationen und Institutionen einzuladen, im Zuge einer großangelegten Kampagne an der Verwirklichung dieses Konzeptes mitzuwirken.“

Das war der Antrag der Sozialisten. Abgeordneter Dr. Broda, jetzt Justizminister, Abgeordneter Rösch, jetzt Innenminister, haben den Antrag unterstützt. (*Bundesminister Rösch: Damals war ich nicht Abgeordneter!*) Waren Sie nicht Abgeordneter? – Macht nichts! (*Heiterkeit.*)

Vielleicht haben Sie also gar nicht gewußt, daß all das die Sozialisten gefordert bzw. versprochen haben. Ich darf Sie also einladen, das, was Ihr Amtskollege Dr. Broda als Abgeordneter als Antrag eingebracht hat und woran die ÖVP gescheitert ist, jetzt zu machen.

Wo ist das Konzept? Sie haben es bis zur Stunde nicht vorgelegt und haben uns den Sicherheitsbericht nicht gegeben.

Hier heißt es: „Der Nationalrat wolle beschließen: ... ein koordiniertes Sofortprogramm von Maßnahmen auszuarbeiten ...“

Ich darf Sie fragen: Haben Sie das, was die Sozialisten im Jahre 1968 beantragt haben, ausgearbeitet? Ich möchte gleich sagen: Diese Anträge sind zum größten Teil einstimmig angenommen worden.

Herr Minister! Im Jahr 1972 haben wir festgestellt, daß die Zahl der Verkehrstoten in erschreckender Weise zugenommen hat. Selbst sozialistische Sprecher haben gesagt, daß innerhalb von zehn Jahren sozusagen ganze Orte ausgerottet werden. Herr Minister! Es werden immer mehr!

Ihre Antwort im Jahr 1972 war: Es tut mir wirklich furchtbar leid, aber alle Fragen der Verkehrsregelung sind nicht Angelegenheiten des Innenministeriums.

Ja Herr Minister, Sie nicken. Aber das ist doch – entschuldigen Sie – den unschuldigen Opfern völlig gleichgültig! Jeder der Minister, der sozialistischen Minister, nickt und sagt: Ich bin nicht zuständig. Ja wollen Sie nicht einmal initiativ werden? Sie haben dies von der Volkspartei auch gefordert. Jetzt tun Sie das, was Sie als Sozialisten seinerzeit von der Volkspartei gefordert haben: Bringen Sie wenigstens ein Konzept zur Sicherheit im Straßenverkehr und sagen Sie nicht andauernd, Sie wissen nichts. Sie haben es nicht gelesen und Sie seien unzuständig. Sie sind der Minister, der sich andauernd auf Unzuständigkeit beruft.

Welche Initiative haben Sie ergriffen, um die Frage der Kompetenz zu regeln? Auch das ist ein

**Zeillinger**

Verlangen, das wir beim Sicherheitsbericht an Sie gerichtet haben, denn auch das ist eine Frage der Sicherheit.

Sie sagen, Sie hätten nur das Personal zu führen, mit einer Ausnahme: bei der Polizei. Sie sagen weiters, daß im Laufe der letzten zwei Jahre der fließende Verkehr schwieriger geworden sei und daß es immer mehr Autos geworden seien.

Ja Herr Minister, all das wissen wir. Wir wissen, daß die Zahl der Opfer immer größer geworden ist. Dennoch müssen wir feststellen: Um 10 Prozent mehr Tote auf unseren Straßen allein deswegen, weil zum Beispiel in Österreich zu schnell gefahren wird. Das ist richtig. Wahrscheinlich ist man nicht in der Lage zu überprüfen, ob zu schnell gefahren wird oder nicht. Vor wenigen Tagen hat ein Kolumnist in einer Zeitung geschrieben, daß ihn – er ist genau die Höchstgeschwindigkeit gefahren –, auf einer kurzen Strecke, ich glaube, über 70 Autos überholten. So etwas weiß jeder von uns. Kein Mensch kümmert sich aber darum, Herr Minister!

Die Sozialisten haben sich ernsthafte Sorgen darüber gemacht, daß 2000 und noch mehr Menschen – man überlege, das sind mehr, als heute bei den vielen Kleinkriegen auf irgendeinem Kriegsschauplatz manchmal in einem Jahr fallen – jährlich auf den Straßen sterben müssen, unter anderem deswegen, weil das seitens der Sozialisten im Jahr 1968 von der ÖVP geforderte Konzept weder von der ÖVP noch in fünf Jahren Minister Rösch vorgelegt worden ist.

Als Gipfel des Ganzen setzen Sie jetzt, daß Sie den Sicherheitsbericht einfach nicht mehr vorlegen, sondern sagen: Haben euch 20 Jahre die Statistiken genügt, dann sollen sie euch weiter genügen! Macht euch selber einen Reim aus der Statistik! Konzept hat offenbar diese Regierung keines, und wenn eine Frage auftaucht, bin ich, Innenminister Rösch, einfach nicht kompetent.

Herr Minister! Mit der mangelnden Kompetenz können Sie in einer Diskussion vielleicht Juristen, nicht aber die Bevölkerung beruhigen. Sie können nicht sagen: Es werden in Österreich jetzt doppelt so viele Raubüberfälle gemacht als zu der Zeit, in der die Sozialisten kritisiert haben, aber ich bin nicht kompetent, denn der Raubüberfall war im Bereich der Gendarmerie, und der andere war in einem Bereich, wo ich nicht zuständig bin!

Sie sind mitverantwortlich und hauptverantwortlich für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit. Wenn es Schwierigkeiten gibt, wenn die Sicherheitsverhältnisse unter der sozialistischen Regierung

andauernd schlechter werden – das weiß jeder, das wird von niemandem bestritten –, dann haben Sie im Bereiche der Regierung initiativ zu werden, um der Öffentlichkeit nicht nur Sicherheit, sondern auch das Gefühl, in einem sicheren Staate zu leben, wieder zu geben.

Herr Minister! Wir würden furchtbar gern konkret mit Ihnen diskutieren, wenn Sie einmal ein Konzept vorlegen würden, wenn Ihr einziges Konzept nicht immer wäre: Ich bin nicht kompetent, ich bin nicht zuständig! Wenden Sie sich an einen anderen!

Für folgendes sind Sie zuständig, Herr Minister: für die Vorlage des Sicherheitsberichtes. Uns Abgeordneten, auch den Sozialisten, genügen nicht die statistischen Nachrichten, die Sie uns gegeben haben. Dazu brauche ich keinen Innenminister. Die statistischen Nachrichten kann sich jeder beim Zentralamt kaufen. Einhellig haben wir gesagt: Die statistischen Nachrichten genügen nicht! Wir wollen einen Sicherheitsbericht, in dem der Innenminister die Statistik kommentiert und sein Konzept vorlegt!

Sie haben dem bis zum Jahr 1974 entsprochen, jedoch heuer nicht. Daher der Antrag: Wenn Sie schon gegen die Verbrechen und gegen die Unsicherheit in diesem Staat nichts tun, wenn Sie schon hier untätig sind, dann machen Sie wenigstens die Verwaltungsarbeit! Setzen Sie sich hin und machen Sie den Bericht, zu dem Sie auf Grund eines einstimmigen Beschlusses dieses Hauses, auf Grund einer Forderung der Sozialisten genauso wie der freiheitlichen und der Volksparteiabgeordneten, verpflichtet sind.

Da die Budgetziffern letzten Endes nur die in Zahlen ausgedrückte Politik einer Regierung sind und die Freiheitliche Partei eine derartige Politik der sozialistischen Alleinregierung, bei der die Unsicherheit auf allen Gebieten, in der Kriminalität genauso wie auf der Straße, ständig wächst, nicht billigt, und wir einen Minister an der Spitze haben, der seine Pflicht gegenüber dem Parlament vernachlässigt, der sich weigert, einen Bericht vorzulegen, da wir einen Minister an der Spitze haben, der dauernd sagt: Ich weiß davon nichts, ich bin nicht kompetent!, werden wir Freiheitlichen dieses Kapitel nicht mit Freude, aber aus Überzeugung – wir glauben, daß wir unsere Haltung gegenüber der Bevölkerung, die Anspruch darauf hat, in Ruhe und Ordnung leben zu können, verantworten müssen – ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

**Präsident Minkowitsch:** Der soeben vorgelegte Entschließungsantrag der Abgeordneten Zeillinger und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

**Präsident Minkowitsch**

Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Erika Seda. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Erika Seda (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wurde von diesem Pult heute schon mehrmals gesagt: Die Diskrepanz zwischen dem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und der tatsächlichen Sicherheit ist unbestreitbar; das wurde von mehreren Sprechern hier ausgeführt. Aber wenn man dann gleich darauf sagt, diese Unsicherheit kommt daher, daß die Kriminalität ständig steigt, weil keine Erfolge erzielt werden, dann, glaube ich, tut man nichts dazu, diese Diskrepanz zwischen Gefühl und Tatsachen zu verkleinern.

Wesentlich wären sachliche Informationen, Fakten, Zahlen, die man auf den Tisch legen kann. Ich möchte einige Ziffern nennen, die beweisen, daß Wien wirklich eine sichere Stadt ist. Ich kenne die Diskussionen aus den abgelaufenen Budgetdebatten, wo man sagte: Es interessiert uns nicht, was in München und in Hamburg geschieht. Aber Sie können nun Wien einmal nur mit Großstädten vergleichen.

Ich möchte also die Kriminalbelastungsziffern vergleichen: ein Delikt auf 100.000 Bewohner dieser Städte. Diese Zahlen lauteten folgendermaßen: Bei Mord: Wien 2,9, Hamburg 4,4, München 5,9, Westberlin 8,5. Bei Raub: Wien 23,9, München 53,9, Westberlin 71, Hamburg 79. Sie sehen also Wien immer wieder weit unter den anderen Städten liegen.

Dann sagt man: keine Erfolge bei den Aufklärungen. Ich darf Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier die Aufklärungsziffern für Wien aus dem Jahre 1974 bringen, und zwar lauten die Aufklärungsziffern bei den Verbrechen gegen Leib und Leben im Jahr 1974 79 Prozent, im Jahre vorher 76 Prozent; also eine verbesserte Aufklärung bei diesen Delikten. Bei Sittlichkeitsdelikten: Aufklärungsziffer 58 Prozent, im Jahr vorher 54 Prozent; auch eine verbesserte Aufklärung. Bei den Vermögensdelikten, wo zugegebenermaßen die Aufklärungsziffer geringer ist, dennoch eine Steigerung von 18 auf 20 Prozent. Ich glaube also, man kann hier nicht sagen, es geschieht nichts, es sind keine Erfolge bei der Aufklärung zu verzeichnen. Diese Zahlen sprechen eine andere Sprache.

Ein Faktor bei der Erzeugung des Unsicherheitsgefühles ist neben den hier schon erwähnten Sendungen im Fernsehen auch die Berichterstattung in der Presse. Denn über ein Verbrechen wird berichtet, wenn es geschieht, es wird darüber berichtet bei der Aufklärung, und dann wird berichtet beim Prozeß – aber es ist immer dasselbe Verbrechen. Ich glaube, das ist ein Faktor, der in der Bevölkerung auch zu

der Ansicht beiträgt, daß die Zahl der Verbrechen ungeheuer ansteigt.

Darf ich Ihre Aufmerksamkeit noch auf ein anderes Faktum richten. Wir lasen kürzlich in der Zeitung „Ungeheures Ansteigen der Suchtgiftkriminalität: Heroin, harte Drogen kommen nun nach Österreich“! – Andererseits lesen wir, daß die Suchtgiftkriminalität rückläufig ist. Woher kommt dieser Eindruck: Wir haben in Wien jetzt große Erfolge bei der Aufklärung des Suchtgifthandels. Früher wurde weniger aufgeklärt, jetzt werden die Händler gefaßt, daher der irrige Eindruck eines Anstiegs dieser Delikte.

Dazu noch eine kleine Bemerkung am Rande über die „gute, objektive“ Berichterstattung. Sie werden sich erinnern, es war da von dem Heroinschmuggler zu lesen, der Heroin in den Schuhsohlen geschmuggelt hat. APA meldete: 71 kg Heroin beschlagnahmt! In Wirklichkeit waren es 71 Gramm. Ich hätte gerne die Schuhe gesehen, in denen der 71 Kilo geschmuggelt hat. (Abg. Dr. Gruber: Er hat auf großem Fuß gelebt!) Das wäre aber schon ein sehr großer Fuß gewesen, Herr Dr. Gruber!

Es muß wirklich getrachtet werden, durch objektive Berichterstattung und sachliche Information das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung mit den objektiven Tatsachen in Einklang zu bringen.

Man kann nicht leugnen, daß besonders ältere Menschen oder auch Frauen Angst haben, und darum habe ich mich hier zu Wort gemeldet. Es werden auch immer wieder die Frauen und ihre Angst angesprochen. Man soll diese Dinge nicht mit einer Handbewegung abtun, man soll dieses Gefühl der Angst, das jeder Mensch hat, zur Kenntnis nehmen; auch das kleine Kind fürchtet sich im finsternen Zimmer. Man kann also diese Angst nicht wegschieben, sondern man muß sie durch objektive Information, wie ich schon gesagt habe, zum Verschwinden bringen.

Noch etwas wird immer wieder gesagt: Die Straßen in Wien sind leer, niemand traut sich hinaus, weil sich die Menschen fürchten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Straßen sind bestimmt nicht leer, weil sich die Menschen abends fürchten, sondern früher einmal waren die Menschen gezwungen, aus ihren Wohnungen, die nicht sehr attraktiv waren, herauszugehen, um Geselligkeit zu haben, in Lokale zu gehen oder sich eben auf der Gasse aufzuhalten, spazieren zu gehen. Heute haben die Menschen schöne Wohnungen, in denen sie die Geselligkeit pflegen können. (Abg. Kraft: Weit herbeigezogen!) Daß das weit herbeigezogen ist, ist Ihre Meinung, aber Sie werden mir gestatten, auch meine Meinung dazu zu sagen! Es ist eben so, daß die guten

**Dr. Erika Seda**

Wohnverhältnisse, die in Wien geschaffen wurden, mit dazu beitragen, daß die Menschen lieber in ihrer Wohnung sind als früher, daß sie dort Geselligkeit pflegen und auch fernsehen – auch wenn das nicht immer sehr günstig ist in bezug auf den Gegenstand, von dem wir zuerst gesprochen haben –. Das ist es, was unsere Straßen menschenleer macht, nicht allein die Angst.

Es ist in Wien schon sehr viel geschehen, um die Sicherheitsverhältnisse zu verbessern. Wir haben alles getan – das wurde hier schon gesagt –: Es gibt den Sicherheitsplan für Wien, der von Bürgermeister Gratz und Polizeipräsident Reindinger ausgearbeitet wurde. In diesem Sicherheitsplan kommt auch der Verbrechensvorbeugung große Bedeutung zu. Es wurden Beratungsstellen eingerichtet, die besonders von älteren Menschen in Anspruch genommen werden. In Wien kann man im Durchschnitt zehn Beratungen pro Tag annehmen. Dabei werden die Menschen informiert, wie sie sich gegen kriminelle Elemente absichern können.

Hier wird wieder gesagt: Jetzt ist ein Sicherheitsplan für Wien notwendig: Warum, wenn alles so gut ist? – Wir sagen ja nicht, daß alles ohne Fehler ist. Aber wenn Maßnahmen gefordert wurden, so wurden sie in Wien gesetzt, das ist unbestritten.

Es wurde weiter gesagt: Man hat den Rayonsinspektor erst abgeschafft und jetzt wieder eingeführt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Problem hängt mit den personellen Möglichkeiten zusammen, die es gibt. Wenn zu wenig Personal bei der Polizei da ist, um Fußpatrouillen einzusetzen, dann ist es doch im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung besser, wir haben Funkstreifenwagen im Einsatz, die rasch beweglich sind und die Sicherheit dort gewährleisten können, wo Not am Mann ist. Wenn sich der Personalstand wieder bessert, dann werden die Rayonsinspektoren, die so sehr gefordert werden, wieder eingeführt werden. Das ist kein Zick-Zack-Kurs, sondern das ist ein Anpassen an die personellen Möglichkeiten.

Ich darf nur ganz nebenbei erwähnen: Wenn wir dann mehr Personal einstellen, wird von den Damen und Herren der Opposition wieder von der „Beamtenexplosion“ gesprochen. Und wenn wir sagen, wir haben nur Lehrer eingestellt, dann heißt es: Ja, und 700 Sicherheitsbeamte!

Also so muß man die Dinge sehen. Wenn die Personalnot behoben wird, dann wird wieder auf den Rayonsinspektor zurückgegriffen, und in Wien ist er noch zusätzlich mit Funksprechgeräten ausgerüstet, um effizienter sein zu können.

Wir, meine Damen und Herren von der ÖVP,

wir Abgeordneten der Sozialistischen Partei – Nationalratsabgeordnete, Bundesräte und Landtagsabgeordnete –, haben unsere Aufgabe auch darin gesehen, dem neuen Haus der Polizeidirektion Wien einen Besuch abzustatten. Wir haben uns dort von den neuen Möglichkeiten überzeugt, die es hier gibt, und ich kann Ihnen sagen: Wir waren erstaunt, wie modern ausgerüstet man ist, was alles uns hier gezeigt worden ist, wirklich den Einsatz zum Beispiel der Funkwagen effizient zu gestalten, wie es hier wirklich auch möglich ist, eine Fahrzeugnummer in den Computer einzugeben und innerhalb von drei Sekunden 14 verschiedene Daten herauszubekommen, die diese Arbeit der Erhebungsbeamten erleichtern können. (Abg. Dr. Wiesinger: Wenn man uns eingeladen hätte, wären wir auch hingegangen! Warum wurden wir nicht eingeladen?) Herr Primarius! Es waren nur Frauen, bitte. Wir haben uns ganz besonders interessiert, und der Herr Polizeipräsident war so charmant: na bitte, er wird bestimmt nichts dagegen haben, wenn Sie auch dorthingehen wollen. Ich werde für Sie kämpfen, ich habe Ihnen das schon auf anderem Gebiet gesagt.

Wir haben dort auch erfahren, daß man noch weitere Maßnahmen neben dieser bekannten Aktion „Planquadrat“ durchführt, die auch sehr viel dazu beiträgt, einerseits die Verbrechen aufzuklären und andererseits ihnen vorzubeugen.

Es sind aber noch andere Maßnahmen für Wien geplant. Es soll in Kürze möglich sein, von öffentlichen Fernsprechern aus ohne Gebühr den Notruf zu betätigen; eine sehr wesentliche Maßnahme im Interesse der Bevölkerung. Es ist vom Polizeipräsidenten die gesamte Wiener Bevölkerung dahin informiert worden, den Notruf mehr zu benützen, um die Aufklärung der Verbrechen effizienter zu gestalten.

Wir planen aber auch noch anderes: Die Verkehrsbetriebe haben vor, in den schaffnerlosen Zügen Alarmanlagen einzubauen. Auch in den U-Bahn-Haltestellen werden Sicherheitsmaßnahmen eingebaut werden. Sie sehen also, daß in Wien wirklich viel geschieht, um den Ruf Wiens als sichere Stadt weiterhin aufrechtzuerhalten.

Und eines wurde auch schon gesagt, und das muß man immer wieder unterstreichen: Es ist die Zusammenarbeit von Polizei und Bevölkerung bei einer Verbesserung der Sicherheit unerlässlich. Es kommt nicht nur darauf an, mehr Polizisten zu haben, sondern es kommt auch sehr darauf an, die Menschen anders zu erziehen. Der Einfluß der Erziehung im Verhältnis zur Kriminalität spielt eine besondere Rolle, und wir müssen die Menschen nicht nur gut erziehen, daß sie den Versuchungen widerstehen können,



**Dr. Erika Seda**

wir müssen sie auch dazu erziehen, Zivilcourage zu haben und die öffentlichen Sicherheitsorgane bei der Aufklärung und bei der Bekämpfung von Verbrechen zu unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte abschließend eines sagen: Immer wieder wird hier ausgeführt, daß die schlechten Sicherheitsverhältnisse, das Ansteigen der Kriminalität sozusagen eine Folge der Politik wären. Ich darf Ihnen auch die prozentuelle Veränderung der Kriminalität in zwei Zeiträumen gegenüberstellen, und zwar in dem Zeitraum 1966 bis 1970 und im Zeitraum 1970 bis 1974.

In diesen Zeiträumen haben die Verbrechen gegen das Vermögen zugenommen: zwischen 1966 und 1970 um 29,7 Prozent, zwischen 1970 und 1974 um 32,2 Prozent.

Die Verbrechen gegen die Sittlichkeit haben im Zeitraum zwischen 1966 bis 1970 um 6,8 Prozent abgenommen, zwischen 1970 und 1974 aber um 19,3 Prozent, also wesentlich mehr, abgenommen!

Die Verbrechen gegen Leib und Leben sind im Zeitraum 1966 bis 1970 um 17,3 Prozent gestiegen, während sie im Zeitraum 1970 bis 1974 um 3,5 Prozent gefallen sind!

Wenn Sie also hier immer wieder von einem politischen Einfluß auf die Entwicklung der Kriminalität reden, dann kann man sagen, daß durch diese zusammenfassende Statistik bewiesen ist, daß wir in dem Zeitraum unserer Alleinregierung die bessere Politik gemacht haben, und das hat ja letztlich die Bevölkerung am 5. Oktober auch honoriert. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Eduard Moser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Eduard **Moser** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! In der Debatte hat sich wieder gezeigt, daß der Herr Bundesminister Rösch ein Spezialist dafür ist, sich für möglichst viel als nicht zuständig zu erklären.

So bemühen sich zum Beispiel seit dem Jahre 1970 Redner aller Fraktionen dieses Hauses, den Herrn Minister davon zu überzeugen, daß er mehr für den Zivilschutz tun müßte, aber das hat ihn genausowenig beeindruckt wie die gemeinsame Entschließung des Nationalrates vom Juni dieses Jahres und sogar der Ministerratsbeschuß vom 28. Oktober, mit dem der Herr Bundesminister eingeladen wird, aktiv im Bereich der zivilen Landesverteidigung zu werden, scheint ohne Eindruck an ihm vorbeigegangen zu sein.

Auch die Beamten seines Hauses sind nicht in der Lage, ihm die Kompetenzen nahezubringen, die er wahrzunehmen hätte, und auch ein Verfassungsrechtler internationalen Formates, wie es Professor Ermacora ist, konnte ihn nicht davon überzeugen.

Wann, Herr Bundesminister, werden Sie endlich zur Kenntnis nehmen, daß der Schutz der Bevölkerung bei Katastrophen, bei Krisen und vor Terrorismus nicht eine Frage der Kompetenzen ist, sondern ein eminent wichtiges staatspolitisches Anliegen, dem wir uns alle verpflichtet fühlen? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich weiß nicht, ob der Herr Spezialberichterstatte bemerkt hat, daß er uns heute fast dasselbe verlesen hat, wie es vor vier Jahren geschehen ist. So progressiv ist der Herr Minister beim Kapitel Zivilschutz!

5,5 Millionen sind vorgesehen. Davon hat er 1,5 Millionen an die Post zu zahlen, 2 Millionen sind Subventionen für den Zivilschutzverband und die Feuerwehren, bleiben 2 Millionen, und da steht noch dabei: Das ist der Aufwand für alle Ressorts dieser Regierung auf dem Gebiete des Zivilschutzes.

Herr Minister, armselig, armselig wenn man bedenkt, daß andere Staaten als Richtschnur ein Zehntel des Budgets der militärischen Landesverteidigung für den Zivilschutz aufbringen!

Herr Bundesminister! Wenn Sie immer wieder sagen, Sie haben keine Kompetenz, und daher wäre es wenig sinnvoll, hier besondere Mittel zu budgetieren – ich zitiere da aus der „Parlamentskorrespondenz“ –, so haben Sie übersehen, daß der Vertreter des Finanzministers, Herr Ministerialrat Dr. Kunesch, im Arbeitsausschuß „Z“ – das ist der Ausschuß im Innenministerium zur Koordinierung der Bemühungen um die zivile Landesverteidigung der Länder und des Bundes –, also daß Ministerialrat Dr. Kunesch dort erklärt hat: „Ob dem Zivilschutz Mittel zufließen, hängt vom Schwerpunktprogramm der Regierung ab.“

Meine Damen und Herren! Das heißt: Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung gehören nicht zum Schwerpunktprogramm dieser Regierung. – Das ist der Grund, warum Sie alles den Bundesländern aufladen wollen.

Am 4. Dezember 1974 hat der Herr Bundesminister Rösch hier erklärt – nicht geradezu höflich –: Die Landeshauptmänner „wollten die Kompetenzen, daher sollen sie zahlen“.

Herr Bundesminister! Auch das war nicht richtig, als Sie sagten, der Herr Landeshauptmann Maurer – so im Finanzausschuß – habe am 21. November 1975 beim Festakt der 50. Zivilschutzwoche in Amstetten öffentlich bestätigt,

**Dr. Eduard Moser**

daß Sie keine Kompetenzen beim Zivilschutz haben. Im Gegenteil: Der Herr Landeshauptmann Maurer hat Ihnen entschieden widersprochen und gesagt: Sie haben Kompetenzen und Sie sollten sie endlich wahrnehmen.

Die Landeshauptmänner aller Länder haben in ihren Konferenzen immer wieder den Herrn Bundesminister Rösch aufgefordert, die Bundeskompetenzen voll auszuschöpfen. – Aber er tut es nicht.

Wenn es dazu kommt, meine Damen und Herren, daß die Bundesregierung den Bundesländern nicht das gibt, was sie für diese eminent wichtige Aufgabe brauchen, dann verstehe ich es, wenn der Ruf laut wird nach der Steuerhoheit der Bundesländer: denn das kann man ja nur aus Steuergeldern bezahlen.

Herr Bundesminister, ich will nicht die einzelnen Kapitel durchgehen, hinsichtlich derer Sie erschütternde Versäumnisse aufweisen. Nur eines: Die Bundesregierung hat beschlossen, in allen Bundesbauten Schutzräume anzulegen. Die UNO-City, ein Bundesgebäude, ist mit enormem Aufwand, mit höchstem technischen Raffinement gebaut worden. Es gibt aber keinen Schutzraum für die 4800 Beamten, die Sie dort unterbringen wollen!

Die U-Bahn in Wien, zu der der Bund auch erhebliche Mittel beisteuert, ist die einzige U-Bahn, meine Damen und Herren, in Europa, bei deren Planung nicht vorgesehen wurde, daß sie auch im Notfall als Schutzraum verwendet werden kann.

Herr Bundesminister! Wenn Sie glauben, die öffentliche Meinung – oder das gesunde Volksempfinden, wenn Sie es so bezeichnen wollen – sei nicht aufgeschlossen für dieses Anliegen: Ich höre überall, daß die Bevölkerung sogar verlangt, daß Vorsorgen getroffen werden.

Ich habe mit großer Freude in den soeben erschienenen „Jungen Initiativen“, einer Schrift der „Jungen ÖVP“, gelesen, daß die Jugend intensiv Vorkehrungen auf dem Gebiet der zivilen Landesverteidigung verlangt. Dort steht auch: Jeder Österreicher soll wissen, wo und wie bei einer Bedrohung für ihn vorgesorgt ist. – Worauf warten Sie also noch, Herr Minister Rösch?

Ich möchte mich nun einem Problem zuwenden, für das Sie die Zuständigkeit nicht abstreiten können. Jeder einsichtige Österreicher weiß, daß Demokratie nicht mit schrankenloser Freiheit verwechselt werden darf. Er nimmt es daher in Kauf, daß über ihn Daten gesammelt werden, daß Angaben in Karteien festgelegt werden, selbst wenn sie nicht vorteilhaft für ihn sind. Der Staatsbürger vertraut aber darauf, daß

ihn die Verschwiegenheitspflicht und die Vorschriften gegen den Mißbrauch solcher Informationen schützen.

Äußerungen und Vorkommnisse in den letzten Wochen lassen Zweifel aufkommen, ob man sich auf diesen Schutz wirklich verlassen kann. Ist etwa gar der Verdacht berechtigt, daß hinter den Mauern staatspolizeilicher Archive ein gewaltiges Aktenmaterial sorgfältig gesammelt und aufbewahrt wird, um den Verfügungsberechtigten unheimliche Machtpositionen einzuräumen?

Der Herr Bundesminister hat im Finanzausschuß beruhigende Erklärungen abgegeben. Er hat gemeint, über Politiker demokratischer Parteien würden keine Aufzeichnungen geführt, es sei denn, der Politiker hätte einen Unfall gehabt. Oder: Die NS-Gauakten würden nur auf Antrag eines Gerichtes oder einer Behörde ausgefolgt werden.

Ich behaupte, daß das nicht die volle Wahrheit ist, ja ich bezweifle, ob es überhaupt richtig ist. Zwei schriftliche Anfragen hat die Volkspartei in dieser Richtung gestellt.

Ich möchte hier noch zusätzlich einen Anspruch des Herrn Bundeskanzlers zitieren. Laut „Arbeiter-Zeitung“ vom 26. November dieses Jahres sprach er zunächst über die Methoden einer „quasi politischen Mafia“, und dann sagte er wörtlich:

„Denn es geht darum, daß Wiesenthal unter Zuhilfenahme der Behörden – etwa der Staatspolizei – ... Methoden entwickelt, die dem Staat und nicht einer Privatperson zustehen.“

Man muß den Satz, glaube ich, zweimal lesen, um die Ungeheuerlichkeit dieser Behauptung des Herrn Bundeskanzlers zu begreifen! Ich sehe in dieser Behauptung des Herrn Bundeskanzlers einen schweren Angriff gegen die staatspolizeiliche Abteilung in der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit. Warum, Herr Bundesminister, haben Sie sich nicht schützend vor Ihre Beamten gestellt? Es erscheint mir daher notwendig, wenigstens hier im Hohen Haus diese unerhörte Pauschalverdächtigung unserer Sicherheitsbehörden energisch zurückzuweisen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was heißt das übrigens: Mafiamethoden stehen nicht einer Privatperson zu, sondern dem Staat? – Das ist ja noch ungeheuerlicher! Mafiamethoden sind mit einem demokratischen Rechtsstaat überhaupt unvereinbar! Das dürfte es überhaupt nicht geben! Das wäre ein Rückfall in einen Polizeistaat schlimmster Prägung! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Jetzt frage ich mich, Herr Bundesminister: Fühlen Sie sich eigentlich nicht persönlich vom

**Dr. Eduard Moser**

Herrn Bundeskanzler angegriffen? – Ich weiß schon: Sie sind hart im Geben und daher sind Sie auch hart im Nehmen; man kann mit Ihnen deutsch reden. Ich möchte es auch tun. In dem Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ heißt es nämlich weiter, daß der Herr Bundeskanzler gesagt habe:

„Schließlich gehe es auch nicht, daß Österreich als Hort des Neonazismus deklariert und die ganze Welt gegen Österreich aufgehetzt wird.“

Ich glaube, es gibt niemanden, der das nicht unterstreicht; das werden auch wir von der Oppositionspartei sagen. Aber was soll man dann davon denken, daß „trotzdem“ am 1. Dezember 1975, eine Woche, nachdem der Herr Bundeskanzler das in aller Öffentlichkeit erklärt hatte, an der Spitze fett gedruckt – „trotzdem“ ist das offizielle Organ der Sozialistischen Jugend, Eigentümer, Herausgeber und Verleger ist die Sozialistische Jugend – folgendes schreibt:

„Hatte das angeschlossene Österreich – gemessen an der Bevölkerungszahl – die meisten KZ-Mörder, so stellten österreichische Gerichte nach Kriegsende in vollendeter Konsequenz den Rekord auf, die meisten Kriegsverbrecher freizusprechen.“

Herr Minister, wenn das nicht Rufmord ist, dann weiß ich nicht, was der Herr Bundeskanzler gemeint haben soll. So etwas muß man auch hier im Hohen Haus in aller Entschiedenheit ablehnen. Ich meine, es wird notwendig sein zu überlegen, was zu tun wäre, damit dieser „hoffnungsvolle“ Nachwuchs der SPÖ nicht einmal Macht über die Geheimarchive im Bundesministerium für Inneres erhält. Ich möchte dazu die Erinnerung des Herrn Ministers und der Regierungsfraktion ein bißchen auffrischen.

Am 4. März 1964 erklärte der österreichische Innenminister zur Überraschung aller Abgeordneten dem Parlament: „Im Zuge meiner Amtstätigkeit mußte ich leider feststellen, daß die Staatspolizei ... nicht immer im Rahmen der gegebenen gesetzlichen Ordnung in Erscheinung getreten ist. Es liegen sogenannte ‚Geheimakten‘ vor, deren Inhalt nichts anderes als von Spitzeln und Schnüfflern zusammengetragenes ‚Material‘ darstellt.“

Er hat auch erklärt, daß im Ministerrat ein Beschluß gefaßt wurde, diese Akten zu vernichten. Eine Kommission zur Überprüfung des gesamten Materials wurde eingesetzt und die feierliche Versicherung abgegeben, daß die demokratische Republik Österreich ihre Staatsbürger vor solchen Methoden in Zukunft schützen wird.

Sein Nachfolger, der heute schon erwähnte Innenminister Czettel, teilte dem Parlament am 3. September 1965 mit, daß von den etwa 50.000 Geheimakten, die zwischen 1947 und 1960 angelegt worden sind, rund 32.000 oder zwei Drittel vernichtet wurden. Ein Drittel wurde weiter archiviert, weil man darin für die Sicherheit Österreichs wichtige Hinweise findet. Er hat dann wörtlich erklärt – ich lese das wörtlich vor –: „Die Vernichtung der ausgedehnten Akten erfolgt unter meiner Aufsicht und unter der Aufsicht des Staatssekretärs im Bundesministerium für Inneres durch Verbrennen.“

Was er aber nicht erklärt hat, meine Damen und Herren, ist, daß vorher alle diese Akten auf Mikrofilm festgehalten wurden und daß dann in einem Bericht, der nie im Hohen Haus behandelt wurde, festgestellt wurde, daß es zu schwierig gewesen wäre, aus den Mikrofilmen jene Teile herauszuschneiden, die diese vernichteten Akten betreffen. Und so bestehen sie heute noch, meine Damen und Herren.

Ich muß hier noch aus dem Bericht des Herrn Ministers Czettel zitieren. Er berichtet an das Parlament – wieder sein Bericht, der hier nie behandelt wurde –, daß auch Akten in unfairer Ausnützung zufällig oder im Auftrage von unzuständiger Stelle gewonnener Kenntnisse aus dem privaten Leben anderer Menschen mit dem Ziel, diese Personen zu diskriminieren und ihnen letzten Endes moralische, berufliche und finanzielle Schäden zuzufügen, erstellt wurden.

Ja meine Damen und Herren, gehört das nicht längst vernichtet? Ich behaupte: Es bestehen heute alle diese Filme noch. Sie wurden damals vom Herrn Minister Olah übergeben, und sie sind bis heute im Ministerium verwahrt worden.

Herr Bundesminister! Das hätten Sie im Finanzausschuß zu den Fragen, die wir Ihnen gestellt haben, berichten sollen. Nicht die Wahrheit gefährdet den demokratischen Rechtsstaat, sondern ein durch Verschleierung entstehendes Zwielicht! So ungefähr hat sich der Herr Abgeordnete Gratz beim Euler-Untersuchungsausschuß hier im Parlament abschließend ausgesprochen.

In diesem Zwielicht erscheinen heute die Akten im Ministerium. Ich darf sie aufzählen: 50.000 sogenannte Geheimakten, unter ihnen Schnüffel- und Spitzelakten, auf Mikrofilm, bis zum Jahre 1960. 500.000 Gauakten, in denen nicht nur Parteimitglieder und Anwärter, sondern auch Wiener, die nicht Parteimitglieder waren, festgehalten sind. 200.000 sonstige NS-Akten, allerdings bei der Bundespolizeidirektion Wien, und die Akten der Mitglieder der „Österreichischen Legion“, ebenfalls bei der

**Dr. Eduard Moser**

Bundespolizeidirektion Wien. In dieser Aufzählung, meine Damen und Herren, sind noch gar nicht die seit 1960 angelegten Akten enthalten.

Wer über diese gigantischen Informationen verfügt, hat eine beachtliche Macht in Händen. Daher verstehen Sie es, warum wir laufend nach dem Datenschutzgesetz rufen und warum eine Kontrolle notwendig ist. Im Jahre 1964 und 1965 haben die Innenminister diese Kontrolle zugesagt. Und im Jahre 1969 – man glaubt es kaum – hat das Parlament Beschlüsse gefaßt, die von Ihnen aber nie vollzogen worden sind.

Diese ganzen Akten haben ja gar keine Beweiskraft, meine Damen und Herren. Ich darf dazu noch verlesen. Herr Nationalrat Eibegger hat am 30. November 1964 im Nationalrat an den Herrn Minister Czettel die Frage gestellt, ob es wahr ist, daß Kisten von Geheimakten außer Haus gebracht worden seien. Herr Minister Czettel hat am selben Tag geantwortet, er könne das derzeit noch nicht überprüfen; er könne nur feststellen, daß sein Vorgänger „den über mich vorliegenden Gauakt zu sich nach Hause genommen“ habe und er diesen Akt erst nach zweimaliger Urgenz nach mehreren Wochen wieder zurückerstellt erhielt.

Ja meine Damen und Herren, was kann in diesen Akten alles von nicht zuständiger Hand eingetragen worden sein? Welche Beweiskraft können Sie diesen Akten überhaupt noch zumessen?

Aber im Jahre 1969 mußte das Parlament erleben, daß alles nichts genützt hat. Im Zuge des Untersuchungsausschusses wurde festgestellt, daß Herr Ableitinger sogenannte Priorierungen angelegt hat. Das sind Akten über Menschen, die man auf Grund von Anfragen bei Ämtern erstellt und die sogar die getilgten gerichtlichen Strafen enthalten. Die auch von Herrn Gratz und Dr. Broda unterzeichneten Minderheitsfeststellungen gipfeln in dem Satz: „Soweit es sich dabei um Tatsachen des Privat- und Familienlebens handelt, liegt die eminente Gefahr der verfassungswidrigen Verletzung der Intimsphäre seiner Bürger durch den Staat auf der Hand.“

Wissen Sie, wieviel solche Priorierungsakten der Herr Ableitinger angelegt hat? – 3000, meine Damen und Herren – 3000 –, von denen ein Teil ins Ausland verkauft wurde.

Meine Damen und Herren! Was haben die Beschlüsse in diesem Parlament für einen Sinn?

Damals war die Empörung allerdings allgemein. Hier im Hohen Haus wurden einstimmig Schlußfolgerungen gezogen. Ich lese zwei davon vor:

„Das derzeitige System sicherheitsbehördli-

cher Aufzeichnungen und der geübte Informationsaustausch bieten nicht genügend Schutz vor Mißbrauch.“

„Der Untersuchungsausschuß hält es für angebracht, im Wege einer verfassungsgesetzlichen Regelung einen Ausschuß des Nationalrates für Fragen der staatlichen Sicherheit zu schaffen.“

Und dann kam eine einstimmige Entschlie-ßung:

„Der“ Herr „Bundesminister für Inneres wird“ aufgefordert – das war am 23. Oktober 1969 –, „die Vorarbeiten für ein Staatspolizeigesetz aufzunehmen, das den rechtsstaatlichen Erfordernissen Rechnung trägt.“

Und in einer euphorischen Stimmung sagte zum Abschluß der jetzige Minister Dr. Broda, daß die Sozialistische Partei, falls ihr das österreichische Volk die Hauptverantwortung überträgt, sofort an die Durchführung dieser Entschlie-ßungen gehen wird.

Das war 1969. Nun schreiben wir bald 1976, Herr Bundesminister. Was ist mit diesen Entschlie-ßungen und Empfehlungen geschehen? Haben Sie hier nicht ein gerüttelt Maß an Unterlassungen und Versäumnissen zu verantworten?

Der Mißbrauch ist auch unter Ihrer Minister-schaft fortgesetzt worden. Ich möchte heute nicht in die Einzelheiten eingehen. Die Zeit fehlt dazu. Aber im Verfahren gegen den ehemaligen Abgeordneten Ing. Fischer wurden Akten von unzuständiger Stelle in Einsicht genommen und bei Ihnen angefordert. Sie mußten also diesen Inhalt kennen.

Herr Minister! Was werden Sie tun, daß in Ihrem Bereich jeder Mißbrauch der Geheimakten und sonstiger Personalaufzeichnungen für alle Zukunft ausgeschlossen wird?

Am sichersten wäre es, wenn man diese ganzen Aktenberge – nach einer gewissen Zeit sind sie ja ohnedies uninteressant geworden – und auch die dazugehörigen Mikrofilme – das muß man dazusagen – endgültig vernichtet. Auf jeden Fall ist der Herr Minister dafür verantwortlich, daß die Freiheitsrechte und die Privatsphäre aller Österreicher unangetastet bleiben, im Einklang mit unserer Bundesverfassung.

Schließlich gibt es auf diesem Gebiet auch Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskommission. Ich glaube, die österreichische Bevölkerung kann erwarten, daß diese Bestimmungen, Herr Minister, von Ihnen respektiert werden und daß deren Einhaltung gesichert wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Hobl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor allem Redner der Oppositionsparteien haben sich wieder mit den Fragen der Kompetenzen des Bundesministeriums für Inneres beschäftigt, und insbesondere der Kollege Zeillinger hat die damit in Zusammenhang stehenden Fragen der Verkehrsüberwachung ins Spiel gebracht.

Ich möchte, bevor ich auf einige Redner der Oppositionsparteien eingehe, doch hier einmal eindeutig feststellen, daß das Bundesministerium für Inneres dort, wo es auf Grund der Gesetze, die in diesem Haus beschlossen wurden, Kompetenzen hat, diese auch voll erfüllt.

Im Zusammenhang mit der Frage der inneren Sicherheit gehört nicht nur der Personalstand in den Kompetenzbereich des Bundesministeriums für Inneres, sondern auch der Sachaufwand für dieses Personal. Und der Stand beziehungsweise der Standard der technischen Ausrüstung der Organe der öffentlichen Sicherheit wurde unter Bundesminister Otto Rösch in den Jahren seit 1970 erheblich verbessert.

Bundesminister Rösch ist es auch in Zusammenarbeit mit den Bundesländern gelungen, trotz der Kompetenzschwierigkeiten in der Frage des Zivilschutzes die Bundeswarnzentrale Wirklichkeit werden zu lassen. Damit wird die rechtzeitige Warnung und Alarmierung, die Voraussetzung für alle weiterführenden Schutzmaßnahmen sowohl der umfassenden Landesverteidigung als auch im Falle einer überregionalen zivilen Katastrophe ist, gewährleistet.

Für die Verkehrsüberwachung, aber auch bei der Bekämpfung überregionaler ziviler Katastrophen beziehungsweise ihrer Beseitigung wurde der Hubschrauberpool zwischen dem Bundesministerium für Inneres und dem Bundesministerium für Landesverteidigung geschaffen.

Aber auch die Vollmotorisierung der Exekutive in unserem Lande fällt in die letzten fünf Jahre.

Vom Standpunkt des Sicherheitswesens ist auch von Bedeutung, wie moderne technische Hilfsmittel eingesetzt werden können. Und hier möchte ich vor allem auf den Tätigkeitsbereich des EDV-Zentrums der Bundespolizeidirektion Wien verweisen. Dieses EDV-Zentrum macht seit 1. April dieses Jahres die Personenfahndung in ganz Österreich vollautomatisiert möglich.

Ebenfalls seit dem 1. April 1975 wurden

Datenstationen in den Bundesländern Oberösterreich, Niederösterreich und Tirol in Betrieb genommen. Diese drei Datenstationen und jene für das Bundesland Wien sind rund um die Uhr besetzt und für die Personen- und Kraftfahrzeugfahndung ständig änderungs-, abfrage- und antwortbereit. Eine sehr wichtige technische Einrichtung vom Standpunkt der Sicherheit in unserem Lande!

Seit Jänner 1975 werden für den Bereich der Bundeshauptstadt Wien behördliche Strafverfügungen für bestimmte Verkehrsdelikte mittels Computer erlassen. Eine Frage der Verwaltungsarbeitsentlastung für die Organe der Bundespolizei auch im administrativen Dienst.

Im Laufe des kommenden Jahres werden Datenstationen in Salzburg, in der Steiermark und in Kärnten in Betrieb genommen, wodurch letztlich allen Bundesländern entsprechende automatisierte Fahndungshilfsmittel zur Verfügung stehen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition! Hier sind Kompetenzen für das Bundesministerium für Inneres gegeben, und diese Kompetenzen werden im Sinne der Modernisierung der Ausrüstung für Organe der öffentlichen Sicherheit voll wahrgenommen.

Neben der Verbrechensverhütung, der Verbrechensbekämpfung und der Ahndung von Übertretungen haben aber die Organe der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie auch Aufgaben aus der Vollziehung der Straßenverkehrsordnung und des Kraftfahrzeuggesetzes. Und dazu hat Herr Kollege Zeillinger heute wieder sehr heftig gesagt: Herr Minister, Sie sagen, Sie sind nie zuständig; Sie sind nur zuständig für das Personal und für die Grundausrüstung dieses Personals zur Aufgabenbewältigung. – Das stimmt!

Herr Kollege Zeillinger hat beispielsweise den Kompetenztatbeständen, die in der Straßenverkehrsordnung derzeit gegeben sind und die damals noch eine Änderung der Kompetenzbestimmungen der Bundesverfassung notwendig hatten, am 6. Juli 1960 in diesem Haus zugestimmt. Damals gelangten der Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (21 der Beilagen): Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 abgeändert wird, und der Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (22 der Beilagen): Bundesgesetz über die Regelung des Straßenverkehrs (Straßenpolizeigesetz 1959) – dann hat es also „Straßenverkehrsordnung 1960“ geheißen –, in diesem Haus zur Abstimmung.

Der damalige Berichterstatter zur Verfassungsgesetznovelle, Kollege Dr. Gruber, hat in

**Ing. Hobl**

seinem Bericht auf Grund der Verhandlungsergebnisse in diesem Haus festgestellt: „Um die Erlassung einheitlicher Straßenpolizeivorschriften sicherzustellen, bedarf es der Übertragung der gesamten Gesetzgebung auf diesem Gebiet in die Kompetenz des Bundes. Da jedoch die zur Anpassung an die geänderten Lebensbedürfnisse erforderliche Kompetenzverschiebung zwischen dem Bund und den Ländern nur insoweit vertreten werden kann, als dadurch die bundesstaatliche Struktur der Verfassungsrechtsordnung nicht beeinträchtigt wird, soll als Ausgleich für den Verlust an Ausführungsgesetzgebungs-“ – das war die vorherige verfassungsrechtliche Regelung – „und Vollziehungskompetenz den Ländern die Vollziehungskompetenz mit Ausnahme des Verordnungsrechtes auch auf den Bundesstraßen eingeräumt werden, die ihnen bisher nicht zustand.“

Und wenn man dann im Stenographischen Protokoll der 36. Sitzung vom 6. Juli 1960 auf Seite 1439 nachliest, wo der Beschluß steht, so steht geschrieben: „Bei der getrennt durchgeführten Abstimmung werden der Gesetzentwurf, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 abgeändert wird, und der Gesetzentwurf über die Regelung des Straßenverkehrs . . . , beide in der Fassung der Ausschußberichte, in zweiter und dritter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.“

Ich bitte, den Herrn Kollegen Zeillinger an seine damalige Beschlußmitwirkung hinsichtlich der Regelung der Kompetenztatbestände der Straßenverkehrsordnung zu erinnern. Damals hat er mitbeschlossen – und alle Abgeordneten in diesem Haus –, daß die Länder die Vollziehung der Straßenverkehrsordnungsbestimmungen übertragen erhalten. Er hat also mitbeschlossen, daß der jeweilige Bundesminister für Inneres keine Vollziehungskompetenz der Straßenverkehrsordnung hat.

Beim Kraftfahrgesetz – der Nationalrat hat damals auch zwei Entschließungsanträge beschlossen, wo auch Aufträge an die Bundesregierung hinsichtlich einer Novellierung des Kraftfahrgesetzes gegeben wurden – ist der Kompetenztatbestand nach wie vor der – er wurde nicht geändert –: Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache, Vollziehung im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung. Da haben wir beispielsweise im Kraftfahrgesetz die Feststellung der Lenker, also der Täter, die Kraftfahrvorschriften oder kraftfahrrechtliche Vorschriften übertreten haben, festgelegt. Die Lenkererhebungen müssen durchgeführt werden. Die Fiktion, daß der jeweilige Fahrzeughalter gleichzeitig der Lenker ist, die ist halt im Gesetz nicht enthalten.

Und wir, meine sehr geehrten Damen und

Herren und Herr Kollege Zeillinger vor allem, wir werden in diesem Haus im nächsten Jahr eine Kraftfahrgesetznovelle beschließen; und beim Behandeln der Kraftfahrgesetznovelle, die schon im Haus liegt, können wir über die Frage der Statuierung der Lenkerfiktion im Sinne des Halters durchaus reden und Beschluß fassen.

Wir werden aber bei den Beratungen über dieses Thema ganz schwere rechtliche Bedenken der Juristen präsentiert bekommen. Aber es wird an uns liegen, meine Damen und Herren von der Opposition, ob wir uns über diese Bedenken, die hier angemeldet werden, durch Beschluß hinwegsetzen und sagen: Wir als Bundesgesetzgeber wollen diese Lenkerfiktion im Sinne des Halters!, wie sie hier Kollege Zeillinger heute erwähnt hat, und dann werden wir es halt beschließen. Dann werden wir sehen, wie lange wir diese Lenkerfiktion aufrechterhalten können. Ich hoffe: Immer, weil es wirklich eine Verwaltungsvereinfachung wäre.

Wir haben dann nur die Schwierigkeit – bei den natürlichen Personen wird es keine Schwierigkeit sein – bei den juristischen Personen. Dort ist es eine Schwierigkeit.

Zum Beispiel, das Kollege Zeillinger heute gebracht hat: Da gibt es eine Speditionsfirma, die stellt zu, und der Wagen steht in zweiter Spur, und der Speditionsangestellte trägt das Nachtkasterl in den zweiten Stock, und dann kommt die Anzeige und kein Organmandat; da wird die Lenkerfiktion nicht halten, denn da können sehr viele Lenker auf Fahrzeugen von Speditionsfirmen oder auch im Werksverkehr verwendet werden.

Der Rayonsposten lebt im Bundesland Wien, in der Bundeshauptstadt Wien wieder auf.

Zur Frage der einheitlichen Vollziehung der Straßenverkehrsordnung: Ich habe sie hier immer wieder aus diesem Anlaß, also jeweils beim Budget, releviert und habe gesagt: Die Verkehrssicherheitskonferenz, wo die Länderverkehrsreferenten im Innenministerium beisammensitzen – gestern beispielsweise war wieder eine Sitzung der Verkehrssicherheitskonferenz –, kann nur den Versuch unternehmen, die Vollziehung nach einheitlichen Maßstäben vorzunehmen. Es muß zum Lob der Bundesländer gesagt werden, daß es in den letzten Jahren, genau seit 1968 – wo auf Grund eines Entschließungsantrages hier im Nationalrat der damalige Bundesminister für Inneres Soronics die erste Verkehrssicherheitskonferenz einberufen hat –, die Festlegung einheitlicher Maßstäbe für viele Vollziehungstatbestände der Straßenverkehrsordnung durch die Vertreter der österreichischen Bundesländer gegeben hat.

Und wenn Herr Kollege Zeillinger die

**Ing. Hobl**

„Strolchenfahrten“ anschneidet – wie die Schweizer sagen –, also die Fahrten mit Kraftfahrzeugen, die keinen Versicherungsschutz mehr genießen, wenn also dann Unfälle produziert werden bei solchen Fahrten und durch Lenker, die nicht befugt sind, dann werden wir ebenfalls bei der Beratung des Kraftfahrzeuggesetzes Gelegenheit haben, hier Regelungen zu treffen.

Der ARBÖ hat in diesem Jahr in der österreichischen Öffentlichkeit auf das Problem des fehlenden Versicherungsschutzes in solchen Fällen hingewiesen und auch Lösungsvorschläge unterbreitet. Ich werde mir erlauben, bei der Beratung der Materie im zuständigen Unterausschuß den Kollegen der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei unsere Vorschläge vom ARBÖ in dieser Sache zu präsentieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bund zahlt also Personal und Ausrüstung der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie für den Grundauftrag, den diese beiden Exekutivkörper zu erfüllen haben. Für die Verkehrsüberwachung allein wurden im vergangenen Jahr mehr als 700 Millionen Schilling vom Bundesbudget aufgewendet. Das ist ein nicht unerheblicher Betrag des Gesamtbudgets, das dem Bundesministerium für Inneres zur Verfügung steht.

Wir haben also die Tatsache, daß die Herren Landeshauptleute und die Herren Bezirkshauptleute die Bundesgendarmerie zur Verkehrsüberwachung einsetzen können oder nicht einsetzen können. Wir haben die Tatsache, daß die Organe der Bundesgendarmerie für die Bezirksverwaltungsbehörden, also für die Behörden 1. Instanz, das Erhebungsmädchen für alles sind. Das stelle ich jetzt gar nicht in dem Sinne fest, daß ich sage, die Gendarmeriebeamten werden mißbräuchlich verwendet; aber wen sollen denn die Behörden 1. Instanz, also die Bezirkshauptmannschaften, für Erhebungszwecke verwenden?

Da gibt die gesetzliche Grundlage das Gendarmeriegesetz 1894 und 1918, das Behörden-Überleitungsgesetz 1945 und die dazugehörige Novelle 1946, dann das Mitwirkungsgesetz und die Beschlüsse der jeweiligen Bundesregierung über die Mitwirkung der Bundesgendarmerie bei landesgesetzlichen Regelungen.

Es wird Ihnen, meine Damen und Herren, so wie mir auch der Einsatz von Organen der Bundesgendarmerie durch Bezirkshauptmannschaften bekannt sein, der keine gesetzliche Deckung findet. Aber da möchte ich noch einmal sagen: Wen sollen die Bezirkshauptmannschaften zur Erhebung gewisser Umstände einsetzen

als leider die Organe der Bundesgendarmerie, die vom Bund bezahlt werden und deren Grundausrüstung ebenfalls vom Bund bezahlt wird?

Die unterschiedliche Intensität der Verkehrsüberwachung hängt also jetzt von den jeweiligen Befehlen ab, die der zuständige Landeshauptmann, die der zuständige Bezirkshauptmann gibt. Und das wird bei der Verkehrsdichte, die wir in unserem Land festzustellen haben, immer bedeutungsvoller. Derzeit kommt auf 2,8 Österreicher ein Kraftfahrzeug, etwa auf 4,6 Österreicher ein Personenkraftwagen.

Interessant ist, daß 74 Prozent der Kraftfahrzeuge in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich, Wien und Steiermark zugelassen sind. Die Zulassungsziffern nehmen nach wie vor ganz bedeutend zu. Hat es am 31. Dezember des Vorjahres 2,653.016 Kraftfahrzeuge im Gebiet der Republik gegeben, die zugelassen waren, so waren es am 30. Juni dieses Jahres bereits 2,734.682, also um rund 82.000 Kraftfahrzeuge oder 3 Prozent in einem halben Jahr mehr.

Die Verkehrssicherheitskonferenz bemüht sich nun, daß die für den Straßenverkehr, für die Überwachung des Straßenverkehrs zuständigen Landes- und Bezirksbehörden entsprechend aktiv und flexibel ihre Aufgaben wahrnehmen, um eine effektive und intensive Verkehrsüberwachung zu gewährleisten.

Das Bundesministerium für Inneres – aber ich möchte da nicht zu lang werden – führt Schulungen der Organe für die verschiedensten Tätigkeitsgebiete im Rahmen der Verkehrsüberwachung durch; und die Landeshauptleute stellen zusätzlich für diese Spezialaufgaben der Verkehrsüberwachung Ausrüstung zur Verfügung. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Nach den Informationen, die mir zugänglich sind, gibt es derzeit im Gebiet der Republik 34 Radargeräte, 14 Achslastmesser, 10 photographische Überwachungsgeräte – das sind jene, die in den nachfahrenden Exekutivorganfahrzeugen eingebaut sind, um auch Geschwindigkeitsübertretungen festzustellen –, 2 Bremsprüfgeräte, 2 Mopedprüfstände, 2 Scheinwerfereinstellgeräte und 7 Lärmmeßgeräte. Bedauerlicherweise können diese Lärmmeßgeräte nicht eingesetzt werden, weil eine objektive Lärmmessung derzeit nur auf bestimmten Plätzen, wo ein Grundgeräuschspiegel nicht überschritten wird, möglich ist. Der Österreichische Arbeitsring für Lärmbekämpfung beschäftigt sich derzeit damit, Meßmethoden zu entwickeln, die den Einsatz dieser Geräte auch auf Plätzen ermöglichen, wo der Lärm direkt auftritt.

**Ing. Hobl**

Herr Kollege Suppan! Sie haben gemeint, die Organe der Bundesgendarmerie haben bis zu 26 Prozent Mehrdienstleistungen gegenüber der normalen Dienstzeiterbracht. Das stimmt, das ist nicht zu bestreiten. Das sind Kosten, die in den 700 Millionen Schilling enthalten sind, die wir im Nationalrat beschlossen haben.

Aber man wird die Verkehrsüberwachung – in Länderkompetenz befindlich – nur dann verstärken können, wenn beispielsweise bei Spitzenbelastungen – also in der berühmten Weihnachtszeit, die wir jetzt wieder haben – auf der Gastarbeiterroute von den Herren Landeshauptleuten zusätzliche Organe eingestellt werden, nicht Organe der Bundesgendarmerie.

Herr Landeshauptmann Niederl hat das schon ein-, zweimal praktiziert, und ich hoffe, daß dieses Beispiel in der Steiermark fortgesetzt wird, daß andere Landeshauptleute diesem Beispiel folgen, denn die Straßenverkehrsordnung läßt dies zu, und dann könnte man beispielsweise die Mehrdienstleistungen der Bundesgendarmeriebeamten auf diesem Sektor senken.

Und nun zum Schluß, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Zeillinger hat in seiner Schlußphase gesagt: Was geschieht auf unseren Straßen, wie ist die Sache mit dem Unfalltod? – Über alles, was er hinsichtlich Verkehrssicherheit gesprochen hat, werden wir, weil die legistische Kompetenz beim Bundesministerium für Verkehr liegt, sicherlich bei der Behandlung des Budgetkapitels „Verkehr“ noch einiges sagen können.

Zeillinger sagte: Da lese ich in der Zeitung: 10 Prozent mehr Tote auf unseren Straßen; Ende November dieses Jahres wurde das festgestellt. Ich möchte klarstellen: Diese Zeitungsmeldungen, die es am 26. November in fast allen österreichischen Tageszeitungen gab, diese 10-Prozent-Angabe, stimmen nicht. Ich kann sagen: Gott sei Dank stimmen sie nicht!

Ich muß aber sagen: Leider gibt es schon mehr Tote in den ersten zehn Monaten 1975, verglichen mit den entsprechenden zehn Monaten 1974. So gab es im Jahre 1974 im Vergleichszeitraum Jänner–Oktober 39.604 Unfälle mit Personenschaden, 1975 leider 40.102; das ist eine Zunahme um 1,3 Prozent. Verletzte wurden in den ersten zehn Monaten 1974 gezählt: 54.264, 1975, Jänner–Oktober, 54.368; leider auch etwas mehr, plus 0,2 Prozent mehr Verletzte. 1754 Tote hat es in den ersten zehn Monaten 1974 gegeben, 1975 leider mehr, nämlich 1789. Aber das ist keine Vergrößerung der Zahl der Toten um 10 Prozent, sondern nur um 2 Prozent. Aber das ist bedauerlich genug.

Wenn daher in der Presse solche Meldungen

auftauchen, so ist es immer wertvoll, wenn man sich erkundigt, von wo das Zahlenmaterial kommt. Das Zahlenmaterial, das ich Ihnen jetzt zum Schluß gebracht habe, stammt vom Statistischen Zentralamt und wurde gestern veröffentlicht.

Ich glaube, daß wir hier aus allen Fraktionen, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei der Behandlung der Straßenverkehrsordnungsnovelle und der Kraftfahrzeugnovelle den Gesichtspunkt der Verkehrssicherheit sehr genau beachten sollen. Vielleicht können wir einige Vorschriften finden, die mithelfen, daß die Sicherheit im österreichischen Straßenverkehr verbessert wird, daß die Zahl der Toten im Straßenverkehr, die Zahl der Verletzten im Straßenverkehr sinkt. Ich kann Sie für meine Fraktion nur zur aktiven Mitarbeit einladen. Beraten wir auch, ob wir die verwirklichten Kompetenzen klarer, eindeutiger gestalten können. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Probst:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Kraft.

**Abgeordneter Kraft (ÖVP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Im Gegensatz zu meinen Vorrednern der sozialistischen Fraktion verfallende ich nicht in Lobhudeleien, Eigenlob und dergleichen mehr, deshalb nicht, weil bei der Debatte im Finanz- und Budgetausschuß so deutlich das Unbehagen zum Ausdruck gekommen ist, das Unbehagen der Bevölkerung, das Unbehagen bei den Sicherheitsorganen.

Auch Unbehagen, meine sehr geehrten Damen und Herren der linken Seite, bei der großen Oppositionspartei über die Verhaltensweise des Herrn Ministers im Finanz- und Budgetausschuß. Der Herr Bundesminister hat eine Art an den Tag gelegt, ironisch, überheblich, kaum Fragen ausführlich beantwortend.

Herr Minister, landläufig würde man sagen: Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. *(Zwischenrufe.)* Ich möchte mich bemühen, kein allzu grober Keil zu sein. Wir hoffen auch, daß diese Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses zur Behandlung des Kapitels „Inneres“ doch ein einmaliger Ausrutscher war und daß vielleicht in Zukunft Ihrerseits ein anderer Ton bei der Beantwortung dieser Fragen wieder an den Tag gelegt wird.

Hohes Haus! Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung vom „gesunden Rechtsempfinden“ gesprochen, von Rechtsempfinden, das wahrscheinlich der Deckmantel für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung und dergleichen sein soll. Wir warten etwa auf die Aussage des Herrn



**Kraft**

Sozialministers über ein „gesundes“ Sozialempfinden, wo Sozialpolitik für die eine Gruppe auf Kosten der anderen gemacht wird. Wir warten auf das „gesunde“ Wirtschaftsempfinden des Herrn Finanzministers, der den Deckmantel und die Rechtfertigung für seine verantwortungslose Defizit- und Schuldenwirtschaft sucht.

Das gesunde Sicherheitsempfinden, Herr Bundesminister, grenzt sich aber deutlichst und weit ab von Ihrer Sicherheitspolitik. Hier klafft es einfach weit auseinander. Wir hoffen, Herr Minister, daß Sie wenigstens nicht die Ansichten und Vorstellungen des Herrn Konecny über innerstaatliche Sicherheit teilen. Dann sind wir schon einigermaßen froh darüber, denn das wäre denn doch ein bißchen zuviel. Aber es steht immer noch die Frage im Raum: Warum haben sich die Sozialistische Partei und auch Sie, Herr Minister, bisher nicht vom Verhalten, von den Ansichten des Herrn Konecny distanziert? Für uns sind einfach Steine im Straßenkampf, gewaltsames Eindringen keine geeigneten Mittel, innerstaatliche Sicherheit zu demonstrieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber, Hohes Haus, meine Damen und Herren, wahrscheinlich wird ja dieses Verhalten des Herrn Konecny, dieses Eindringen, nach Ihrer Sprachregelung ausgelegt werden als ein nicht eingeladener Besuch in der spanischen Botschaft.

Das Erschütternde an der ganzen Entwicklung ist die Gleichgültigkeit, die Hilflosigkeit, mit der der zuständige und verantwortliche Ressortminister diesen sicherheitspolitischen Notwendigkeiten gegenübersteht. Wenn immer wieder im Ausschuß gesagt wird: Ja, das hat es früher gegeben, das wird es auch in Zukunft geben, da kann man halt nichts machen!, Herr Minister: Ich gebe zu, vollkommene Sicherheitsverhältnisse, eine vollkommene, hundertprozentige Sicherheit wird es sicherlich nicht geben. Ich stimme zu, wenn Sie gesagt haben: Man kann nicht hinter jeden Staatsbürger eine Begleitperson stellen! – Aber man kann, Herr Minister, gewisse Vorkehrungen treffen. Um es mit einem Vergleich auszusprechen: Die Wahrscheinlichkeit eines Diebstahls ist bei einer verschlossenen Tür geringer, als wenn die Tür offensteht. Und darum geht es: die möglichen Vorkehrungen zu treffen.

Herr Bundesminister! Die Bevölkerung, glaube ich, erwartet gerade von Ihnen als Verantwortlichem eine klare Trennungslinie zwischen meinetwegen weitest ausgelegten Freiheiten in der Demokratie und damit verbundenen Konsequenzen und dem Einhaltgebieten von Entwicklungen, die dem Sicherheitsbedürfnis des Staatsbürgers und Steuerzahlers einfach zuwiderlaufen.

Herr Minister! Ihr Interesse, Ihr eminentes Interesse müßte es in Ihrer Dienstgeberfunktion sein, jene Arbeitsbasis, jenes Arbeitsklima und jene Arbeitskapazität für die Exekutive zu schaffen und ständig zu verbessern, die Aufgabenerfüllung zu ermöglichen, zu erleichtern, aber nicht zu erschweren.

Und vielfach hört man in der Bevölkerung auch den Ruf und die Bemerkung: Nun ja, das Leben der Sträflinge wird laufend verbessert, aber das Leben der Exekutive wird zusehends schwieriger. – Es ist schon etwas Wahres dran an diesem Gefühl, an diesem Gespür der Bevölkerung.

Herr Minister, haben Sie sich einmal ernsthaft und ehrlich die Frage vorgelegt, wie sich denn das Berufsbild der Exekutive, der Beamten im Jahre 1975 entwickelt hat? Lassen Sie es, Herr Minister, doch nicht so weit kommen wie Ihr Kollege Bundesminister für Landesverteidigung, wo heute schon manches Mal die Berufssoldaten – bei Ihnen vielleicht in Zukunft die Exekutivbeamten – als Menschen zweiter Klasse betrachtet werden, weil sich der zuständige und verantwortliche Ressortminister nicht genügend schützend davorstellt.

Herr Minister, damit es ja kein Mißverständnis gibt: Wir wollen keinen Polizeistaat, keinen Ruf nach Law and order, sondern wir wollen – aber das mit aller Deutlichkeit –, daß man diese Fragen der Sicherheit ernst nimmt und nicht auf die leichte Schulter, wie Sie das bisher getan haben.

Herr Minister! Haben Sie sich ernstlich die Frage gestellt, ob Sie in Ihrem Budget entsprechende finanzielle Vorsorgen getroffen beziehungsweise entsprechende Mittel bekommen haben für das Werkzeug, für die Ausrüstung der Exekutive? Natürlich werden Sie sagen: Höhere Budgetzahlen, um 500 Millionen Schilling mehr, als das voriges Jahr der Fall war! Nun, sollten Sie vielleicht weniger bekommen haben bei dieser Budgetexplosion? Mir kommt Ihre Aussage zu diesem höheren Budget des Kapitels „Inneres“ etwa so vor, wie wenn einer ein Streichholz unter das Thermometer hält und glaubt, die Raumtemperatur steigt damit an. So ist es einfach nicht.

Herr Minister, wir haben bisher nichts gelesen, daß Sie etwa auch zu den Halbzeitausläufern dieser Regierung gehören. Wenn das nicht der Fall ist, dann könnte man auf Grund Ihrer Haltung, die Sie bisweilen in den einzelnen Ausschüssen an den Tag gelegt haben, darauf schließen. Wenn ja, Herr Minister, dann ist es sträflich, wenn Sie die Entwicklung der Sicherheit fast nicht mehr kümmert.

**Kraft**

Wenn es nicht der Fall ist, wenn Sie kein Halbzeitausläufer sind, dann ist es aber noch sträflicher, wenn Sie den Kopf in den Sand stecken und nach wie vor bagatellisieren; bagatellisieren, wie es etwa auch der Herr Kollege Thalhammer im Ausschuß getan hat, genauso wie heute: Betonung auf Mitarbeit hat er gemeint. Diese Entwicklung ist einfach komisch: Immer dann, wenn Sie mit Problemen nicht fertig werden, wenn Sie von der Regierungspartei versagen, dann kommt der Ruf nach Mitarbeit, nach Partnerschaft, nach Zusammenarbeit!

Bei den Preisen, wenn Sie die Preise nicht im Griff halten können, ruft man nach Mitarbeit der Medien, nach Aufklärungsaktionen, nach Mitarbeit der Konsumenten. Wenn die Sicherheit nicht mehr in Ordnung ist, dann: Mitarbeit der Bevölkerung!, die müßte mitwirken, und das alles, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei einer Regierung, die einmal gesagt hat und damit immer wieder angetreten ist, sie wolle alles besser machen. Da war kein Ruf und keine Frage nach Mitarbeit. Sie wollten es besser machen.

Eine Regierung auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, die bisher immer angetreten ist mit Schlagwörtern: Privilegienabbau, Beseitigung des Amtskappels.

Herr Bundesminister! Abgebaut, beseitigt wurden eindeutig das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und die tatsächlichen Sicherheitsverhältnisse in diesem Land. Ihre Vergleiche, die Sie uns gelegentlich immer wieder servieren, Vergleiche mit der Hafenstadt Hamburg oder mit amerikanischen Städten, wo es eigene Gangsterviertel gibt und wo Sie sagen, daß im Vergleich zu diesen Städten etwa die Verhältnisse in Wien oder in Österreich überhaupt noch relativ günstig sind, Herr Minister, das sind keine Argumente für uns, denn es ist nicht unser Stolz und unser Ehrgeiz, unsere Sicherheitsverhältnisse etwa mit denen eines Hafenviertels der Stadt Hamburg messen zu wollen. Das paßt nicht in unsere Argumente, das können ruhig die Ihren sein.

In der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers findet man auch einige Ankündigungen, was da alles geschehen soll, geschehen wird müssen zu Problemen der inneren Sicherheit; aber was man von Ankündigungen des Herrn Bundeskanzlers und dieser Regierung zu halten hat, das haben wir in der Zwischenzeit zur Genüge erfahren. Man kann ja darauf gar nichts geben, man kann gar nichts davon halten, denn es sind nur leere Worte, wie einige Male schon bewiesen wurde.

Auch der Herr Finanzminister hat in seiner

Budgetrede das Kapitel „Inneres“ sehr knapp bemessen. In den Erläuterungen zur Budgetrede sind nur acht Zeilen diesem ganzen Problem gewidmet.

Umso mehr hat der Justizminister dem Herrn Klubobmann Professor Koren erst vor wenigen Tagen einen Bericht übermittelt, der eigentlich recht interessante Einzelheiten enthält, einen Bericht des Bundesministeriums für Justiz über die gerichtlichen Verurteilungen im Zusammenhang mit dem Bericht des Bundesministeriums für Inneres über die Entwicklung der Kriminalität, über die Kriminalitätsziffern, Herr Innenminister, nicht aber mit dem Sicherheitsbericht. Darunter verstehen wir ein bißchen etwas anderes.

In diesem Papier des Herrn Justizministers finden sich einige sehr bemerkenswerte Ausführungen. Hier heißt es unter anderem: Sowohl gerichtliche als auch polizeiliche Kriminalstatistik beziehen sich nur auf die statistisch ausgewiesene Kriminalität. Über verborgene Kriminalität, das sogenannte Dunkelfeld, gibt es in Österreich keine eingehenden Untersuchungen. Das genaue Ausmaß und die Höhe der wirklichen Kriminalität, des Kriminalitätspotentials in der Gesellschaft entzieht sich damit einer beweiskräftigen Feststellung. – Also die tatsächlichen Verhältnisse lernen wir gar nicht kennen.

Hier heißt es weiter: Im Gegensatz zur sinkenden Gesamtzahl der gerichtlich Verurteilten hat sich die Anzahl der wegen Verbrechens verurteilten Personen nach einem Rückgang im Jahr 1973 im Jahr 1974 wiederum erhöht, zugenommen um 3,7 Prozent.

Oder die Struktur der kriminalstatistisch erfaßten Kriminalität: Der mengenmäßige Schwerpunkt der gerichtlich strafbaren Handlungen liegt bei den Vermögensdelikten. – Der Justizminister berichtet darüber. – Rund 60 Prozent aller bekanntgewordenen Delikte sind Vermögensdelikte, 42 Prozent Diebstähle. – Die Aufklärungsziffer bei den Vermögensdelikten kennen wir; sie ist erschreckend gering. Sie ist von Jahr zu Jahr bedeutend zurückgegangen. Ich möchte nicht behaupten, Herr Minister, daß gerade diese Tatsache der Vermögensdelikte in irgendeinem Zusammenhang mit Ihrem gestörten Verhältnis etwa zur Vermögensbildung steht. Nein, ich bin weit davon entfernt.

Aber hier in diesem Bericht heißt es weiter: Im Vergleichszeitraum der Jahre 1954 bis 1974 ist die Anzahl der wegen eines Gewaltdelikt verurteilten Personen um 4 Prozent und der wegen eines Vermögensdelikt verurteilten Personen um 40 Prozent – also zehnmal so stark – gestiegen. – Das sind doch Zahlen, Herr Minister, die ein bißchen zu denken geben sollten.

**Kraft**

Aber es kommt noch schöner: Mit dem gewachsenen Nationalprodukt und dem erreichten Wohlstand haben sich die potentiellen Objekte von Vermögensdelikten vermehrt. – Also jetzt wissen wir es genau: Der vermehrte Wohlstand trägt die Schuld. Sicherlich auch, aber, Herr Minister, das paßt auch in diese Richtung. Das ist jene Gleichung: Mehr Wohlstand, daher mehr Kriminalität. Oder, wie es der Herr Vizekanzler Häuser einmal ausgedrückt hat: Wenn die Leute weniger kaufen würden, dann würden sie ohnehin weniger von der Inflation spüren.

Herr Minister! Nicht der Wohlstand allein trägt die Schuld. Ihre Gleichung wäre demnach, es wäre wünschenswert, weniger Wohlstand zu haben, denn dann wäre auch die Kriminalität geringer. Nein, mehr Vorkehrungen zu treffen, Herr Minister, das wäre wohl die richtige Alternative und die richtige Antwort darauf!

Auch hier ist die Rede von der Entkriminalisierung mancher Bereiche von Delikten. Und dann vergleicht man diese entkriminalisierten Bereiche mit früheren Zahlen. Natürlich kommt dabei letzten Endes ein Rückgang heraus. Ich muß sagen: Eine seltsame Mengenlehre wird hier demonstriert! Aber das paßt wiederum in die Kette von Aussagen mit jener eigenartigen Sprachregelung, die wir hier in der letzten Zeit von der linken Seite zu hören bekommen haben; vom Nullwachstum, wo die Schulden zum Minusguthaben werden, wo 10 Milliarden Defizit mehr 100.000 Arbeitsplätze mehr bedeuten und so weiter. Das ist jene Linie, mit der man versucht, der Bevölkerung etwas vorzumachen.

Was die Zahlen und die Aussagen des Herrn Justizministers über die Jugendkriminalität anbelangt: Herr Minister, das müßte auch Ihnen im besonderen zu denken geben, denn der Herr Justizminister führt aus, daß die Jugendkriminalität in zunehmendem Maße verbrechensintensiver erscheint. Aber anscheinend berühren Sie auch diese Aussagen kaum. Das haben Sie ja im Ausschuß demonstriert.

Ein leitender Beamter der Polizei hat einmal gemeint, was die Bevölkerung in Zukunft an zusätzlichen Sicherungsanlagen für Eigentum erwerben muß, um Heim, Hab und Gut zu schützen, sei der Preis dafür, den die Bevölkerung für die Liberalisierung bei der Verbrechensverfolgung zu bezahlen haben wird. – Herr Minister – das betrifft nicht Sie allein –: Die Bevölkerung versteht es einfach nicht, wenn Schwer- und Schwerstverbrecher von der Polizei und von der Gendarmerie ausgeforscht und überführt werden und dann wiederum von den Justizbehörden auf freien Fuß gesetzt werden, um dann wieder unterzutauchen, sodaß neue Fahndungsaktionen eingeleitet werden müssen.

Das versteht die Bevölkerung nicht, und das war sicherlich auch nicht der Geist der Strafrechtsreform.

Nun, Herr Minister, zu einigen Aussagen, die Sie im Ausschuß getroffen haben.

Ich habe Sie wiederum hinsichtlich der Funkausrüstung der Patrouillenfahrzeuge gefragt, und Sie haben ironisch gemeint: Haben Sie vielleicht kein Archiv mehr? Ich habe Ihnen doch die Zahlen voriges Jahr, vor zwei Jahren schon gesagt! – Herr Minister, wir sind unverbesserliche Optimisten und haben geglaubt und glauben nach wie vor, daß sich in einigen Jahren auch ein bißchen etwas ändern könnte, wenn Sie etwas tun, wenn Sie mehr tun für die Exekutive, für die Ausrüstung und für das Werkzeug dieser Beamten. Aber mit Ihrer Aussage, Herr Minister, haben Sie bewiesen, daß jede Erwartung an diese Regierung eine Zumutung ist. Man soll nicht mehr erwarten, als man zumuten kann.

Dann eine weitere Frage hinsichtlich der ausländischen Agenten. Ich habe die Frage gestellt, welche Unterlagen es dafür gebe. Der Herr Minister antwortet mir: Das kann ich Ihnen beim besten Willen nicht sagen, ich habe sie ja nicht gezählt. Und überdies: Gegen Österreich ist die Agententätigkeit ja kaum gerichtet. Wenn hier Agententätigkeit betrieben wird, dann sind das meist Agenten ausländischer Staaten, die hier füreinander oder gegeneinander arbeiten.

Man muß sich vorstellen: Den Sicherheitsminister kümmert das überhaupt nicht, wenn dieses Staatsgebiet Österreich eventuell der Tummelplatz für ausländische Spitzel wird! Das kümmert ihn überhaupt nicht. Ich hab sie nicht gezählt!, meint der Herr Minister. Herr Minister, eine solche Antwort lassen wir uns auf die Dauer nicht gefallen. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Oder einige Aussagen, aus denen auch die ungeheure, erschreckende Gleichgültigkeit hervorgeht: Wenn einer eine Waffe haben will, bekommt er sie ja sowieso, was soll man da tun? – Den Botschaftermord in Wien hätte man sowieso nicht verhindern können, was soll man da tun? – Mit Wasserwerfern darf man sowieso auf verschiedenen Straßen nicht fahren, warum sollen wir sie nicht abgeben ans Bundesheer? – Bei der Iberia-Demonstration war ich in der Steiermark auf Wahleinsatz.

Ja das war viel wichtiger, als in Wien bei der Demonstration dabeizusein, die angemeldet war und von der Sie gewußt haben, Herr Minister, daß sie stattfindet.

Ich hätte ja die Ausschreitungen sowieso nicht verhindern können!, hat der Minister gemeint.

**Kraft**

Herr Minister! Bei einer solchen Einstellung versteht man sehr wohl das Gefühl der Bevölkerung, daß die Sicherheit in diesem Lande einfach nicht mehr gegeben ist. Dafür hat man Verständnis, wenn man Ihre Aussagen dazu kennt.

Weiter haben Sie gemeint: Na ja, wo Menschen sind, da funktioniert halt manches nicht! – So leicht darf man sich die Dinge wirklich nicht machen.

Ausreden waren an der Tagesordnung: Keine Kompetenz, die haben die Landeshauptleute! – Das ist schon erwähnt worden. Aber der Herr Ing. Hobl hat ja gerade den Landeshauptmann der Steiermark zitiert, den Landeshauptmann von Oberösterreich, der Landeshauptmann von Niederösterreich wurde zitiert. Herr Minister, ich frage mich wirklich: Wozu sind Sie dann noch da, wenn überall die Landeshauptleute für das Negative die Schuld tragen und Sie nur das Positive tun? So einfach geht das nicht.

Bei einem anderen Anlaß hat der Herr Minister gemeint: Na das weiß ich wirklich nicht! – Ich weiß nicht, Herr Minister, ob es nicht Ihre Aufgabe wäre, sich über alle Details Ihres Ressorts genau zu informieren. Herr Minister, was Ihre Überheblichkeit im Finanzausschuß, die Sie dort demonstriert haben, anbelangt, sind Sie bereits in ernsthafte Konkurrenz mit dem Herrn Finanzminister oder mit dem Herrn Staatssekretär Haiden getreten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Bei einer anderen Gelegenheit sagt der Herr Minister: Ich habe irgend etwas gewußt, eines ist so und eines ist so! – Herr Minister, wenn das der Informationsstand Ihres Ministeriums ist, dann bedauern wir das sehr. Aber nehmen Sie nochmals zur Kenntnis: Wir lassen uns eine solche Beantwortung und eine solche Behandlung in einem parlamentarischen Ausschuß nicht mehr bieten!

Obwohl Sie gemeint haben, Herr Minister: Wo Menschen sind, funktioniert halt manches nicht! *(Zwischenrufe.)*, funktioniert trotz Ihrer Ressortführung doch noch manches. Wenn man sich etwa nur den Bericht der Gendarmerie anschaut: Welch ungeheure Dienstleistung, Energie, Idealismus stecken hinter trockenen Zahlen! Das sind ungeheure Leistungen, Herr Minister, trotz Ihrer Ressortleistung. Ich möchte diese Zahlen gar nicht hier vorlesen; es ist eine großartige Leistungsbilanz, die seitens der Exekutive erbracht wurde.

Nun, Herr Minister, abschließend: Sie haben sich bisher auf Ausreden beschränkt, nicht informiert zu sein, keine Kompetenzen zu haben. Herr Minister, wie wäre es, wenn Sie auch einmal von Ihrem Ressort initiativ würden,

initiativ vielleicht vergleichbar mit dem Bereich der Landesverteidigung, wo man einen Konsens aller politischen Kräfte gefunden hat, wo man diese Dinge aus dem tagespolitischen Streit herausgenommen hat? Vielleicht wäre es zu überlegen, Herr Minister, daß man in manchen Bereichen, überhaupt im Bereich der inneren Sicherheit, diesem elementaren Bedürfnis der Bevölkerung, versuchen sollte, einen Konsens herbeizuführen und diesen Bereich aus der Tagespolitik herauszunehmen.

Herr Minister, man kann alles übertreiben, und wenn man es übertreibt, können die Dinge ins Gegenteil umschlagen.

Auch die Bestrebungen, die scheinbaren Bestrebungen zur Humanisierung, Demokratisierung, wie Sie von Ihrer Seite immer wieder hervorgekehrt werden, lassen, wenn sie ins Gegenteil verkehrt werden, das gemeinschaftliche Zusammenleben aus den Angeln geraten. Eine weitere Abwertung der gegenseitigen Verständigungs- und Kompromißbereitschaft, von Toleranz und gegenseitiger menschlicher und persönlicher Achtung wäre für die weitere Entwicklung verderblich.

Herr Minister! Tun Sie, noch ehe diese besorgniserregende Entwicklung weitergeht, etwas! Tun Sie etwas im Rahmen Ihres Ressorts! Reden Sie sich in der Zukunft nicht immer aus, sagen Sie nicht, Sie haben keine Kompetenzen! Sie haben Kompetenzen, Maßnahmen ergreifen zu können! Tun Sie etwas, bevor es zu spät ist! *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident Probst:** Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Professor Ermacora.

**Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe Sie, Herr Bundesminister, heute hier hinter mir beziehungsweise hinter dem Rednerpult sitzen gesehen und habe gemerkt, wie Sie, zum Teil sich belustigend, zum Teil mit Aufmerksamkeit, alle Vorwürfe über sich ergehen ließen.

Herr Bundesminister! Sie haben uns in einer ganzen Reihe von Aussagen immer wieder Ihre Unzuständigkeit erklärt. Ich glaube, heute ist aber in diesem Hause deutlich geworden, daß Sie eben nicht so unzuständig sind, wie Sie das in Ausschüssen beziehungsweise in mündlichen und schriftlichen Anfragebeantwortungen behaupten.

Herr Bundesminister! Wenn man von Ihren volkstümlichen Äußerungen absieht, die Sie gern geben, etwa die Angelegenheit mit den Wasserwerfern der Polizei: Sie sind irgendwo, sind beim Bundesheer ausgeliehen; wenn Sie eine Bemerkung über die Straßenpolizei

**Dr. Ermacora**

machen und erklären, dafür seien Sie nicht zuständig; wenn Sie immer wieder über den Zivildienst sprechen und sagen, Sie seien auch hierfür nicht zuständig; wenn Sie von der zivilen Landesverteidigung sprechen und sich dabei auf den Landeshauptmann berufen; wenn Sie das Problem der Mikrofilme, das vom Herrn Abgeordneten Moser angeschnitten wurde, jetzt vielleicht bagatellisieren und sagen, auch hierfür seien Sie nicht zuständig oder es gebe keine: so muß man doch einmal klar herausstellen und klar herausarbeiten, Herr Bundesminister, daß Sie dann, wenn es ernst ist, dennoch eine Verantwortung für eine ganze Reihe von Dingen tragen, für die Sie sich nicht zuständig erklären.

Ich gebe zu: Die Straßenpolizei und die Verkehrsstraßen sind wirklich etwas, was nicht in Ihre Zuständigkeit fällt, obwohl man es Ihnen so gerne zurechnen würde, weil man glaubt, daß dann, wenn die Polizei uniformiert auftritt, Rösch dafür zuständig ist. Bitte, aber hier ist es nun wirklich so, daß nicht der Herr Bundesminister für Inneres, sondern ein anderer Bundesminister für die Straßenpolizei und die Verkehrsstraßen zuständig ist.

Aber in puncto zivile Landesverteidigung und Zivildienst gibt es, Herr Bundesminister, wenn ich mich so ausdrücken darf, keine Ausreden! Ich darf das ganz kurz herausstellen und das sozusagen wirklich zu Protokoll geben, damit das einmal fixiert ist: Die zivile Landesverteidigung ist ein Teil der umfassenden Landesverteidigung und fällt primär in die Bundeskompetenz. Dazu kommt, daß dann, wenn keine anderen Bundesministerien zuständig sind, Sie, Herr Bundesminister, als Innenminister primär zuständig sind. Das ergibt sich eindeutig aus dem Bundesministeriengesetz, aus dem Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz und aus dem Behörden-Überleitungsgesetz, Gesetze, aus denen hervorgeht, daß im Zweifelsfall für diese Angelegenheiten Sie – und niemand anderer! – zuständig sind.

Was den Zivildienst angeht, ist es ähnlich. Sie hatten uns im Ausschuß erklärt: Nein, beim Zivildienst müssen Sie sich an die Landeshauptmänner wenden, diese sind verantwortlich! – Aber das gälte eben nicht, wenn es – ich würde sagen – auch juristisch oder politisch hart auf hart ginge. Gemäß § 77 Absatz 1 Z. 9 des Zivildienstgesetzes, Herr Bundesminister, haben Sie primär die Zuständigkeit zur Vollziehung des Zivildienstgesetzes. Vor allem steht Ihnen in jeder Hinsicht das Aufsichtsrecht zu, mit dem eine Aufsichtspflicht verbunden ist, auch wenn der Landeshauptmann beziehungsweise ein anderer Rechtsträger Ausführungsmaßnahmen zum Zivildienstgesetz zu setzen hat.

Herr Bundesminister! Ich glaube, die Zustän-

digkeit in diesen Belangen ist so klargestellt, daß nach meiner festen Überzeugung nach den heutigen Debattenbeiträgen, angefangen von Suppan über Moser, Kraft und auch Hobl, die Zeiten vorbei sind, in denen Sie sich auf andere ausreden durften. Das möchte ich eindeutig herausstellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Ich möchte auf eine ganze Reihe von Fragen, die erklärungswürdig wären, gar nicht eingehen, sondern möchte nur ein Problem ganz kurz herausstellen, ein Problem, das über kurz oder lang auf uns zukommen wird: das Problem des Zivildienstes und des Zivildienstgesetzes.

Ich will grundlegend herausheben, daß dieses Zivildienstgesetz modern ist und auf die Vorstellung zurückgeht, daß es sich eine freiheitliche Demokratie leisten können muß, aus Gewissensgründen Menschen von der Wehrpflicht zu befreien. Das muß in einer freiheitlichen Demokratie möglich sein.

Österreich hat eine liberale Regelung. Das mögen die, die den Zivildienst zu leisten haben, sehr wohl im Auge haben. Wenn man die Liste der Staaten überblickt, die eine Zivildienstregelung haben, so wird man an der Zeitdauer des Zivildienstes sehen, wie liberal die österreichische Regelung ist. Belgien: 24 Monate, Dänemark: je nach Einsatz bis zu 20 Monaten, Frankreich: 24 Monate, Italien: 23 Monate, Niederlande: 26 Monate, Norwegen: 18 bis 19 Monate, Schweden: zirka 18 Monate. Im Vergleich dazu ist doch die österreichische Regelung tatsächlich ungemein liberal!

Wenn da und dort Vorstellungen lautwerden: Weg mit der Zivildienstkommission! – das hört man in Jugendorganisationen, das hört man in öffentlichen Debatten –, so muß mit aller Deutlichkeit dem entgegengehalten werden, daß diese Zivildienstkommission nicht in Gesinnung und Gewissen zu schnüffeln, sondern in einem Verwaltungsverfahren die Glaubhaftmachung von Gewissen und Gesinnung zu prüfen hat. Die Glaubhaftmachung ist zu prüfen. Das ist ein juristischer Aspekt, der nichts mit Gesinnungs- und Gewissensschnüffelei zu tun hat.

Wie jemand eine Auffassung glaubhaft zu machen versteht, das ist die Frage. Da gibt es eine ganze Reihe von Problemen. Wenn Anträge serienweise gleiche Wortaussagen aufweisen, wenn das Vokabular vom „sensibilisierten politischen Gewissen“ – ein Vokabular, das mir aus der Schule Blecha zu kommen scheint – auftaucht, wird man stutzig, so wie man stutzig wird, wenn man Zehntausende und Aberzehntausende von Beschwerden in gewissen Angelegenheiten findet, die nach demselben Schema verfaßt sind.

**Dr. Ermacora**

Übrigens wurde das Wort „sensibilisiertes politisches Gewissen“ von Herrn Dr. Nennig besonders geprägt.

Manchmal wird von der „großen Verweigerung“ gesprochen.

Wenn man also gewisse Anträge, von denen man hört, überblickt, dann wird man sich wohl sagen, daß man diese Glaubhaftmachung doch genau zu prüfen hat.

Ich freue mich, hier feststellen zu können, daß der Bundesjugendring am 29. November dieses Jahres in seiner 23. Vollversammlung einen Antrag auf Abschaffung dieser Kommission nicht angenommen hat. Der Bundesjugendring ist also für die Aufrechterhaltung dieser Kommission, und ich hoffe, er wird es bleiben.

Ich möchte noch etwas herausstellen: Die Glaubhaftmachung der Gesinnung ist wesentlich und daher in einem Verwaltungsverfahren festzustellen. Würde dieses Erfordernis wegfallen, so veränderte sich der sogenannte Ersatzdienst in einen Alternativdienst. Das heißt: Man hätte die freie Wahl, sich einem Militärdienst oder einem sogenannten Ersatzdienst oder Zivildienst zu unterziehen. Doch diese Möglichkeit würde dem einzelnen eine willkürliche Entscheidung in die Hand geben, die vom Standpunkt eines neutralitätsbewußten Staates nicht gutgeheißen werden könnte.

Das Festhalten an der Zivildienstkommission und an einem Verfahren, das möglicherweise verbesserungswürdig ist, bedeutet aber nicht, daß man den Zivildienst als eine lästige Unterbewertung gegenüber dem Wehrdienst herausstellt. Hier müssen freiheitliche demokratische Rechtsordnung und Bewußtsein so stark sein, daß, wenn jemand ernsthaft derartige Gründe geltend machen kann, die es ihm ermöglichen, von der Wehrpflicht befreit zu sein, dies ernsthaft anerkannt wird.

Der Zivildienst ist aber wohl eine Ausnahme. Er soll nicht die Regel sein. Er soll nicht die Regel wie der Wehrdienst sein.

Meine Damen und Herren! Hervorzuheben ist mit aller Deutlichkeit – das möchte ich hier in dieser Schärfe und in dieser Klarheit aussprechen –, daß der Zivildienst aber nicht die Basis sein kann, gegen die militärische Verteidigungsbereitschaft zu polemisieren, daß er nicht die Basis für eine Subversion unserer Verteidigungsbereitschaft bilden kann. Dazu kann der Zivildienst nicht gebraucht werden. Das würde ein Mißbrauch des Zivildienstes sein, gegen den ich mich auf das entschiedenste verwahre, und ich fühle mich gewiß mit meiner Fraktion einig, daß sie sich auch gegen eine solche Struktur des Zivildienstes verwahren würde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Sie haben kraft Ihres Aufsichtsrechtes – das haben Sie auf Grund des Zivildienstgesetzes – darüber zu wachen, daß die Zivildienner nicht bei bestimmten Organisationen eine Aktivität entfalten, die man früher dem Bundesheer angerechnet hat und auch heute noch zurechnen kann. Das wäre ein Leerlauf im Zivildienst. Wir kennen da einige sehr interessante Beispiele. Ein Zivildienner wird in einem Klub – nicht im Parlamentsklub – an der Bar eingestellt. Ich glaube, das ist kein Zivildienst, Herr Bundesminister. Ich glaube, Sie hätten mit Ihrem Aufsichtsrecht dafür zu sorgen, daß ein derartiger Leerlauf im Zivildienst nicht möglich sein kann. Aber Sie werden uns ja berichten, Herr Bundesminister. Sie werden uns pflichtgemäß nach dem Gesetz in einer bestimmten Frist berichten, aber vielleicht berichten Sie uns früher.

Herr Bundesminister! Ich möchte diese Bemerkung in bezug auf den Zivildienst mit Worten schließen, die Herr Abgeordneter Magister Höchtl ausgesprochen hat, und ich identifiziere mich mit diesen Worten:

„Es muß eine Selbstverständlichkeit sein, daß wir ganz bewußt einer Ideologie entgegentreten haben, die ‚Recht und Ordnung‘ als lächerliche Relikte reaktionären Denkens auffaßt, die die Forderung beinhaltet, der Werbung gegen und für den Wehrdienst in den Schulen gleichen Raum zu geben, denn wenn ein Staat das Engagement für und gegen ihn gleich bewertet, dann hat er sich selbst aufgegeben.“

Ich akzeptiere diese Worte, sonst hätte ich sie nicht in dieser Weise verlesen.

Herr Bundesminister! In bezug auf diese Frage ist uns bekannt, daß in der Hochschülerschaft eine Beratungsstelle für Zivildienner vorhanden ist. Es findet sich aber keine Beratungsstelle und keine Informationsstelle für Wehrpflichtige.

Herr Bundesminister! Ich möchte nur noch einen Punkt ganz kurz herausstellen, den ich in der Debatte über die äußeren Angelegenheiten erwähnt habe. Es betrifft Ihr Ressort.

Sie haben am 26. Juni 1975 einen Bescheid erlassen – ich würde sagen, ich persönlich würde diese Gemeinschaft nicht besonders favorisieren, das muß ich gestehen, vom Politischen her, aber nicht vom Rechtlichen her –, mit dem Sie die Bildung des Vereines Österreichisch-Rhodesische Gesellschaft verboten haben. Dieser Bescheid ist mir in die Hände gekommen. Er hat die Geschäftszahl – damit Sie nicht plötzlich sagen, Sie sind nicht zuständig – 91342/2-II/6/75.

In diesem Bescheid entwickeln Sie eine

**Dr. Ermacora**

Begründung, über die die Vereinten Nationen vor Freude losplatzen müßten und die heute Antwort auf die heutige Bemerkung des Herrn Abgeordneten Karasek gibt, wie ernst die Vereinten Nationen genommen werden. Sie, Herr Bundesminister, nehmen Sie furchtbar ernst. Sie sagen nämlich in Ihrer Begründung, daß dieser Verein „staatsgefährlich“ ist, und verweisen im vorliegenden Fall auf den Widerspruch zu zahlreichen von den Vereinten Nationen beschlossenen Resolutionen. Und zwar verweisen Sie auf Sicherheitsratsresolutionen.

Herr Bundesminister! Hier muß ich aber die Frage stellen, ob Sie wirklich zuständig sind als Innenminister, diese außenpolitische Frage unter Verweis auf die Resolutionen der Vereinten Nationen so prüfen zu können. Herr Bundesminister! Hier taucht eine Frage auf, die Ihre Zuständigkeit berührt. Ich glaube fest, Sie hätten diesen Bescheid im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten herausgeben müssen. Oder meinen Sie, daß das nur ein Spaß sei, wenn ich das behaupte?

Herr Bundesminister! Es ist interessant, wie Sie auf der einen Seite in primitiven Fällen für jedermann, der einen Einblick in die Materie hat, die Zuständigkeit verleugnen und wie Sie in anderen Angelegenheiten, wo es Ihnen recht erscheint, die Zuständigkeit in Anspruch nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Rösch.

Bundesminister für Inneres **Rösch**: Herr Präsident! Hohes Haus! In nahezu fünf Stunden hat nun das Hohe Haus das Kapitel „Inneres“ diskutiert, und es haben sich dabei einige Schwerpunkte herausgebildet. Einen der Schwerpunkte hat Herr Professor Ermacora jetzt zum Schluß ich glaube acht- oder neunmal betont, nämlich die Frage der Zuständigkeiten.

Ich möchte jetzt vielleicht doch gleich als erstes klarstellen, was ich darunter verstehe. Ich habe mich immer – und das haben Sie mir jetzt dankenswerterweise, Herr Professor, bestätigt – dagegen gewehrt, daß ich zuständig bin in der Vollziehung der Straßenverkehrsordnung. Das ist aber im wesentlichen das einzige, nur ist es immer wieder hier im Hohen Haus releviert worden. Es hat Abgeordnete gegeben, die heute leider nicht mehr diesem Gremium angehören, die in den letzten Jahren jedesmal zum Rednerpult gekommen sind und von mir bei der Verschmutzung der Straße und bei allem möglichen verlangt haben, ich solle Auskunft geben, ich solle Anweisungen geben. Und ich sagte darauf: Ich bin dafür nicht zuständig. Das ist das eine.

Das zweite ist der Zivildienst. Ich glaube, hier dürfte es doch ein gewisses Mißverständnis geben. Für die Vollziehung des Zivildienstgesetzes ist selbstverständlich das Innenministerium zuständig.

Es ging nur um eine Frage im Ausschuß, Herr Professor, und zwar um die Frage der Anerkennung der Einrichtungen, wo Zivildienstpflichtige ihren Zivildienst ableisten können. Und da sagte ich: Dafür sind ausschließlich die Landeshauptleute zuständig. Sie entscheiden, welche Einrichtungen geeignet sind oder nicht – das steht expressis verbis im Gesetz –, und nur im Devolvierungsverfahren ist das Innenministerium zuständig.

Und jetzt ist die Frage – da haben Sie recht –, ob ein Weisungsrecht an die Landeshauptleute besteht, daß sie das oder das tun oder unterlassen sollen; nur – und da bin ich wirklich dieser Meinung – soll man nach jetzt ungefähr zehn oder elf Monaten nicht mit Weisungen vorgehen, weil ich es mit bestem Willen nicht einsehe, daß ich zum Beispiel dem Herrn Landeshauptmann von Wien oder dem von Tirol besondere Weisungen geben soll, da sich ja in der Zwischenzeit diese Anerkennungen ganz gut bewährt haben – bis zur letzten Konferenz der Landeshauptleute, wo ein Beschluß gefaßt wurde von den Landeshauptleuten, daß sie gewisse Einrichtungen nicht anerkennen wollen. Sie sind der Meinung, die seien nicht geeignet. Am Rande gesagt: Für mich war nur etwas eigenartig, daß nämlich zwei Herren mitgestimmt haben, die 14 Tage vorher genau solche Einrichtungen anerkannt haben, die sie nachher als nicht anerkennungswürdig bezeichnet haben.

Aber über das wird man sich sicherlich bei der nächsten Landeshauptleutenkonferenz unterhalten, wir werden mit den Landeshauptleuten darüber sprechen.

Das wollte ich zu der Frage Zivildienstgesetz gesagt haben.

Im übrigen, wenn ich das gleich anschließen darf, weil damit, glaube ich, dann die ganze Materie abgeschlossen ist: Ich werde vor der Zeit dem Hohen Haus einen Bericht über die Erfahrungen und über die verschiedenen Meinungen geben, und es wird dann Aufgabe des Hohen Hauses sein, darüber zu befinden, wieweit man etwas ändert, was man verbessern kann, und so weiter. Ich glaube, daß das ja im Sinne aller liegt.

Darf ich nun zu den einzelnen Wortmeldungen, soweit es geht, kurz Stellung nehmen.

Der Kollege Suppan hat so wie jedes Jahr damit begonnen, daß das Budget zu klein ist.

**Bundesminister Rösch**

Heuer ist es eine „Mücke“ geworden; voriges Jahr war es irgendein anderes Tierchen, das auch sehr klein gewesen ist. (*Abg. Suppan: Das ist ein Irrtum! Lesen Sie das nach im Stenographischen Protokoll!*)

Sie haben heuer die Rechnung angestellt, Herr Kollege, daß auf Grund des Budgets 76 S pro Kopf der Bevölkerung für die innere Sicherheit aufgewendet wurden. Sie haben eine Null vergessen; 760 S waren es. Aber ich kann mir schon vorstellen: Eine Null ist nichts Besonderes. Das wollte ich nur am Anfang gleich festhalten.

Und nun, meine Damen und Herren, die Frage: zu viele fremde Aufgaben. Über diese Frage ist schon wiederholt gesprochen worden. Auch der Kollege Zeillinger weist immer wieder darauf hin.

Nur eines möchte ich sagen, Herr Kollege Zeillinger, zu den Lenkererhebungen, die Sie heute angeführt haben. Ich habe mir das jetzt geben lassen. Im Kommissariat im 1. Bezirk sind tatsächlich im September 1400 Lenkererhebungen gewesen, nur wurden sie nicht von den Kriminalbeamten gemacht. (*Abg. Zeillinger: Das war nicht der 1. Bezirk!*) Das wäre aber ein verteufelter Zufall, wenn es zwei Bezirke gäbe, wo 1400 Lenkererhebungen gewesen sind. Es sind haarscharf 1400.

Aber es spielt ja keine Rolle, auch wenn es ein anderer Bezirk gewesen ist. Die Erhebungen werden – und es dreht sich ja nur um Wien, in den anderen Städten ist das nämlich interessanterweise überhaupt kein Problem – zum Großteil nicht mehr von den Kriminalbeamten gemacht, sondern eigens haben wir pensionierte Kriminalbeamte mit einem Werkvertrag eingestellt. (*Abg. Zeillinger: 18!*) 18. Wir haben dazu Sicherheitswachebeamte im Innendienst herangezogen, sodaß die Kriminalbeamten weitgehend entlastet sind. Sie machen nur dort Erhebungen, wo eine Fahrerflucht besteht oder ein Verbrechen vorausgesetzt wird.

Dabei kommt es immer wieder zu Überschneidungen, da haben Sie völlig recht. Der Kollege Hobl hat ja hier gesagt, daß man in dem jetzt ausgesendeten Verwaltungsstrafgesetz versuchen wird, eine andere Lösung zu finden, zu der ich sagen möchte, daß erst vor kurzer Zeit, nämlich im letzten Jahr, hier im Hohen Haus mitgeteilt wurde, daß sie technisch möglich ist, daß man einer solchen Regelung zustimmen wird.

Ich selbst bin froh, wenn man das dann so machen wird, denn das ist wirklich – da haben Sie recht – eine echte Belastung der Kriminalbeamten. Nur glaube ich, daß sie nicht so hoch ist, wie sie manchmal dargestellt wurde. Zum

Beispiel waren es im 1. Bezirk – ich dachte, es war der 1. Bezirk, denn dort waren es im September 1400 – im November nur mehr 400. Und gerade im 1. Bezirk sind nämlich sehr viele Lenkererhebungen notwendig, weil dort sehr viele Firmen registriert sind und man nicht weiß, wer der Lenker des Fahrzeuges gewesen ist, weil eine Firma unter Umständen mehrere Lenker hat. Aber ich hoffe, daß das Hohe Haus hier im Laufe des nächsten Jahres eine Änderung vornehmen wird.

Der Herr Kollege Suppan meinte dann, er hat nicht gefunden, daß ich mich gewehrt habe dagegen, daß man artfremde Aufgaben der Exekutive überträgt. Sie haben die Gewerbeordnung angeführt.

Ich bin dankbar, daß der Herr Generalsekretär Mussil hier anwesend ist. Bitte lassen Sie sich von ihm die Stellungnahme der Handelskammer geben, da werden Sie feststellen, daß man erklärt hat: Ohne Mithilfe der Exekutive kann dem Gesetz gar nicht zugestimmt werden, das geht gar nicht. Es ist unmöglich, daß man zum Beispiel die ganzen Fragen hier ohne Exekutive macht.

Also auf der einen Seite kriege ich den Vorwurf, daß ich hier nachgegeben habe, auf der anderen Seite sagt die Handelskammer, es geht gar nicht anders. Ich glaube, man soll doch von der Realität ausgehen, und die ist: Es gibt eine Fülle von Aufgaben, die einfach die Exekutive machen muß, weil sonst niemand anderer da ist. Dann kann man es aber nicht beanstanden und sagen: Es ist zuviel! Sie haben gesagt, zuviel ist es, man soll es wegbringen. Es gibt eben gewisse Dinge.

Nicht zuletzt darf ich darauf hinweisen, daß es kaum mehr Landesgesetze gibt, wo die Landtage nicht die Mithilfe der Exekutive beschließen, in allen möglichen Dingen. Und ich muß ehrlich gestanden wiederum sagen: Ich wüßte nicht, wer es sonst machen sollte, wenn nicht die Exekutive, denn sonst müßten die Länder wahrscheinlich eigene Beamte oder Bedienstete anstellen.

Meine Damen und Herren! Vielleicht noch kurz zur Frage des Sicherheitsberichtes. Das ist so durchgezogen durch die ganze Debatte.

Herr Abgeordneter Zeillinger! Ich darf vorerst sehr offen sagen: Die große Bedeutung, die heute dem Sicherheitsbericht zugemessen wird, hat es in der Vergangenheit nicht gegeben, denn die Sicherheitsberichte der Jahre 1971, 1972 und 1973 sind nicht behandelt worden, sie sind knapp vor Schluß der Legislaturperiode in einem Schnellverfahren dann plötzlich abgehandelt und im Hohen Haus erledigt worden. Also gar so dringend scheint es nicht gewesen zu sein.



**Bundesminister Rösch**

Ich habe daher den Bericht über die Kriminalität den Klubobmännern vorher zugestellt. Sie sagen, Herr Kollege Zeillinger, das ist nur eine Statistik. Das ist keine Statistik. Der Bericht, der zum Beispiel in der Zeitschrift „Öffentliche Sicherheit“ verlautbart wurde – das ist genau dasselbe, was Sie und die Klubobmänner bekommen haben –, ist in den Teilen A, B, I, II, III gleichlautend gewesen mit den Sicherheitsberichten der gesamten Jahre.

Es fehlt – da haben Sie recht – der Teil IV, nämlich die beabsichtigten Maßnahmen. Die fehlen. Diese beabsichtigten Maßnahmen – das gebe ich zu, das war meine Auffassung – sind in diesem Jahr in der Regierungserklärung langfristig sowieso drinnen. Wir werden sie in Zukunft wieder im Detail bekanntgeben.

Nur möchte ich eines sagen: Der Herr Kollege Suppan sagte, dieser Bericht ist niemals dem Klub zugegangen, und der Herr Klubobmann Professor Koren hat auch hergedeutet: nein, er hat das niemals bekommen. Ich habe hier das Schreiben vom 25. August (*Abg. Dr. Bauer: Das ist schon aufgeklärt, Herr Minister!*) – das ist offiziell noch nicht aufgeklärt – an den Herrn Klubobmann Professor Dr. Koren, durch Boten zugestellt. Das Übernahmebuch zeigt, daß ein gewisser Herr Obermüller Ihres Klubs – ich habe im Telefonverzeichnis nachgeschaut, den gibt es – diesen Bericht übernommen hat. Ich bitte, den Herrn Obermüller zu fragen, wo er diesen Bericht hingegeben hat, und dann dürfte er wahrscheinlich wieder zum Vorschein kommen.

Meine Damen und Herren! Darf ich noch auf zwei Dinge eingehen, die der Herr Abgeordnete Suppan hier angeführt hat.

Das Briefwahlrecht für die UNO-Truppen: Ich habe mich bereits im Ausschuß dazu bekannt. Ich habe gesagt, wir werden versuchen, hier eine Lösung zu finden. Ich wiederhole: Für die übrige Briefwahl nicht. Ich habe im Ausschuß begründet, warum. Hier haben wir Auffassungsunterschiede, das ist sicherlich richtig, aber die gibt es halt in der Politik.

Ihre Mitteilung, daß ich gegen die geheizten Heckscheiben bin, scheint auf einer Fehlinformation zu beruhen, denn seit dem Jahre 1974 gibt es überhaupt kein neues Fahrzeug mehr, das nicht die Heckscheibenheizung hat, und im Laufe der Zeit werden alle schön langsam diese Heckscheibenbeheizung bekommen. Ich glaube, daß hier kaum ein Mangel ist.

Genauso scheint mir, Herr Abgeordneter, die Frage mit den Honda-Maschinen einer Fehlinformation zu unterliegen. Ich kann mich noch genau erinnern: Von einem Bericht über die Moto Guzzi ist überhaupt nie die Rede gewesen. Ich habe mich hier völlig verlassen auf das, was

mir die Fachleute vorgeschlagen haben. Die Fachleute haben die Honda vorgeschlagen.

Und wenn Sie heute sagen, es gibt keine Ersatzteile, so werde ich das aufgreifen. Ich habe hier die Erklärung der Firma liegen und jetzt wieder die Erklärung des Gendarmeriezentralkommandos, daß diese Firma – ich will den Namen nicht nennen, weil ich nicht unbedingt eine Werbung dafür machen will – erklärt und sich verpflichtet hat, binnen 24 Stunden Ersatzteile an alle Teile der Gendarmerie in Österreich zu liefern. Wenn Sie mir einen Fall sagen, werden wir die Firma zur Verantwortung ziehen. Bis heute hat es offiziell keine Klage in dieser Frage gegeben.

Ich darf jetzt vielleicht zur Frage der Kriminalität im allgemeinen, weil über das ja auch gesprochen wurde, Stellung nehmen. Mir liegt eine Untersuchung vor, die vor 14 Tagen abgeschlossen wurde. Sie wird in absehbarer Zeit in allen Details veröffentlicht werden. Ich kann nur eines feststellen dabei:

So schlecht fühlt sich die österreichische Bevölkerung nicht, wie es immer wieder dargestellt wird. Denn in dieser Untersuchung, die also von einem neutralen Institut gemacht wurde, ergibt sich, daß 51 Prozent der Bevölkerung kein Kriminalitätsrisiko erkennen und der Rest sehr unterschiedlich mit 5 Prozent, 11 Prozent und so weiter aufscheint.

Aber ich wiederhole, was ich immer wieder sagte: Ich gebe jedem recht, der feststellt, daß eine Diskrepanz zwischen dem Gefühl, das in der Bevölkerung herrscht, und der Realität vorhanden ist. Ich habe aber im Ausschuß sehr genau darüber gesprochen.

Und jetzt darf ich vielleicht zum Herrn Kollegen Kraft etwas sagen. Er sagt, ich hätte im Ausschuß überheblich und arrogant und so gewirkt, daß es ... (*Abg. Kraft: Ich habe wörtlich zitiert!*), wörtlich zitiert und so weiter, und daß das unerträglich war.

Herr Abgeordneter! Warum haben Sie sich da nicht gewehrt? Warum haben Sie da die ganze Zeit im Ausschuß nur freundlich gelächelt und genickt, und nichts ist gewesen zum Schluß! (*Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenruf: Wortmeldung!*)

Ich begreife das nicht. Heute beklagt man sich über mein schlechtes Benehmen, und dort hat man dazu geschwiegen und hat nichts gesagt. Wir hätten noch Stunden Zeit gehabt, weil die Debatte die kürzeste war von allen übrigen Kapiteln. Es wäre also Zeit genug gewesen. (*Abg. Dr. Mussil: Lassen Sie die Schulmeisteri, Herr Minister!*) Die Schulmeisteri hat bei Ihren Kollegen angefangen und nicht bei mir!

**Bundesminister Rösch**

Und dagegen wehre ich mich, Herr Abgeordneter! *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Es wurde dann hier vom Herrn Kollegen Schmidt auch über die Frage der Kriminalität und so weiter gesprochen und gesagt, daß die Aufklärungsziffern immer geringer werden. Auch der Kollege Zeillinger hat das, glaube ich, angeführt.

Aus der Übersicht, die ich Ihnen im August geschickt habe, werden Sie sehen, daß das nicht richtig ist. Sie ist niedriger geworden, aber gerade im letzten Jahr ist die Aufklärung ein klein wenig gestiegen. Nicht viel, Sie haben recht. In Wien um 2 Prozent bei allen Delikten, in ganz Österreich bei den Vermögensdelikten nur um 1 Prozent. Aber man kann nicht sagen: Sie ist gesunken, sie ist immer weniger geworden! Ich bitte, sich die Unterlagen anzusehen, ich bin bereit, sie unter Umständen neuerlich zur Verfügung zu stellen.

Und darf ich gleich auf einen Irrtum hinweisen: Sie sagten, Eigentumsdelikte im Zusammenhang mit den Kraftfahrzeugen würden laut Statistik nur 1600 von 111.000 Vermögensdelikten betragen. Da müssen Sie eine falsche Ziffer gehabt haben. Ich habe sie hier. – Oder 2000. Ich habe sie hier: 33.563. *(Abg. Dr. Schmidt: Von den 10.000 gestiegenen ungefähr waren es nur 1500 ...!)* Auch von den 10.000 gestiegenen! Aber insgesamt sind es 33.000, also ein Drittel aller dieser Vermögensdelikte hängt doch nach wie vor mit dem Kraftfahrzeug zusammen.

Nun darf ich noch einmal meine Auffassung zur Frage der Wachzimmer erwähnen. Es ist richtig, ich habe mich immer auf den Standpunkt gestellt, gerade in Wien, wir hätten zu viele Wachzimmer. Ich habe auch immer darauf hingewiesen, warum: In Wien gab es 105 Wachzimmer, in ganz Paris zum Beispiel 44. Ich war also der Meinung, daß im Hinblick auf das, was für das große Paris möglich ist, das für das doch etwas kleinere Wien zumindest etwas reduzierbar sein müßte.

Daß nun daneben in neuen Wohngebieten neue Wachzimmer zu errichten sind, das ist unbestritten und das geschieht auch. Zum Beispiel muß in Simmering draußen in diesen neuen Wohngebieten, wo jetzt allein, glaube ich, 15.000 Menschen wohnen, ein neues Wachzimmer errichtet werden. Nur dort, wo alte Wachzimmer keinen Sinn mehr gehabt haben, sollten sie aufgelassen werden.

Herr Kollege Schmidt! Ich kann mich noch erinnern, als Ihr Kollege Zeillinger Mitglied des Ausschusses gewesen ist. Da hat er – ich habe jetzt noch einmal nachgeschaut – zweimal hintereinander gefragt: Wann schaffen Sie

endlich das Dreieerradl ab? Diese Geschichte ist doch ein Unsinn! Er hat sehr hart kritisiert.

Heute sagt der Dr. Schmidt: Das war falsch, das war ein besseres System als das heutige System! Ich glaube, da stimmt irgend etwas nicht.

Meine Damen und Herren! Daß es mit diesem neuen System Schwierigkeiten gibt, ist unbestritten. Aber es ist ein besseres System als das alte. Es hat mehr Beamte auf die Straße gebracht. Nur eines ist der Fall: Uns fehlen noch immer – Sie haben recht – 700 Beamte.

Nur: Wenn Sie sagen, in den fünf Jahren sei nichts geschehen, dann bitte ich doch, darauf hinweisen zu dürfen: Wir hatten einen Stand von Wiener Sicherheitswachebeamten von 4500 und haben heute 5300. Also es ist schon etwas geschehen.

Und dieses Image der Wiener Polizei, von dem immer wieder gesagt wird, daß es so schlecht sei: Das kann nicht so schlecht sein, wenn wir laufend 600 bis 800 Neubewerbungen haben! Ja wir kämpfen heute schon mit dem Dienstpostenplan, ob es uns möglich ist, alle einzustellen, die uns praktisch zur Verfügung stehen. Denn sonst kommt nämlich die Klage, daß wir zuviel Beamte haben, daß wir zuviel Dienstposten einsetzen, und so weiter. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Also wir haben eine positive Entwicklung, noch keine befriedigende. Das ist absolut richtig.

Und das letzte, das ich noch dazu sagen wollte. Das wird immer wieder behauptet, ich habe es aber im Ausschuß zwar auch schon gesagt. Es wird gesagt, ich sei gegen die Distinktionen, ich sei für die Vereinfachung der Uniformen.

Meine Damen und Herren! Nicht ich. Der einstimmige Beschluß der Personalvertretungen der Wachekörper ist das. Die haben mir einen Beschluß übermittelt, ich soll Verhandlungen aufnehmen, und das tue ich. Die Verhandlungen habe ich aufgenommen, und das geht also weiter. Also nicht von mir ist es ausgegangen, aber ich bekenne mich dazu, daß dieser Beschluß sinnvoll ist. Ich wiederhole es.

Wenn die gesamte Bevölkerung zu jedem Beamten „Inspektor“ sagt, gleichgültig wie viele Sterne er hat, dann muß man sich überlegen, ob man nicht diese Distinktionen irgendwie etwas vereinfacht und reduziert. Da haben meiner Meinung nach die Personalvertreter recht.

Und daß wir zu einer besseren und einheitlicheren Uniform kommen, da teile ich ebenfalls mit Ihnen dieselbe Auffassung.

**Bundesminister Rösch**

Zur Frage der Lenkererhebungen habe ich schon gesprochen, und der Herr Abgeordnete Zeillinger wollte von mir noch genau wissen – er hat das sehr entschieden verlangt –, ich soll sagen, wie es mit der Fahndung nach diesen jetzigen Stein-Ausbrechern steht.

Die Fahndung läuft, wir haben bis jetzt noch keine Spuren gefunden.

Wenn Sie fragen: Warum nicht? – Ja Herr Abgeordneter, zwei Leute zu finden in diesem Land, die unterwegs sind, die zwar ein Kraftfahrzeug, wie Sie selbst gesagt haben, entwendet haben, mit dem sie unterwegs sind, von dem aber niemand weiß, ob dieses Kraftfahrzeug noch dieselbe Kraftfahrzeugnummer hat, ob nicht in der Zwischenzeit auch das Kraftfahrzeug gewechselt wurde – ich kann nur sagen: Bis zur Stunde ist das Fahndungsergebnis noch negativ.

Nun darf ich zum Herrn Abgeordneten Dr. Moser kommen.

Ich möchte gleich mit dem letzten beginnen, das Sie gesagt haben, Herr Abgeordneter. Ich muß mich, nicht nur in meinem Interesse, sondern auch im Interesse der Beamten entschieden dagegen verwahren, daß Sie hier unterstellen, es hätte bei der Aktenübersendung in dem Prozeß des Abgeordneten Fischer einen Amtsmißbrauch gegeben! So, wie Sie es hier gesagt haben. Sie haben erklärt: eine mißbräuchliche Verwendung, weil Akten übersandt wurden an Leute, die nicht berechtigt waren dazu.

Ich habe hier den Antrag des Bezirksgerichtes von Graz. Das Bezirksgericht Graz hat am 6. Juni diesen Akt verlangt, und den haben wir übersandt. Ich bitte, keine Unterstellungen zu machen, denn das bleibt in der Luft hängen, und dann heißt es wiederum: Ein Mißbrauch ist geschehen! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Was Ihre ganze Darstellung über diese Aktensachen betrifft, habe ich wirklich nichts dazu zu sagen, denn über die Aktenverbrennung, Aktenvernichtung und das alles ist dem Parlament seinerzeit ein Bericht übergeben worden.

Ich habe darüber hinaus dem Herrn Abgeordneten Dr. Bauer schriftlich eine Darstellung des Herrn Generaldirektors übersenden lassen, weil wir einmal eine Aussprache gehabt haben darüber, habe also das mitgeteilt, was damals dem Parlament gesagt wurde. Das ist vom Parlament abgeschlossen, und daher habe ich praktisch zu der Sache nichts mehr zu sagen.

Nur eines, Herr Abgeordneter Dr. Moser: Ihre Zitierung aus dem Stenographischen Protokoll, soll ich es vorsichtig sagen, ist ungenau

gewesen. Sie haben zitiert aus dem Bericht des damaligen Herrn Innenministers Czettel über Spitzelakten, daß die in unfairer Ausnützung zufällig oder im Auftrage von unzuständiger Seite gewonnener Kenntnisse aus dem privaten Leben anderer Menschen ... und so weiter, daß dies also Spitzelakten gewesen sind.

Im Interesse auch meines Vorgängers, des Kollegen Czettel, darf ich den ganzen Satz zitieren. Czettel sagte damals: Eine Definition für Spitzelakten und Schnüffelakten gibt es nicht. Mit diesen Bezeichnungen konfrontiert, würde man darunter ausschließlich Berichte verstehen, die in unfairer Ausnützung zufällig oder im Auftrage von unzuständiger Seite gewonnener Kenntnisse aus dem privaten Leben anderer Menschen lanciert wurden mit dem Ziele, diese Personen zu diskriminieren und ihnen letzten Endes moralische, berufliche oder finanzielle Schäden zuzufügen, ohne daß für eine solche Berichterstattung andere Beweggründe als verwerfliche Gesinnung und Denunziantentum erblickt werden könnten.

Das Zitat geht aber noch weiter: Nach diesem Versuch einer Begriffsbestimmung darf festgestellt werden, daß unter dem gesichteten Material, mit Ausnahme einzelner Fälle, keine Akten festgestellt werden konnten, die sich ohne begründeten Anlaß etwa nur mit persönlichen Angelegenheiten oder gar mit der Intimsphäre einzelner Persönlichkeiten befaßt hätten.

Es ist genau das Gegenteil von dem, was Sie hier vor einer kurzen Zeit erst behauptet haben. *(Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenruf bei der SPÖ: Unerhört!)*

Hohes Haus! Ich habe zu dem Berufsbild – weil der Herr Abgeordnete Kraft ja sehr deutlich auf das Berufsbild der Exekutive im Jahre 1975 hingewiesen hat – gesagt: dieses Berufsbild ist, glaube ich, besser geworden. Es ist nicht abschätzbar, um wieviel es besser geworden ist, aber eines ist sicher – es hat vieles mitgespielt, das gebe ich auch zu –: Wir haben heute genügend Bewerber für die Aufnahme in die Exekutive zum Unterschied von noch vor ein paar Jahren. Und das war auch der Grund, warum der Personalstand so stark abgesunken ist.

Meine Damen und Herren! Es hat einmal 8000 Beamte in Wien gegeben. Ich bitte Sie, sich die Zeitungen von damals durchzulesen. Sämtliche Blätter haben damals von der Polizeistadt Wien geschrieben; man hat verglichen, wie wenig Polizisten man in New York pro Kopf der Bevölkerung hat, wieviel man in Wien hat und so weiter. Und wie wir glücklich auf 4500 herunter waren, wurde festgestellt: Jetzt haben wir zuwenig! Und jetzt beginnen wir systematisch wiederum aufzuarbeiten.

**Bundesminister Rösch**

Ich möchte zum Abschluß nur eines feststellen: Ich bin sehr dankbar, daß doch von allen Rednern gesagt wurde: An den Mitarbeitern, an den 24.000 Beamten gibt es nichts auszusetzen. Und daß die Opposition an dem Minister etwas auszusetzen hat, das ist selbstverständlich, etwas anderes hätte ich eigentlich nicht erwartet, und das gehört wahrscheinlich dazu. *(Anhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Bauer.

Abgeordneter Dr. **Bauer** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Die letzten Worte des Herrn Bundesministers in dieser Debatte machen es mir leicht zu antworten, denn er hat erklärt, er erwarte von der Opposition kein Lob. Und wahrlich, diesen Minister kann man nicht loben. Den Nachweis jetzt zu führen werde ich mir erlauben, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn sich der Herr Bundesminister nämlich hier so in rudimentären schauspielerischen Aktivitäten in Richtung meines Freundes Moser ergeht und sein zorniges wahres Antlitz erkennen läßt und meinem Freund Moser unterschiebt, er habe Unterstellungen *(Abg. Dr. Fischer: Feine Freunde haben Sie!)* – eine ordentliche Freundschaft, Kollege Fischer, die gibt es vielleicht bei Ihnen gar nicht so, wenn man an jüngste Entwicklungen denkt *(Beifall bei der ÖVP)* – in Richtung der Staatspolizei hier in den Raum gestellt, dann ist dem Herrn Bundesminister offenbar die „Arbeiter-Zeitung“ unbekannt, und zwar die „Arbeiter-Zeitung“ vom 26. November, in der mein Freund Moser wahrlich nicht schreibt. In dieser „Arbeiter-Zeitung“ – der Zeitung, die sich was traut; so hat sie sich ja einmal genannt – findet man – und ich zitiere jetzt wörtlich – folgende Stellungnahme:

„Meine Behauptung, daß Wiesenthals Methoden die einer ‚quasi politischen Mafia‘ sind, soll geprüft werden, meinte Kreisky.“ Und dann geht es weiter: „Grundsätzlich ist das keine persönliche, sondern eine politische Frage“, sagte er“. Und jetzt wieder Anführungszeichen: „Denn es geht darum ...“ – Herr Bundesminister, vielleicht leiten Sie dann eine Untersuchung ein gegen den Herrn Bundeskanzler, ich weiß es ja nicht – „... es geht darum, daß Wiesenthal unter Zuhilfenahme der Behörden – etwa der Staatspolizei – und der Publizität Methoden entwickelt, die dem Staat und nicht einer Privatperson zustehen.“

Die Äußerungen des Herrn Bundesministers sollen sich nicht gegen meinen Freund Moser richten, sondern die soll er sich mit dem Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky gefälligst selbst ausmachen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn der Herr Bundesminister so stolz auf den höheren Personalstand bei der Polizei ist: Nun, meine Damen und Herren, zunächst hat es ja Jahre hindurch einen Fehlbestand gegeben. Das wissen wir alle. Das hängt sicherlich auch zusammen mit der damals günstigen Wirtschaftslage, wenn man an 1966 bis 1970 denkt – nachher ist es ja anders geworden –, und der höhere Personalstand heute wird von gar nicht wenigen Leuten, die sich in der Volkswirtschaft auskennen, auch als eine Sorge breiter Bevölkerungsschichten um den Arbeitsplatz interpretiert. Ich würde also hier, wenn ich der Herr Bundesminister wäre, den Mund nicht allzu voll nehmen in dieser Richtung, es sei denn, er will uns hier eine Bestätigung der schlechten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung liefern. Dafür sind wir natürlich dankbar. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun richte ich mich an die Damen und Herren des Hauses hinsichtlich der Ausführungen des Kollegen Zeillinger, der ja auch gelegentlich schauspielerische Fähigkeiten – ich sage das in keiner Weise abwertend, Herr Kollege – entwickelt, der sich hier unter anderem 45 Minuten über Hamster unterhalten hat, über Hamster, die irgend jemanden gebissen haben. Das möchte ich für die Kollegen ganz kurz erzählen dürfen: Hamster, die sozusagen kriminalpolizeilich beamtshandelt wurden.

Mich würde es, meine Damen und Herren, nicht wundern, hätte ich heute Nacht einen Traum, daß zwei italienische Schwerverbrecher, die kürzlich aus Stein ausgebrochen sind, mit einem leeren Wasserwerfer der Polizei einen Hamster jagen, den dann schließlich der Kollege Zeillinger und ich einfangen, den wir dem Herrn Bundesminister für Inneres überreichen, der uns dafür dann den Sicherheitsbericht 1974 aushändigt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Dieser Sicherheitsbericht 1974, von dem Sie hier behaupten, es hätte ein Herr Obermüller unterschrieben – die Sozialistische Partei hat immer mit „Müller“ Schwierigkeiten: einmal mit Obermüller, einmal mit Niedermüller –, mit einem Wort: Dieser Bericht ist also wirklich bei uns eingelangt. Herr Bundesminister, ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mir, während der Kollege – ich glaube, Thalhammer war es – hier geredet hat, die Durchschrift dieses Briefes gezeigt haben.

Wieso er nicht in unsere Hände gelangt ist, weiß ich aber auch, meine Damen und Herren *(Abg. Dr. Fischer: Weil ihr eine Schlamperei habt!)*, denn ich habe mir zur Vorsicht die Entschließung mitgenommen, die wir hier gemeinsam 1970 gefaßt haben und in der es wörtlich heißt: „Die Bundesregierung wird ersucht“ – Herr Klubobmann Dr. Fischer! –,

**Dr. Bauer**

„jährlich einmal dem Nationalrat . . .“ – und bei allem Respekt vor unserem Klubobmann: nicht dem Klubobmann, auch nicht Ihnen, Herr Dr. Fischer – „ . . . dem Nationalrat einen Bericht über die Sicherheitsverhältnisse im Lande vorzulegen. Dieser Bericht, an dem die Bundesministerien für Inneres und Justiz mitzuwirken haben werden, soll alle Aspekte der inneren Sicherheit Österreichs umfassen und dem Nationalrat einen Überblick über den aktuellen Stand der in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen vermitteln.“

Und auch das, meine Damen und Herren, kann man aufklären, wieso früher über diese Sicherheitsberichte – Herr Bundesminister, wie Sie hier zynisch angemerkt haben – eigentlich nicht diskutiert wurde und warum sich das Haus angeblich nicht so informiert hat. Na ganz einfach: weil diese Sicherheitsberichte – man braucht sie ja nur zur Hand zu nehmen – im Hinblick auf den heutigen Bericht, der eine schlechte Kriminalstatistik ist, wobei ich ja die Arbeit der Beamten, die ihn herzustellen hatten, nicht abwerten möchte, gar nicht zu vergleichen sind. Herr Bundesminister! Damals sind Dinge drinnen gestanden, die in diesem Schriftstück, das ich mir mitgenommen habe und das stolz die Bezeichnung „Bericht“ trägt statt „Statistik“, einfach nicht enthalten sind. Und das ist der Grund, warum früher nicht diskutiert wurde und warum heute von der Opposition in einem sehr starken Ausmaß hier und wiederholt von verschiedenen Rednern die Vorlage eines ordentlichen Sicherheitsberichtes verlangt wurde.

Herr Bundesminister! Reden Sie nicht herum, halten Sie sich an die Entschließung des Nationalrates und legen Sie uns diesen Bericht vor! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn der Kollege Zeillinger hier erklärt hat, er sei ermächtigt, einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Zeillinger, Dr. Schmidt einzubringen: „Der Nationalrat wolle beschließen: ‚Unter Bezugnahme auf die‘ – von mir zitierte – „Entschließung des Nationalrates . . . wird die Bundesregierung aufgefordert, den Bericht über die innere Sicherheit Österreichs im Jahre 1974 bis spätestens 19. Dezember dieses Jahres dem Nationalrat vorzulegen“, dann, Herr Bundesminister, nehmen Sie bitte freundlich zur Kenntnis, daß ich ermächtigt bin, namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir diesem Entschließungsantrag beitreten werden.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine ganz kurze allgemeine Bemerkung noch zur Frage der Sicherheit, wobei ich mich auch hier wieder einmal – der Herr Bundeskanzler befaßt sich ja mit sehr vielem – mit einer Äußerung des Herrn Bundeskanzlers befassen kann.

Der Herr Bundeskanzler hat vor nicht allzu langer Zeit, und zwar bei einer Tagung sozialistischer Funktionärinnen im Mai dieses Jahres, wörtlich gesagt: Wenn die Sozialistische Partei von Sicherheit spricht, dann meint sie damit nicht jene reaktionäre Form der Sicherheit, sondern den ganzen breiten Bereich der sozialen Sicherheit.

Meine Damen und Herren! Für uns ist soziale Sicherheit – vor allem für jene unter uns, die sich zu christlich-sozialen Ideen, zu christlich-demokratischen Ideen bekennen – eine Selbstverständlichkeit; das möchte ich gar nicht besonders betonen. Eine „reaktionäre Form der Sicherheit“ kenne ich nicht, es sei denn, ich möchte mich – aber hier unterstelle ich Ihnen nichts, meine Damen und Herren von der sozialdemokratischen Linken dieses Hauses – an die sozialistischen Formen der Sicherheit erinnern, die in bestimmten, sich sozialistisch nennenden Staaten Europas am Platz sind.

Bei uns, meine Damen und Herren, hat es keine „reaktionäre Form der Sicherheit“ zu geben, sondern eine Sicherheit für alle Österreicher. Zu dieser Sicherheit bekennen wir uns von der Volkspartei, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Spezialberichterstatter das Schlußwort? – Kein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe IV des Bundesvoranschlages 1976. Diese umfaßt das Kapitel 11 samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 2 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Das ist die Mehrheit und angenommen.

Gemäß § 55 Abs. 5 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die Abstimmung über den bei der Verhandlung des Kapitels 11, Inneres, des Bundesfinanzgesetzentwurfes eingebrachten Entschließungsantrag sogleich vorzunehmen.

Erhebt sich ein Widerspruch? – Kein Widerspruch.

Wir kommen daher zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Zeillinger und Genossen betreffend Vorlage des Berichtes der Bundesregierung über die innere Sicherheit Österreichs im Jahre 1974.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu

782

Nationalrat XIV. GP – 10. Sitzung – 10. Dezember 1975

---

**Präsident Probst**

erheben. – Danke. Das ist die Minderheit.  
Abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung  
die Anfrage 32/J eingebracht wurde.

Ferner ist die Anfragebeantwortung 1/AB  
eingelangt.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen,  
Donnerstag, den 11. Dezember 1975, um 9 Uhr  
mit folgender Tagesordnung ein:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1976 samt  
Anlagen (2 und Zu 2 der Beilagen)

Beratungsgruppe IX, Handel und

Beratungsgruppe XV, Gesundheit und  
Umweltschutz.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 25 Minuten